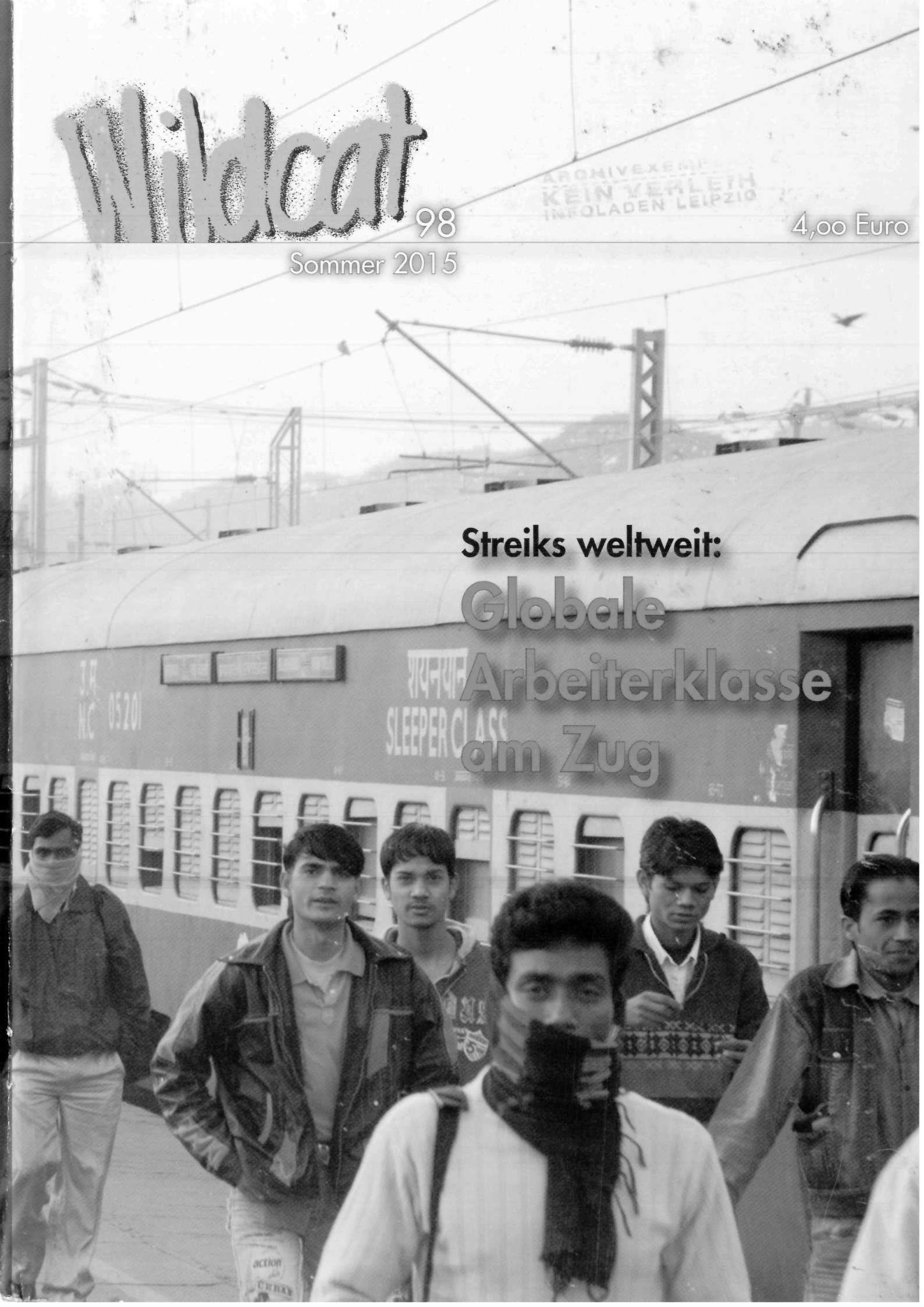
Wildcat

98

Sommer 2015

4,00 Euro

ARCHIVEXEMP
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG



Streiks weltweit:

Globale Arbeiterklasse am Zug

»By any means necessary«

Auch im vergangenen Februar war wieder *Black-History-Monat*. Klar, Obama hat ihn den Monat der *African American History* genannt. Er hat zu diesem Anlass in ausgewählter Gesellschaft Trayvon Martin erwähnt. Nicht erwähnt hat er Michael Brown und Ferguson sowie die breite Protestwelle zwischen Ost- und Westküste. Nicht erwähnt hat er den Streik der Raffineriearbeiter und ebenfalls nicht die Kriege (im Irak, in Afghanistan, Somalia und dem Yemen), die von den Vereinigten Staaten geführt werden. Dies alles nicht und auch sonst nichts Bedeutendes. Denn der *Black-History-Monat* soll gerade nichts Bedeutendes bedeuten. Obama selbst ist dafür der Beweis.

Malcolm X wurde vor fünfzig Jahren während des *Black-History-Monats* von drei Mitgliedern der *Nation-of-Islam*-Gruppe (*NOI*) durch Schüsse getötet. Von ihm hätte man vielleicht Gewichtiges hören können über Ferguson, die Proteste, die Kriege und sogar über den Streik in den Ölraffinerien.

Als er aus dem Knast kam, hat er Ende 1952 kurz als Bandarbeiter bei Ford in Detroit gearbeitet und später im LKW-Werk von Gar Wood, auch in Detroit, als er vor der Wehrpflicht für den Korea-Krieg abgetaucht war, so wie er es auch im 2. Weltkrieg gemacht hatte. (Damals, 1943, hatte man ihn wegen psychischer Auffälligkeit untauglich geschrieben, unter dem Verdacht, er könnte zu Hirohito überlaufen. Niemand musste Malcolm erklären, was ein imperialistischer Krieg ist.) Ob er sich an Streiks beteiligt hat, wissen wir nicht. Doch er muss von ihnen erfahren haben. Als die Stahlarbeiter 1952 die Arbeit niederlegten, reagierten die Autokonzerne mit Feierschichten und Entlassungen. Den Übrigen erhöhten sie die Vorgaben. Spontane *Wildcat*-Streiks in der gesamten Autoindustrie waren die Folge. 1953 hat Malcolm dann in den Docks von Philadelphia gearbeitet.

Zum Traurigen in Malcolms Hinterlassenschaft gehört ihre Verknüpfung mit der reaktionären *NOI* – die sich unter schwarzen Amerikanern irgendwie einen guten Ruf erhalten konnte, und wenn auch nur als Lippenbekenntnis. Zum großen Teil verdankt sie ihm diesen andauernden Vertrauensvorschuss. Und so hängt die *NOI*, sich selbst zum Trotz, immer noch an Malcolms Rockschößen. Nachdem Wallace Muhammad die ursprüngliche *NOI* 1976 aufgelöst hatte, zog Louis Farrakhan nach Los Angeles, wohnte dort zusammen mit Jim Brown und verkaufte das Jahr 1977 hindurch eine Schrift von Malcolm X in Hollywood. [Louis Farrakhan ist seither Chef der *NOI*.]

Ja, ziemlich sicher doch hätte Malcolm etwas zu sagen über Ferguson und über patroullierende Banden bewaffneter Rassisten, die die Grenze zwischen den Hautfarben verhärten wollen. In Nebraska wurde Malcolm geboren, einem Nachbarstaat von Missouri [wo Ferguson liegt]. Dort war seine Familie von der übelsten dieser Banden belästigt und unter Druck gesetzt worden, dem Ku Klux Klan. Als seine Eltern mit der Familie nach Michigan umzogen, quälte sie dort ein Ableger des KKK weiter und tötete seinen Vater. So wurde Malcolms elterliche Familie zerstört.

Ohne Zweifel hätte Malcolm einen Kommentar zu Polizisten und unkontrollierten Bürgerwehren, die überall in den Vereinigten Staaten ungestraft schwarze Menschen morden. Vielleicht würde er von einer »Quittung« sprechen, wenn die Medien von ihm eine Stellungnahme gegen die zwei Tötungen von New Yorker Polizisten im Dezember 2014 verlangen würden oder die Distanzierung von den Schüssen auf zwei Polizeikräfte vom März 2015 in Ferguson. Er würde nicht erklären, die Polizeileute hätten den verdienten Lohn erhalten, sondern deutlich machen, dass sie sich mit der Ungerechtigkeit eingelassen und empfangen hätten, was der Lohn der Ungerechtigkeit ist. Wie so etwas wirken würde, ist bekannt. »Besonnene« Menschen würden sich distanzieren. Die selbsternannte »Linke« würde sich drehen und winden als Linienrichter in Sachen »berechtigtes Verhalten«. Ganz obenan die Frage, ob auch nur das Nachdenken über Wider–

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

stand zulässig sei, zumal in einer demokratischen Gesellschaft, wo Alle wählen dürfen. Sie würden argumentieren, dass die Beweislast bei denen liegt, die behaupten, nicht anders zu können. Haben sie Reformen versucht, Ort um Ort, Bezirk um Bezirk, in jedem Strafverfahren, bei jeder Wahl? Haben sie den langen Marsch durch die Institutionen auf sich genommen? Falls nicht, dann müssen wir uns weiterhin an Reformen halten.

Reden US-amerikanische »Linke« über »Widerstand«, dann scheint es, als wollten sie über offenen Klassenkrieg reden. Der Begriff »Widerstand« funktioniert bei ihnen als Schönfärberei, mit deren Hilfe sie etwas Anderes andeuten wollen. Doch sie wagen nur die Andeutung. Sie möchten sie nicht wollen. Kein Linker, der etwas auf sich hält, will offenen Klassenkrieg. Es soll nicht einmal so aussehen, als würden sie ihn befürworten. Sie möchten so erscheinen, als hätten sie ihn nur angedeutet.

Malcolm würde hier für uns reinen Tisch machen. Widerstand ist das Eine und tatsächlicher Kampf das Andere. »Widerstand« bedeutet »Selbstverteidigung«. Die beiden Begriffe sind gleichwertig. Widerstand leisten bedeutet nicht siegen. Du bist Angriffen ausgesetzt, und das bleibt so. Jedes Rechtssystem auf der Welt kennt seine eigene Doktrin der Selbstverteidigung. Hauptmerkmal der Doktrin ist die Rechtfertigung nahezu jeder Verhaltensweise bis hin zur Tötung. Wer aber behauptet, er verteidige sich selbst, der beschränkt sich nicht darauf, dies anzudeuten oder zu unterstellen. Er sagt es laut und stolz. Selbstverteidigung handelt offen und ehrlich – und kann Waffen nötig machen.

Und wo wir gerade dabei sind: Malcolms Beiträge könnten sich auch noch auf etwas anderes erstrecken, nämlich auf Streifzüge bewaffneter Banden, die das Klassensystem durchsetzen. Ihr wisst: Er würde uns im Zusammenhang mit diesem Thema unverzüglich darauf hinweisen, dass in den Vereinigten Staaten dieses Klassensystem sich in jeder Hinsicht auf die Grenze zwischen den Hautfarben stützt. Malcolm näherte sich am Ende seines Lebens der Position, dass der wahre Kampf im Klassenkampf besteht. Die tödlichen Schüsse von 1965 haben seinem Weg ein Ende gesetzt. Doch uns sollte heute klar sein: Widerstand ist nötig – uneingeschränkt, mit allen Mitteln. Aber der Kampf ist eine gänzlich andere Sache. ■

Wildcat – Sommer 2015

Inhalt

Editorial 4

Die Riots in Baltimore 6

Bewegung in Hongkong 12

Die weltweite Arbeiterklasse 16

BRD: Europa arbeitet in Deutschland 31

China: These boots were made... 34

Mexiko/USA:
Klassenkämpfe in Gewaltökonomien 39

Südamerika: Hasta la victoria siempre! 44

Nordafrika:
Proletarisierung, Streikwelle, Aufstand 49

Südafrika:
ArbeiterInnen gegen den ANC-Staat 52

Buchbesprechung: Mexiko 55

Buchbesprechung: Insurgency Trap 56

Griechenland: Die Linke an der Regierung 59

Interview: Willkommensinitiative 65

Leserbrief: Abschiebungen 68

Leserbrief: Streiks auf der Meyer-Weft 70

Rückrufe der Autokonzerne 72

Buchbesprechung: Rückkehr des Kalifats 74

Buchbesprechung: Bürgerkrieg Ukraine 76

Buchbesprechung: Selbstverwaltung
in Argentinien 78

Delirium im Donbass 80

Impressum

Eigendruck im Selbstverlag, V.i.S.d.P.: P. Müller – Wildcat
Einzelheft: 4 Euro

Abopreise:

Abo: 6 Hefte (incl. Versand)
Deutschland und Österreich: 20 Euro, Förderabo: 40 Euro
Abo sonstiges Ausland: 30 Euro
WeiterverkäuferInnen: 8 Expl. der aktuellen Nummer 16 Euro

Bestellungen:
Brief: Wildcat, Postfach 80 10 43, 51010 Köln
eMail: versand@wildcat-www.de
oder per Abo-Formular auf unserer Website

Konto:
Shiraz e.V.; Kto.-Nr. 7064509
Postbank Köln; BLZ 370 100 50

Kontakt: redaktion@wildcat-www.de

Archiv und Aktuelles: www.wildcat-www.de

»Erzieher sind die Lokführer des Bildungssystems«

1980 wurde Oscar Romero, der Erzbischof von El Salvador, erschossen – 2015 wurde er selig gesprochen, am selben Tag stimmte das erzkatholische Irland mit großer Mehrheit für die Homo-Ehe, gegen den Willen der katholischen Kirche.

1980 war das Jahr von Konterrevolution und Militärputsch – als was wird 2015 in die Geschichte eingehen? Im Hauptartikel des Hefts machen wir einen langen Rückblick aufs Jahr 1980, wir betrachten die weltweite Kampfwelle seit 2005, und wir versuchen eine Einschätzung, wo wir wohl heute stehen.

»Die Linke brauchte in den 60er Jahren fast das ganze Jahrzehnt, um die Arbeiterklasse zu ›entdecken‹, obwohl diese seit den späten 50ern den Kampf wieder aufgenommen hatte. Wieviel schwieriger wird es für die heutige Bewegung sein, die latente Macht der Arbeiterklasse zu ›entdecken‹ – und einen Weg zu finden, sich ihr sinnvoll anzuschließen?«, fragte das Editorial der *Insurgent Notes* Anfang des Jahres. Da gibt es allerdings ein Problem: tatsächlich nehmen die meisten die globale Streikwelle nicht zur Kenntnis – aber die Übertreibungen interessierter Kräfte, die sich die Entwicklung schönrechnen und u.a. gewerkschaftliche *Organizing*kampagnen mit Arbeiterkampf gleichsetzen blockieren die notwendige Debatte umso mehr.

Angesichts der vielen Streiks in der BRD (Lokführer, Kita-Erzieherinnen, Post) sah sich eine Zeitung auf einer »Zeitreise in die 70er Jahre in Großbritannien«. Eine andere titelte »Unbefristeter Streik: Erzieher sind die Lokführer des Bildungssystems«. Auch GenossInnen aus dem Ausland haben uns in den letzten Monaten gefragt, was für eine Streikwelle da über die BRD hereingebrochen sei – wenn man es dann aus der Nähe anguckt, ist alles viel widersprüchlicher.

Die GDL hat bewiesen, dass sie ne richtige Gewerkschaft ist: sie kann auf Knopfdruck zwischen Streik und Friedenspflicht hin und her schalten, ohne Straßenmobilisierung (das war auch der große Unterschied zum GDL-Streik 2006). In den Kitas lässt ver.di lediglich für die Interessen der Höherqualifizierten streiken – und wenn Bsirske mit dem Streikbruch durchkommt, der sich kurz vor Drucklegung abzeichnete, dann dürfte auch ver.di bewiesen haben, dass es diesen Bereich unter Kontrolle hat.

Die Situation in der BRD ist extrem entpolitisiert – das ist wohl das Hauptergebnis der Merkel-Regierungen. Wenn wir die Entwicklungen in der BRD aber als *einen Teil* der globalen Situation betrachten, sieht die Sache keineswegs so stabil aus, wie das Regime glauben machen möchte:

Die deutsche Exportwirtschaft ist nicht die Hochlohn-Hitech-Welt, als die sie hingestellt wird. Eine ihrer größten Wachstumsbranchen ist die Fleischindustrie. Deutsche Schlachthöfe produzierten 2014 so viel Fleisch wie noch nie, 8,2 Millionen Tonnen. Dass die Arbeitsbedingungen dort zum Himmel stinken, hat sich inzwischen rumgesprochen – vor allem deshalb, weil sich die ArbeiterInnen zu wehren begonnen haben. Nach wie vor wird in vielen Schlachthöfen der Mindestlohn umgangen mit Strafgeldern oder überhöhten Forderungen für Miete, Transporte, Arbeitskleidung oder Werkzeuge. Arbeiten im Schlachthof macht stärker krank als andere Arbeit. Nach einer aktuellen Studie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin haben die ArbeiterInnen ein deutlich erhöhtes Risiko, an den Atemwegen zu erkranken und sind einer »extrem hohen Belastung mit Stäuben und Keimen« ausgesetzt.

Die BRD-Exportindustrie ist nicht nur stark auf den Gang der Weltwirtschaft angewiesen, sie destabilisiert die

Die oberen Zehntausend haben Geld und eine Lobby in Bonn und einen Bundesverband der deutschen Industrie und eine Regierung in Bonn und sie finanzieren die Volksparteien

Die oberen Zehntausend gibt es nur, weil die unteren 60 Millionen mit ihrer Rolle einverstanden sind

EU – und sie ist umkämpft. Auch an vielen anderen Orten lässt sich zeigen, dass die weltweiten Kampfwellen auch die BRD erreicht haben. (siehe dazu S. 31 und 70)

Wir mussten das Heft mehrmals verschieben; aber letztlich sind wir fast 25 Jahre dran gesessen, da kam's auf ein paar Monate auch nicht mehr an. Ein Schwerpunktheft zur weltweiten Arbeiterklasse muss sich mit unserer eigenen Geschichte auseinandersetzen, denn seit Beginn der 80er Jahre war ein durchgängiger Faden in der *Wildcat* die Beschäftigung mit den internationalen Klassenkämpfen. Und wir gehen auch nochmal kurz auf unseren Zwischenschritt ein, den Artikel »Was nach der Bauern-Internationalen kommt« in der *Wildcat* 82 im Herbst 2008.

Lange haben wir überlegt, in welcher *Form* wir unsere Ergebnisse präsentieren können. Die Darstellungsweise von Steven Colatrella (*Wildcat* 90, Sommer 2011: »In unseren Händen liegt eine Macht«) – ich zähle auf, was in einem einzigen Monat weltweit an Klassenkämpfen gelaufen ist; im zweiten Schritt versuche ich, die Bewegungen nach Branchen zu gliedern; im dritten Schritt denke ich drüber nach, was sie vereint – hat einiges für sich: die quantitative Seite der Welle lässt sich gut darstellen; hat aber auch das Problem, dass alles sehr geschönt rüberkommt.

Deshalb haben wir uns für einen zusammenfassenden Artikel plus regionale Schwerpunkte entschieden. Das führt allerdings dazu, die *Probleme* stärker in den Vordergrund zu rücken. Aber so oder so: dieses Schwerpunktheft ist mehr denn je nur ein Anfang!

Das *Unsichtbare Komitee* hat nachgelegt; »An unsere Freunde« stellt mit Ernüchterung fest: Die Aufstände sind gekommen, geändert hat sich nichts. »Wer innerhalb weniger Jahre kommende Aufstände an- und absagt, hat den langen Atem zumindest nicht. Der richtet sich eher nach dem Rhythmus der Kulturindustrie.«, kommentierte ein Vertreter der Kulturindustrie auf *telepolis*. Interessanter:

sie »entdecken« die Macht der Arbeiter: »Wer ein System am Laufen halten kann, weiß auch, wie man es effizient sabotieren kann.«

Sollte Syriza scheitern, wäre es die Todesglocke für die »Mittelschichts-Seele« in den Platzbewegungen. *Occupy*, »arabischer Frühling« ... alle haben nichts erreicht. (siehe Seite 59)

Bei Drucklegung stand das Drama um einen »Grexit« wieder mal Spitz auf Knopf. Egal wie es ausgeht – wir haben keinen Grund, die EU zu verteidigen!

Bürgerkriege ohne Ausstiegsstrategien?

2014 war die Zahl blutiger Konflikte weltweit auf Rekordhoch; aber der Bullenstreik in New York Anfang des Jahres zeigte, dass ein Leben ohne Bullen nicht nur möglich, sondern auch einfach besser ist! (Die Mordrate stieg währenddessen nicht an, usw.).

Und sie sagen: wir sind das Recht und die Herrlichkeit in Ewigkeit

Im Gegensatz zum Kalten Krieg zwischen den USA und der UDSSR könnte der *war on terror* erst mit dem Ende des Kapitalismus enden. Er erklärt jeden militanten Widerstand gegen die etablierte Ordnung zu Terrorismus. Schon zwei Wochen nach den Anschlägen vom 11. September 2001 hatte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld getönt: »Vergessen Sie Ausstiegsstrategien. Wir sprechen hier von einem dauerhaften Waffengang ohne Befristung.« Aber etwas muss schiefgelaufen sein – warum sonst versucht Rumsfeld seit einiger Zeit, sich von der damaligen Kriegsstrategie zu distanzieren?

In der Ukraine geht der Bürgerkrieg derweil weiter. Die USA / NATO setzen dort auf paramilitärische Verbände; von daher ist die Debatte um offizielle Waffenlieferungen an die ukrainische Armee rein mediale Ablenkung: Die entscheidenden Kräfte – die Paramilitärs – werden bereits beliefert. Auf die Wehrpflichtigenarmee setzt sowieso niemand (mehr).

In der Ukraine gibt es auch keine »Mittelschicht« mehr, die den Rückhalt von oben und eine gewisse Legitimation von unten hätte, die Reorganisation des Staates zu übernehmen. Deshalb ist sie die Trägerin des Bürgerkriegs – was bleibt ihr außer einer Ausweitung des Kriegs? (Seite 76)

Auf die EU kann sie sich dabei nicht wirklich verlassen. Diese ist bereits überdehnt und mit vielen neuen Beitrittsländern überfordert. Sie kann sich die instabile und bankrotte Ukraine nicht auch noch einverleiben.

Das wird bei den linken Kritikern oft vergessen. Genauso ist es richtig, dass BRD und IWF äußerst brutal mit »Griechenland« umgehen – aber sie stehen dabei mit dem Rücken zur Wand und können nicht anders. Wenn eine Reformregierung wie Syriza durchkommt, würden sich neue Koalitionen bilden – die Austeritätsfraktion der BRD ist sowieso bereits schwer am Bröckeln. Vor allem aber muss alles getan werden um zu verhindern, dass die Arbeiterklasse in Europa Morgenluft wittert...

Alles schrumpft – nur die Geldberge wachsen

Flugzeuge stürzen ab, Schiffe sinken, Züge entgleisen oder stoßen zusammen, Autos gehen in Flammen auf – und nicht immer kann die Schuld einem depressiven Piloten mit Selbstmordabsichten gegeben werden. Wir spucken der Autoindustrie ins Grab, die zig Millionen Rückrufe produziert – und derweil zig Milliarden Bargeld bunkert. (Seite 72)

Die sind so fett, fett, fett!

Das Schlachtross unserer Feinde in den letzten zwei Jahrzehnten schwächelt, lässt sich vielleicht bereits vom »Ende der Globalisierung« sprechen?

Bis 2007 war der Welthandel deutlich stärker als das Weltwirtschaftsprodukt gewachsen. Von Krisenjahren wie 1982 und 2001 abgesehen, wuchs das weltweite Handelsvolumen stets stärker als die Wirtschaftsleistung. 2012 und 2013 drehte dieser Trend. Das Weltbruttosozialprodukt wächst langsamer als zuvor – der Welthandel aber noch langsamer. Auch der Containertransport, das Sinnbild der Globalisierung, hatte bis 2007 jährlich meist zweistellig zugelegt, seither nur noch mit jährlichen Raten um die fünf Prozent. Das Niveau der ausländischen Direktinvestitionen liegt 2015 immer noch unter dem Durchschnittsniveau von vor der Krise und die Zahl grenzüberschreitender Unternehmenszusammenschlüsse hat sich sogar halbiert (während das Volumen des »hot money« stark gestiegen ist).

Es herrscht eine Geldschwemme wie noch nie. Die flüssigen Mittel der amerikanischen Konzerne haben sich seit 2007 mehr als verdoppelt, sie belaufen sich auf 1,7 Billionen Dollar, angelegt in kurzfristigen Wertpapieren. (Auch VW hat 30 Milliarden auf dem Konto.) Sie investieren nicht in neue Fabriken, kaufen keine Maschinenausrüstungen, entwickeln keine neuen Produkte. Vermögensbesitzer geben lieber 179 Millionen für einen Picasso aus.

Und sie machen das Recht und die Herrlichkeit und die Ewigkeit

Im Februar wurde eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung veröffentlicht. Danach besitzen die reichsten Menschen hierzulande insgesamt bis zu drei Billionen Euro mehr als bisher angenommen. Den Berechnungen zufolge erhöht sich das Gesamtvermögen der deutschen Haushalte von knapp 6,3 Billionen Euro auf bis zu 9,3 Billionen Euro - zum Vergleich: das BIP der BRD betrug 2014 rund 2,9 Billionen Euro. Insgesamt sollen die Superreichen nicht nur ein Fünftel, sondern 31 bis 34 Prozent des gesamten Vermögens in der BRD auf sich vereinen. Allein das reichste Tausendstel besitzt 14 bis 16 Prozent. Ihr Anteil am gesellschaftlichen Reichtum ist drei Mal so groß wie bisher angenommen.

Stuttgart, 15. Juni 2015

Die sind so fett, fett, fett!
Die müssen weg, weg, weg!

Musik: Floh de Cologne, Die oberen Zehntausend, Fließbandbabys Beatshow, 1970

Die Bewegung gegen Polizeigewalt in den USA reißt nicht ab, nach dem Mord an Freddy Gray in Baltimore im April erlebte sie einen neuen Höhenpunkt. Es folgen drei Texte: im Artikel eines Genossen aus Baltimore geht es um die soziale und politische Situation in dieser Stadt der schwarzen Armut und der Drogengangs. Es folgen Auszüge aus einem Text von der Webseite ultra-com.org, der ebenfalls eine politische Einschätzung vor diesem Hintergrund versucht. Zum Abschluss ein kurzes Interview mit einem Genossen aus den USA zur Zukunft der Bewegung und den Verbindungen zu Arbeiterkämpfen.

Baltimores »Fire Next Time«

Fire Next Time bezieht sich auf eine Zeile aus einem Gospel: *God gave Noah the rainbow sign, no more water but fire next time.* Darauf bezieht sich auch der Titel eines Romans des afroamerikanischen Schriftstellers James Baldwin von 1963: *The Fire Next Time.*

Am 27. April 2015 brach in Baltimore der wahrscheinlich heftigste *Riot* in einer amerikanischen Großstadt seit den *Riots* in LA 1992 aus. Etliche Gebäude wurden geplündert und angezündet, irgendwann standen so viele Gebäude in Flammen, dass die städtische Feuerwehr überlastet war und Verstärkung aus den umliegenden Kommunen anforderte. Der Gouverneur von Maryland, dem Bundesstaat, in dem Baltimore liegt, schickte die Nationalgarde, die Bürgermeisterin verhängte eine fünftägige nächtliche Ausgangssperre. Die Gründe für den *Riot* und sein Verlauf sind typisch und bekannt, trotzdem haben sich neue Entwicklungen gezeigt, die es so 1992 in LA nicht gab.

Ein paar Hintergrundinformationen: Baltimore ist eine der ärmsten Großstädte der USA mit schwarzer Bevölkerungsmehrheit. Die Kindersterblichkeit in Baltimore-West, dem Epizentrum des *Riots*, ist so hoch wie in Honduras oder Moldawien. Die Lebenserwartung in den reichen Stadtteilen ist um 20 Jahre höher als in den ärmsten. Mit diesem sozialen Elend ist ein gewalttätiger und florierender Drogenhandel eng verbunden.

Jahrelang kontrollierten lokale Gangs den Drogenhandel in Baltimore und führten Revierkämpfe. Aber in den letzten zehn Jahren ist er besser organisiert in der Hand von recht beständigen Kartellen. Eines davon ist die *Black Guerrilla Family*, benannt nach einer zwielichtigen schwarz-nationalistischen Gruppe aus den 70ern, die damals in kalifornischen Gefängnissen operierte. Die BGF hat über Vorfeldorganisationen Stadtteilgruppen infiltriert und sich so in Baltimore verwurzelt. Ein Selbsthilfe-Manifest aus diesem Umfeld wurde von einigen Mitgliedern des Stadtparlaments euphorisch begrüßt, weil sie vom Ganghintergrund nichts wussten.

Bezeichnend ist, dass die BGF (wie sie auf den Straßen der Stadt genannt wird) faktisch den Knast von Baltimore übernommen hatte; Wachleute schmuggelten für sie Drogen, Handys und Geld ins Gefängnis. Zwei Wärterinnen haben Kinder von einem der wichtigsten Anführer der BGF und seinen Namen auf ihren Arm tätowiert. Irgendwann gab es eine Razzia im Knast und die staatliche Kontrolle wurde wieder hergestellt, aber die Episode zeigt die erstaunliche Reichweite und die Ambitionen der BGF. (Eine Bekannte von mir arbeitete zu dieser Zeit in der Aufnahme der Krankenstation des Knasts. Sie merkte, dass was im Gange war, weil immer mehr angebliche Obdachlose eingeliefert wurden – in Wirklichkeit verdeckte Ermittler, die man daran erkannte, dass sie zwar dreckige Kleidung trugen, ihre Socken aber sauber waren.)

Die Polizei und die Drogengangs haben eine symbiotische Beziehung. Für die Bullen sind die Gangs ein Mittel, um mehr Personal, Geld und Befugnisse zu fordern. Die Gangs ihrerseits nutzen die Polizei,

um rivalisierende Gangs zu verpfeifen und das eigene Gebiet auszuweiten. Korruption ist in der Polizei weit verbreitet, viele Bullen sind korrupt, manche dealen sogar selbst. Dazu kommt die Gewalt auf der Straße – man kann schon angeschossen werden, nur weil man jemanden versehentlich anrempelt. Fast jede schwarze Familie wurde schon Opfer von Schießereien. Wenn man das bedenkt, gleicht die soziale Situation eher einer brasilianischen Favela als einer Stadt in den USA.

Doch das unversöhnliche und wohlverdiente Misstrauen gegenüber der Polizei ist nur ein Aspekt des allgemeinen Mangels an Vertrauen in die Gesellschaft, das als Überlebens- und Verteidigungsmechanismus dient, und es richtet genauso gegen politische oder kollektive Aktionen im traditionellen Sinne, einschließlich linker Politik.

Auch der willkürliche Tod so vieler junger Schwarzer auf den Straßen trägt dazu bei, die Wut über die Fälle von Polizeigewalt zu erklären.

Zumindest hat man mit der Polizei eine Seite, die man zur Verantwortung ziehen kann. Bei den wahllosen Drogen-Schießereien, die so sehr Teil des innerstädtischen Lebens geworden sind, gibt es niemanden, auf den man zeigen oder gegen den man protestieren kann. Damit werden Proteste gegen Polizeigewalt de facto zu Protesten gegen eine ganze Lebensweise. Das ist eine der vielen verborgenen Bedeutungen hinter den Baltimore *Riots*.

Ja, Armut, Arbeitslosigkeit und die anderen üblichen Ursachen spielen eine Rolle. Doch diese materiellen Faktoren laufen durch den Filter von Träumen und Hoffnungen, die auch dann nicht befriedigt würden, wenn es plötzlich Fabrikjobs für 25 Dollar die Stunde mit großzügigen Sozialleistungen regnen würde. Diese Unruhe und Unzufriedenheit bereitet den Weg für zukünftige Konflikte. Konflikte, die in weitere Unruhen auf den Straßen münden könnten. Sie könnten aber auch genausogut in Schlägereien im Inner Harbor zwischen rivalisierenden Flashmobs aus East und West Baltimore übergehen.

Vor diesem Hintergrund entstand die soziale Explosion, nachdem Freddie Gray in der Nacht auf den 11. April in einem Polizeiwagen gestorben war. Es hatte vorher schon Todesfälle gegeben, z.B. den von Tyrone West; aber meist gab es danach nur eine kleine, wütende Demo gefolgt von Schweigen. Warum Grays Tod die *Riots* auslöste, bleibt unklar. Mit Sicherheit spielte die Medienberichterstattung über die *Riots* in Ferguson eine Rolle. Die Konfrontation mit der Polizei war plötzlich nichts Abstraktes mehr, weil man das schon im Fernsehen gesehen hatte. Gegen die Polizei zu kämpfen ist vielleicht noch nicht gesellschaftlich akzeptiert, aber zumindest normal. Jugendliche organisierten über soziale Medien einen Flashmob, der sich in den Stunden nach Grays Beerdigung am Mondawmin traf, einem älteren Einkaufszentrum am Rand von Baltimore-West.

Verständnislose Kritiker haben die *Riots* als unpolitisch dargestellt, weil es in den letzten Jahren eine Reihe von wenig öffentlichen Flashmobs gab, bei denen Jugendliche Geschäfte plünderten, wahllos Passanten angriffen und sich prügelten. Das mag zum Teil stimmen, aber wer das sagt, versteht nicht, dass die Konfrontation vor dem Mondawmin sehr politisch wurde, egal wie nicht-politisch der ursprüngliche Auslöser war, und egal, was die bewussten Absichten der Aufständischen waren.

In den folgenden Stunden führten die Jugendlichen eine ausgewachsene Schlacht mit der überraschten Polizei, sie warfen Steine, Ziegel, Flaschen und was ihnen sonst noch in die Hände fiel. Die Geschäfte im Mondawmin wurden aufgemacht und geplündert. In dieser Nacht gab es überall in der Stadt heftige Straßenschlachten und Brandstiftungen. Polizeiwagen wurden angezündet, weitere Geschäfte geplündert. Die Zerstörung war 2015 nicht so umfassend wie bei den *Riots* von 1968, die erhebliche Teile Baltimores in Schutt und Asche legten. Aber die Nationalgarde marschierte ein, eine Ausgangssperre wurde verhängt und später wurde bekannt, dass das FBI Flugzeuge eingesetzt hatte, um den Aufstand heimlich zu überwachen.

Es ist schwer einzuschätzen, wie das alles auf die Jugendlichen wirkte, die die *Riots* ausgelöst haben. Ihre Stimmen werden trotz aller medialen Aufmerksamkeit noch immer kaum wahrgenommen. Die Medien haben zumeist etwas ältere schwarze Studis, die gar nicht am *Riot* beteiligt waren, zu deren Sprechern gemacht. Und diese haben oft schon Erfahrung im Umgang mit den Medien, da sie schon die Proteste in Ferguson und die nach dem Tod von Eric Garner organisiert hatten. Aber plötzlich hatten sich die Jugendlichen aus Baltimore-West Gehör verschafft, wenn auch nur durch ihre Taten. Plötzlich schenkte ihnen die Gesellschaft Beachtung. CNN fragte sie, was sie denken. Junge Anarchos verteilten Wasserflaschen und Rechtshilfe-Broschüren, fremde Leute demonstrierten in anderen Städten, um sie zu verteidigen. Es muss für viele eine verändernde, berauschende Erfahrung gewesen sein, die noch über Jahre untergründig im sozialen Gefüge der Stadt weitergären wird.

Ein paar Tage später verkündete die Staatsanwältin von Baltimore, dass die beteiligten Polizisten vor Gericht gestellt würden. Das wurde mit Recht als Sieg gesehen, aus den Demonstrationen wurden Feiern.

Einige Tage darauf bat Bürgermeisterin Rawlings-Blake das Justizministerium, sich einzuschalten und die systematischen Gesetzesübertretungen durch die Polizei zu untersuchen. Angesichts dieser beiden Interventionen verliefen sich die Proteste. Ein landesweiter Marsch am Tag nach der Anklageerhebung, zu dem Malik Shabazz (von den Black Lawyers for Justice; früherer Vorsitzender der New Black Panther Party) aufgerufen hatte, mobilisierte nur wenige Tausend, trotz Shabazz' Ankündigung, dass zehntausend Protestierende nach West Baltimore strömen würden. Eine Kundgebung für die Amnestie aller *Rioters* am 16. Mai zog nur einige Dutzend an. Fürs erste sind die Straßen ruhig.

Aber die Einleitung des Verfahrens war auch ein Versuch der schwarzen politischen Klasse – die in Baltimore regiert und die von den Entwicklungen überrumpelt worden war –, die staatliche Kontrolle durch Zugeständnisse wiederherzustellen. In den nächsten Monaten wird es sicher weitere abgestimmte Maßnahmen geben, wie nebulöse Konferenzen zum »Empowerment« der Jugend, um die Stadt zu »heilen« und wieder auf eine »positive« Bahn zu lenken (sprich: mehr Stimmen für die Demokraten zu gewinnen). Daran zeigt sich ein wichtiger Aspekt der *Riots*, den wenige bemerkt haben. Sie waren die erste Rebellion in einer von schwarzen Politikern regierten Großstadt. Baltimore ist nicht wie Ferguson, wo eine abgeschottete weiße Schicht über eine mehrheitlich schwarze und entrechtete Bevölkerung regiert. Seit über einem Jahrzehnt wird die Stadt von Schwarzen regiert. Doch in Gebieten wie West Baltimore änderte sich während des Marsches der schwarzen politischen Klasse durch die örtliche Demokratische Partei nur wenig. In Wirklichkeit verschlimmerte sich alles, und es gab nur wenige Versuche, die systematische Gewalt der Polizei einzudämmen und diese zur Verantwortung zu ziehen.

Ob die Lektion, dass eine schwarze Führung einen genauso verkauft wie eine weiße, von Dauer sein wird, ist noch zu früh zu sagen. Für Freddie Gray machte es am 11. April absolut keinen Unterschied, dass seine Peiniger von vorbildhafter »Vielfalt« [diversity] waren: drei Weiße, drei Schwarze, Männer und Frauen. Letztendlich handelten sie alle ihrer gesellschaftlichen Rolle entsprechend.

C.P.

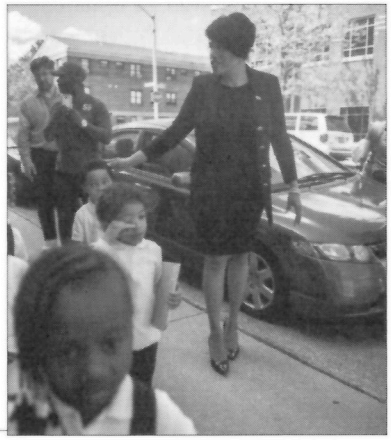


Foto: Die Bürgermeisterin von Baltimore besucht das Viertel von Freddy Gray

Übergangs-rituale

Auszüge aus: *Rites of Passage. Dancing in a circle.* Zu finden unter www.ultra-com.org/project/rites-of-passage/

Man vergisst leicht, dass Baltimore südlich der Mason-Dixon-Linie liegt und noch immer viel vom Alten Süden hat. Die Stadt hatte bis zum 24. Juli 1863 Sklaven-Gefängnisse – also noch einige Monate, nachdem Lincoln die Abschaffung der Sklaverei verkündet hatte. Heute, über 150 Jahre danach, sind dieselben Strukturen des Rassismus noch vorhanden, weiter entwickelt, angepasst, bewirken aber immer noch fundamental ähnliche Ergebnisse. Sie sind Teil von Baltimores »Kultur« geworden.

Wirtschaftlich gesehen ist die Stadt immer noch »auf dem Weg der Erholung«, wie es heißt: Die Arbeitslosigkeit ist mit 8,4 Prozent höher als je zuvor seit den 1990er Jahren. Die Wiederauferstehung von Institutionen aus der Zeit der Sklaverei und zugehöriger kultureller Referenzen bietet einen Weg, damit fertigzuwerden; indem sie Pufferzonen zwischen den Wohlhabenden und einer »gefährlichen« Bevölkerung schaffen, deren Existenz über den Bedarf der Wirtschaft hinausgeht. Diese Spaltung tritt stets entlang von Rassengrenzen auf.

Entgegen allem, was die Progressiven heute sagen und was sie schon seit Jahren sagen, ist Baltimore *keine* Geschichte von zwei Städten. Es ist die Geschichte *einer* Stadt, in der eine Gruppe eine andere bis aufs Blut ausbeutet. Die weißen Immobilieninvestoren können Krabbentörtchen essen und dabei Dressurpferden zusehen, wie sie im Kreis rumspringen, nicht trotz, sondern *aufgrund* der Vertreibung schwarzer Familien aus ihren Häusern in East und West Baltimore. Wie die Pferderennbahn ist das ein geschlossener Kreis. Und wie in jeder anderen Stadt in den USA kann dieser brutale Zirkel ohne Unterbrechungen bis zur Sklaverei zurückverfolgt werden und auf deren oft übersehenes Gegenstück: die Geburt des Reichs der US-Industrie. Manchmal wird darüber geredet, in Schulen oder einer Folge von *The Wire* [TV-Serie, die in Baltimore spielt]. Aber selten geht es so tief wie während eines *Riots*. Reiche Weiße können sich entscheiden, *The Wire* an- oder wieder auszuschalten, sich damit politisch oder ästhetisch auseinanderzusetzen. Doch der *Riot* hat keinen Ausschalter. Auf dem Höhepunkt seiner Wirkung ist er etwas, das Beachtung verlangt, das *Entscheidungen* verlangt.

Der bisher größte *Riot* in Baltimore wurde ausgelöst, als am 27. April 2015 gegen drei Uhr nachmittags eine Gruppe von Schülern im Mondawmin-Gebiet in Nordwest-Baltimore auf einen Aufruf in den sozialen Medien reagierte. Sie begannen damit, Bullen in Kampfausrüstung mit Steinen, Flaschen und Ziegelsteinen zu bewerfen, mit was immer sie finden konnten. Die Medien hängten sich an die Ereignisse, besessen von der Idee von »Jugendlichen«, die verrückte Dinge tun. Dieses Image, zitiert aus der *New York Times*, zündete: »Hunderte junger Menschen versammelten sich vor einer Mall im Nordwesten Baltimores und griffen die Polizei an, wobei sie Steine und Flaschen auf Polizeibeamte warfen.«

Dabei sind Plünderungen nie ein »Akt sinnloser Gewalt«. Als Protestierende die Filiale einer großen Pharmakette in Sandtown-Winchester abfackelten, stellten sie sich gegen – und enthüllten – historische Strukturen der Ungleichheit. Auf die Frage, ob er lieber sein Viertel brennen sehen würde, konterte ein Protestierender: »Mein Viertel brennt jetzt nicht. Hier ist ein Beispiel, wie es wirklich in jedem von uns aussieht. 20 Jahre lang – ich bin einundvierzig – war ich Zeuge von Gräueltaten, das häuft sich an.« Diese Gräueltaten sind die des globalen Produktionssystems, in das Baltimore eingebettet ist und das letztlich auf der kontinuierlichen Enteignung von Massen von Menschen beruht, um aus ihnen Arbeit zu extrahieren, während ihnen selbst die Früchte ihrer Arbeit vorenthalten werden. In Baltimore nimmt dieser Prozess einen eindeutig rassistischen Charakter an.

Wie auch anderswo wird in Baltimore die überzählige Bevölkerung mit Knast bedroht, um sie unter Kontrolle zu halten. Das ist eine Art zu sagen: »Wir können euch zu Schwarzen machen.« Darüber hinaus bedeutet dies eine tatsächliche Reduktion dieser Bevölkerung, indem Körper von der Möglichkeit der Lohnarbeit abgehalten werden. An einem Ort wie dem deindustrialisierten Baltimore ist das zur Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse unbedingt notwendig: Es hält die chronisch Arbeitslosen davon ab, zu zahlreich und zu mächtig zu werden. Das erklärt, warum im Jahr 2010, mitten in der Rezession, den Offiziellen der City von Baltimore der Vorschlag nicht unlogisch erschien, Millionen von Dollars für den Bau von zwei neuen Gefängnissen auszugeben. Außerdem ist die Zahl der Obdachlosen in Baltimore während der Rezession von 2009 bis 2011 um 19,7 Prozent gestiegen. Aber Zwangsräumungen stellen nicht das einzige Problem dar.

Die *Rioters* selbst waren wesentlich wortgewandter als die *Baltimore Sun* bei der Erklärung, warum die Zerstörung ein solches Ausmaß annahm. Einer der *Rioters* des 27. April sagte: »Für uns gibt es hier nichts. Nicht mal für die Jugend. Es gibt keine Jugendzentren, keinen Ausweg.« Viele Protestierende erwähnten, dass Bürgermeisterin Stephanie Rawlings-Blake jüngst im Zuge von Budget-Kürzungen bei der Abteilung für Parks und Freizeit 550 000 Dollar eingespart und mehreren Bürgerzentren in der Stadt den Hahn zugedreht hatte. Im August 2012 hatte sie die Schließung von vier Zentren angekündigt – alle in West Baltimore: Harlem Park, Central Rosemont, Hilton und Crispus Attucks. 2013 wurde aufgrund ihres Finanz-Konsolidierungsplans etwa 20 von den 55 sozialen Zentren der Stadt gekündigt. Betroffen war auch der Unterricht. 2013 und 2014 stimmte der Stadtrat dafür, zwölf Schulen zu schließen – fünf davon in West Baltimore.

In einer seltsamen Umkehrung von Ursache und Wirkung lieferten die *Riots* ein Argument, die Schuld für diese bereits existierenden Sparmaßnahmen *auf die Rioters selbst* abzuwälzen. Während der Brände sagten Wortführer aus den Stadtteilen im Radio, sie verstünden nicht, warum die Jugendlichen ausgerechnet die Infrastruktur niederbrennen würden, von der doch ihre Zukunft abhänge.

Bald wurde auf bizarre Weise klar, dass die reaktionärsten Protestierenden innerhalb der *Riots*, entgegen anderslautenden Gerüchten, leitende Mitglieder der *Bloods*, *Crips* und *Nation of Islam* waren; sie bewachten die Schaufenster, riefen zu Ruhe und Ordnung auf und stellten sich sogar zwischen Protestierende und die Polizei. Angesichts des *Riots* vereinigten sich die Gangs nicht nach dem Vorbild der *Black Panther Party*, aus der sie hervorgegangen sind, sondern zeigten, dass sie selbst nicht viel mehr sind als Bullen ohne Dienstmarken. »Wir brauchen die Polizei nicht wirklich«, sagte ein Mitglied der *Bloods*, »Wir kriegen das selber hin. Wir kriegen sie mit eigenen Kräften unter Kontrolle.« Eine wichtige Erinnerung daran, dass die Avantgarde der Polizei, stationiert in den am schwersten zu kontrollierenden Randgebieten und Brachflächen Baltimores, seit jeher jenseits des Geltungsbereichs der Gesetze operiert. Hier wird Ordnung durch direkte Ausübung von Gewalt durchgesetzt, oft ausgeführt von aus den Randgebieten selbst Rekrutierte und immer unter dem Motto »Gemeinschaft«.

Baltimore unterscheidet sich von vielen anderen Städten in den USA dadurch, dass dieses Management auf der Erneuerung von Strukturen aus der Sklavenzeit beruht. An Orten wie New York, in der Bay Area, Seattle, Los Angeles und Atlanta wurde Ungleichheit in den letzten Jahren großteils unter dem Deckmantel »multikultureller« Projekte erzeugt und aufrechterhalten, bei denen verschiedenste Interessengruppen Zugang zu sehr begrenzten Pfründen in den engeren »kreativen« Klassen erhalten, die die »Mittelklasse« ersetzt haben. Doch Baltimore hat keine große Industrie oder sexy Startups, mittels deren man die gnadenlose Mehrwertabpressung verschleiern könnte. Hier geschah die Zerstörung der »Mitte« durch andere, offener rassistische Mittel – durch die Ausbeutung einer kolonialen Vergangenheit.

Doch das Spiel läuft anders als noch um 1800: Rasse wird heute anders verstanden. Weiße Aristokratie erscheint nicht immer in derart offensichtlicher Form. Oberbürgermeisterin, Polizeipräsident und Leitender Oberstaatsanwalt sind alles Schwarze. Und im Unterschied zu Ferguson besteht das *Baltimore Police Department* beinahe halb und halb aus Schwarzen und Weißen. Das zeigt, dass heutzutage Baltimores Elite nicht auf *Rassenunterschieden* beruht. Die Integration von Schwarzen in die herrschende Elite der Stadt ist nicht nur möglich, sondern sogar notwendig. Stattdessen gründet die Elite auf einer Logik von rassistischer *Vorherrschaft*, auf einem materiellen Prozess, der Inhaftierung, Krieg und Gewalt rassifiziert, unabhängig von der Hautfarbe der Ausführenden. Rasse wird, in Baltimore und anderswo, zur Grenzlinie des Kapitalismus – der dem Staat und seinen Handlungen Hoheitsgewalt verleiht, gegen den aber auch ständig angekämpft werden muss, um die Reichweite der Globalisierung zu erweitern und das Wachstum der Profite zu steigern.

Key MacFarlane

Die Zukunft der Bewegung
Interview

Die Zahl der von der Polizei erschossener Menschen ist in den USA extrem hoch, die Washington Post spricht von fast 400 Toten in den ersten fünf Monaten des Jahres 2015 (zum Vergleich: 2014 waren es in Deutschland etwa zehn), das sind fast drei Tote täglich! Trotzdem scheint die Bewegung zunächst schwächer geworden zu sein. Hier in Deutschland haben wir Anfang des Jahres fast nur noch Kampagnen und symbolische Aktionen mitbekommen. Wie ist die Bewegung gegen die Polizeimorde wirklich weitergegangen?

Auch mir ist nicht klar, wie sich die Bewegung entwickelt. Es gibt Mobilisierungen, vor allem bei konkreten Anlässen, aber die Entwicklung der Bewegung ist unklar. Eins ist allerdings sicher, ihre Kontinuität: So sind beispielsweise die Organisatoren von Ferguson im April nach Baltimore gegangen. Die Bewegung hat es unmöglich gemacht, die Polizeimorde weiterhin zu ignorieren. Jeder erneute Fall von Polizeigewalt wird offenen und öffentlichen Widerstand hervorrufen. Dass die Polizisten in Baltimore so relativ schnell angeklagt wurden, ist ein Resultat der Bewegung.

Wie schätzt du den Protest in Baltimore nach der Ermordung von Freddie Gray ein?

Der *Riot* brach aus, weil die Polizei den Schulbusverkehr für Schüler nach der Beerdigung willkürlich einschränkte. Sie wollten die Kids nicht im Bus nach Hause fahren lassen und bedrohten und drangsalierten sie ein paar Stunden lang. In anderen Städten gab es Solidaritäts-Demos – in Ferguson, Chicago, Los Angeles, New York und sicher auch an anderen Orten – aber keine *Riots*.

Der *Riot* in Baltimore war wie alle *Riots*; sie entstehen, wenn Leute die Schnauze voll haben von all den Misshandlungen und keinen anderen Weg sehen ihre Gefühle *öffentlich* auszudrücken.

Die Häfen in Kalifornien wollten am 1. Mai gegen Polizeigewalt streiken, es gab immer wieder Berichte über Aktionen, die gleichzeitig gegen Polizeimorde und für mehr Lohn (»Fight for $15«) waren. Verbindet sich da etwas?

Das ILWU *Local 10* im Hafen von Oakland streikte am 1. Mai gegen den Polizeiterror und etwa tausend Arbeiter und Unterstützer marschierten zum Rathaus in Oakland. Sie hatten das schon am 16. April beschlossen, also bevor Freddie Gray am 27. in Baltimore getötet wurde. Aber sie blieben alleine, kein anderer Hafen der Westküste hat mitgemacht. Es war auch die einzige gewerkschaftliche Aktion, von der ich weiß. Auch sonst habe ich keine weiteren Verbindungen zwischen Arbeiteraktionen und Baltimore mitgekriegt. Seit Dezember gab es allerdings sichtbare Überschneidungen zwischen der »Fight for $15«-Kampagne der SEIU und der Bewegung gegen Polizeigewalt. Die Bewegung der Niedriglohnarbeiter für höhere Löhne besteht größtenteils aus schwarzen und braunen Menschen, die selber von der Polizeigewalt betroffen sind. Dieser Zusammenhang hat sich auch in den Streiks und Demos am 15. April gezeigt, dem nationalen »Fight for $15«-Aktionstag. Es gab keine offizielle Stellungnahme der Gewerkschaft, aber die demonstrierenden Arbeiter machten den Zusammenhang zwischen den Löhnen und der *racial justice* mit *Die-ins* und anderen Mitteln deutlich. Auch in Baltimore und Ferguson fanden »Fight for $15«-Demos statt, ebenso in Detroit. In den beiden zuletzt genannten Städten kämpfen die BewohnerInnen auch gegen die massenhafte Abschaltung des Trinkwassers – eine Auswirkung von Privatisierungen und Sparpolitik.

Wie ist insgesamt deine Einschätzung, wie es sich weiterentwickeln wird?

Die Bewegung gegen Polizeigewaltmuss stärkere Verbindungen zu Arbeiterkämpfen entwickeln, also zu den Basisbewegungen wie »Fight for $15« (die von vielen ArbeiterInnen getragen wird, obwohl es eine SEIU-Kampagne ist). Wenn sie das nicht tut, besteht die Gefahr, dass sie zu einem Sprachrohr für die Demokraten wird. Wenn beispielsweise die *New York Times* versucht, sie als »neue Bürgerrechtsbewegung« darzustellen und zwei Aktivisten zu ihren Sprechern macht (DeRay Mckesson and Johnette Elzie), dann tut sie das wahrscheinlich, damit diese »Sprecher« dafür benutzt werden können, Kandidaten und Amtsträger zu unterstützen, die schön klingende Reden halten. Ich bezweifle zwar, dass sich diese beiden Aktivisten daran halten, aber solche Dinge passieren.

Dann ist da immer das Problem mit den »Forderungen«: »Was wollen diese Leute?« Wollen sie Körperkameras für Bullen? Oder sollen die wieder wie früher zu Fuß auf Streife gehen? Soll sich der Gesetzgeber die Masseninhaftierung einschränken? All diese Dinge klingen gut, aber auch zwei Körperkameras pro Polizist, Bestrafungen nach europäischem Vorbild, oder sogar Barney Fife [Polizist aus TV-Serie aus den 60ern], der mit seinem Schlagstock wirbelt, während er in deinem Block patrouilliert, werden die Armut nicht verringern und auch nicht die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, Menschen Arbeit zu geben, die es seit Jahrzehnten aussortiert hat. Und das wissen die Leute auch – es liegt eine Ebene tiefer als solche Forderungen nach Körperkameras, *Hillary for President* oder irgendwelchen kommunalen Kandidaten.

Diese Bewegung muss sich, wie jede andere 2015 in den USA auch, selber klarmachen, dass der Kampf gegen die kapitalistische Klasse gerichtet werden muss, die unsere Leben kontrolliert. Diese Kontrolle hat viele Facetten, aber der wichtigste Machtfaktor ist der Job. Deswegen muss er zum Kampffeld werden, so oder so.

Amiri

■

Hongkong:
Schüler und Studenten im Kampf gegen Pekinger Dominanz und lokale Oligarchen

Auszüge aus dem »Letter 39« von *Mouvement Communiste / Kolektivnë proti Kapitälu* vom 11. November 2014, vollständig zu finden unter: http://mouvement-communiste.com/documents/MC/Letters/LTMC1439%20DEvG.pdf

Die Massenbewegung in Hongkong, eine Metropole des globalen Kapitalismus und eins der wichtigsten Zentren der zweitgrößen Wirtschaftsmacht der Welt, hat große Bedeutung für das Weltproletariat wie auch für die herrschenden Klassen des Planeten. Die Revolte vollzog sich unter direkter und aktiver Teilnahme von zehntausenden Proletariern, entlohnten und unentlohnten. Trotzdem war es letztlich eine klassenübergreifende Massenbewegung ohne Rückhalt im Klassenkampf.

OCLP (*Occupy Central with Love and Peace*) wollte zum 1. Oktober (2014), dem chinesischen Nationalfeiertag, 10 000 Menschen auf die Straße bringen. Geplant war eine drei Tage dauernde Besetzung im Verwaltungs- und Geschäftsbezirk des Stadtteils »Central«. Benny Tai Yiu-Ting, Jura-Professor und Mitbegründer der Organisation, gab am 2. September *Bloomberg* ein Interview, in dem er erklärte, der Termin sei gewählt worden, »um den Schaden für die Wirtschaft minimal zu halten«. Die OCLP hatte mit den Behörden ausgehandelt, die Besetzung sollte zwischen dem 1. und 3. Oktober in der Umgebung einer öffentlichen Grünanlage stattfinden.

Dieser Plan wurde über den Haufen geworfen, weil ein Studentenverband erfolgreich eine Bewegung initiierte, der sich Schüler der weiterführenden Schulen anschlossen. Am 22. September rief die HKFS (*Hong Kong Federation of Students*) auf zwanzig Campus-Anlagen der Universitäten einen Vorlesungsboykott aus, dem ca. 30 000 Studierende Folge leisteten. Zwei Tage später schloss sich der Oberschüler-Verband *Scholarism* der Bewegung an. Am 26. September wurden Studierende aus dem Tamar-Park vertrieben, um Platz für eine Pro-Peking-Demonstration zu schaffen. Sie besetzten daraufhin Flächen in der Nähe des Regierungssitzes. Zwei Studenten in Führungspositionen und Wong, die Galionsfigur von *Scholarism*, wurden festgenommen, was das Feuer der Bewegung nur anfachte und sie auf weitere Sektoren der Bevölkerung übergreifen ließ. Inzwischen hatte die Besetzung nicht wie geplant in »Central« stattgefunden, sondern im Stadtteil »Admiralty«. Mehr noch: Ein erheblicher Anteil der Teilnehmer lehnte die Führung durch die OCLP ab und verließ den ursprünglichen Standort. Viele von ihnen suchten Orte auf, die nun zu neuen Zentren der Besetzung wurden: »Causeway Bay« und »Mong Kok«.

Am 28. September versuchten mehrere tausend Protestierende – hauptsächlich Studenten – unterschiedliche Orte zu besetzen. Auf der Hauptinsel waren die Verwaltungsgebäude von Central und Admiralty das Ziel. In den Bezirken der Privatwirtschaft von Causeway Bay und Kow Loon wurden die Geschäftsviertel aufgesucht, nämlich Tsim Sha Tsui und Mong Kok. Die Repression hinterließ mehrere Dutzend Verletzte, und es gab nahezu hundert Verhaftungen, doch es ging ziemlich sanft ab im Vergleich mit Europa und umso mehr gemessen an den Standards in Asien. Das repressive Vorgehen war dosiert und kontrolliert, nirgends schien man Tien-an-men wiederholen zu wollen.

Der Einsatz von Aufstandsbekämpfungsbullen, die Menschen attackierten, mit Gas bekämpften und schlugen, empörte gleichwohl beträchtliche Teile der Bevölkerung von Hongkong, und Zehntausende gingen auf die Straße, um sich an die Seite der Studenten und Schüler zu stellen. Junge Arbeiter aller Art, ältere Leute, Frauen und Männer, Malocher, Bürokräfte, Handwerker – sie alle schlossen sich der Bewegung an, nicht selten mit dem Segen ihrer Bosse (die freilich nicht so weit gingen, während ihrer Abwesenheit den Lohn weiterzuzahlen). Die Klassenzusammensetzung dieser Bewegung war also ziemlich gemischt.

Die Staatsmacht musste auf Erschöpfung der massenhaften Proteste setzen, um die Barrikaden nach und nach zu schleifen. Der Hauptfehler der Bewegung lag im Rücktritts-Ultimatum an den Regierungschef Hongkongs, Chun-Ying Leung. Denn wenn der Gegner sich nicht fügt, sondern in die Offensive geht, ohne dass die Bewegung ihm etwas entgegensetzen kann, dann demoralisiert die Nichtigkeit der Forderung die Bewegung. Nur wenige tausend der Protestierenden waren bereit, sich rückhaltlos dafür einzusetzen. In den folgenden Stunden und Tagen sammelten sich die Repressionskräfte und Schlägertrupps der organisierten Kriminalität, um die Besetzer wegzuräumen. Die Entschlossensten hielten sich an den Barrikaden fest und leisteten Widerstand gegen die Überfälle, die gelegentlich gemeinsam von Polizei und »Anti-Occupy«-Kräften ausgingen. Die Muskelmänner der Triaden, Taxifahrer und Trucker bildeten den Sturmtrupp zum Abriss der Barrikaden, mit oder ohne Hilfe der Polizei.

Die Organisationen

Die HKFS, gegründet im Mai 1958 zur Verteidigung der Demokratie, hat 58000 Mitglieder in acht Universitäten. Sie bestimmt sich in Gegnerschaft zum Regime von Peking und hat an Demonstrationen zur Unterstützung von Tien-anmen teilgenommen.

Die OCLP, 2013 ins Leben gerufen von Jura-Professors Benny Tai Yiu-ting, dem Pfarrers Chu Yiu-ming und dem Soziologie-Professors Chan Kin-man, fordert allgemeines Wahlrecht und ruft zu bürgerlichem Ungehorsam auf.

Scholarism, im Mai 2011 von Schülern in weiterführenden Schulen gegründet, betrachtet sich als *pressure group* gegen das Programm »Moralische und Nationale Erziehung«[1]. Sie hat im September 2012 an der Besetzung des Ministeriums für Nationale Erziehung teilgenommen.

Zu nennen ist aber auch *Civic Passion*, eine kleinere Bewegung, die jedoch wachsenden Zustrom hat, gegründet 2012 von Wong Yeung-tat. Dieser militante Zusammenhang der extremen Rechten kämpft für die Trennung Hongkongs von Kontinental-China und verteidigt die »Echtgebürtigen« gegen die »Invasion vom Festland«. Sie haben wegen ihrer entschiedenen und offensiven Haltung gegenüber der herrschenden Oligarchie gewiss Anhänger gewonnen, doch zu keiner Zeit konnte *Civic Passion* die Position der demokratischen Führer von OCLP und HKFS gefährden. In ihrem gesamten Verlauf entzog sich die Bewegung nie wirklich der Steuerung durch diese beiden politischen Kräfte.

Die Ideologie der Bewegung enthielt auch christliche Elemente. Christliche Symbole, Kreuze, Jesusporträts fielen auf an den Barrikaden, wo improvisierte christliche Rituale vollzogen wurden. Christen waren unter den Organisatoren der Bewegung überrepräsentiert. Wong ist Evangelikaler, auch Benny Thai ist Christ, Chu Yiu-ming baptistischer Geistlicher. Christen spielen auch auf der Gegenseite eine Rolle, besonders die Anglikaner, deren Erzbischof die Protestierenden scharf kritisiert hat. Zwar haben einige Kirchen ihre Türen für die Protestierenden geöffnet, doch die Mehrzahl tat dies nicht. Auch Carrie Lam, die Nummer zwei der Regierung, und Donald Tsang, der frühere Verantwortungsträger der Regierung, sind Katholiken.

Blockaden und Reaktionen

In ihrer gewaltfreien Erscheinungsform hat sich die Bewegung der Polizei gewachsen gezeigt, sowohl im Durchbrechen und Umrunden polizeilicher Absperrungen wie auch im Widerstand gegen Bullenangriffe. Offensichtlich ohne jede Anweisung vom OCLP-Kollektiv haben Jugendliche, ganz vorn junge Arbeiter, die Besetzung auf zwei neue, kommerziell wichtige Bezirke ausgedehnt: Causeway Bay in Tsim Sha Tsui auf der Insel Hongkong und vor allem auf Mong Kok in Kow Loon. Die ersten Barrikaden in Mong Kok wurden in der Nacht des 28. September errichtet. Hier entwickelten sich die gewaltförmigen Konfrontationen zwischen Besetzern und Polizei wie auch mit »Anti-Occupy«-Gruppen am heftigsten.

Am 1. Oktober erreichte die Bewegung ihren Höhepunkt: über 100 000 Teilnehmer in einer Demonstration von drei Kilometern Länge.

Stark begrenzte Arbeitermobilisierung bei weitverbreiteter Solidarität

Am 28. September hatten die Brauer, Lehrer und Hafenarbeiter des Gewerkschaftsverbandes HKCTU[2] einen Streik unter vier Forderungen ausgerufen:

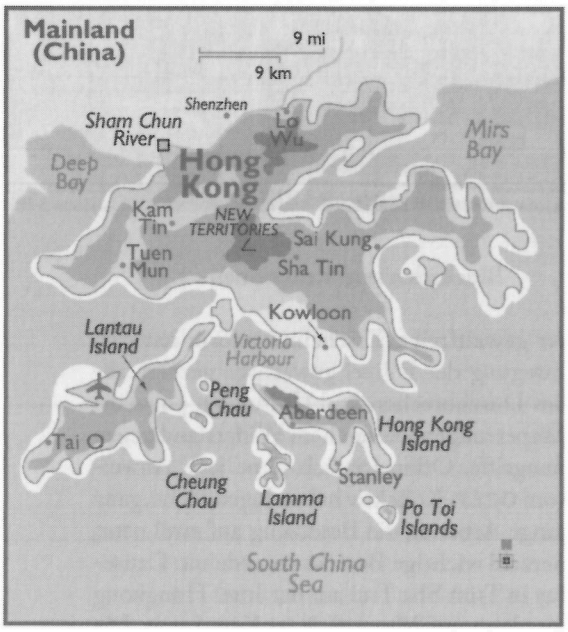
- Freilassung der Festgenommenen
- Beendigung der Unterdrückung friedlicher Versammlungen
- Rücknahme des »vorgetäuschten allgemeinen Wahlrechts«
- Rücktritt von Chun Ying Leung

Unter Befolgung des Aufrufs legten 200 Auslieferungsfahrer (von insgesamt 1400) der Coca-Cola-Fabrik Swire zwei Tage lang die Arbeit nieder - am 29. September setzten aber nur 40 den Streik fort. Rund hundert andere lehnten Überstunden an beiden Tagen ab. Nach Angaben des Internationalen Gewerkschaftsbundes befanden sich am 29. September 10000 Arbeiterinnen und Arbeiter im Streik.

Obgleich führende Vertreter der Bauarbeitergewerkschaft, die zum Peking-nahen Bund HKFTU gehört, den Protestierenden entgegentraten und von ihnen den Abbau der Barrikaden forderten, erschien am nächsten Tag ein Dutzend Arbeiter aus demselben Gewerk, um ihre Solidarität mit der Bewegung

[1] *Moral and National Education* (MNE) sollte als »neues Programm zur moralischen Anleitung« in Grundschulen 2012 und in weiterführenden Schulen 2013 eingeführt werden. Die vorausgegangene *Moral and Civic Education* hatte nurwagemoralische Werte gelehrt, wie »Respekt gegenüber Anderen«. Das neue MNE jedoch sollte offen das chinesische Ein-Parteien-System unterstützen. Gegenwärtig ist seine Einführung verschoben.

[2] Die *Hong Kong Confederation of Trade Unions* wurde im Juli 1990 gegründet, umfasst 61 zugehörige Gewerkschaften und repräsentiert ca. 170.000 Mitglieder [der Einzelgewerkschaften – Anm. d.Ü.]. Sie ist von der Regierung unabhängig, im Gegensatz zum Verband HKFTU, Hong Kong Federation of Trade Unions, der loyal zu Peking steht und 1948 gegründet wurde. Der Verband umfasst 62 zugehörige Gewerkschaften und repräsentiert 341.000 Mitglieder [der Einzelgewerkschaften – Anm. d.Ü.]. Die Anfänge der HKCTU gehen auf christliche Arbeitervereine zurück, die 1966 ins Leben gerufen wurden. Die HKCTU hat sich auch an der Gründung der Labour Partei von Hongkong im Dezember 2011 beteiligt.



zu zeigen. Sie halfen auch praktisch, indem sie Kurse im Barrikadenbau abhielten. Ganz ähnlich machten es zwei Gewerkschaften der Staatsangestellten (auch sie im HKFTU). Sie verurteilten die Bewegung öffentlich, doch tausende im Staatsapparat Beschäftigte erklärten ihre Solidarität auf einer Petition über Facebook. Viele Staatsangestellte trugen zur Arbeit ein gelbes Band, das Zeichen der Bewegung.

Zwei Besetzungen

Ein junger Teilnehmer an den Besetzungen, der sowohl in Mong Kok als auch Admiralty aktiv gewesen war, konstatierte: »Die Kultur der beiden Plätze ist deutlich verschieden. Die Leute in Mong Kok kommen aus ganz unterschiedlichen Zusammenhängen. Dort werden auch eher soziale Themen angeschnitten.«

Die Besetzung von Mong Kok, in einem Umfeld von Boutiquen und großen Einzelhändlern, war gegen die Anweisung der anerkannten Organisatoren der Bewegung geplant worden und dann auch zustande gekommen. Wiederholt haben die Teilnehmer erklärt, sie hätten sich über die Vorgaben der OCLP hinweggesetzt. In Mong Kok haben die Protestierenden, darunter viele Arbeiterinnen und Arbeiter aller Altersgruppen, Kritik zu Fragen von Arbeit, Lohn und Wohnbedingungen formuliert. All dies wurde aber nicht in kollektiven Forderungen konkretisiert. Sie erklärten, Führung nicht nötig zu haben, sei es durch Studentenorganisationen oder durch andere Gruppen. »Wir brauchen keine Repräsentanten. Dies ist eine Massenbewegung«, meinte einer.

In Mong Kok hatten die Besetzer gegen Taxi- und LKW-Fahrer zu kämpfen, wie auch gegen Maskierte, deutlich erkennbar als bezahlte Muskelpakete aus der Triaden-Welt. In seltenen Fällen hielt die Polizei sogar die Streitenden auf Abstand voneinander, so dass es ohne Tote oder ernsthaft Verletzte abging. Von den Verteidigern der Barrikaden (nicht alle ständig anwesend, viele gingen zur Arbeit und kamen danach wieder zurück) wurden die letzten im Zustand der Erschöpfung von der Polizei vertrieben, die sich mit Kettensägen durch die Barrikaden arbeitete.

Im Kontrast dazu Admiralty, hier war »das Klima mehr künstlerisch und studentisch«. In einem Ambiente der Ruhe und Gelassenheit gab es künstlerische Darbietungen (Malerei, Musik, Tanz, Origami), die Touristen in großer Zahl anzogen. Ein Journalist fühlte sich von einem Tanz mit Regenschirmen an Szenen aus »Mary Poppins« erinnert.

Vom chinesischen Festland kam nur spärlicher und schwacher Widerhall. An der Universität von Jinan in Guangzhou sind 5000 Studenten aus Hongkong eingeschrieben (von insgesamt 35000). Vereinzelt berichteten sie davon, wie schwer es gewesen sei, anderen Studenten die Lage zu erklären. Zugleich sind fast 10000 Studenten vom Festland in Hongkong immatrikuliert. Nur eine kleine Minderheit von ihnen reihte sich in die Bewegung ein, aber noch weniger unterstützten die Zentralregierung. Sie trugen durch Verbreitung von Informationen zum Durchbrechen des Schweigens über die Bewegung bei. Die chinesischen Medien konnten die Ereignisse nicht mehr links liegen lassen und mussten die Bewegung verurteilen. In den großen Städten Chinas gab es nur symbolische Demonstrationen mit einigen Dutzend TeilnehmerInnen. Sie wurden schnell unterdrückt. In Macao versammelten sich 800 Menschen zu einer genehmigten Solidaritätsdemo. Eine kleine Gruppe fuhr sogar nach Hongkong. Ein bemerkenswertes Beispiel bot Wukan, einem Ort von 15 000 Einwohnern in der Nachbarprovinz Guangdong. Im Jahr 2011 hatten gewaltsame Zusammenstöße zwischen Bevölkerung und Polizei in einem Kompromiss geendet: Die korrupten Führungsbeamten wurden gefeuert, die Anführer der Revolte konnten bei örtlichen Wahlen kandidieren und wurden gewählt. Danach

waren sie aber wegen »Korruption« festgenommen und die alten Führungsfiguren wieder in ihre Ämter eingesetzt worden. Wenige Tage nach Beginn der Besetzungen in Hongkong ließen sich einige Dutzend Leute mit Regenschirmen um das örtliche Verwaltungsgebäude herum nieder. Sie bekundeten ihre Solidarität mit der Bewegung in Hongkong.

Radikalisierung von welcher Art?

In der Beschleunigungsphase der Bewegung gab es unterstützende Parolen für Tibetaner und Uighuren. Als die Regierung in die Offensive ging, verstummten sie ebenso schnell wieder wie die Erinnerungsrufe bezüglich Tien-an-men. In gleicher Art verfuhr man, als ImmigrantInnen[3], die in niedrigsten Arbeiten, zu schlechtesten Löhnen und Arbeitsbedingungen in nahe der Sklaverei beschäftigt sind, von minoritären, aber durchsetzungsfähigen *Civic-Passion*-Kräften aus der Bewegung verdrängt wurden. Hinzu kam eine frühzeitige strenge Anweisung des Philippinischen Konsulats an die in Hongkong anwesenden Filipinas, zumeist als »Hausmädchen« arbeitende Frauen, sich von allen Protesten fernzuhalten, sonst müssten sie mit Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr rechnen.

Obwohl mit Beschäftigung und Wohnung verbundene Probleme von den Protestiereden oft benannt wurden, so hat doch keine Fraktion der Bewegung andere Forderungen formuliert als die ursprünglichen nach »wirklicher« oder »authentischer Demokratie«. Die Bestrebungen der Bewegung beschränkten sich auf den Ruf nach Rücktritt des Regierungschefs sowie vor allem auf das allgemeine Wahlrecht zur Bestimmung der politischen Führungsriege, ohne vorherige Auswahl durch die Zentralgewalt.

Und trotzdem unterschied sich die Bewegung in Hongkong von anderen »Occupy«-Bewegungen. Obwohl sie nur Minderheiten der Studenten und Schüler repräsentierte und diese insgesamt wiederum nur eine Minderheit der Gesamtbevölkerung ausmachen, hatte sie – paradoxerweise – durch Stilllegung des Warenverkehrs wirtschaftliche Konsequenzen für einzelne Sektoren, wie Verteilung, Auslieferung und Transport, die über das bei anderen *Occupy*-Rebellionen Bekannte hinausgingen, einschließlich der stärksten wie Syntagma (Athen), Puerta del Sol (Spanien), Oakland (USA), Tel Aviv (Israel) und sogar Tahrir (Ägypten).

Auch in anderer Hinsicht ließ die Bewegung von Hongkong andere *Occupys* hinter sich. Vornean steht ihre Massendimension. Ungefähr 100000 Menschen setzten sich über das Demonstrationsverbot hinweg, in einem Land, in dem offene Repression die Regel ist; dies stellt an sich schon einen qualitativen Sprung dar. Und ihr Durchhaltevermögen – einen Monat lang ständige Bewegung, unter Angriffen von Polizei und informellen Banden von Reaktionären und kriminellen Geschäftsleuten – zeigt, wie entschlossen die Rebellen von Hongkong waren. Drittens eine kollektive Dynamik, die sich weder auf die Besetzungen reduzieren lässt, noch mit diesen entstanden ist. Studierende und SchülerInnen waren schon vorher organisiert; sie haben die *Occupy*-Bewegung möglich gemacht und somit Zehntausenden vereinzelter Proletarier den Boden für kollektive Äußerung bieten können. Viertens, die Bewegung hat die Handelswege eines der entwickeltsten und am dichtesten bevölkerten produktiven Terrains der Welt besetzt und zum Teil blockiert – ein materielles produktives Territorium, wo sich viele der Finanzkathedralen Asiens und eine bedeutende Zahl multinationaler Hauptverwaltungen sich konzentrieren (Admiralty).

Doch diese Pluspunkte reichen nicht zum Ausgleich der Schwächen, die das Bewegung von Anfang an hatte. Erstens der Mangel an einem ausdrücklich sozialen Inhalt. Somit blieben tausende Proletarier Zuschauer oder bestenfalls solidarisch mit einer Bewegung, die sie nie als ihre eigene angesehen haben. Zweitens hat sich der bürgerliche Protest auch selbst daran gehindert, dort Wurzeln zu schlagen, von wo er ausgegangen war und wohin er sich zurückziehen musste, sobald seine Intensität und sein Umfang zurückgingen: Keine Universität und keine weiterführende Schule wurde besetzt. Dabei waren dies die einzigen produktiven Territorien[4], wo die Besetzer verwurzelt waren. Universitäten und höhere Schulen vor allem dienten als Basis für Austausch mit anderen Protestierenden. Studenten und Schüler waren die einzigen Gruppen, die einen gemeinsamen Handlungszusammenhang hatten. Arbeiter, die an der Bewegung teilnahmen, taten dies individuell.

Die Bewegung ging nie über den Rahmen bürgerlicher politischer Demokratie hinaus. Ganz im Gegenteil. In einem gewissen Sinn hat sie ihn durch eine kollektive Massenaktion in radikalisierter Form verstärkt. Doch die sozialen Kräfte, die diese Aktion zusammengeschweißt haben, bekamen einen Vorgeschmack ihrer Macht, auch wenn sie eine Niederlage hinnehmen mussten. Diese Dynamik hat es den Leuten stellenweise erlaubt, sich auf eine Kritik der etablierten Ordnung einzulassen und dabei die Grundlinien einer neuen Ordnung zu skizzieren, die auf Kollektivität und Kampf beruht. Gemeinsam in freier Entscheidung die Stadt zu blockieren, ihre Tätigkeitsabläufe zu unterbrechen, produktives Terrain zu übernehmen, hat das Bewusstsein der Leute gezeichnet trotz des Käfigs der bürgerlich-demokratischen Ideologie. Ansätze aktiver Minderheiten, sich vom Pazifismus des OCLP und des HKFS zu lösen, bezeugen diesen Beginn einer politischen Autonomisierung. ■

[3] Der Herkunft nach handelt es sich um Philippinen: 120.000; Indonesien: 90.000; Indien: 20.000; Nepal: 16.000; Thailand: 12.000; Pakistan: 12.000. Macht zusammen rund 270.000, im Vergleich zu 70.000 »reichen« Immigranten (Europa, Japan etc.) und 800.000 Chinesen aus dem »Inland«.

[4] Wir definieren produktive Territorien in Abhängigkeit von sozialer Produktion/Reproduktion des Kapitals, wobei es um direkte Wertproduktion gehen kann oder auch nicht. Universitäten, höhere Schulen etc. sind Orte der Reproduktion von sozialer Arbeitskraft. Familien leisten im Wesentlichen die Reproduktion der individuellen konkreten Arbeitskraft (auch dann, wenn Familien zur Sozialisation von Individuen in Arbeit und durch Arbeit beitragen). In der Schule (sofern sie funktioniert) lernt man, die individuelle Arbeitsfähigkeit zu entwickeln und sie in sozialisierte, kollektive Arbeit einzubinden. Orte der Formation von sozialer Arbeitskraft bilden deshalb Räume der Reproduktion sozialen Kapitals – auch dann, wenn dort nicht unmittelbar Wert produziert wird.

Weltarbeiter

Aufstand oder Klassenkampf?

Der Klassenbegriff hat wieder Konjunktur. Seit der jüngsten Weltwirtschaftskrise fragten sogar bürgerliche Zeitungen: »Hatte Marx doch recht?« Seit zwei Jahren steht mit Thomas Pikettys »Das Kapital im 21. Jahrhundert« ein Buch auf den Bestsellerlisten, das ausführlich nachweist, wie der kapitalistische Akkumulationsprozess historisch zur Konzentration des Reichtums in den Händen einer winzigen Minderheit von Vermögensbesitzern geführt hat. Die gravierende Ungleichheit auch in den westlichen Demokratien lässt die Angst vor Aufständen wachsen. Dieses Gespenst ging in den letzten Jahren beständig um – von *Riots* in Athen, London, Baltimore bis zu den Revolten in Nordafrika, die auch mal Regierungen hinwegfegten. Und wie immer in solchen Zeiten ruft eine Fraktion der Herrschenden nach Repression und Waffen, die andere thematisiert die »Soziale Frage«, die man endlich mittels Reformen und Umverteilungspolitik angehen müsse.

Die globale Krise hat den Kapitalismus delegitimiert; die Politik der Herrschenden und Regierungen, die Krise die ArbeiterInnen und Armen bezahlen zu lassen, hat zu Wut und Verzweiflung geführt. Wer wollte noch bestreiten, dass wir in einer »Klassengesellschaft« leben? Aber was bedeutet das?

»Klassen« im engeren Sinn entstehen erst mit dem Kapitalismus. Aber die Trennung von den Produktionsmitteln, die die *Eigentumslosigkeit* der Proletarier begründet, war kein einmaliger historischer Vorgang. Sie wird tagtäglich im Produktionsprozess vollzogen: die ArbeiterInnen produzieren, aber das Produkt ihrer Arbeit gehört ihnen nicht. Sie bekommen nur das, was zu ihrer Reproduktion als Arbeitskraft notwendig ist bzw. was sie sich an Lebensstandard erkämpft haben.

Klassengesellschaften kennen im Prinzip keine per Geburt erworbenen Privilegien, der Besitz von Geld entscheidet über die soziale Stellung. Sie ermöglichen im Prinzip den Aufstieg vom Tellerwäscher zum Börsenspekulanten (oder zumindest zum Kleinunternehmer, das ist die Hoffnung vieler MigrantInnen). Genauso können Kleinbürger oder selbstständige Handwerker in die Reihen der Eigentumslosen absteigen. Aufstieg ist allerdings selten das Ergebnis eigener Arbeit, sondern der Fähigkeit, selbst zum Kapitalisten zu werden und sich die Arbeit anderer anzueignen. (Auch die Mafia verfügt über diese Fähigkeit.)

Tatsächlich findet ein Prozess der *Klassenpolarisierung* statt, in dem schon Marx und Engels eine explosive Kraft und die Voraussetzung zur Revolution sahen. »*Die proletarische Bewegung ist die*

klasse

selbstständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl.« (Manifest) Immanuel Wallerstein nannte Marx' Hypothese über die Polarisierung der Klassen seine radikalste, die sich auch – auf das Weltsystem bezogen – als richtig erwiesen habe; Polarisierung heißt auf der einen Seite Proletarisierung, auf der anderen Seite Bourgeoisifizierung.

Kapital ist nicht einfach Vermögen, das sich in den Händen weniger sammelt. Das Kapital ist Voraussetzung und Ergebnis des kapitalistischen Produktionsprozesses, in dem lebendige Arbeit Wert produziert, der von anderen angeeignet wird. Für den Kapitalismus typisch ist nicht die »Ausbeutung« eines einzelnen Arbeiters durch einen Handwerksmeister, sondern die Ausbeutung einer großen Masse von ArbeiterInnen in der Fabrik. Es ist eine Produktionsweise, die darauf beruht, dass Millionen von Menschen zusammen arbeiten, auch wenn sie sich gar nicht kennen. Sie produzieren gemeinsam Wert, sie können aber auch gemeinsam diese Arbeit verweigern und die gesellschaftliche Arbeitsteilung in Frage stellen. Als Arbeits*kraft* sind die ArbeiterInnen Teil des Kapitals; als Arbeiter*klasse* größter Feind in seinem Innern.

Generationen von Arbeitswissenschaftlern haben versucht, den ArbeiterInnen das Wissen darüber, wie produziert wird, zu enteignen, um sich von ihnen unabhängig zu machen. Sie haben Parallelproduktionen aufgebaut, um im Streikfall weiter produzieren zu können. Sie haben Fabriken geschlossen und woanders neue hingestellt, um neue ArbeiterInnen besser auszubeuten und kontrollieren zu können. Aber das Gespenst konnten sie damit nicht austreiben. In der Streikwelle 2010 spukte es zum ersten Mal auf dem gesamten Erdball gleichzeitig. Diese Kämpfe sind gerade dabei, die Welt zu verändern. Sogar die Akademie hat den Schuss gehört und die Arbeiterklasse nach langer Zeit wieder zum Objekt ihrer Forschung gemacht, wie zahlreiche Veröffentlichungen, neue Zeitschriften und Internetseiten zeigen, mit denen linke SozialwissenschaftlerInnen Verbindungen zwischen den ArbeiterInnen verschiedener Kontinente herstellen wollen. In der BRD waren die ArbeiterInnen 25 Jahre lang alleine mit ihren Kämpfen – auch hier beziehen sich nun wieder soziale Bewegungen und Intellektuelle darauf.

Rückblick

1978 – die Arbeiterklasse auf der Höhe ihrer Macht

Bis 1989 konnten wir uns die Welt erklären bzw. die Klassenkämpfe haben sie uns erklärt. Der revolutionäre Aufbruch um 1968 hatte zu einem neuen Schub von Arbeiterkämpfen in den meisten Ländern geführt und in den Metropolen eine umfassende Kritik des Fabriksystems und der gewerkschaftlich begleiteten Arbeitskultur hervorgebracht. Ende der 70er Jahre war die Arbeiterklasse auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Löhne und Einkommen waren tariflich abgesichert, nicht einfach kündbare unbefristete Beschäftigungsverhältnisse noch die Regel. Materiell standen die ArbeiterInnen der Industrieländer im Rahmen ihrer Sozialpakte so gut da wie nie zuvor in der Geschichte. Und mit ihren Kämpfen in den industriellen Kernsektoren hatten sie Verbesserungen *für alle* durchgesetzt.

Schon in der Krise 1973/74 hatte mit der Verlagerung arbeitsintensiver Massenproduktion nach Südostasien und der Umstrukturierung in den Fabriken der Abbau ihrer Produktionsmacht begonnen. Das Kapital wollte sich der kämpferischen und selbstbewusst gewordenen ArbeiterInnen entledigen. Der Putsch in Chile 1973 und der Aufstieg der »Chicago-Boys« wiesen die Richtung für die mit den Namen Thatcher und Reagan verbundene Konterrevolution 1979/80, die zu säkularen Niederlagen bis dahin zentraler Teile der Arbeiterklasse führte (1980 Niederlage bei Fiat, Militärputsch in der Türkei, 1979-81 die Konterrevolution im Iran nach der Zerschlagung der Arbeiterräte; Ende 1981 Kriegsrecht in Polen, 1985 dann die Niederlage der britischen Bergarbeiter...). Es folgten direkte Angriffe in Form von Massenentlassungen und Aufspaltung der Belegschaften. Die nationalen Arbeiterklassen verschanzten sich am Arbeitsplatz und

konnten für sich selber – mit großen Unterschieden zwischen den Ländern – lange Zeit direkte Verschlechterungen abwehren.

Für die Zeitgenossen waren die 1980er Jahre in Westeuropa widersprüchlich: einerseits massive Angriffe, andererseits radikale soziale Bewegungen. Aber von heute aus gesehen war es ein Jahrzehnt dramatischer Niederlagen. Im Zuge der Austeritätspolitik begann der Abbau sozialstaatlicher Leistungen bzw. ihre verstärkte Bindung an die Bereitschaft zur Arbeit. Bilder aus den USA mit Schlangen Arbeitsloser vor Personalbüros standen für eine neue Dimension der Verarmung eines Teils der einst so mächtigen US-Arbeiterklasse. Die große Zäsur in der BRD markierte die gewerkschaftliche Mobilisierung für Arbeitszeitverkürzung (zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit!) im Austausch gegen eine Flexibilisierung und Aufweichung des »Normalarbeitsverhältnisses«. Die 1980er Jahre stehen zudem für Militärdiktaturen und wirtschaftlichen Niedergang in weiten Teilen Lateinamerikas, den Staatsbankrott in Mexiko, die Schuldenkrise und IWF-Diktate zur Erzwingung von »Strukturanpassungsprogrammen«.

Seit Mitte der 1980er Jahre stellten die vier »jungen Tigerstaaten« Hongkong, Singapur, Taiwan und Südkorea mit hohen Wachstumsraten alte Theoreme der Dependenztheorie auf den Kopf. Mit der mächtigen Streikbewegung 1987 richteten alle den Blick nach Südkorea. Unter den Bedingungen einer westlich ausgerichteten Entwicklungsdiktatur, die noch 1980 einen Arbeiteraufstand blutig zusammenschießen ließ, war eine Arbeiterklasse entstanden, die das südkoreanische Kapital und sein Fabrikregime mit radikalen Kampfformen herausforderte. Innerhalb weniger Jahre konnte sie mit hohen Lohnzuwächsen den Anschluss an ihre KollegInnen im Westen schaffen. Ende der 80er Jahre schien auch in Europa eine Neuzusammensetzung der Klasse in den Kämpfen heranzureifen (die Krankenschwestern, Kita-Streik, Lokomotivführer in Italien und Frankreich, dort auch die LKW-Fahrer, wilder Streik bei VW...) – aber dann kam ein Massaker, das die Welt veränderte, Krise und Krieg...

Krise und Proletarisierungsschub in den 90ern

Im Juni 1989 eröffneten die Truppen das Feuer auf dem Tienanmen-Platz hauptsächlich deshalb, weil massenhaft ArbeiterInnen den Studenten zu Hilfe kamen. Nicht Studenten, sondern Arbeiterführer wurden zum Tode und zu den längsten Haftstrafen verurteilt. Inoffizielle Gewerkschaften wurden sofort verboten, ihre Führer ins Gefängnis geworfen.

Das Beispiel wiederholte sich in Berlin oder Leipzig nicht. Dort gab das Regime auf. Als 1989 die Mauer fiel, ging *Wildcat* optimistisch an den Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus heran. 1988/89 hatten sich in Westdeutschland die Klassenkämpfe intensiviert, im Verlauf des Umbruchs in der DDR kam es zu – heute längst vergessenen – Massendiskussionen in den dortigen Betrieben und auf der Straße über eine gesellschaftliche Perspektive jenseits von Kapitalismus und DDR-Sozialismus. Mit der wirtschaftlichen Ruinierung der ehemaligen DDR entwickelte sich im Osten zunächst eine breite Kampfbewegung gegen Fabrikschließungen und soziale Verschlechterungen.

Mit dem Massaker des Golfkriegs 1991 und der Wirtschaftskrise, die in der BRD nach dem Vereinigungsboom verspätet, aber umso massiver 1993 einsetzte, brachen in der westdeutschen Metallindustrie alle Dämme. Um den Exportstandort BRD zu retten, akzeptierte beispielsweise die IG Metall im »Pforzheimer Abkommen« 1994 Arbeitsintensivierung und massive zeitliche Flexibilisierung. Dazu kamen soziale Verschlechterungen auf breiter Front.

Die erhofften Kämpfe – vor allem der in Abwicklung befindlichen DDR-Arbeiterklasse – blieben weitgehend aus. Die Abwanderung gut ausgebildeter ArbeiterInnen nach Westen funktionierte als Ventil – und sorgte dafür, dass in der BRD zum ersten Mal die Löhne sanken. Während im Osten die Massenarbeitslosigkeit durch immer neue Warteschleifen und Kurzarbeit zu null Stunden abgefedert wurde, hörten wir in den Betrieben auf einmal Sprüche wie »Hauptsache Arbeit!«, wenn wir darauf hinwiesen, dass der Kollege nebendran doppelt so viel verdient. Die »industrielle Reservearmee« war zurück! Durch den massiven Gebrauch von Leiharbeit und befristeten Verträgen konnten Belegschaften nun auseinander dividiert werden.

In den 1970er Jahren hatten wir im Westen gelernt, dass der Druck auf die beschäftigten ArbeiterInnen durch die »Reservearmee« der Arbeitslosen nicht mehr funktionierte: solange der nächste Job sicher war, konnte man die bezahlte Arbeitslosigkeit als willkommene Pause genießen. Deshalb waren wir vorsichtig, diesen Begriff zu gebrauchen, und argumentierten in diesen Jahren vor allem gegen eine voreilige Kapitulation an. Die Hartz-Gesetze sorgten dann dafür, dass die Einkommen bei (längerer) Arbeitslosigkeit sehr viel stärker fielen – so dass auch an dieser Stelle die Dämme brachen.

Die Auflösung des »Ostblocks« war auch eine Zäsur, die einen neuen Schub der Proletarisierung der Weltbevölkerung in Gang setzte. Während in den osteuropäischen Ländern in einer Art »ursprünglicher Akkumulation« hohe Funktionäre in einer wilden Privatisierung riesige Vermögen zusammenraubten, verlor die Masse der ArbeiterInnen ihre über den sozialistischen Staat vermittelten

Ansprüche auf Land, Wohnungen und Renten. Weltweit steuerten alle Regimes auf »Neoliberalismus« um, dazu kamen Kriege – zum ersten Mal auch wieder in Europa.

Wiederkehr der Proletarität

Als Anfang/Mitte der 1990er Jahre in der BRD die »Globalisierung« als Drohkulisse aufgebaut wurde (nach »Lean Production« und »Toyotismus« in den Jahren zuvor), versuchte *Wildcat* zum einen, die Trumpfkarten der ArbeiterInnen stark zu machen (»die brauchen das Arbeiterwissen«, »hohe Transport- und Transaktionskosten«), zum anderen die *Möglichkeiten* in einer weiteren Stufe der Vergesellschaftung der Produktion herauszuarbeiten. Wenn die ganze Welt kapitalistisch ist, dann gibt es keine nichtkapitalistischen Räume mehr, keine Reserven von Arbeitskraft, dann steht irgendwann *eine weltweite Arbeiterklasse* dem Kapital gegenüber. *»Statt den Schein der Übermacht und des Ausgeliefertseins zu festigen, müssen wir fragen, wo die neuen Abhängigkeiten des Kapitals von der Arbeiterklasse liegen... Wenn ArbeiterInnen quer über Kontinente hinweg zusammenarbeiten, liegen darin auch neue Möglichkeiten, das Kapital global zu bekämpfen.«*[2] Auch die EU sahen wir nicht sofort und automatisch als Verschlechterung der Kampfmöglichkeiten. Gedanken, die damals nur wenige teilen wollten. Unser Vorschlag einer europäischen militanten Untersuchung verschiedener Sektoren – Autoindustrie, Krankenhausarbeit, Migration, Prekarisierung – versandete. Für die meisten Linken standen andere Fragen im Vordergrund: das Ende des »sozialistischen Lagers«; die neue Welle von Nationalismus und Rassismus; Flüchtlinge; der Aufbau von Alternativ-Gewerkschaften...

1993 rief Karl Heinz Roth mit seinen Thesen zur »Wiederkehr der Proletarität« die Linke dazu auf, sich wieder mit der »Arbeit« zu beschäftigen. Gegen die Propagandisten einer Postmoderne skizzierte er »tendenziell *ein* neues Proletariat in *einer* kapitalistischen Welt«. Er sah eine »Angleichung der Beschäftigungsverhältnisse in Richtung Prekarisierung, Werksverträge und abhängiger Selbstständigkeit«. Seiner Idee, selbst von Prekarisierung betroffene Linke müssten ein besonderes Interesse an einer militanten Untersuchung der Klassenverhältnisse haben, lag allerdings eine Fehleinschätzung zugrunde: Zum einen war die Auflösung linker Strukturen und die Vereinzelung schon sehr weit fortgeschritten, zum anderen fanden sich für linke Akademiker immer noch irgendwelche Forschungs- oder Stiftungsgelder. Von der traditionellen Linken fing sich Roth eine harsche und rechthaberische Kritik ein, weil er die zentralen Teile der Arbeiterklasse vorschnell aufgab; seine anvisierten »proletarischen Zirkel« wurden als sektiererisch beiseite geschoben.

Von heute aus gesehen sind seine Voraussagen verblüffend aktuell, obwohl sich die angesprochenen Veränderungen durch die »Globalisierung« der Produktion gerade erst andeuteten und Zugang zum Internet und elektronischer Kommunikation Normalsterblichen noch nicht offenstand. Viele Hoffnungen auf eine Ausweitung von Sozialrevolten haben sich seither zerschlagen, viele seiner vor allem in der Replik auf die Kritiken angerissenen Vorschläge zu einer internationalen Assoziierung wurden nicht aufgenommen bzw. harren immer noch der Umsetzung. Der Hauptgrund aber, weshalb ein solcher Vorschlag nicht auf breite Zustimmung stieß: die 1990er Jahre waren in Europa ein Jahrzehnt der Niederlagen, welche die Linke mit postmodernen und poststrukturalistischen Theorien und der Suche nach der richtigen Identität im vorauseilenden Gehorsam verinnerlicht hatte. Alle Versuche von *Verallgemeinerung* wurden von innen heraus zerstört.

War es die Rolle von *Wildcat* seit ihrem Bestehen gewesen, die weltweiten Klassenkämpfe hierher zu holen, so funktionierte das nach der Auflösung des Ostblocks nicht mehr. Auch viele LeserInnen resignierten vor dem verkündeten Sieg des Kapitalismus. *Wildcat* wollte nicht einfach weitermachen wie bisher und die Fahne hochhalten. 1995 stellte die Redaktion für mehrere Jahre die Zeitschrift ein und führte die Diskussionen im *Wildcat-Zirkular* weiter.

No-glob

Das Auftreten der EZLN im Lacandonischen Urwald zum Beginn des NAFTA-Abkommens 1994 hatte die Revolution wieder auf die Tagesordnung gesetzt und völlig neue Diskurse und große Hoffnungen ausgelöst. Schon gar, als eine »Anti-Globalisierungs-Bewegung« 1999 anlässlich der WTO-Konferenz in Seattle mit der organisierten Arbeiterbewegung zusammentraf.

Die radikalen Kämpfe schienen im »globalen Süden« und auf dem Land stattzufinden, in Kämpfen gegen »Einhegungen« und »Inwertsetzung«, nicht in den Fabriken der Welt. Dort wurden Leute unter Druck gesetzt, ihre Arbeitsplätze fielen weg, sie sollten mehr arbeiten usw. – und lesen dann einen Zeitungsartikel, der ihnen das alles erklärt: Globalisierung bedeutet verschärfte Konkurrenz, nur mit niedrigeren Löhnen können wir standhalten. Klingt erstmal logisch, oder? Letztlich sind das aber alles Auffassungen, die dich in deiner Rolle als Opfer von irgendwelchen großmächtigen Vorgängen festschreiben. Deshalb arbeiteten wir uns am Begriff *Globalisierung* und seiner propagandistischen

[2] Vom Klassenkampf zur ›sozialen Frage‹, *Wildcat Zirkular* 40/41, auf www.wildcat-www.de

Anwendung ab: Bei den Debatten um »Globalisierung« *»geht es auf der ideologischen Ebene darum, eine inzwischen dreißigjährige weltweite Stagnationsphase des Kapitalismus als Triumphzug zu verkaufen«.*[3]

Statt von »Globalisierung« oder »Neoliberalismus« schrieben wir weiterhin von »Kapitalismus« und wiesen auf die stürmische Entwicklung in Asien hin.

In Asien spielt die Musik...

Der Begriff »Weltarbeiterklasse« taucht zum ersten Mal im *Wildcat-Zirkular* 25 (April 1996) auf. Der Artikel »Welt in Umwälzung« beschrieb den von heftigen Kämpfen und *Riots* begleiteten Prozess der Proletarisierung von Bangladesch über Indonesien bis nach China und die Herausbildung einer neuen, vom Land in die Städte ziehenden Arbeitskraft: junge Frauen, die der patriarchalen Ordnung im Dorf die Fabrikarbeit vorziehen. Diese jungen ArbeiterInnen werden als Avantgarde des *Making* einer neuen Arbeiterklasse benannt, die zu großen Hoffnungen Anlass gebe. Eine »Explosion der Bedürfnisse« sei die Grundlage des »Neoliberalismus«, der in den alten Industrieländern die Arbeiterrigidität zersetzt habe und nun von Asien aus eine weltweite Umwälzung der Klassenverhältnisse einleite. Die ArbeiterInnen der Metropolen seien bald nicht mehr die einzigen, die Autos bauen könnten. Es war ein Aufruf zur Untersuchung dieser Veränderungen in Asien, Lateinamerika und Afrika – und eine Aufarbeitung theoretischer »Altlasten« wie der »neuen Einhegungen« und »Ende der Entwicklung«.

Im *Wildcat-Zirkular* wurde in der Folge heftig gestritten über die selbsterklärende Kraft von Pressemeldungen über Arbeiterunruhen und die Bedeutung der Arbeiterklasse in Ostasien. Ein Teil der Redaktion leugnete eine »Krise des Kapitals« und verlegte alle revolutionären Hoffnungen in die »neue« Arbeiterklasse in Asien:

»Worauf wir also hinweisen wollen: die Weltarbeiterklasse setzt sich in einem Umfang und einer Geschwindigkeit, die ohne Beispiel sind, neu zusammen. Das hat zwei Aspekte und beide Aspekte verbessern die Möglichkeiten für Kommunismus.

1. Das Proletariat ist zahlenmäßig zur Mehrheit der Weltbevölkerung geworden, oder anders ausgedrückt: Der Aufbruch der Massen auf der Suche nach Glück ist ein Schritt zur Voll-Endung des entwickelten Kapitalismus. Was Marx/Engels vor 150 Jahren im ›Kommunistischen Manifest‹ postuliert haben, kann jetzt erst wahr werden.

2. Die ›alte‹ Arbeiterklasse, die ein Synonym ist für Sozialdemokratismus, Gewerkschaften, Kommunistische Parteien, Sozialstaat, Blau-Mann, Arbeiterstolz, Betriebsinteresse... verliert weltweit an Bedeutung und zersetzt sich in Fabrikflucht, Vertreibungen aus der Fabrik und in Abwehrkämpfen gleichermaßen. Das ist hier nicht prinzipiell anders als etwa in China. Dafür entsteht eine neue Klasse aus jungen Arbeitern und vor allem Arbeiterinnen der ersten Generation. Und es ist überflüssig zu erklären, warum ein siebzehnjähriges Mädchen mehr revolutionäre Hoffnung verkörpert als ein 35-jähriger Familienvater.«[4]

Der andere Teil der Redaktion sah allenfalls eine Wiederholung der Geschichte der Massenarbeiterkämpfe, aber keine neue Qualität, und bestand auf einer theoretischen Fundierung des Begriffs »Weltarbeiterklasse«: *»Die Entstehung einer ›Weltarbeiterklasse‹ ist die Frage nach der realen Vergesellschaftung durch die weltweite produktive Kooperation, d. h. die Frage, inwieweit die weltweite Produktion des Kapitals als gesellschaftliches Verhältnis die Möglichkeit des Kommunismus aufmacht. [...] Es kommt [...] darauf an, den inneren Zusammenhang zwischen den Ausgebeuteten auf der Welt zu begreifen, nämlich dass sie schon zusammen diese (verkehrte) Welt produzieren – und sie deshalb verändern können.«*[5]

»Ein Hauptproblem der revolutionären Politik besteht heute darin, dass es ihr nicht gelingt, den weltweiten Produktionsprozess in einer solchen, radikal entmystifizierenden Weise theoretisch und praktisch zu kritisieren.«[6]

Weltweite Proletarisierung und Angebotsschock

Auch Karl-Heinz Roth sprach im Januar 1998 davon, dass sich 150 Jahre nach dem Kommunistischen Manifest das Proletariat erstmals objektiv weltweit konstituiert habe – und entgegen Rosa Luxemburgs Voraussage auch die nichtkapitalistischen Milieus endgültig einverleibt seien. *»Erstmals in der Geschichte stellen die Eigentumslosen, die ihre Arbeitskraft feilhalten und verkaufen müssen, um leben zu können, quantitativ die Mehrheit der Weltbevölkerung.«*[7]

Diese Behauptung stellt mindestens auf zwei Ebenen Fragen: Fassen wir diesen Prozess in einem ersten Schritt als Herausbildung einer subsistenzlosen Klasse, dem dann ein zweiter in Form der Verwandlung von landlosen Proletariern in Lohnarbeiter folgt, oder entsteht ein wahrer Kosmos von unterschiedlichen Ausbeutungsverhältnissen? Was bedeutet dies für die Herausbildung von Kämpfen?[8] Die autonome Linke in der BRD hatte sich die 1980er Jahre hindurch mehr auf die Subsistenzökonomie (oder was man in sie hineindichtete) und die *Riots* der aus der kapitalistischen Produktion Ausgegrenzten bezogen als auf »LohnarbeiterInnen«.

Wallerstein hatte bereits 1983 darauf hingewiesen, dass die überwiegende Mehrheit der Welt-

[3] Vom schwierigen Versuch, die kapitalistische Krise zu bemeistern, *Wildcat-Zirkular* 56/57, Mai 2000; auf www.wildcat-www.de.

[4] Globalize it!, Vorwort zu *Wildcat-Zirkular* 38, Juli 1997; auf www.wildcat-www.de.

[5] Asien und wir, *Wildcat-Zirkular* 39, August 1997, auf www.wildcat-www.de.

[6] Offener Brief an John Holloway, *Wildcat-Zirkular* 39, August 1997, auf www.wildcat-www.de.

[7] Die neuen Arbeitsverhältnisse und die Perspektive der Linken, *Wildcat-Zirkular* 42/43, März 1998, auf www.wildcat-www.de.

[8] Chiapas und die globale Proletarisierung, *Wildcat-Zirkular* 45, Juni 1998, auf www.wildcat-www.de.

bevölkerung heutzutage härter und länger und mit einer geringeren Vergütung als vor 400 Jahren arbeite. Diesen Prozess zunehmender Abhängigkeit von Lohneinkünften könne man im Marxschen Sinn »Proletarisierung« nennen. Auf der einen Seite bedeutet das: Zunahme der realen Kaufkraft; es ist daher von langfristigem Interesse für das Kapital, jedoch gegen die Interessen der individuellen Arbeitgeber, die an niedrigen Reproduktionskosten der Arbeitskräfte interessiert sind, d. h. einer »Halbproletarisierung«, einer Haushaltsökonomie mit Einkommen aus verschiedenen Quellen und Eigenarbeit.[9] Die volle Proletarisierung (Mann und Frau sind freie LohnarbeiterInnen und kaufen sich alle Lebensmittel) strebten hingegen eher die Proletarier an. Diese braucht einen »Sozialstaat«, der an diejenigen Einkommen transferiert, die nicht arbeiten. Idealtypisch für die »volle Proletarisierung« war etwa die DDR – die ihren Arbeitskräftemangel durch Immigranten aus Vietnam und Mosambik behob. In Anlehnung an Luxemburgs These, dass der Kapitalismus nicht die Arbeitskräfte reproduzieren kann, die er ausbeutet, zeigte er, dass große Teile der Weltbevölkerung nie die volle Proletarisierung erreichen, sondern die Haushalte abhängig bleiben von Subsistenzproduktion und selbstständigen Tätigkeiten aller Art.

Forces of Labor

Wildcat thematisierte in dieser neuen globalen Unübersichtlichkeit die Verletzlichkeit der neuen Transportketten und richtete die Aufmerksamkeit auf die neuen Produktionsstandorte – in den 1990er Jahren waren nicht nur in Asien, sondern auch in Osteuropa neue Autofabriken gebaut worden.

Dazu passte das Büchlein *Forces of Labor* von Beverly Silver, die im Rahmen der Weltsystemanalyse die *Unruhen der Arbeiterklasse* in den Mittelpunkt ihrer Forschungen stellte. Sie konnte *historisch* nachweisen, dass dort, wo das Kapital hingeht, Kämpfe folgen: Als Reaktion auf die Arbeiterrevolten in den 1970er Jahren baute das Kapital neue Autofabriken in Südafrika und Brasilien – und löste damit eine neue Dynamik von Arbeiterkämpfen mit hoher Durchschlagskraft aus. In den 1980er Jahren boomte die Autoindustrie in Südkorea – was zu ähnlich anhaltenden Kämpfen einer neuen Arbeiterklasse führte.

Wichtig war, dass Silver auf die *ganze* Welt schaute und feststellte, dass *fixes* immer nur vorübergehende Reparaturen des Systems waren und das Kapital immer wieder auf Widerstand stieß – weil Arbeiterkampf im Kapitalismus endemisch ist. Ihre schematische Einteilung in Kämpfe »Marxschen« bzw. »Polanyschen« Typs waren hingegen nicht unbedingt hilfreich.

Silver hielt die Schwächung der »Verhandlungsmacht« der Arbeiter in den Ländern des Nordens nur für zeitweilig. Ihr Datenmaterial endete allerdings ursprünglich 1990 und wurde dann bis 1996 verlängert – und bis 1990 passen ihre Erklärungsansätze auch. In Osteuropa hingegen liegt der Lohn heute noch deutlich niedriger als im Westen; Autoarbeiter haben aufgehört, überall zu den mit Abstand am besten verdienenden ArbeiterInnen zu gehören. Silver hat ein zirkuläres Weltbild, »Krisen« sind immer zyklisch, auf sie folgen stets Phasen der Entwicklung und des Booms. Eine große Krise bedeutet bei ihr Umbruch, Instabilität und letztlich ein neuer Hegemon im Weltsystem. Sie stellt sich nicht die Frage, wie aus Arbeiterkampf Kommunismus wird, und sie hat die lange Phase »übersehen«, in der die neue Arbeiterklasse Südost-Asiens keine revolutionäre Bedrohung für den Kapitalismus war. Heute erklärt Silver die tiefe Krise der weltweiten Arbeiterbewegungen seit den 1990er Jahren damit, dass der *finanzielle Fix* mit einem *Demaking* etablierter Arbeiterklassen verbunden war. Aus der Produktion wurde Kapital abgezogen, die destruktive Seite war dominant. Trotzdem sei der *financial fix* nur temporär wirksam gewesen und habe die Krise des Kapitals zudem örtlich verschoben – im Endeffekt aber zu einer neuen tiefen Legitimationskrise des Kapitalismus geführt.[10]

Tatsächlich gab es wohl noch nie so viel organisierten Widerstand gegen Infrastrukturprojekte, Staudämme, Kraftwerke – und zwar auch gerade in neu industrialisierten Ländern wie Indien, Indonesien oder China. Ob wir die nun als Kämpfe gegen die »Kommodifizierung« begreifen – oder einfach gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen: es gibt inzwischen eine weltweite Erfahrung, dass »technischer Fortschritt« nicht unbedingt zu »Entwicklung« führt, sondern mit Zerstörung einhergeht – und dass man sich dagegen organisieren kann.

Aber in der Phase 1990 bis 2005 ist das Kapital auf so wenig Widerstand von ArbeiterInnen bei einem Industrialisierungsprozess gestoßen wie noch nie. Es konnte die Bedingungen von ArbeiterInnen permanent verschlechtern, ohne von ihrem kollektiven Widerstand bedroht zu werden. Die vorhergesagte Kompensation von Industriearbeitsplätzen durch höherwertige Dienstleistungsjobs hat sich in Luft aufgelöst. Arbeiterkämpfe waren in dieser Phase weltweit – auch in China – fast nur noch Abwehrkämpfe der »alten Arbeiterklasse« gegen Betriebsschließungen oder Auslagerungen. (Das erklärt nebenbei, warum die Linke in dieser Zeit den Klassenbegriff über Bord geworfen hat.)

Die Öffnung des indischen und chinesischen Arbeitsmarkts hatte in den 1990er Jahren einen »Angebotsschock« erzeugt: Das Angebot an

[9] Immanuel Wallerstein, *Der historische Kapitalismus*, 1984 (Argument).

[10] Silver, Beverly J., *Forces of Labor – Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*. Aus dem Amerikanischen von *wildcat & friends*; Berlin-Hamburg, April 2005 (Assoziation A).

Arbeitskräften verdoppelte sich quasi über Nacht. China hatte doppelt so viele Industriebeschäftigte wie alle G7-Staaten zusammen. Es war zur Fabrik der Welt und Haupt-Export-Standort für industriell hergestellte Gebrauchsgüter geworden, insbesondere für hohe Stückzahlen. Die Folgen waren für einen Teil der weltweiten Arbeiterklasse zunächst – wie von vielen vorhergesagt – katastrophal: die Textilindustrie verließ Lateinamerika und ging nach Asien. Der Beitritt Chinas zur WTO im Jahr 2002 und das Auslaufen des Multifaserabkommens 2005 sollten dem ganzen die Krone aufsetzen – aber dann kam es anders: in China begannen ArbeiterInnen in den neuen Fabriken zu kämpfen, ihre Kämpfe weiteten sich aus...

Was sich in den letzten 40 Jahren verändert hat

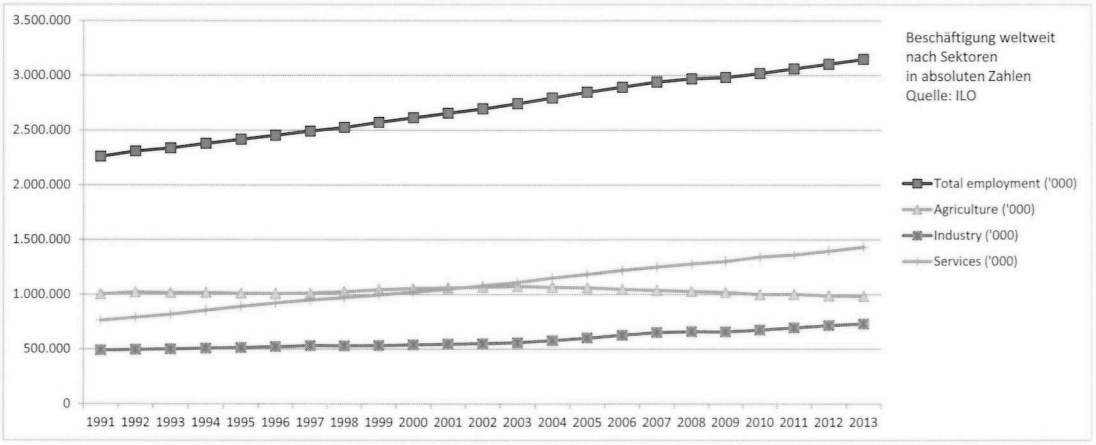
Seit der »Ölkrise« 1973 gab es langfristig wirksame Veränderungen: Die Weltbevölkerung liegt heute bei über sieben Milliarden Menschen. 1950-1970 war sie mit zwei Prozent jährlich gewachsen, seither sinkt die Wachstumsrate, vor allem dort, wo Proletarisierung stattfindet.

In den heutigen »Entwicklungsländern« wächst die Arbeitskraft jährlich um zwei Prozent, d. h. sie hat sich in 30 Jahren verdoppelt, während in Europa dieser Prozess 90 Jahre gedauert hat. Die Proletarisierung geht viel rasanter voran, als die kapitalistische Ökonomie Arbeitskräfte aufnehmen kann: viele finden keine Lohnarbeit, von der sie leben können. Eine große Zahl der Proletarisierten landet im informellen Sektor. Der Anteil der Frauen an der Lohnarbeit steigt. Die Arbeitslosigkeit vor allem bei jungen Leuten ist sehr hoch, noch höher bei Migranten bzw. Minderheiten. (Bedrückend für die eingangs erwähnten Ängste der Herrschenden: Es gibt eine Korrelation zwischen hoher Arbeitslosigkeit bei jungen Männern und Aufstandshäufigkeit; der *social unrest* hat sich seit 2009 sprunghaft um zehn Prozent erhöht – vor allem in Nahost und Nordafrika, aber auch in Südosteuropa und den GUS-Staaten, etwas weniger in Südasien.)

Die Beschäftigung in der Landwirtschaft ist dramatisch zurückgegangen; nur in den ärmsten Ländern arbeitet noch immer mehr als die Hälfte der Menschen dort. Die Konzentrationsprozesse in der Agrarindustrie setzen sich fort, aus Bauern werden Landarbeiter, die zum Teil in Städten leben; Kleinbauern können nicht mehr allein von der Landwirtschaft leben. In Ostasien führt die Landflucht in großem Maße direkt in die Industriearbeit, während in Lateinamerika und Afrika vor allem der Dienstleistungssektor wächst.

Seit 2007 lebt (mehr als) die Hälfte der Menschheit in Städten. Die Megastädte wachsen insbesondere in den Entwicklungsländern, 80 Prozent der BewohnerInnen leben in Slums. Die *Slumcities* sind ein Ausdruck davon, dass die Menschen Teil der globalen Arbeiterklasse sein wollen. Sie sind Ausgangspunkt und Durchgangsstation für ein besseres Leben – in diesem oder einem anderen Land, wo Arbeitskraft gebraucht wird.

In den weltweiten Proletarisierungsprozessen wird »Wanderarbeit« (»migrantische Arbeit«) zur allgemeinsten Form von Arbeit, sowohl in der Form von Einwanderung (etwa in die EU) als auch in der von Binnenwanderung (z. B. in China, hier schätzt die Regierung 130 Millionen BinnenmigrantInnen, von denen 80 Millionen vom ärmeren Binnenland in die Küstenstädte gewandert sind). Die Zahl der internationalen MigrantInnen ist heute (2013) weltweit höher als je zuvor: 232 Millionen (2000 waren es erst 175 Millionen), davon geschätzt 20-30 Millionen ohne Papiere. Ihr Anteil an der Bevölkerung stieg zwischen 2000 und 2013 von 2,9 auf 3,3 Prozent. Die große Mehrheit sind Arbeitsmigranten, nicht Flüchtlinge oder Asylsuchende.



Eine Besonderheit ist die Zunahme eines Proletariats von WanderarbeiterInnen, die – vermittelt durch internationale Arbeitsvermittlungsagenturen – in unterschiedlichen Ländern zu schlechten Löhnen einfache Arbeit verrichten, aber dort nicht sesshaft werden sollen: Bauarbeiter aus Indien, Pakistan oder Bangladesch, die auf den Großbaustellen der Golfstaaten arbeiteten, in Camps leben, eine kollektiven Situation, die immer wieder zu Streiks und Rebellion geführt hat – und mit drakonischer Repression konfrontiert ist. Millionen von Hausarbeiterinnen aus den Philippinen oder Indonesien usw., die in Haushalten reicher oder besserverdienender Haushalte in den Golfstaaten, aber auch in Hongkong arbeiten. Pflegerinnen für alte Menschen, die von Ost- nach Westeuropa gehen, um in Haushalten zu arbeiten, die sich eine Pflegerin aus dem Land selbst nicht leisten können. Es werden auch vermehrt IndustriearbeiterInnen für Freie Produktionszonen in fernen Ländern angeworben, um die ansässige Arbeiterklasse zu zersetzen.

Die Lebensbedingungen der Menschen sind weitgehend davon bestimmt, *wo* sie leben. Aber die *Arbeitsbedingungen* der einfachen ArbeiterInnen in den Metropolen und im globalen Süden gleichen sich *strukturell* weiter an. In den Montagewerken zur Produktion komplexer Massenkonsumgüter steht auch in China oder Indien modernste Maschinerie. Einfache Handarbeit findet am Ende der Zulieferketten in den Hinterhöfen der Slums statt, aber auch in den Lagerhäusern der Warenverteilzentren im Herzen Europas. Innerhalb derselben Verwertungskette sind absolute und relative Mehrwertproduktion kombiniert.

Bis zur Krise 1973/74 hat das anhaltende Wirtschaftswachstum Produktivitätsfortschritte und Rationalisierungserfolge mehr als ausgeglichen, die Beschäftigung ging nicht zurück, der Sozialstaat wurde ausgebaut. Seither stagniert das Wachstum der Industrieproduktion – jetzt liegt es weltweit bei etwa drei Prozent, künftig vielleicht bei 1,5 Prozent?

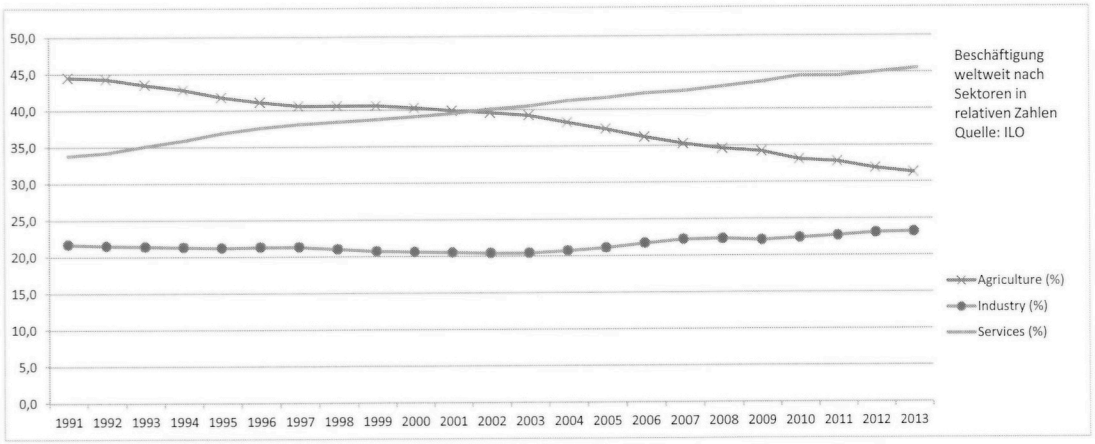
Die Beschäftigung im produzierenden Sektor (einschließlich Bauindustrie) hat weltweit zugenommen, aber Industrialisierungsraten wie vor 50 oder 100 Jahren werden nirgends mehr erreicht: Das Kapital zieht heute sehr viel schneller als früher wieder ab, verlagert die Produktion an »billigere« Standorte oder verwandelt sie innerhalb des Landes in eine »Dienstleistung« – oder investiert gar nicht mehr. In vielen neu industrialisierten Ländern hat der Industriearbeiteranteil bei 20 Prozent seinen Höhepunkt bereits überschritten.

In den alten Industrieländern findet eine Deindustrialisierung statt – mit großen Unterschieden: in den USA arbeiten 11 Prozent in der Industrie, während die BRD mit 22 Prozent (2007) den Spitzenplatz in der EU belegt; 1970 waren es hier noch 37 Prozent (wobei an »produktionsnahe Dienstleister« ausgelagerte Arbeiten heute nicht mehr als Industriearbeit zählen).[11]

Die Globalisierung hat zu einer neuen Polarisierung zwischen höher und niedrig qualifizierten Jobs geführt. Viele Jobs mittlerer Qualifikation im produzierenden Gewerbe fallen in den Industrieländern weg, neue Jobs sind häufig befristet und schlechter bezahlt.

Weltweit wächst der »Dienstleistungssektor« – und zwar auch an zwei Polen: Einfache Tätigkeiten (Reinigung, Pflegehilfe) einerseits und Nicht-Routine-Jobs höherer Qualifikation andererseits nehmen zu, während Routine-Jobs mittlerer Qualifikation (Buchhalter, Büroangestellte) abnehmen: der Einsatz von Computern hat viele dieser Tätigkeiten überflüssig oder verlagerbar gemacht. Auch dadurch wächst die Schere zwischen den Einkommen in diesem Bereich an.

[11] Vgl. Peter Dicken, *Global Shift. Mapping the changing contours of the world economy*. 6th edition 2011.



Ungleichheit der Einkommen

Im 19. und 20. Jahrhundert waren die Einkommensunterschiede zwischen den Ländern maximal hoch. In den Jahren gingen sie aufgrund der Arbeiterkämpfe *innerhalb* der Länder zurück. Seit 20 Jahren hat sich dies umgekehrt: die Länder nähern sich an, aber *innerhalb* der Länder haben sich Einkommensunterschiede krass erhöht. In den neu industrialisierten Ländern sind sie ähnlich hoch wie vor 100 Jahren in Europa. Die Einkommensunterschiede in den USA waren am geringsten im Zeitraum 1950-1970, in den 1960er Jahren waren sie geringer als etwa in Frankreich, wo erst nach 1968 die niedrigen Einkommen aufholten. Seit der neoliberalen Konterrevolution ist die Einkommensungleichheit explodiert und hat seit der globalen Krise nochmal stark zugenommen – vor allem auch nach Steuern und Transfereinkommen.

Zwischen 1970 und 2010 stiegen die privaten Vermögen vornehmlich in Europa und Japan stark an. Dieser »Anstieg der Sparquote« hatte eine Verlangsamung des Wachstums zur Folge – die Unternehmer investierten nicht mehr. Das Nationalvermögen nahm ab, die Staatsverschuldung stieg. (Nicht nur) in den ehemaligen staatskapitalistischen Ländern kam eine gewaltige Bereicherung durch Privatisierung hinzu.[12]

[12] Vgl. Göran Therborn, *Class in the 21st Century*, NLR 78, 2012, und den Artikel zu Südamerika in diesem Heft auf Seite 44ff.

Unterschiedliche Sektoren – unterschiedliche Kampfbedingungen

• **Bergbau**: Früher lebten Bergarbeiter mit ihren Familien in der Nähe der Grube, ihre Dörfer waren auch Kampfgemeinschaften. Hier ist eine große Umstrukturierung vor allem im Tagebau in Gange: Bergarbeiter werden häufig als Kontraktarbeiter auf Zeit beschäftigt, leben in Containersiedlungen fernab der Familie.

• **Textil/Bekleidung/Schuhe**: Wichtigste Branche in Entwicklungsländern. Vorwiegend junge Frauen – wie schon im 19. Jahrhundert. Hier begann in den 1970er Jahren die »neue« internationale Arbeitsteilung. Die Fabriken lassen sich leicht verlagern, die maschinelle Ausstattung ist nicht besonders teuer. Der Sektor ist geprägt von kleinen und mittleren Unternehmen, die Profitmargen sind niedrig. Es wird weitgehend Auftragsfertigung für Bekleidungsfirmen und Handel betrieben. Design und manchmal Zuschnitt ist getrennt von der arbeitsintensiven (ausgelagerten) Fertigung. 2005 bzw. 2008 Aufhebung aller Importbeschränkungen zum Schutz einheimischer Industrie. Heute ist China mit 2,7 Millionen Beschäftigten größter Produzent weltweit. Taiwanesische Unternehmer betreiben inzwischen Fabriken in Mexiko und Nicaragua, chinesische eröffnen neue Fabriken in Afrika.

• **Auto:** Noch immer das komplexeste Konsumgut. Der Sektor ist heute dominiert von wenigen transnationalen Autokonzernen mit langfristiger Standortplanung und hohen Anforderungen an Infrastruktur. Massiv abhängig von staatlicher Subventionierung. Moderne Fabriken haben teure Maschinerie und stellen zunehmend nur Arbeiter mit technischer Ausbildung fest ein. Die Belegschaften sind weltweit in Festbeschäftigte, Befristete, Leih- oder WerkvertragsarbeiterInnen gespalten, mit hohen Lohndifferenzen.

• **Konsumelektronik:** zum Teil Facharbeit, aber auch ein hoher Anteil an angelernten ArbeiterInnen. Die Qualitätsanforderungen an die Produkte sind hoch, da sie teuer sind. Entsprechend der maschinellen Ausstattung handelt es sich um längerfristige Investitionen, entsprechend genau ist die Standortplanung. Üblich geworden ist die Auftragsfertigung für verschiedene Marken in Riesenfabriken vor allem in China: ihre Kapazität reicht aus, um Mobiltelefone für die gesamte Welt zu produzieren.

• **Bausektor:** spielte in den letzten Jahrzehnten eine zunehmend wichtigere Rolle, da mit Immobilien und gigantischen Bauprojekten immer wieder Blasen aufgepumpt wurden. Auf dem Bau landen typischerweise Migranten vom Land bzw. aus dem Ausland. Überwiegend männlich. Großbaustellen sind auch Bauarbeiterlager, häufig weit weg von Städten.

• **Logistik:** Mit der weltweiten Verteilung der Produktion hat die Transportarbeit rasant zugenommen, gleichzeitig sind die Frachtkosten stark gesunken. Neben wenigen gut verdienenden Berufsgruppen ist der Sektor geprägt durch einfache Handarbeit, die sehr häufig von MigrantInnen unter halblegalen Bedingungen gemacht wird. In den Warenverteilzentren entstehen überall auf der Welt neue Konzentrationen von Massenarbeit.

• **Dienstleistungsarbeit** ist alles, was nicht Landwirtschaft, Bergbau oder direkte Produktionsarbeit ist. Während früher die gesamte Dienstleistungsarbeit ortsgebunden war, können heute viele Büroarbeiten wie Backoffice, Buchhaltung, Callcenter an allen Standorten der Welt ausgeführt werden, zu denen Datenleitungen führen.

Die Aufspaltung der ArbeiterInnen durch unterschiedliche Beschäftigungsverhältnisse ist eine große Herausforderung für gemeinsame Kämpfe, die gewohnten Schemata funktionieren nicht mehr. (Die »GastarbeiterInnen« haben sich nach den Streiks Anfang der 1970er Jahre in die Gewerkschaft hinein gekämpft, sie wurden dort zur zuverlässigen Basis aller Mobilisierungen. Die neuen MigrantInnen sind allenfalls Werkvertragsarbeiter oder Leiharbeiter.)

Doch nur in sozialdemokratischen oder stalinistischen Erzählungen war die Arbeiterklasse früher mal ein homogener Block. In Wirklichkeit war sie auch im 19. Jahrhundert oder in den 1920er Jahren sehr heterogen – und zwar nicht nur, wenn wir an die Frauen denken oder die MigrantInnen. Keine Gleichsetzung von Klasse und IndustriearbeiterInnen! Auch in England im 19. Jahrhundert war die Hälfte der ArbeiterInnen außerhalb des Fabriksystems beschäftigt. Und auch unter Fabrikarbeitern mit deutschem Pass gab es Lohnunterschiede von mehr als 300 Prozent. Historisch hat die Arbeiterklasse immer wieder gelernt, unter solchen Bedingungen (gemeinsam) zu kämpfen.

Das Ende der Bauernfrage

Im Herbst 2008 erschien in *Wildcat* 82 ein Artikel, der sich mit der Romantisierung der Bauern der Anti-Glob-Bewegung beschäftigte. Die Hauptthese war, dass es heute keine besondere »Bauernfrage« mehr gibt und es stattdessen um die Neuzusammensetzung der globalen Klasse von unten geht. *»In früheren geschichtlichen Phasen produzierten die Menschen ihre Lebensmittel in kleinen Gemeinschaften und waren abhängig von natürlichen Produktionsschwankungen. Dagegen schuf der Kapitalismus von Anfang an den Weltmarkt, und seine wesentliche Produktivkraft (Maschinerie) ist selber produziert. Der Gesamtzusammenhang einer globalen Gesellschaft wird zur Grundlage unserer Reproduktion und unserer Existenz (»zweite Natur«) und in diesem Sinne zum realen Gemeinwesen. Erst seitdem die Menschen von gesellschaftlicher statt individueller Arbeit leben, lässt sich die Frage nach der kollektiven Aneignung der Produktion überhaupt stellen – und nun wirklich weltweit!«*[13]

Im Gegensatz dazu vertritt etwa Samir Amin[14] weiterhin die klassisch antiimperialistische Position. Er unterteilt die Welt nach wie vor in die Triade (EU, Japan, USA) und die Peripherie, in der 80 Prozent der Weltbevölkerung leben, davon die Hälfte auf dem Land. Ohne eine Lösung für diese Menschen zu finden, sei keine »andere Welt« möglich. Amin sieht das, was andere Globalisierung nennen, als eine in Gang befindliche Implosion des imperialistischen Systems. Vorstellungen der No-Glob-Bewegung über eine Veränderung der Welt, ohne die Macht zu erobern, hält er für genauso naiv, wie die Idee eines ökologischen Kompromisses mit dem Kapital. Die »imperialistische Rente«, von der die Mittelschichten des Nordens profitierten, sei ein Hindernis auf dem Weg zum gemeinsamen Kampf. Um zum Sozialismus bzw. Kommunismus zu kommen, müssen die Arbeiter und die Völker offensive Strategien auf den drei Ebenen finden, die schon Mao nannte: Volk, Staat und Nation. Eine Rückkehr zum keynesianischen Nachkriegsmodell sei nicht möglich – die Geschichte kenne keinen Rückwärtsgang. Aber die Bauernfrage sei nach wie vor zentral: Zugang zu Land für alle Bauern und die Entwicklung einer produktiveren Landwirtschaft, keine Bauernfolklore! Aufbau der Industrie und Entwicklung der Produktivkräfte.

Die politischen Vorschläge sind so veraltet wie die Analyse stehengeblieben. In China arbeitet inzwischen die dritte Migrantengeneration in den Weltmarktfabriken. Mit der Abwanderung von Millionen freigesetzter Bauern vom Land hat sich in klassischer Weise eine Industriearbeiterklasse gebildet. Die Spaltung zwischen Stadt- und LandbewohnerInnen ist nicht aufgehoben, aber die ehemaligen Dörfler haben ihre Bindungen zum Land zunehmend gelöst und vor allem: sie wollen dorthin nicht zurück!

Interessant ist allerdings Amins Argument gegen die Vorstellung, die Schwellenländer würden zu neuen Zentren des Kapitalismus: *dafür fehlen die notwendigen »Sicherheitsventile«*. Die Proletarisierung in Europa seit Ende des 18. Jahrhunderts hatte die Auswanderung nach Amerika als Sicherheitsventil. Heute bräuchte es mehrere Amerikas für ähnliche Industrialisierungsprozesse in den Schwellenländern. Somit haben diese keine Chance, aufzuholen. Dieses Argument muss auf die Frage zugespitzt werden: Was passiert bei den real vonstattengehenden Industrialisierungsprozessen, wenn die Kämpfe nicht mehr kanalisiert werden können in Sozialdemokratie einerseits, massenhafte Auswanderung andererseits?

[13] Was nach der Bauerninternationale kommt, *Wildcat* 82, Herbst 2008, auf www.wildcat-www.de.

[14] Samir Amin, *The implosion of contemporary capitalism*, New York 2013.

Proletarisierung übersetzt sich in Klassenkampf

Oft sieht man erst im Nachhinein, wo der Umschlagpunkt war. 2004 wurde der erste »globale Stau« registriert. Die Streiks im chinesischen Perlflussdelta 2004 auf dem Höhepunkt des Booms waren der erste große Kampfzyklus in den »neuen Fabriken«. Sie erreichten mit offensiven Kämpfen Lohnerhöhungen und strahlten auf die Fabriken in ganz Ostasien aus. In Vietnam, Kambodscha, Bangladesch, in Bahrain wurde gestreikt, im Iran fand 2006 mit dem Streik der Busfahrer der erste wichtige Streik seit 1979 statt! Seit 2006, *also vor dem globalen Kriseneinbruch*, lässt sich eine weltweite »Grundwelle« von Arbeiterkämpfen verfolgen. Diese »Grundwelle« erreichte 2010 einen Höhepunkt mit Arbeitsniederlegungen, die fast kein Land ausließen und ebnete den Weg für die politischen Revolutionen und Protestbewegungen auf der Straße. Letztere erreichen in den Medien die größere Aufmerksamkeit, aber ohne die Streiks in der Phosphatindustrie in Tunesien und die Massenstreiks in der ägyptischen Textilindustrie in Mahalla 2006-2008 wäre es nicht zu den Aufstandsbewegungen in diesen Ländern gekommen.

Die Protestwelle 2006-2013

Die Jahre 2006 bis 2013 waren geprägt von einer Welle von Massenprotesten auf der Straße, Streiks und Aufständen, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Sie sei allenfalls mit revolutionären Aufbrüchen wie 1848, 1917 oder 1968 vergleichbar, so die Friedrich-Ebert-Stiftung New York[15], die im Zeitraum 2006-2013 insgesamt 843 Protestbewegungen in 87 Ländern, in denen 90 Prozent der Weltbevölkerung leben, untersuchte. Proteste aller Art, gegen soziale Ungerechtigkeit, gegen Krieg, für wirkliche Demokratie, gegen Korruption, *Riots* gegen die Erhöhung der Lebensmittelpreise, Streiks gegen Unternehmer, Generalstreiks gegen die Sparpolitik. (Weniger erfreulich war z. B. die klerikale Mobilisierung gegen Abtreibung.in Polen) Auffällig sei die *hohe Anzahl* in Hochlohnländern, während gewalttätige Proteste zu 48 Prozent in Niedriglohnländern vorkommen; meist ging es dabei um die Preise von Nahrungsmitteln und Energie. 49 Proteste forderten eine Agrarreform, 488 richteten sich gegen die Sparpolitik und forderten soziale Gerechtigkeit, 376 Proteste forderten »wirkliche Demokratie«. Viele waren Ausdruck eines kompletten Vertrauensverlustes in die »Politik«. Und dennoch richteten die Protestierenden ihre Forderungen meist an den Staat: die verantwortlichen Politiker sollten handeln. Die Kampfformen gingen häufig über traditionelle Demonstrationen oder Streiks hinaus und waren Handlungen »zivilen Ungehorsams« wie Blockaden und Besetzungen. Insbesondere die Besetzung öffentlicher Plätze und die gemeinsame Organisation des Alltags strahlte als Kampfform auf die gesamte Mittelmeerregion und die USA aus.

Der Vergleich mit »1968« verdeckt wahrscheinlich mehr, als er deutlich macht. »1968« steht als Chiffre für eine weltweite revolutionäre Bewegung, doch 1968 war nicht der Höhepunkt an Streiks – im Gegenteil, diese begannen Anfang der 1960er Jahre und erreichten ihren Höhepunkt Mitte/Ende der 1970er Jahre.

Die Kampfwelle seit etwa 2005 hat sehr unterschiedliche Facetten:

Food Riots

Mit Beginn der Weltwirtschaftskrise floh spekulatives Kapital in »sichere« Anlagen wie Rohstoffe und Grundnahrungsmittel bzw. Ackerboden und löste binnen kurzem eine massive Erhöhung der Nahrungsmittelpreise aus; sie erreichten im Dezember 2007 und dann wieder 2010 historische Höchststände. Darauf reagierten die ProletarierInnen von Herbst 2007 bis Sommer 2008 in weiten Teilen Afrikas und Asiens mit Streiks und Aufständen und zwangen ihre Regierungen bzw. Unternehmer dazu, Grundnahrungsmittel weiterhin hoch zu subventionieren.

Bewegung der Plätze

Auf den »Plätzen« waren auch revolutionäre Kerne aktiv, aber minderheitlich. Die TeilnehmerInnen waren häufig zum ersten Mal aktiv, zeigten eine bemerkenswerte Fähigkeit zur Selbstorganisation bei der Organisierung des gemeinsamen Alltags, der Reproduktion – aber sie waren nicht »politisch«. Das mediale Bild dieser Bewegungen war von den Mittelschichten bestimmt, womöglich deshalb, weil Journalisten am besten mit Leuten aus ihrer eigenen sozialen Schicht kommunizieren können. Und eine Massendemo in der Hauptstadt ist sichtbarer als ein Streik in der Provinz. So wurde die Beteiligung von ProletarierInnen bei den Protesten häufig unterschätzt, dabei waren viele dabei und schlugen sich in vorderster Front mit den Bullen. Allerdings ging es eben häufig gegen die Regierung, gegen die Korruption, für »wirkliche Demokratie«, usw. – nicht um »die Sache der Arbeiter«[16]. Die Bewegung schien zwar »global«, blieb aber in den Grenzen ihres Nationalstaats gefangen. Vielerorts hatte sie »zwei Seelen«: zum einen prekäre ProletarierInnen und arbeitslos gewordene MigrantInnen, zum anderen prekarisierte AkademikerInnen, die einen gut bezahlten Job als Bürgerrecht ansehen. Die Mittelschichten werden von Zinspolitik, Staatsschulden und der Sparpolitik besonders

[15] Isabel Ortiz, Sara Burke, Mohamed Berrada, Hernán Cortés, *World Protests 2006-2013*, FES New York Office 2013.

[16] Vgl. den Artikel zu Hongkong in diesem Heft auf Seite 12ff.

getroffen – manche radikalisieren sich und handeln. Zuweilen gelang ihnen der Sprung in die Politik und eine Teilhabe an der Macht über Wahlen – wie die spanische Podemos.

Globale Streikwelle

Steven Colatrella hob in seinem Text *In unseren Händen liegt eine Macht* in *Wildcat* 90 hervor, dass sich die Kämpfe im letzten Drittel 2010 zu einer globalen Streikwelle bündelten. Geografisch und quantitativ wurde 2010 ein geschichtlich einmaliges Ausmaß an Streiks erreicht. Darin sieht er das Ende des Neoliberalismus und die Neuentstehung der Arbeiterklasse. In der Ausweitung des »traditionellen Streiks« liege die Kraft, um den Kämpfen Stärke und Richtung zu geben und die Schwächen der »IWF-Riots« zu überwinden. *»Die globale Verlagerung der Produktion schuf keine neuen ›Arbeiterklassen‹. (Sie gab aber) großen Teilen der Arbeiterklasse eine neue strukturelle Macht, die sie vorher vielleicht höchstens auf nationaler Ebene gehabt haben.«*[17]

ArbeiterInnen in Textil-, Schuh- Auto- oder anderen Fabriken waren nun in der Lage, die Weltwirtschaft gleichzeitig auf nationaler *und* globaler Ebene anzugreifen. Die engere Einbindung in die Weltwirtschaft und der gleichzeitige Angriff auf ihre Lebensbedingungen durch die kapitalistische Krise habe sowohl ihre strukturelle als auch ihre organisatorische Macht vergrößert. Die Streikwelle sei ein Moment der Klassenformierung, sie verbinde die Kämpfe und politisiere den Kampf gegen die kapitalistische Globalisierung. ArbeiterInnen, die ihre ökonomischen Interessen verteidigen, seien heute direkt mit der Politik konfrontiert, ihre Kämpfe also politisch.

Colatrella fasst die globale Streikwelle seit 2007 als »Streiks gegen die *Global Governance*«, d. h. als weltweite und gleichzeitige Aktion der ArbeiterInnen in vielen Ländern gegen denselben Feind. Aber Gleichzeitigkeit schafft noch keine Gemeinsamkeit, und ein gemeinsamer Feind schafft nicht zwangsläufig Verbindungen untereinander.

BRICS, MINTS – die Hotspots der Streikwelle

Angesichts stagnierender Wachstumsraten in den alten Metropolen lagen die Hoffnungen des Kapitals in den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika – dort leben 40 Prozent der Weltbevölkerung; die Zusammenfassung in dieser Abkürzung ist eine Erfindung der US-Investment Bank *Goldmann-Sachs* von 2001), die (bis auf Russland) über eine junge aufstrebende Industriearbeiterschaft verfügten, die ein besseres Leben will. Brasiliens Staatspräsidentin versprach allen den Aufstieg in die »Mittelklasse«. Die BRICS schienen zunächst nicht von der Weltwirtschaftskrise getroffen zu sein, staatlich gelenkte Wirtschaften wie China gegen die Krise »immun«. Brachliegendes Kapital floss dorthin, die Wachstumsraten stiegen zunächst noch weiter, wenn auch langsamer als in den Jahren zuvor. Aber gerade in diesen Hoffnungsträgern des Kapitalismus haben sich die ArbeiterInnen mit harten Streiks hohe Lohnsteigerungen erkämpft.

Ihre Streiks haben viele Gemeinsamkeiten: die Schwerpunkte liegen in zentralen Branchen der jeweiligen Ökonomien, die bestreikten Unternehmen sind multinational tätig, die ArbeiterInnen geraten bei ihren Kämpfen mit den bestehenden Gewerkschaften aneinander, suchen sich andere Gewerkschaften oder benutzen eigene Organisationsformen. Häufig kommt es zu gewaltsamen Angriffen der Staatsmacht auf die Streikenden, andererseits aber auch zu Gewalt gegen Manager und Streikbrecher seitens der Streikenden.[18]

2014 setzten sich diese Kämpfe fort, in Indien allerdings vor dem Hintergrund eines massiven Einbruchs der Währung und einer 2013 stark zurückgegangenen Nachfrage nach Autos. Seit 2013 wurde viel Kapital aus den BRICS abgezogen und in die sogenannten MINTS-Staaten Mexiko, Indonesien, Nigeria, Türkei und Südkorea transferiert – auch dies sind Staaten mit einer großen und sehr jungen Bevölkerung, in denen es zum Teil große Protestbewegungen gab. Im Juni 2013 war die Türkei Schauplatz eines Aufstands (»Gezi-Park-Proteste«), im Mai 2015 ging eine Streikwelle durch die gesamte Autoindustrie, in der die Arbeiter ihre Gewerkschaft davonjagten.

Im Iran war 2014 das Jahr mit den meisten Streiks und Arbeiterprotesten. Der Höhepunkt war der Streik von 5000 Arbeitern im Eisenerzbergbau in Bafgh, womit sie dessen Privatisierung verhindern konnten. Sie streikten fast 40 Tage, bis der letzte verhaftete Arbeiter freigelassen war – es war der längste Streik seit der Revolution 1979.

In den neu industrialisierten Ländern sind in völlig verschiedenen kulturellen und politischen Milieus auffällig ähnliche Arbeiterbewegungen entstanden, die mit Streiks innerhalb weniger Jahre teilweise erhebliche Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchsetzen konnten.[19] Die ArbeiterInnen machten sich ihre Stellung in der internationalen Produktionskette zunutze – wie beim Honda-Streik in China.[20] In vielen Kämpfen wurden egalitäre Forderungen aufgestellt, um gegen die Aufspaltungen der Belegschaften anzugehen, wie sie die Unternehmer inzwischen überall auf der Welt in Betrieben mit einem hohen Facharbeiteranteil nach demselben Muster betreiben (Beispiele: Autoarbeiter in Indien, Bergarbeiter in Südafrika).[21]

[17] Steven Colatrella, In unseren Händen liegt eine Macht, *Wildcat* 90, Sommer 2011, auf www.wildcat-www.de.

[18] Jörg Nowak, *Frühling der globalen Arbeiterklasse. Neue Streikwelle in den BRICS-Staaten*, 2014; *Massenstreiks und Straßenproteste in Indien und Brasilien*, Peripherie 137, 2015; *Massenstreiks in der globalen Krise*, Standpunkte 10/2015, online auf rosalux.de.
Torsten Bewernitz, *Globale Krise – globale Streikwelle? Zwischen den ökonomischen und demokratisch-politischen Protesten herrscht keine zufällige Gleichzeitigkeit.* In: Prokla 177, 12/2014.
Dorothea Schmidt, *Mythen und Erfahrungen: die Einheit der deutschen Arbeiterklasse um 1900.* In: Prokla 175, 6/2014.

[19] Beverly Silver sieht durch die Kampfwelle 2010 ihre Thesen bestätigt: die Bewegung des Kapitals nach China habe eine neue und wachsende kämpfende Arbeiterklasse erzeugt. Nach wie vor denkt sie in Pendelbewegungen: Making – unmaking – remaking der Arbeiterklasse, nun schwinge das Pendel wieder zurück. Als Antwort auf die Kämpfe seien aber diesmal keynesianische Sozialpakte nicht mehr möglich – und auch nicht wünschenswert.
Beverly Silver, *Theorising the working class in twenty-first-century global capitalism*, in: *Workers and Labour in a Globalised Capitalism* (Palgrave Macmillan) edited by Maurizio Atzeni (2014), online auf der Website der Global Social Protest Research Group: http://krieger.jhu.edu/arrighi/research/socialprotest/.

[20] Siehe den Artikel zu China in diesem Heft auf Seite 34 ff.

[21] In der BRD haben nur bei Daimler Bremen ArbeiterInnen gegen die Auslagerung einer Abteilung an einen »Dienstleister« einen wilden Streik versucht, sich aber nicht durchsetzen können.

Arbeiter und Staat

Wie wird Arbeiterkampf revolutionär? Die Revolution entzieht sich der Ableitung aus den objektiven Bedingungen. Wenn in einer patriarchal geprägten Gesellschaft Arbeiterinnen kollektiv für eine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpfen, wenn sie dabei Risiken eingehen, Grenzen überschreiten, neue Möglichkeiten entdecken, mehr über die Welt wissen wollen, dann ist das wohl »revolutionär«. Welchen Begriff von »Kommunismus« haben ArbeiterInnen in einem Land, in dem die Kapitalisten in der KP organisiert sind? Im Kampf werden sie etwas Neues entwickeln müssen. Das geht sicherlich nicht allein von der Fabrik aus, es braucht auch Anstöße von außen, etwa von einer Jugendbewegung, die alles in Frage stellt.

»Weltarbeiterklasse« ist die Gegenthese zu »nationalen Arbeiterklassen«. Sie geht davon aus, dass die Anbindung der Arbeiterklasse über eine (sozialdemokratische) Arbeiterbewegung an den Staat nicht mehr gegeben ist. 1848 hatten die Arbeiter noch kein Vaterland, einem proletarischen Handwerksgesellen konnte es egal sein, ob er in Köln, Paris oder Brüssel arbeitete. Erst staatliche Sozialpolitik und die Orientierung der Arbeiterparteien auf ein »Hineinkämpfen« in den Staat hat sie an die Nation gebunden. Seit 1968 hat es eine breite und langfristige Abwendung der proletarischen Bewegungen vom Staat und von Staatlichkeit überhaupt gegeben. Seit den 1980er Jahren hat der Abbau von Sozialleistungen hat zu einer gewissen »Entfremdung« breiter Schichten vom Staat geführt, aber für die »zentrale Arbeiterklasse« funktioniert er noch: man denke an die massiven Staatsinterventionen seit 2008 zur Rettung der Autoindustrie in der BRD, den USA und in Frankreich. Für die traditionelle Linke ist der Staat die politische Ebene, von der aus Veränderungen des kapitalistischen Systems bzw. eine »Eindämmung« der schlimmsten Auswirkungen möglich sind.

Das Kapital war historisch von vornherein ein globales, über den Weltmarkt vermitteltes Verhältnis. Aber ohne die staatliche Rechtsordnung und die nationalen Arbeitsmärkte hätte das Kapital nicht überlebt und sich nicht entfalten können. Der Sozialstaat garantiert nur den eigenen Staatsangehörigen die Absicherung gegen Existenzunsicherheit und macht aus Proletariern »Staatsbürger«. Das Kapital konnte sich aber nur *entwickeln*, indem es auf eine industrielle Reservearmee von Landarbeitern, Bauern, unterbeschäftigten Proletariern in anderen Ländern zurückgriff. Heute gibt es in fast allen Industrieländern multinationale Arbeiterklassen ohne tiefere Bindung an den Staat, in dem sie leben – während sich die »ansässigen« und »naturalisierten« ArbeiterInnen und absteigenden Mittelschichten an die Nation klammern und vom Staat besonders geschützt werden wollen.

In den letzten 20 Jahren hat der Klassenfeind dort, wo er mit dem Klassenkampf nicht mehr zurechtkam, die staatlichen Strukturen aufgelöst: Söldner, Mafia und/oder Bürgerkrieg regieren. Diese Zerstörung sozialer Sicherungssysteme löste massenhafte Fluchtbewegungen aus. In einer solchen bedrohlichen Situation gewinnen »starke Staaten«/»gelenkte Demokratien« als Inseln der Stabilität an Attraktivität (Russland, China). Wo nutzt die Klasse die Abwesenheit des Staates zum Aufbau eigener Strukturen? Wie sieht es mit der *Globalisierung von unten* aus?

Globale Lernprozesse

Direkte Kontakte zwischen ArbeiterInnen, ohne Zwischeninstanzen, sind heute auch über sehr große Entfernungen hinweg möglich. Dank der digitalen Netze ist es auch in entlegenen Gebieten viel einfacher, etwas über die Welt mitzukriegen als vor drei oder vier Jahrzehnten. Aber auch *Just-in-time*-Ketten schaffen nicht automatisch eine globale Arbeiterklasse. Der Funke springt dann über, wenn die ArbeiterInnen eines Betriebes sehen, dass die eines anderen etwas wagen und Erfolg haben – wie etwa beim Streik 2014 in den Schuhfabriken von Yue Yuen in China, an dem sich 40 000 ArbeiterInnen beteiligten. 2015 streikten 90 000 ArbeiterInnen in Fabriken derselben Firma in Vietnam und etwa gleichzeitig traten in China 6000 ArbeiterInnen erneut in Streik. Seit dem 2014er Streik ist fast kein Monat ohne mindestens einen Streik in einer Schuhfabrik in China vergangen. Die ArbeiterInnen nehmen ihre Kämpfe gegenseitig und auch über Ländergrenzen hinweg wahr – auch ohne sichtbare, organisatorische Kontakte. ArbeiterInnen verschiedener Fabriken berichten und diskutieren beispielsweise in Internetforen miteinander.

MigrantInnen

Die offensichtlichsten Verbindungsglieder zwischen den ProletarierInnen aller Länder sind MigrantInnen. Es gab historisch Situationen, als massenhaft militante ArbeiterInnen ihr Land verließen, um der Repression zu entgehen – wie in den 1970er Jahren aus Spanien, Griechenland oder nach 1980 aus der Türkei – und ihre Kampf- und Organisationserfahrungen mitnahmen. In den Fabriken in Deutschland wurden sie häufig zu Avantgarden in den Kämpfen. Oder die MigrantInnen aus Mexiko, die zur Erntearbeit in die USA gingen und dort Streiks organisierten. (Nicht alle ArbeitsmigrantInnen sind oder bleiben ProletarierInnen. Die Selbstständigkeit ist oft der einzige Ausweg aus der

Misere, das Netzwerk mit Landsleuten die Organisation der Wahl. MigrantInnen gehören oft zu denen, die sich mit aller Kraft hocharbeiten wollen und dafür ein Reservoir von schlecht entlohnter Arbeitskraft im Rahmen mobilisieren können. Solche Netzwerke taugen nur bedingt als Organisationsbasis im Klassenkampf.)

»Das Proletariat scheint zu verschwinden in dem Augenblick, in dem die proletarische Bedingung sich verallgemeinert. (Samir Amin)

Vier Jahrzehnte lang kamen die Bewegungen der Klasse nicht an die Geschwindigkeit des Kapitals heran, das auf der Suche nach verwertbarer Arbeitskraft den gesamten Globus durchkämmt hat. Diese Situation dreht sich jetzt um. Die ArbeiterInnen in Ägypten, China, Bangladesch, Mexiko, Südafrika usw., die sich in Bewegung setzen, benutzen die neuen technischen Möglichkeiten für sich; ihre Kämpfe haben sehr schnell eine weltweite Öffentlichkeit. Zum ersten Mal zeigt sich eine weltweite Arbeiterklasse, die die Potenz hat, die globale Produktion und Reproduktion zu organisieren – und somit die Welt umzuwälzen.

Dieses *Neue* ist in den Metropolen viel schwerer feststellbar, weil das Kapital seit den 1980er Jahren die Verlagerung als Erpressungsmittel benutzt hat. (Während ein kleiner Teil der Arbeiterklasse – »Mittelschicht« – an der Finanzialisierung/Spekulation auch eine Zeitlang mitverdienen konnte, manchmal mehr als durch Arbeit.)

Die Rolle der Linken

Welche Rolle können linke Aktivisten bzw. linke WissenschaftlerInnen spielen?

Seit der großen Streikwelle 2010 hat die linke Sozialwissenschaft weltweit die Arbeiterklasse wiederentdeckt und forscht über ihre Bewegungen. Aber wenn SoziologInnen einzelne Arbeiter interviewen, sind sie oft frustriert, weil die Leute nur an sich und ihre Familie denken. Sind sie im Betrieb, oder wenn sie gemeinsam kämpfen, »andere Menschen«? E. P. Thompson schrieb 1963, wenn man die Geschichte an einem Punkt anhalte, finde man nur Individuen. »Klasse« hingegen meine Menschen, die ihre eigene Geschichte leben, es müsse also eine ausreichend lange Zeitspanne der Veränderung betrachtet werden. »Die Entstehung der Arbeiterklasse [im Englischen: »The Making of...«] ist zugleich eine Entwicklung innerhalb der politischen und kulturellen Geschichte und innerhalb der Wirtschaftsgeschichte. ... Die Arbeiterklasse wurde nicht nur geschaffen, sie war zugleich ihr eigener Schöpfer.«[22]

Und warum sollten ArbeiterInnen Sozialwissenschaftlern überhaupt etwas erzählen?

In der *jungen welt*[23] sagte kürzlich der ungarische Philosoph Gáspár Miklós Tamás, dass wir zum ersten Mal in der Geschichte der Linken die groteske Situation einer marxistischen Intelligenz ohne marxistische Bewegung hätten. Das bringe zwei Gefahren mit sich: zum einen die des Avantgardismus, der im Namen eines passiven Proletariats spricht, das davon aber nichts weiß und die Werte nicht teilt, mit dem ihm vorgeschrieben wird , was es zu fühlen, zu denken und zu tun habe. Dieser Gefahr setzen sich kleine linksradikale Gruppierungen aus. Die andere Gefahr sei, dass die radikale Linke mit einer allgemeinen, demokratischen, antifaschistischen und egalitären Bewegung verschmelze – und die marxistische Kritik verschwinde.

Beide Tendenzen gibt es im Umgang mit den neuen Klassenkämpfen. Die einen wollen bereits eine »neue Internationale« gründen – wo es doch schon so viele gibt! Die anderen lehnen Kritik an der Arbeiterklasse ab und wollen ausschließlich ArbeiterInnen in ihren Kämpfen unterstützen. Sie setzen dabei auf von NGOs organisierte dezentrale Netzwerke oder gleich auf die Gewerkschaften. Internationale Konferenzen beschäftigen sich damit, wie die ArbeiterInnen weltweit in Verbindung treten können. Daneben gibt es auch noch den traditionellen »Arbeiterinternationalismus«, hierarchisch und zentralistisch organisiert, mit wenig offener Debatte. Auf internationalen Kongressen tun die Delegierten so, als gäbe es noch überall den lebenslang in einem Unternehmen beschäftigen Hand- oder Büroarbeiter, dem seine Gewerkschaft und seine Arbeiterpartei einen Anteil am wachsenden Wohlstand erkämpfen.[24]

Es gibt aber auch die Versuche gewerkschaftskritischer Linker, organisierte Kontakte zwischen den Standorten eines Multis herzustellen. Allerdings ist es sehr schwierig, über gegenseitige Besuche hinaus tatsächlich gemeinsam zu kämpfen oder einen Solistreik zu organisieren.

Ein anderer Teil der radikalen Linken, die den Staat abschaffen will, hat in den letzten Jahren auf Aufstände gesetzt. Die »Bewegung der Plätze« überholte 2011 die Diskussion über den »kommenden Aufstand«. Aber Griechenland 2008, *Indignados*, Gezi-Park, Stuttgart21, Hongkong usw. waren alles Bewegungen, an denen Hunderttausende von Menschen teilnahmen – und die am Ende nichts durchgesetzt haben! Diese Bewegungen haben die Möglichkeiten sichtbar werden lassen, die in weltweiten gleichzeitigen Aufständen liegen – aber auch brutal deren Grenzen aufgezeigt: von der Kommune von Tahrir zur Militärdiktatur. Die vielen Bewegungen seit *Seattle*, die Massenaufstände in Argentinien 2001, zuletzt *Occupy Wallstreet* usw.

[22] E. P. Thompson, *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse*, Frankfurt/M 1987, S. 8 bzw. 209f., englisch:1963.

[23] Die zwei großen Gefahren, Gespräch mit Gáspár Miklós Tamás. *junge welt*, 4.6.2015.

[24] Global Labour Journal, https://escarpmentpress.org/globallabour

Global Labour Institute, http://www.globallabour.info/de/

Global Dialogue, http://isa-global-dialogue.net/volume-4-issue-1/

haben eines in aller Schärfe klar gemacht: ein Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung ist nur möglich, wenn sich die Arbeiter als Arbeiter am Aufstand beteiligen. Dass sie nur auf die Demos gehen, aber nicht streiken, reicht nicht. Denn im Kapitalismus ist der Streik die ultimative Waffe; hier wird reale Macht entwickelt, hier formieren sich kollektive Subjekte.

Selbst das *Unsichtbare Komitee*, das bisher so gar nichts für die Arbeiter übrig hatte, macht nun (zumindest verbal) große Schritte auf sie zu[26] – das ist für uns ein interessanter Punkt: Denn wer den Staat abschaffen, wer die Revolution will – der wird nicht ohne die ArbeiterInnen auskommen!

Die ProletarierInnen sind die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung, ihre Kämpfe geben den Takt vor. Aber noch immer gucken sich die meisten Linken nicht kritisch deren Kämpfe an, sondern werfen sofort die Frage nach dem »Klassenbewusstsein« auf. Sie malen sich ein in Partei und Gewerkschaft organisiertes Proletariat aus, wie es schon seit den 1950er Jahren nicht mehr existiert. *»Was erwarten wir denn?«*, fragte polemisch ein Artikel in *Wildcat-Zirkular* 65, *»Das Auftauchen von proletarischen Weltorganisationen? Solidaritätsstreiks? Copycats? Eine weltweite politische Bewegung? Das Neue und Spannende an der Frage nach der Weltrevolution ist ja, dass niemand Maßstäbe, Kriterien oder gar Antworten hat. Ein Maßstab könnte sein, ob sich etwas Gemeinsames entwickelt – und das sieht derzeit noch nicht so aus: die ArbeiterInnen kämpfen – aber sie kämpfen nicht zusammen. ... Eher im Gegenteil: sie kämpfen für sich und verlassen sich erst mal nur auf ihre eigene Stärke. Noch nicht mal auf die Kolleginnen im Nachbarbetrieb wird gewartet.«*[27]

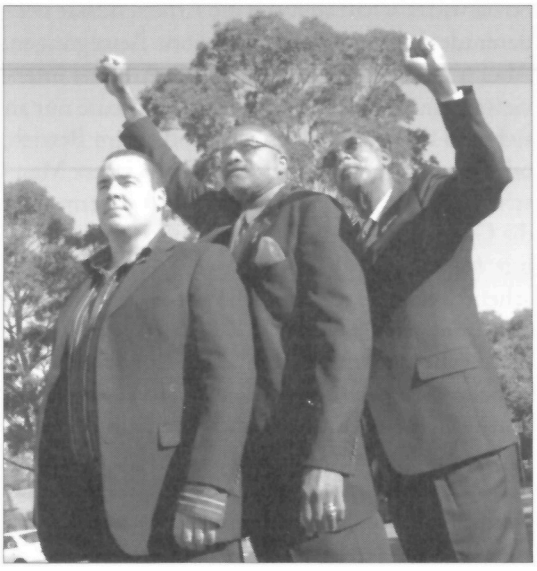
Alte Organisationen und Parteien werden rechts liegen gelassen, die neuen sind noch nicht sichtbar. Es gibt auch noch keine Idee einer anderen Gesellschaft, die die Massen erfasst. In den Kämpfen lassen sich aber durchaus neue Entwicklungen feststellen. Über Asien hinaus haben in den neu industrialisierten Ländern ArbeiterInnen erstaunliche Fähigkeiten bewiesen, ihre Kämpfe zu organisieren und überregional zu koordinieren. Sie haben verstanden, dass sie sich nur kollektiv durchsetzen können. Sie kämpfen mit egalitären Forderungen gegen Spaltungslinien an, die das Kapital eingezogen hat. Sie lassen sich nicht von Gewerkschaften aufhalten, die sie bremsen und kontrollieren wollen. Und sie schrecken vor harten Konfrontationen nicht zurück. Sie werfen Probleme auf, auf die das System keine Antworten hat.

Dabei geraten sie in Konflikt mit einem Gesellschaftssystem, das der überwiegenden Mehrheit nichts mehr zu bieten hat außer Sparpolitik, das die Kämpfe nicht mehr in »Entwicklung« umsetzen kann. Ein Gesellschaftssystem, das auf den nächsten Crash zusteuert, das unter Führung der »letzten Supermacht« steht, die mit allen Mitteln gegen ihren wirtschaftlichen und politischen Niedergang kämpft. Die stärkste Militärmacht der Welt kann keine Kriege mehr gewinnen, geschweige denn Staaten aufbauen, sondern nur noch zerstören. Damit wird sie die Legitimation dieser Weltordnung weiter untergraben und immer mehr Menschen gegen sich aufbringen.

Wer wird den kommenden Auseinandersetzungen den Stempel aufdrücken? Die weltweiten Mittelklassen, die aus Angst um ihre Besitzstände nationalistischen Mobilisierungen folgen? Oder das globale Proletariat, von dem all ihr Reichtum und ihre Macht abhängig ist? Die kollektive Intelligenz der widerständigen ProletarierInnen ist dem Fachidiotentum der Institutionen überlegen; ihre Fähigkeit zur Organisation der Produktion und zur Selbstorganisation kann die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen – das haben die Bewegungen der Plätze und viele Bewegungen gegen Großprojekte gezeigt. Sie kann als einzige der zerstörerischen Potenz des Kapitals etwas entgegensetzen.

In der *Wildcat* wurde häufig die Hoffnung auf ein »Zusammenkommen von Arbeiterbewegung und sozialer Bewegung« formuliert – um die Rolle der sozialrevolutionären Linken zu bestimmen. Als ginge es um eine einfache Addition, bei der keine dem anderen wehtut. Ein Nebeneinander auf den »Plätzen« bei gegenseitigem Desinteresse. Das wird in Zukunft nicht ausreichen, wenn wir etwas reißen wollen.

Ein neues revolutionäres Subjekt wird nicht aus einer einfachen »Homogenisierung« hervorgehen (schon gar nicht aus einem »Bündnis«!), sondern aus Polarisierungs- und Spaltungsprozessen innerhalb der Klasse. Damit muss sich die politische Diskussion und Praxis der Linken auseinandersetzen. ■



[26] »Solange wir nicht wissen, wie wir ohne Atomkraftwerke auskommen, und ihre Stilllegung ein Business jener bleibt, die sie ewig betreiben wollen, wird die Hoffnung darauf, den Staat abzuschaffen, weiter belächelt werden; solange die Perspektive einer Volkserhebung bedeutet, dass es an Pflege, Ernährung und Energie mangeln wird, wird es keine entschlossene Massenbewegung geben. ... Was den Arbeiter ausmacht, ist nicht seine Ausbeutung durch einen Chef, die er mit allen anderen Lohnabhängigen teilt. Was den Arbeiter positiv ausmacht, ist sein technisches Können, verkörpert in einer bestimmten Produktionswelt. Niemand kann individuell die Gesamtheit der Techniken beherrschen, die dem gegenwärtigen System erlauben, sich zu reproduzieren. Das kann nur eine kollektive Kraft. ... Wir müssen wieder eine akribische Forschungsarbeit aufnehmen. Wir müssen in allen Sektoren, in allen Gegenden, die wir bewohnen, auf diejenigen zugehen, die über strategisches technisches Wissen verfügen. Nur dann werden es die Bewegungen wirklich wagen, ›alles zu blockieren‹«. Unsichtbares Komitee, *An unsere Freunde*. Hamburg 2015 (Nautilus).

[27] Das Ende der Entwicklungsdiktaturen, *Wildcat-Zirkular* 65, Februar 2003, auf www.wildcat-www.de.

Europa arbeitet in Deutschland*

Die BRD steht heute als »Gewinnerin« des Euro da. Seit seiner Einführung ist die hiesige Industrieproduktion um 19,7 Prozent gestiegen. Der Ausbau der deutschen Exportindustrie war, wie in anderen Ländern auch (z.B. China), nur durch niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen in der Industrie möglich. Der Dienstleistungsbereich musste dieser Verschärfung der Ausbeutung zwangsläufig folgen.

Diese Abwertung der Arbeit wurde über die Spaltung der Klasse durchgesetzt: Die Lohndifferenz in der Exportindustrie ist in der BRD größer als in anderen europäischen Ländern. Das Kapital lässt sich die Loyalität der Kernarbeiterschicht etwas kosten: die Jahresprämie bei Daimler oder Porsche entspricht dem Halbjahreslohn eines Leiharbeiters.

In der BRD ist ein höherer Arbeitsdruck durchgesetzt als in vergleichbaren Ländern, ob nun gemessen an Produktivität, Arbeitsdichte oder zeitlicher Flexibilität (Schichtarbeit, Teilzeit usw.). Das Arbeitsvolumen stagniert, während die Zahl der Arbeitsverhältnisse steigt; in vielen Bereichen werden nur noch Arbeitsverträge von 30 Stunden oder weniger geschlossen, die ohne Überstunden kaum existenzsichernd sind.

Der Konzentration der deutschen Wirtschaft auf den Export entspricht eine De-industrialisierung Südeuropas im selben Zeitraum. Nun strömen (nicht nur) junge Leute (nicht nur) aus den krisengeschüttelten Ländern Süd- und Osteuropas ins Land, um hier nach Arbeit zu suchen. Durch die Kombination von Zuwanderung, selektiven Sozialleistungen und die von den Gewerkschaften mitgetragene Aufsplitterung der Arbeitsverhältnisse (Leiharbeit, Werkverträge usw.) wird eine stark entpolitisierte Situation erzeugt.

Migration

Der Arbeitskräftebedarf der deutschen Industrie wurde im NS-Staat vor allem mit unmittelbarem Zwang gedeckt. Auch die Industrie und die Sozialversicherungssysteme der Nachkriegs-BRD benötigten einen Zufluss von jungen und billigen Arbeitskräften, aber alle ausprobierten Migrationsmodelle scheiterten im Grunde. Noch bevor der Strom von Zuwanderern aus der DDR endete, begann das Arbeitsamt ab 1955 mit der aktiven Anwerbung von »Gastarbeitern« aus Südeuropa und Nordafrika. Sie wurden für den Bau, die Massenarbeit in der deutschen Industrie und die Landwirtschaft gebraucht und ermöglichten deutschen Arbeitern teilweise einen Aufstieg in qualifiziertere Jobs. Ihr Aufenthaltsrecht war an den Arbeitsvertrag gebunden, der sie zwar auf die untersten Lohngruppen setzte, mit dem sie aber dem gleichen Arbeitsrecht unterlagen wie die anderen Arbeiter. Spätestens Anfang der 1970er Jahre erkämpften sie sich in zum Teil selbstorganisierten Streiks eine bessere Position in den Betrieben und der Gesellschaft. Der Anwerbestopp 1973 im Zuge der Wirtschaftskrise bewirkte eine Umstellung der Einwanderung: Die Familien wurden nachgeholt, so dass die nicht-arbeitende Wohnbevölkerung mit ausländischem Pass wuchs. Die kämpferischen jungen Frauen und Männer gründeten Familien.

Die Erfahrung der militanten Streiks ließ das BRD-Kapital gut 15 Jahre lang vor einer Unterschichtung des Arbeitsmarktes zurückschrecken. Erst ab 1987 stieg der dauerhafte Zuzug meist gut ausgebildeter deutschstämmiger »Aussiedler« vor allem aus Polen und Rumänien. In den 1990er Jahren entwickelte sich die Migration chaotisch und ungeplant: Aufgrund von Massenentlassungen strömten Hunderttausende aus der ehemaligen DDR in den Westen. Zusätzlich zu dieser Binnenmigration wanderten mehrere Millionen »Deutschstämmige« aus der ehemaligen Sowjetunion ein, die einen deutschen Pass bekamen. Allerdings wurden Berufsabschlüsse nicht anerkannt, so dass gut ausgebildete Facharbeiter oder Ingenieure als Ungelernte entlohnt wurden. Außerdem kamen Kriegsflüchtlinge aus Jugoslawien, denen der legale Arbeitsmarkt versperrt war.

Diese Migrantengeneration half mit, die tariflichen Bastionen der alten Facharbeiterschichten zu schleifen – sie verrichteten die gleiche Arbeit, aber zu deutlich schlechteren Konditionen. Als sie langsam in Rente ging und die Bürgerkriegsflüchtlinge zurück nach Ex-Jugoslawien gegangen waren, wurden ab Mitte der 2000er Jahre neue Migranten gebraucht, mit denen die Produktion auch strukturell umgekrempelt werden konnten. Beide Entwicklungsstufen fanden vor dem Hintergrund eines seit 1990 stagnierenden Arbeitsvolumens der Gesamt-BRD statt.

*1943 erschien mit dieser Überschrift und dem Untertitel »Sauckel mobilisiert die Leistungsreserven« eine Werbebroschüre des NS-»Generalbevollmächtigen für den Arbeitseinsatz«, Fritz Sauckel, zur Mobilisierung von ausländischen Arbeitskräften

Die Bolkestein-Richtlinie über die Dienstleistungsfreiheit in der EU hat zusammen mit den von der BRD durchgesetzten Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit seit etwa 2007 dafür gesorgt, dass ein Teil der EU-MigrantInnen über Werkverträge / Scheinselbstständigkeit zu Bedingungen ihrer Herkunftsländer in der BRD arbeiten muss. Die Zusammensetzung der Arbeitsmigration hat sich dadurch verändert: Die überwiegende Mehrheit der hier lebenden MigrantInnen kommt heute aus den osteuropäischen EU-Staaten und Beitrittskandidaten. Menschen aus Polen sind die größte Gruppe, gefolgt von Rumänen, Bulgaren und Ungarn. Außerdem kommen seit rund zehn Jahren verstärkt Italiener. Die Zahlen für Saisonarbeit werden kaum erfasst.

Siehe die Studie Zwischen Integration und Ausbeutung. Rumänen und Bulgaren in Deutschland: Bilanz nach einem Jahr Arbeitnehmerfreizügigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Januar 2015.

Gerade die MigrantInnen aus den osteuropäischen Ländern gehen nicht nur in typische Saisonarbeit wie im Gastgewerbe und in der Landwirtschaft, sondern auch in die industrielle Massenarbeit: jeweils etwa zehn Prozent arbeiten im verarbeitenden Gewerbe (zum großen Teil in die Lebensmittelindustrie) und auf dem Bau. Dazu kommen die Menschen, die in diesen Bereichen über Leiharbeit oder Werkverträge etwa bei rumänischen Firmen oder als formal Selbstständige arbeiten. Die Angleichung durch die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit zum 1. Januar 2014 hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Arbeitenden in die Höhe schnellen lassen: Etwa die Hälfte der knapp 500 000 Menschen aus Rumänien und Bulgarien arbeitet heute zu deutschen Sozialversicherungsbedingungen, wenn auch überwiegend im Niedriglohnbereich: Die Hälfte arbeitet als »Helfer«; unter den Bulgaren stocken 14 Prozent auf. Der Zugang zu den Sozialsystemen in vollem Umfang erst nach fünf Jahren Aufenthalt möglich und wird durch offizielle und inoffizielle Verwaltungsvorgaben erschwert, aber er nimmt für einen Großteil der MigrantInnen aus Rumänien und Bulgarien Druck weg und erleichtert Widerstand.

Neue Massenarbeit

In den 1970er Jahren wurde die Auslagerung der Produktion von der SPD-Bundesregierung so erklärt: in der BRD werden künftig nur noch die »Blaupausen« erstellt, sprich: hier sitzen die Entwicklungsabteilungen, in Asien die Produktionsstätten der Konzerne. Heute hat Apple keine Fabrik mehr in China, sondern lässt von Foxconn produzieren – das die technische Entwicklung wiederum zunehmend selber übernimmt. Um diesem Trend entgegenzuwirken und die Kontrolle über das Produktionswissen zu behalten, haben viele Firmen versucht, wenigstens einzelne »Musterbetriebe« in Deutschland zu halten und teilweise neu aufzubauen. Für die Solar- und die Halbleiterindustrie wurde das in manchen Regionen wie Sachsen vorhandene Arbeiterwissen aus den DDR-Mikroelektronik-Kombinaten genutzt, um massiv Produktionskapazitäten mit äußerst miesen Arbeitsbedingungen aufzubauen. Mittlerweile ist die Fertigung fast komplett nach Südostasien gegangen. Der deutsche Maschinenbau als weltgrößter Ausrüster für Solarfabriken profitiert noch vom Arbeiterwissen der vergangen Jahre, hat sich aber von neueren Entwicklungen abgeschnitten.

Neu ist die Rückkehr von schlecht bezahlter und »unqualifizierter« Massenarbeit in der deutschen Exportindustrie – wie etwa in der Lebensmittelindustrie – oder in der Logistik. Die Kombination hoher Zuwanderungszahlen (netto fast 500 000 im Jahre 2013) mit der Ausbeutung in der Massenindustrie hat die Arbeitsmigration auf die politische Agenda gesetzt.

Streiks zur Normalisierung

Auch in der BRD haben in den letzten Jahren Streikbewegungen zugenommen. Sind politische Maßnahmen wie die Einführung der Rente mit 63 nach 45 Arbeitsjahren oder der gesetzliche Mindestlohn

eine Folge solcher meist gewerkschaftlicher Mobilisierungen? Kann man gar sagen, dass die weltweiten Kämpfe in die BRD ausstrahlen und steht vielleicht sogar eine eigene Dynamik dahinter?
Die Streiks der Lokführer (2008) und der KiTa-Erzieherinnen (2009) waren beide der Versuch von »Altbeschäftigten«, die Lohneinbußen der Jahre vorher wettzumachen. Dafür setzten sie ihre Fähigkeit, Betriebsabläufe lahmzulegen, offensiv ein. Auf der Basis dieser »Produktionsmacht« beförderten sie eine breite »proletarische Debatte« um die jeweils extrem stressigen Arbeitsbedingungen; eine Erfahrung, an die viele ihrer »Kunden« anknüpfen konnten, also in dem Fall Pendler und Eltern. Statt dieses Moment weiter auszubauen, haben die Gewerkschaften ihr Scheitern an dieser Front benutzt, um eine potenzielle Eigendynamik zu verhindern. Die jüngsten GdL-Streiks waren nur mehr Anerkennungskämpfe einer kleinen Gewerkschaft, die zeigen konnte, dass sie sowohl Streiks als auch Friedenspflicht durchsetzen kann, ohne dass es zu Organisierungsprozessen an der Basis kommt. Die KiTa-Streiks wurden von Ver.di in ihr Gegenteil verwandelt: Statt egalitäre Forderungen aufzustellen, setzte die Gewerkschaft durch ein kompliziertes Tarifwerk eine weitere Differenzierung durch, das einer massiven Ausdehnung von Auslagerungen und Niedriglohngruppen Vorschub leistete. Der aktuelle Streik knüpft hier nahtlos an, weil explizit die (Lohn-)Differenzierung innerhalb des pädagogischen Personals beibehalten und Arbeitsbedingungen nicht verhandelt werden sollen.
Dass es in den letzten zehn Jahren überhaupt wieder zu solchen publikumswirksamen gewerkschaftlichen Streiks kam, hing stark mit Spartengewerkschaften wie der GdL zusammen, die aus der Einheitsgewerkschaft ausscherten und in Konkurrenz zu ihr Tarifverträge abschlossen. Hier organisierten sich bestimmte Beschäftigtengruppen an zentralen Stellen des Arbeitsprozesses gegen die von den DGB-Gewerkschaften verhandelten Lohnkürzungen und Arbeitsverdichtungen. Das bewirkte, dass auch die Mehrheitsgewerkschaft stärker auf die Mobilisierung ihrer Mitglieder setzen musste.
Die Welle von Streiks in den ersten Monaten 2015 war teilweise durch das Tarifeinheitsgesetz ausgelöst, mit dem das Streikrecht der Spartengewerkschaften eingeschränkt werden soll. Da in der BRD nur für einen Tarifvertrag gestreikt werden darf, schließt das Gesetz faktisch kleine Gewerkschaften vom Streikrecht aus, wenn es bereits einen Tarifvertrag der Mehrheitsgewerkschaft gibt. Die Angst der DGB-Gewerkschaften ist weniger die gerne vorgebrachte »Entsolidarisierung« innerhalb der Belegschaften durch das Vorpreschen einzelner Berufsgruppen, sondern das Gegenteil: Ein kämpferischer Ausbruch aus den individualisierenden (und damit entsolidarisierenden) tariflichen Arrangements der DGB-Gewerkschaften würde ihre Deals der letzten Jahre zu (allein finanziellen) Gunsten kleiner Teile der Stammbelegschaften wegfegen.
Neben den großen gab es in den letzten Jahren auch einzelne gewerkschaftliche Streiks bzw. Streikkampagnen von schlecht bezahlten »MassenarbeiterInnen« im Dienstleistungsbereich, wie etwa bei der Autobahngaststättenkette AutoGrill. In einzelnen Fleischverarbeitungsbetrieben und auf einer Werft (siehe den Leserbrief auf Seite 70) wurde ohne gewerkschaftliche Vermittlung gestreikt, aber große Bewegungen gab hier es in den letzten Jahren nicht. Die Gewerkschaften, ihre Beratungsinstitutionen wie »Fair Mobility« und lokale Initiativen haben in diesem Bereich neben der Bereitstellung von Rechtsberatung auf die politische und mediale Durchsetzung des Mindestlohns gesetzt. Dieser hat in einigen Fällen tatsächlich zu Lohnsteigerungen geführt. An vielen Orten hat sich aber nichts geändert oder der Lohn ist durch die Anrechnung von Zulagen u. ä. sogar gesunken, denn der tatsächliche Lohn muss immer im Betrieb durchgesetzt werden.
Äußerlich stehen alle diese Streiks merkwürdig nebeneinander; vor sechs Jahren konnte ein demonstratives Vorpreschen einzelner seinerzeit vergleichsweise niedrig bezahlter Berufsgruppen noch für kurze Zeit die Diskussion um gemeinsame Ziele ausdrücken. Heute ist das nicht mehr so – das Vorpreschen geht auf Kosten anderer, Lohnforderungen werden höchstens für einige erfüllt. Das Besondere an den bundesdeutschen (sozialdemokratischen) Arbeitsstrukturen ist das System fein austarierter Regularien, die die ArbeiterInnen voneinander trennen. Es verspricht individuell immer wieder eine kleine Verbesserung des Status. Den Arbeiter-Innen ist dieser Zusammenhang klar, aber warum gehen sie momentan noch nicht offensiv damit um?
Nur eine eigensinnige Bewegung quer zu dieser Logik der sozialdemokratisch / gewerkschaftlichen Politik wird die stark entpolitisierte, »normalisierte« Situation in der BRD aufbrechen können. Die gegenwärtige Streikwelle drückt noch keine Autonomie aus. Das Engagement in Streikunterstützungsbündnissen unterfüttert die gewerkschaftliche Politik, weil sie die Funktionsweise der Interessenvertretung nicht in Frage stellen. Aber man kann dabei wichtige Erfahrungen sammeln, genau wie beim streiken selbst. Und das tut gerade ein erheblicher Teil der ArbeiterInnen in der BRD. ■

These boots were made for walking...

Der Lernprozess der WanderarbeiterInnen

China

Die Entwicklung Chinas zum Exportland und die Entstehung einer neuen Arbeiterklasse hat die Situation für die Klasse weltweit deutlich verändert. Anfang der 80er bereitete der chinesische Staat den Boden für die Exportindustrie, er strich das Streikrecht und das Recht auf öffentliche und innerbetriebliche politische Meinungsäußerung und Organisation aus der Verfassung und ersetzte sie durch das »Recht auf Meinungsfreiheit«. Gleichzeitig griff er die »alte Arbeiterklasse« an, ihre Kämpfe gegen Entlassungen und schlechtere Arbeits- und Lebensbedingungen zogen sich bis in die frühen 2000er.

Mit dieser Öffnung Chinas für den Weltmarkt zogen massenhaft Fabriken ins »Billiglohnland«. Die ArbeiterInnen in den alten Industrie-Metropolen wurden damit erpresst, dass ihre Jobs verlagert würden, wenn sie nicht Lohnsenkungen und Mehrarbeit hinnehmen. Gleichzeitig halfen ihnen die billigen, in China hergestellten Konsumartikel dabei, mit niedrigeren Löhnen über die Runden zu kommen. Zudem mussten sich die ArbeiterInnen verschulden, vor allem in den USA ist das in großem Ausmaß passiert; denn in dieser Phase konnten weder die chinesischen ArbeiterInnen noch die in den USA von ihren Löhnen leben. 2007 ist die Verschuldung der US-ArbeiterInnen zusammengebrochen und hat die globale Finanzarchitektur beinahe zum Einsturz gebracht. Bereits vorher hatten die chinesischen WanderarbeiterInnen für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu kämpfen begonnen. Ihre Kämpfe lassen sich grob in drei Phasen einteilen: bis 2004, von 2004 bis 2010 und ab 2010.

Die Phasen des Kampfes

Bis 2004

In den 90er Jahren nahm die Zahl der WanderarbeiterInnen in den Sonderwirtschaftszonen im Süden und Osten Chinas stark zu, dort waren die Exportfabriken zunächst ausschließlich konzentriert. Die jungen ArbeiterInnen kamen aus dem bäuerlichen Leben, viele wollten nur ein paar Jahre bis zu ihrer Hochzeit in der Fabrik arbeiten. Sie schickten ihrer Familie Geld, konnten aber auch dorthin aufs Land zurückkehren, wenn sie keinen passenden Fabrikjob fanden. Sie hatten keine Erfahrung mit Industriearbeit und keine Kampftradition, die Bosse stellten sehr gern junge Frauen ein, sie galten als besonders gehorsam. Dazu kam, dass sie im Gegensatz zu den städtischen ArbeiterInnen kein offizielles Aufenthaltsrecht hatten.

In dieser Phase gab es vor allem indirekten und verdeckten Widerstand gegen die Lebens- und Arbeitsbedingungen wie Massenpetitionen. Manchmal explodierte die Unzufriedenheit und die ArbeiterInnen erstürmten Rathäuser. Wenn es zu Streiks kam, wurden sie oft von Heimatnetzwerken organisiert (die auch heute noch oft eine Rolle spielen). Eher leisteten die ArbeiterInnen Widerstand

Bild: Streikende ArbeiterInnen in der Schuhfabrik *Yue Yuen*, April 2014

gegen die Arbeitsbedingungen, indem sie den Betrieb wechselten, wenn ihnen ein Arbeitsplatz nicht passte.

2002 trat China der WTO bei, die Höhe der Auslandsinvestitionen und die Zahl der Fabriken nahm stark zu. Die Arbeitsmigration hielt mit diesem Tempo nicht mit, Arbeitskräfte wurden knapp. Trotzdem hinkten die Löhne dem ab 2001 stark beschleunigten Wirtschaftswachstum hinterher.

2004 bis 2010

2004 kam es zur ersten Streikwelle mit vielen tausend Beteiligten. Es ging um höhere Löhne, ausstehende Zahlungen, mehr Ruhetage und besseres Kantinenessen. In dieser Phase stiegen die Löhne. Viele dieser Kämpfe kamen damals gar nicht an die Öffentlichkeit; bekannt wurden vor allem Streiks in ausländischen Unternehmen, großen Elektronik-Konzernen mit relativ guten Bedingungen. In dieser Phase wurden die WanderarbeiterInnen zum Subjekt, Ausgangspunkt der Streiks waren oft ihre Wohnheime.

Bereits nach dieser Kampfwelle gab es erste Verlagerungen von Fabriken. Aber es gibt mindestens ein Beispiel aus der Autoindustrie, wo die Arbeiter 2006 direkt nach einer solchen Fabrikeröffnung für die gleichen Löhne wie am Ursprungsort streikten.

Mit der Wirtschaftskrise 2008 ging die Nachfrage nach Konsumgütern weltweit stark zurück. Die chinesische Exportindustrie brach Ende 2008 und 2009 stark ein, 2009 um insgesamt 17 Prozent. Es folgten Fabrikschließungen und Massenentlassungen, Überstunden wurden gestrichen und Löhne gekürzt. Die Arbeiter kämpften nun gegen Entlassungen, Bankrotte und Betriebsschließungen. Die Zahl der Streiks, Straßenblockaden und Massenpetitionen stieg sprunghaft an. Die Regierung reagierte mit Zuckerbrot und Peitsche. Sie kam für einen Teil der ausstehenden Löhne auf. Gleichzeitig ging der Staat in Südchina massiv gegen Straßenblockaden vor, verhaftete daran beteiligte Arbeiter und verbot Massenpetitionen. Mit Erfolg: Während die Zahl der Streiks und Bummelstreiks weiter anstieg, gingen die Straßenblockaden und Massenpetitionen zurück.

Die Regierung legte sehr schnell ein großes Konjunkturpaket auf. Es umfasste vor allem Investitionen in die Infrastruktur und ließ Überkapazitäten weiter anwachsen, die ohnehin schon problematisch waren, u.a. in der Stahl-, Kohle- und Betonproduktion. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen und zur weiteren Unterstützung der Wirtschaft wurde über die nächsten Jahre die Verschuldung extrem ausgeweitet. Zwischen 2007 und 2013 nahmen die chinesischen Kommunen und Unternehmen die Hälfte der weltweiten Neuverschuldung von 30 Billionen Dollar auf. Das führte zu Spekulation und Instabilität und stand im Widerspruch zur verkündeten Absicht, Ungleichgewichte zu

Quellen:

Hao Ren u.a.: *Streiks im Perlflussdelta*. Wien 2014

Lu Zhang: *Inside China Automobile Factories*. New York 2015

China Labour Bulletin
www.clb.org.hk

Welt in Umwälzung
www.umwaelzung.de/aaktuell.html

beheben und den Konsum der ChinesInnen zu fördern. Die Angst vor der Arbeiterklasse trieb das Regime zu einer Gratwanderung zwischen Blase und Crash; das hohe Wachstum zur Abfederung sozialer Unruhen kann jedenfalls nicht mehr aufrechterhalten werden. Allerdings wurde die Krise auch dazu genutzt, die Arbeiterklasse regional neu zusammenzusetzen. Immer mehr Fabriken sind aus den Industriezonen an der Küste ins Landesinnere gezogen. Dort hoffen die Kapitalisten auf niedrigere Löhne, vor allem aber auf ArbeiterInnen, die weniger kämpfen.

2010

Das kreditfinanzierte Wachstum in China führte auch zur wirtschaftlichen »Erholung« in Europa und den USA. Die Export-Unternehmen klagten schnell wieder über Arbeitskräftemangel. Den ArbeiterInnen stiegen die Löhne zu langsam, sie erwarteten deutlich mehr. Trotz der generellen Lohnzuwächse hatten die Löhne in vielen Betrieben seit dem Kriseneinbruch stagniert, gerade dort, wo sie zu Beginn überdurchschnittlich hoch gewesen waren. Die ArbeiterInnen mussten Überstunden machen, um über die Runden zu kommen.

In der Autoindustrie brodelte es. In der ersten Jahreshälfte 2010 reihten sich die Streiks bei den Autozulieferern eines Bezirks von Guangdong aneinander. Als im Mai die ArbeiterInnen bei *Honda Auto Parts,* einem zentralen Zulieferer der vier Honda-Montagewerke in China, in den Streik traten, lösten sie eine wochenlang anwachsende Streikwelle aus, in der die Arbeiter schnell voneinander lernten. Nach wenigen Tagen waren alle Hondafabriken in China komplett lahmgelegt. Der Streik wurde über alle Spaltungen hinweg entschlossen geführt mit der Forderung nach einer gleichen Lohnerhöhung für alle. Er hatte eine starke Öffentlichkeit und war im Ergebnis relativ erfolgreich.

Die Streikwelle breitete sich auch auf andere Regionen aus, in Dalian streikten von Mai bis August insgesamt 70 000 ArbeiterInnen in über 70 Fabriken. Die Streikenden stellten offensive Forderungen, zeigten Solidarität und Beharrlichkeit, und sie erreichten starke Lohnerhöhungen.

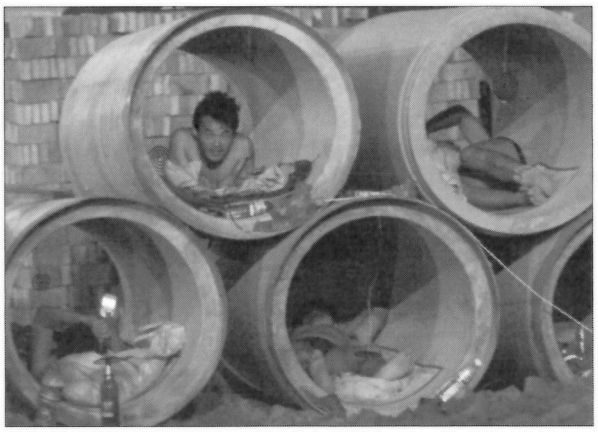
Mit der Streikwelle 2010 wurde deutlich, dass das Wissen der ArbeiterInnen, wie man kollektive Kämpfe führen kann, in den letzten 20 Jahren gewachsen ist. Alle Streiks waren selbstorganisiert, die ArbeiterInnen wussten sich gegen Repression von Unternehmer und Staat zu wehren, stellten klare Forderungen auf, verhandelten direkt mit dem Boss oder verweigerten Verhandlungen. Sie setzen ihre ökonomische Macht geschickt ein und legten zuweilen ein beeindruckendes Maß an Autonomie an den Tag. Internet und Handys wurden immer mehr genutzt, um Informationen über Kämpfe zu verbreiten und die Zensur zu umgehen, aber auch, um sich über die eigenen Erfahrungen auszutauschen. Das Wissen über Kämpfe in anderen Werken desselben Konzerns wuchst damit. Es gehört seitdem zum Standard, Journalisten zu informieren, um einen Kampf bekannt zu machen und die Behörden unter Handlungsdruck zu setzen. Bei manchen Streiks wurde aber auch deutlich, dass hier noch gelernt wird, manchmal gelingt es Staat und Unternehmern, einen Kampf durch billige Tricks schnell zu beenden.

Entwicklung der Kämpfe seit 2011

Nach dieser Kampfwelle sank die Zahl der Streiks zunächst leicht, seit spätestens 2013 steigt sie aber wieder an. Die Kämpfe sind wieder stärker durch die Krise geprägt. Viele Unternehmer versuchen zu sparen, indem sie die ArbeiterInnen um Löhne, Boni und Sozialleistungen betrügen. Auch die Taktik der Bosse, durch Änderungen der Arbeitszeiten Überstunden- oder Wochenendzuschläge zu sparen, führt zu Streiks. Zudem gibt es zahlreiche Konflikte wegen der Schließung, Verlagerung, Verkleinerung, Fusion oder des Verkaufs von Fabriken. Die wirtschaftliche Lage ist instabil, das Wirtschaftswachstum 2014 so gering wie seit 1990 nicht mehr. Die Spekulations- und Investitionsblasen beginnen zu platzen, riesige Mengen von Devisen fließen aus dem Land ab (allein zwischen Oktober 2014 und März 2015 300 Milliarden Dollar).

Trotzdem entwickeln sich die Kämpfe weiter: Wenn ein Unternehmen nach einem Kampf die gemachten Zugeständnisse nicht einhält, schaffen es die ArbeiterInnen immer öfter, sofort wieder zu streiken, und können sich dann durchsetzen. Seit 2013 gibt es koordinierte Kämpfe zwischen Fabriken desselben Konzerns, darunter Kämpfe mit (zehn)tausenden von Streikenden (2014 z.B. 40000 beim Schuhproduzenten Yue Yuen; dieser Streik sprang auf eine Fabrik desselben Konzerns an einem anderen Ort über). Gerade in den Exportindustrien, wie der Schuh- oder Elektronikindustrie, hat es in den letzten Jahren einen Konzentrationsschub gegeben, vor allem um auf sinkende Weltmarktpreise bei steigenden Löhnen zu reagieren. Diese Tendenz zur Konzentration erleichtert den gemeinsamen Kampf der ArbeiterInnen.

Nun streiken auch vermehrt Bergarbeiter, Bauarbeiter und LehrerInnen. Die Streiks finden damit an den Punkten statt, wo die Wirtschaft besonders instabil und abhängig von immer wieder verlängerten Krediten und spekulativen Investitionen ist.



Die BauarbeiterInnen kämpfen vor dem Hintergrund der platzenden Immobilienblase. Der Bausektor mit untergeordneten Industrien macht fast ein Viertel der gesamten Wirtschaft aus.

Seit 2014 kommen die Bergarbeiter mit ihren Streiks gleich nach den IndustriearbeiterInnen. Es geht gegen Lohnrückstände von bis zu zwölf Monaten, einbehaltene Abfindungen, nicht gezahlte Sozialversicherung. Die meisten Proteste gibt es in kleineren Bergwerken, die am schlimmsten betroffen sind: Anscheinend sinkt die Kohleproduktion seit 2014 erstmals.

Wanderarbeiter, Leiharbeiter, Praktikanten

Die chinesische Exportindustrie konnte die in der Krise 2008/09 entlassenen WanderarbeiterInnen nicht wieder auffangen. Ein großer Teil von ihnen wollte oder konnte nicht zurückgehen, viele hielten sich arbeitslos in den Städten auf. Die »dritte Generation« von WanderarbeiterInnen kann sich Landarbeit nicht mehr vorstellen und hat andere Ansprüche.

Ihre Kämpfe treiben das Kapital zu Automatisierung und Verlagerung ins Ausland, vor allem aber ins Landesinnere. Dorthin ziehen die Arbeiter mit, haben nun schon mehr Erfahrungen und kämpfen auch dort. Dadurch verbreiten sich die Streiks übers Land, auch im Landesinneren wird nun viel gekämpft. Die jahrzehntelange Trennung zwischen Stadt und Land, das Ausspielen von Bauern gegen Arbeiter bröckelt. Das bedeutet nicht, dass Gleichheit herrscht: In den großen Städten sind WanderarbeiterInnen immer noch ArbeiterInnen zweiter Klasse, die sich ihren Alltag mühsam organisieren müssen, weil die offizielle Infrastruktur für sie nicht zur Verfügung steht. Aber 2011 lagen die Durchschnittslöhne von WanderarbeiterInnen nur noch 25 Prozent unter dem Gesamt-Durchschnittslohn von Arbeitern.

Derweil differenzieren die Unternehmer die Belegschaft eines Betriebes immer weiter: Seit sie jedem einen Arbeitsvertrag geben müssen, erhöhen sie die Zahl der Leiharbeiter. Der Gewerkschaftsbund ACFTU schätzte 2011, dass ihre Zahl seit 2008 von 20 auf 60 Mio. gestiegen ist. Die meisten LeiharbeiterInnen sind in staatlichen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen zu finden, aber auch in vielen Facharbeiterfabriken und Großbetrieben. Oft werden ArbeiterInnen gefeuert und über Agenturen wieder eingestellt, auch das hat zu Protesten geführt. Das Regime sah sich 2013 gezwungen, per Gesetz »Equal Pay« einzuführen, allerdings ist fraglich, wieweit das befolgt und durchgesetzt wird.

In der Autoindustrie, einer Mischung aus neustrukturierten Staatsbetrieben und *Joint Ventures* mit ausländischen Unternehmen, sind statt der klassischen Bauernarbeiter vom Dorf zunehmend schlechter bezahlte Leiharbeiter eingesetzt worden. Die ursprüngliche Spaltung ist also durch eine neue ersetzt worden, die der Struktur auf der ganzen Welt gleicht. Einen weiteren Teil der neu zusammengesetzten Auto-Arbeiterklasse bilden Leute, die während ihrer Ausbildung an technischen Schulen »Praktika« absolvieren müssen. Sie arbeiten voll, werden noch schlechter bezahlt als Leiharbeiter und sind nicht vom Arbeitsgesetz geschützt. In den Autofabriken liegt der Anteil von Leiharbeitern und Praktikanten bei einem bis zwei Dritteln, nur wenige Betriebe verzichten auf ihren Einsatz.

Beide Gruppen kommen aus städtischen Gebieten und haben eine gute Schulbildung. Sie sind ihren

jungen direkt angestellten Kollegen sehr ähnlich. Auch die haben nur noch befristete Verträge – im Unterschied zu den wenigen verbliebenen älteren Arbeitern, die keine Entlassung fürchten müssen. Die jungen direkt angestellten ArbeiterInnen haben allerdings große Hoffnungen, in der Fabrik aufzusteigen oder einen besseren Job außerhalb zu finden, und sind noch bereit, dafür sehr viel zu geben. Allerdings gehen ihre Hoffnungen selten in Erfüllung ... Noch werden Absatzkrisen – zumindest in der Autoindustrie – durch die Entlassung von Leiharbeitern bewältigt und die Stammarbeiter geschützt. Das verhindert einerseits, dass die Leiharbeiter als Konkurrenten angesehen werden, zeigt aber auch, dass die Spaltung an diesem Punkt funktioniert. Es gibt aber auch gemeinsame Kämpfe von Leiharbeitern / Praktikanten und Festangestellten, und auch Kämpfe für gleiche Arbeitsbedingungen von Seiten der Leiharbeiter.

Das Regime ist blockiert

Neben Streiks gibt es unzählige Protestbewegungen gegen Korruption und Landenteignungen; vor allem auch die Zerstörung der Gesundheit und der Umwelt durch Fabriken, Müll und Gift gibt ständig Anlass zu Kämpfen. Der staatliche Sicherheitsapparat wird dagegen immer weiter aufgerüstet, die Ausgaben dafür steigen ins Unermessliche. Seit 2014, als diese Ausgaben erstmals höher als das Militärbudget waren – das lag 2014 bei 132 Mrd. Dollar –, veröffentlicht der Staat keine Zahlen mehr dazu.

Regierung und Partei haben große Angst vor Arbeiterkämpfen, die sich zu einer Massenbewegung ausweiten könnten. Die Möglichkeit einer solchen Entwicklung hat sich bereits eindrücklich gezeigt: Vor allem in der Provinz Liaoning hatten sich 2002 die Proteste entlassener ArbeiterInnen in den alten Staatsbetrieben zu einem betriebsübergreifenden Aufstand verdichtet.
Trotz dieser Angst vor einer radikalen Arbeiterbewegung gibt es keine Institution, die für die Einbindung der Arbeiter ins System sorgt. Die Gefahr, die von unabhängigen Gewerkschaften ausgehen könnte, wird höher eingeschätzt als ihr Nutzen. Der staatliche Gewerkschaftsbund ACFTU bleibt ein Staatsorgan, in das die ArbeiterInnen keinerlei Vertrauen haben.

Es gibt allerdings eine Reihe von NGOs und Anwaltsfirmen, die die Entwicklung von Tarifverhandlungen und Organen der Arbeitervertretung unterstützen. Sie sind starker Repression ausgesetzt und oft abhängig von ausländischer Finanzierung.

Die Vermittlung zwischen ArbeiterInnen und Kapital läuft deswegen entweder über die Justiz, oder sie findet erst nach der Eskalation des Konflikts »auf höchster Ebene« statt. Es ist schon fast eine Tradition der ArbeiterInnen – sowohl »Veteranen« als auch jungen Arbeitern – erst den rechtlichen Weg einzuschlagen. Zum Teil passiert das kollektiv in Form von Massenpetitionen, aber generell werden sie auf diese Weise mit ihren Anliegen vereinzelt. Wenn sie davon frustriert sind, wie sie dabei behandelt werden, beginnen sie, Kämpfe zu organisieren. Auf diese Kämpfe reagiert der Staat zwar in der Regel mit Repression; trotzdem werden Verbesserungen häufig vom Staat selbst etwa in Form von Erhöhungen der Mindestlöhne durchgesetzt.

Der Staat versucht soziale Umwälzungen mit gezielten materiellen Zugeständnissen abzufedern, um die Situation unter Kontrolle zu halten. Beispielsweise hatten die entlassenen Arbeiter der 90er und 2000er Jahre die Möglichkeit, günstige Wohnungen zu kaufen. Seit Krisenbeginn verfolgt die Regierung eine *Stop-and-go*-Politik: Lose und strengere Geld- und Schuldenpolitik (die sich sofort aufs Wirtschaftswachstum auswirkt) wechseln sich ab, damit der Unmut nicht zu groß wird. Schrittweise wird wieder ein Sozialsystem aufgebaut, etwa über höhere Ausgaben für das Gesundheitssystem. Noch langsamer kommt das auch den WanderarbeiterInnen zugute. Die Mittel dafür sind allerdings sehr begrenzt und werden durch die Krisenentwicklung weiter schrumpfen.

Die WanderarbeiterInnen machen mit ihren Massenstreiks mit mehreren (zehn)tausend Beteiligten deutlich, dass sie die Verarsche nicht mehr akzeptieren und nicht für die Krise der Unternehmer bezahlen wollen. Sie wollen einen Lohn, von dem sie leben können, und die Aussicht auf eine erträgliche Rente. Gleichzeitig blockieren sie die Krisenlösung des Staates und kämpfen für ihre Anerkennung als gleichberechtigte Bewohner der Städte, für Zugang zu bezahlbaren Wohnungen, zu den städtischen Krankenhäusern und Schulen. Damit setzen sie Staat und Unternehmer mächtig unter Druck. Denn das Wachstum der Industrieproduktion und der Exporte wird deutlich schwächer, es steigen die Löhne, und die Reserve von ArbeiterInnen, die man vom Land in die Fabriken holen konnte, ist aufgebraucht. ■

Klassenkampf in den nordamerikanischen Gewaltökonomien

James D. Cockcroft: Mexico`s Revolution then and now, 2010.

1910 war die mexikanische Revolution die am weitesten fortgeschrittene. Das ganze 20. Jahrhundert hindurch kämpften Campesin@s und ArbeiterInnen für die Einhaltung ihrer Versprechen – mal mehr, mal weniger erfolgreich. Parolen wie *Tierra y Libertad* (Land und Freiheit) haben die linksradikale Szene weltweit geprägt. Nach wie vor erscheinen Bücher zur scheinbaren Aussichtslosigkeit der Gewaltspirale, die letztlich auf die revolutionäre *Tradition* hoffen, oder sogar die Situation von heute mit der vor 1910 vergleichen (wie etwas James D. Cockcroft). Es gibt hunderte Filme über die mexikanische Revolution, einige Filmtitel haben wir als Zwischenüberschriften benutzt.

Die Herrschenden konnten die Kämpfe nie wirklich befrieden, trotz massiver Repression einerseits und Integrationsangeboten andererseits. Seit hundert Jahren wichen die Menschen in die USA aus – und kämpften dort weiter (von Flores Magón bis zu den ErntearbeiterInnen). Der Raum, in dessen Zentrum heute ein monströses Grenzregime die ArbeiterInnen Nordamerikas teilen soll, ist historisch durch Migration verknüpft; obwohl im südlichen »Schwellenland« ein Teil der Bevölkerung in unglaublicher Armut lebt und nach Norden drängt, und nördlich der Grenze die größte Wirtschaftsmacht der Welt auf die Ausbeutung der migrantischen Arbeitskräfte angewiesen ist.

Noch vor zwei Jahrzehnten war es unvorstellbar, dass sich in diesen »zwei Welten« mittlerweile ähnliche Industrien und ähnliche Kämpfe entwickeln. Damals betrat die EZLN mit einer modernisierten maoistischen Bauern-Guerilla die Bühne der »Peripherie«. Ein paar Jahre später wurden in der »Metropole« Seattle Straßenschlachten gegen Bullen ausgefochten (»Battle of Seattle« und in der Folge bis heute Gipfelproteste). Danach wurde es ziemlich ruhig, aber seit etwa 2006 nehmen Bewegungen und Kämpfe südlich wie nördlich der Grenze an Fahrt auf.

In Mexiko sind es LehrerInnen, Stahl- und Bergarbeiter, Maquiladoras-, Auto- und LandarbeiterInnen; in den USA MigrantInnen des »Dienstleistungsproletariats«, Hafen- und RaffinieriearbeiterInnen, Knackies und die Bewegung gegen Polizeimorde. Gleichzeitig organisieren sich in Mexiko LandbewohnerInnen gegen Infrastrukturprojekte wie Flughäfen, Kraftwerke, Staudämme, neue Bergwerke... All diese Kämpfe finden auffällig gleichzeitig statt, einige schütteln zunehmend nationale Beschränktheiten ab.

Medial »darüber« liegen große Mobilisierungen wie *Occupy!*, die »Andere Kampagne« der EZLN, die studentische Massenbewegung *Yo soy 132* und die antistaatliche Bewegung wegen den Morden an den 43 StudentInnen in Mexiko (»Iguala«).

Trotz immer brutalerer Methoden der Herrschenden, diese Dynamik zu brechen und die Spaltungen der Klasse zu vertiefen, zeigen die ArbeiterInnen und ihre UnterstützerInnen einen langen Atem und Durchhaltevermögen. Sie lassen sich nicht demoralisieren. Sie lösen sich aus der Umklammerung von Staat und paternalistischen Gewerkschaften. Sie streiken – wie im Falle der LandarbeiterInnen – zum strategisch richtigen Zeitpunkt. Sie versuchen, dem Streikbruch durch Subfirmen Antworten entgegen zu setzen.

MigrantInnen in den USA

Todesmelodie

Anfang des neuen Jahrhunderts schien sich das »Ende des Kapitalismus« anzudeuten: Crash der *New Economy*, Aufstand in Argentinien... Der Immobilienboom in den USA konnte der Aufbruchsstimmung zunächst den Wind aus den Segeln nehmen, da er neue Jobs und Chancen versprach. Ab 2006 verschärften die USA die Überwachung ihrer südlichen Grenze und bauten eine Mauer. Strengere Einwanderungsgesetze flankierten diese Maßnahmen. Damit will das Kapital einerseits die legale Arbeitskraft stärker kontrollieren, andererseits schafft es sich eine illegalisierte und dadurch flexible und rechtlose Schicht von ArbeiterInnen.

Die Massendemos unter der Parole *Si-se-puede!* konnten 2006 zumindest die Gesetzesverschärfungen erfolgreich verhindern. In den größeren US-Städten nahmen hunderttausende migrantische, in großen Teilen auch illegalisierte ArbeiterInnen daran teil. Am 1. Mai 2006 riefen sie den »Tag ohne MigrantInnen« aus, der Arbeitsbedingungen und den Kampf für ein Aufenthaltsrecht in einen Zusammenhang brachte.

Im vergleichsweise rassistischen und gewerkschaftsfeindlichen US-Süden, in der Ölmetropole Houston, schaffte es im selben Jahr die Gewerkschaft SEIU erstmals, migrantische Reinigungskräfte zu organisieren.

Der Kriseneinbruch 2008 versetzte den Kämpfen einen Dämpfer, aber mit »Wisconsin« 2011 und *Occupy!* war diese Phase überwunden (dazu weiter unten). Unter anderem durch die Kampagne für 15 Dollar Stundenlohn kommt seit etwa 2012 Bewegung in die großen, von *Walmart* symbolisierten US-Lagerhauskomplexe von Los Angeles bis Chicago und in die Restaurants der Fast-Food-Ketten. Die ArbeiterInnen dort sind bunt gemischt, Latin@s aller mittelamerikanischen Länder, viele schon in den USA geboren, Schwarze, alleinstehende US-Mütter, viele StudentInnen, usw.

Die Kämpfe des Dienstleistungsproletariats sind noch nicht in der Lage, organisierte, nachhaltige Arbeitermacht einzusetzen. Aber in den *Kampagnen* entwickeln sich politische Debatten um Rassismus, Ausbeutung – und weitere Kampfmöglichkeiten.

Stahl- und Bergarbeiter

Mercenario – Der Gefürchtete

Vor Ausbruch der globalen Krise 2008 konnten Stahlarbeiter in Ciudad Lázaro Cárdenas in harten Streiks 2005 und 2006 Lohnerhöhungen durchsetzen. Im mexikanischen Bergbau gingen etwa zur gleichen Zeit wilde Streiks gegen unsichere Arbeitsbedingungen und Gewerkschaftsmachenschaften los, an deren Höhepunkt im März 2006 sich über 200 000 BergarbeiterInnen beteiligten.

Mit den neoliberalen Umstrukturierungen und der mit ihnen beabsichtigten Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ab den 80ern war der mexikanische Bergbau enorm ausgeweitet worden. Heute unterlaufen Subfirmen und Leiharbeiter die nach wie vor zahlreichen Kämpfe, beispielsweise die der traditionell kämpferischen Bergarbeiter in der zweitgrößten Kupfermine der Welt, in Cananea. (Die blutige Niederschlagung ihres Streiks im Jahre 1906 war ein Vorspiel für die Revolution vier Jahre später gewesen.) Oft wird zusätzlich die Bundespolizei eingesetzt, um die Bergwerke zu besetzen und die Streiks zu beenden. Aktuell schließen sich Bewohner der umliegenden Gemeinden dem Kampf der Cananea-Arbeiter gegen den Betreiber *Grupo México* an, der das Grundwasser der Umgebung mit Cadmium verseucht. Sie haben Land besetzt, auf dem für den Betrieb des Bergwerks notwendige Wasserleitungen verlaufen, und diese abgedreht. *Grupo México* ist ein weltweit, auch in den USA tätiger Konzern. Von den Gewerkschaften werden immer wieder grenzüberschreitende Solidaritätsaktionen organisiert. Mehr ist offensichtlich noch nicht drin.

Aufstände in Atenco und Oaxaca

Lasst uns töten, Companeros

2006 war auch das Jahr zweier großer Aufstände. In San Salvador Atenco in der Nähe von Mexiko-Stadt rebellierten MarktverkäuferInnen gegen den Gouverneur und heutigen Staatspräsidenten Enrique Peña Nieto. Im Gegensatz zu 2002, als Nieto noch denselben Leuten im Kampf gegen ein Flughafenprojekt nachgegeben hatte, ließ er nun den Aufstand zusammenschießen.

Zur gleichen Zeit standen LehrerInnen in Oaxaca auf. Ihre fünf Monate währende Kommune zeigte erste Keime einer Welt ohne Polizei. Als die Bullen die Zelte der streikenden Lehrer räumen wollten, organisierte die Bevölkerung breiten Widerstand. Für die Sicherheit der *Kommune von Oaxaca* sorgten sogenannte *topiles*, freiwillige Militante, die unbewaffnet Wache hielten, um Gewalt oder Plünderungen kleiner, proletarischer Läden zu verhindern. Sie hatten keine Befugnisse, jemanden einzusperren oder Befehle zu erteilen, sondern mobilisierten im Bedarfsfall andere KollegInnen. Die Bullen setzten erfolglos freigelassene Häftlinge als Schläger gegen die Bewegung ein.

Seitdem haben LehrerInnen immer wieder Massendemos und Streiks organisiert. In ihren Kämpfen entwickeln sie neue Formen von Militanz, die das Regime nur blutig beenden kann.

Maquiladoras

The Wild Bunch – Sie kannten kein Gesetz

Die erste Maquiladora wurde 1965 eröffnet. Als Antwort auf die vielen Streiks in der Anfangszeit der Maquilas wurde 1972 ganz Mexiko zu einer »Freien Produktionszone« erklärt – so entstanden Maquila-Fabriken überall im Land. Anstatt zu streiken, wechselten die ArbeiterInnen von da an häufig den Arbeitsplatz oder gingen in die USA.

2012 überschritt die Zahl der Maquila-Beschäftigten zum ersten Mal zwei Millionen; aktuell gibt es ca. 6000 Maquila-Fabriken. Die Hälfte der mexikanischen Exporte stammt aus diesem Sektor. Die dichtesten Ansiedlungen befinden sich entlang der Grenze zur USA und in Guadalajara. Historisch arbeiteten größtenteils Frauen in den Maquilas, mittlerweile machen das auch viele Männer. Die offiziellen Löhne stagnieren seit Jahren, von 2007 bis 2014 gab es keine nennenswerten Erhöhungen. Ein chinesischer Arbeiter verdient heute mehr als ein mexikanischer, denn sein Lohn hat sich seit 2001 verzehnfacht. Je nach Branche verdient man in den Maquilas heute zwischen 5000 und 10000 Pesos im Monat.

Der Bau der Grenzmauer ab 2006 hat die Abwanderung aus Mexiko und die Flucht aus den Maquiladoras nicht verhindert, aber gefährlicher gemacht, so dass der vergleichsweise lockere Grenzübertritt zu den höheren Löhnen in den USA nicht mehr als Ventil gegen kollektive Kämpfe in den Maquilas funktioniert.

2010 kam es zu wilden Streiks in einer neuen Fabrik von *Foxconn* in Ciudad Juárez und bei *Johnson Controls* in Puebla. *Foxconn* entließ die ArbeiterInnen sofort, *Johnson Controls* schloss die Fabrik, nachdem die ArbeiterInnen zunächst Lohnerhöhungen und eine Anerkennung ihrer Gewerkschaft erreicht hatten. 2012 begannen die ArbeiterInnen beim Kraftwerksausrüster *Schumex* in Matamoros einen Streik, als der Weihnachtsbonus nicht bezahlt wurde. Beim finnischen Autozulieferer *PKC* in Ciudad Acuña gibt es immer wieder Kämpfe gegen die offizielle Gewerkschaft.

Der Arbeitsfriede in den Maquiladoras hat lange gewährt – nun scheint er vorbei zu sein. In den Konflikten kämpfen die ArbeiterInnen nicht nur für höhere Löhne, sondern auch für eine unabhängige, kämpferische Organisation – und gegen die sogenannten *charros*, Gewerkschafter, die geheime »Schutzverträge« mit den Kapitalisten abschließen.

Autoindustrie

Die gefürchteten Vier

2014 wurden zum ersten Mal mehr als drei Millionen Autos in Mexiko gefertigt. Ungefähr 2,5 Millionen wurden exportiert, davon mehr als 70 Prozent in die USA. Damit ist Mexiko zum achtgrößten Auto*bauer* und viertgrößten Auto*exporteur* der Welt geworden. Parallel zu diesem Aufstieg sanken die Stundenlöhne in Mexikos Autoindustrie zwischen 2008 und 2012 um mehr als zehn Prozent; ein Fließbandarbeiter verdient heute zwischen 3,60 und 3,90 Dollar, während die Produktivität jährlich um 4,3 Prozent und der Wert der Produktion sogar um fast 40 Prozent anstiegen. Mexiko verwandle sich in das »China des Westens«, heißt es in einer Studie, mit hohen Investitionen in der Autoindustrie, attraktiv vor allem wegen der vielen Freihandelsabkommen und niedrigen Löhnen. Ähnlich werben Studien für die US-Südstaaten – auch dort führt die Autoindustrie eine neue Phase der Industrialisierung an, 2014 wurden von dort zwei Millionen Autos exportiert.

In den 60ern hatte VW die damals größte Fabrik Mexikos gebaut. Da die meisten Teile in Mexiko produziert werden mussten, war sie ein zentrales Projekt der Industrialisierung durch Importsubstitution. In dieser Fabrik wurden einige historische Kämpfe ausgetragen. In der Krise 2009 setzten die

Maquiladoras sind steuerbefreite Exportfabriken, die an der Grenze zur USA auf niedrigem technologischen Niveau größtenteils Konsumgüter (Textilien, Autoindustrie und Elektronik) produzieren – der Rohstoff bzw. die Teile werden importiert, in einer Maquiladora zusammengebaut/montiert und dann wieder exportiert. Span. *maquilar* – zusammensetzen. Erst ab 1983 wurde erlaubt, auch im Binnenland zu verkaufen; mit NAFTA 1994 fiel diese Regelung ganz weg.

http://www.inegi.org.mx/sistemas/bie bietet Zahlen zu Beschäftigten, Löhnen, usw. nach Branchen seit 2007. Die Löhne stagnieren; Textil etwa 5000 Pesos im Monat, Bekleidung 4000, Elektronik etwa 6000, Metall etwa 11 000 Pesos das Monat, Metallprodukte 7000.
GM und *Foxconn* sind die größten Exporteure des Landes, 2011 machten *Foxconns* Exporte 8,6 Mrd. Dollar aus, zwei Prozent der gesamten Exporte.

Alex Covarrubias Valdenebro: Explosión de la Industria Automotriz en México: De sus encadenamientos actuales a su potencial transformador, http://library.fes.de/pdf-files/bueros/mexiko/10645.pdf, 2014.

Brüche und Colibris (Hg.): Entwicklung der Klassenautonomie und die Krise der Linken am Beispiel Mexiko, 1988.

Wildcat 60: Streik der VW-Arbeiter in Mexiko, Oktober 1992.

ArbeiterInnen trotz eines Einbruchs der mexikanischen Autoproduktion um ein Viertel mit einem Streik eine dreiprozentige Lohnerhöhung durch. 2013 konnten Honda-ArbeiterInnen im ersten wilden Streik der 27-jährigen Geschichte des Werks eine deutliche Erhöhung der Prämien erkämpfen.

Im Mittleren Westen der USA gründete sich im Jahr 2005 in den Fabriken des Autozulieferers *Delphi* eine Basisbewegung namens SOS, *Soldiers of Solidarity*, die mit Langsamarbeit und »Dienst nach Vorschrift« erfolgreich die von der UAW mitgetragenen Pläne der Kürzungen von Gesundheitsleistungen und Renten abwehren konnten. Im April 2014 streikten in Toledo (Ohio) die ArbeiterInnen von *Piston Automotive*, eines ausgelagerten und zuvor gewerkschaftsfreien *Just-in-time*-Zulieferers der dortigen *Jeep*-Fabrik, für gewerkschaftliche Anerkennung, damit die Löhne entsprechend steigen. Das Ding war nach ein paar Stunden gewonnen, weil das *Jeep*-Werk kurz vor dem Stillstand war.

Streik der LandarbeiterInnen in Mexiko

Mexiko in Flammen

Etwa die Hälfte aller in den USA und Kanada konsumierten Tomaten, Trauben, Erdbeeren, Zwiebeln, Auberginen, Brokkoli, usw. kommen aus den mit europäischer Technik ausgestatteten Anlagen entlang der mexikanischen Pazifikküste. Die meisten Arbeitskräfte sind erfahrene ErntearbeiterInnen aus den südlichen Bundesstaaten, die vor dem Bau der Mauer zwischen der besser bezahlten Ernte in Kalifornien und den Erntegebieten in Mexiko pendelten. Viele Ältere unter ihnen waren in den 70ern in den Kämpfen um die Gründung der *United Farm Workers* in Kalifornien dabei. Wie im kalifornischen *Central Valley*, so herrscht auch hier Akkordlohn, mit dem der gesetzliche Mindestlohn unterlaufen wird. Nur die Fittesten und Schnellsten erreichen wirklich einen »hohen« Lohn.

Mitte März 2015 streikten über 50.000 ErntearbeiterInnen rund um San Quintín, einem Zentrum der Exportlandwirtschaft. Seit NAFTA gab es dort öfter große Arbeiterproteste, aber dies war der erste richtig strategische Versuch in der Haupterntezeit.

Die ArbeiterInnen forderten eine Lohnerhöhung von 120 auf 300 Peso am Tag (von etwa acht auf 20 Dollar), angemessene Sozialleistungen, mehr Urlaub, keine sexuellen Belästigungen mehr, etc. Nach drei Tagen Streik setzten sie direkte Verhandlungen mit den Unternehmern durch, statt der Vermittlung durch den Gewerkschaftsdachverband.

Lohnerhöhung und Lohnspaltung:

Große Betriebe:
180 Pesos / Tag ($11.47)
Mittlere Betriebe:
165 Pesos / Tag ($10.51)
Kleine Betriebe:
157 Pesos / Tag ($9.56).

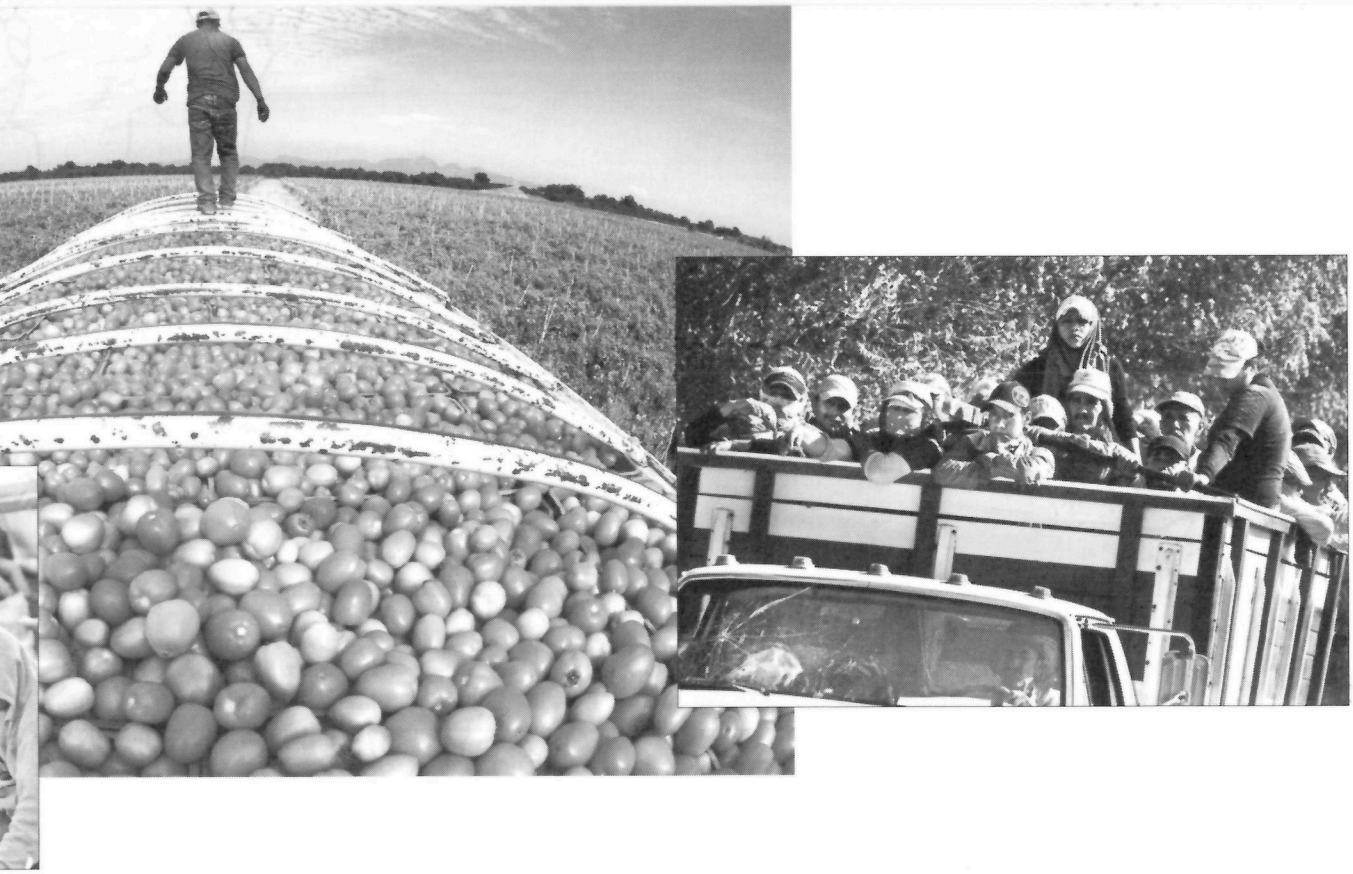
Ein Teil der Streikenden griff Bullen an, besetzte Regierungsgebäude und blockierte wichtige Straßen für den Export. Die Streikführer verhandelten; sie haben Erfahrungen als Organizer in den USA. Dort wurden Aufrufe gestartet zum Boykott der Waren.

Einige ArbeiterInnen ließen sich mit ersten Zugeständnissen nicht befrieden. Leute »von außen« bezeichnen das Abkommen von Anfang Juni, das bis zu 50-prozentige Lohnerhöhungen, Überstundenzuschläge und Sozialleistungen vorsieht, als »Wendepunkt« für die Bewegung der ErntearbeiterInnen, Verbesserungen in diesen Dimensionen hätte es bislang nicht gegeben. Aber das Abkommen vertieft die Lohnspaltung, da die Löhne der Betriebsgröße angepasst werden. Der Gouverneur von Baja California musste nach den Verhandlungen unter Schutz von Leibwächtern fliehen.

Neue Kämpfe in den USA

Old Gringo

In Wisconsin protestierten Anfang 2011 Krankenschwestern, LehrerInnen, Müllarbeiter, SchülerInnen und StudentInnen gegen die Einführung von »*right to work*«-Gesetzen und solidarisierten sich mit dem Aufstand in Ägypten. Im Sommer desselben Jahres organisierten Häftlinge einen landesweiten Hungerstreik. Im Herbst trat *Occupy Wallstreet* in über 900 Städten in 82 Ländern auf die Bühne (600 davon in den USA). Teile der Bewegung gingen auf die kämpfenden HafenarbeiterInnen an der Westküste zu. Dort kommt es seit län-



gerem immer wieder zu Streiks (im Oktober 2014 streikten übrigens auch die HafenarbeiterInnen an der Ostküste, in Baltimore).

Im Februar 2015 traten US-RaffineriearbeiterInnen gegen Auslagerungen und gesundheitsschädliche Arbeit in Streik und bekamen Unterstützung aus der Bevölkerung (u. a. durch Teilnahme an Streikposten). Ihr Kampf konnte mit dem Einsatz von WerkvertragsarbeiterInnen teilweise unterlaufen werden. In Bundesstaaten mit »*right to work*«-Gesetzen kann der Unternehmer rechtlich gedeckt Subunternehmen als Streikbrecher gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter einsetzen. Deswegen ist die Unterstützung von Streikposten aus der *Community* so wichtig! Noch besser ist es, wenn Subfirmen-Beschäftigte (mit-)streiken – wie im März 2015 die 1200 ArbeiterInnen auf einer Baustelle eines neuen Erdgasterminals im Bundesstaat Louisiana. Sie streikten einen Tag lang wild gegen Lohnspaltung.

Wenig Spielraum für die Herrschenden

Tepepa – Viva la Revolución

Trotz zweier Kriege gegen das Proletariat, des »*war on drugs*« der Regierungen und des Kriegs zwischen den Drogenkartellen, nimmt die Dynamik der Klassenkämpfe südlich der Grenzmauer zu. Nördlich der Grenzmauer sind die »Latin@s« Träger der neuen Bewegungen, dazu gesellen sich neuerdings auch Kämpfe alter Kernbelegschaften wie die der RaffinieriearbeiterInnen – und politische Bewegungen gegen den Staat (»Ferguson« und »Iguala«, breiter Wahlboykott und Guerillagruppen in Mexiko).

Immer wieder kommt es zu Gefängnisrevolten, im April 2015 im Seneca County Youth Detention Center (New York) und im Reeves County Detention Center (Texas); nach dem Mord in Baltimore erlebte die Bewegung gegen Bullenmorde einen neuen Aufschwung.

Hohe staatlich subventionierte Investitionen in der Bauwirtschaft, in der Überwachungsindustrie sowie in neue Autofabriken versuchen, die Dynamik produktiv zu nutzen, indem den Proleten Jobs in Aussicht gestellt werden. Die Kämpfe thematisieren aber bereits, welche Jobs das sind: miese Bedingungen, Subsubsub-Ketten, Tagelöhnerei... Die Gewalt und immer die härtere Repression auf beiden Seiten der Grenzmauer können höchstens kurzfristig die Mobilisierungen eindämmen, mit der sich diese gewaltige Neuzusammensetzung der Klasse in Bewegung gesetzt hat. Die ArbeiterInnen in den USA und in Mexiko leben nicht unter denselben Bedingungen, aber ihre Kämpfe werden sich immer ähnlicher; auch weil sie dieselben Feinde haben, dieselben Spaltungen und Unterschichtungen, derselbe Mix aus Subunternehmertum, Konzernen, Staat/Gewerkschaften, dieselbe Konzentration von Industrien (Landwirtschaft, Bau, Auto...).

Die revolutionären Tendenzen finden sich nicht in der Romantisierung der Vergangenheit, sondern in den realen Kämpfen von heute. ■

Streik in den US-Raffinerien, http://www.wildcat-www.de/aktuell/a100_usa_raffinerien.html

Nicht alle Morde und Anschläge können den Drogenkartellen zugerechnet werden; Albert Sterr wies 2008 darauf hin, dass auch wieder linke Guerillagruppen vermehrt aktiv sind – mit einiger Unterstützung aus der Bevölkerung (Albert Sterr: *Mexikos Linke – ein Überblick*, 2008). Und nicht alle »Selbstverteidigungs-Milizen« verteidigen die Plantagenbosse, viele sind involviert in den Widerstand und Schutz von sozialen Bewegungen, z. B. gegen einen Energiekonzern, der in Oaxaca Windräder bauen will, siehe als aktuellen Artikel: Alexander Dunlap auf www.counterpunch.org/2015/06/04/the-coming-elections-in-mexico, Juni 2015.

¡Hasta la victoria siempre!

Südamerika

Auch 2015 wird noch nach Lateinamerika geschaut, wenn es um Revolution geht. Wie Mexiko hatte auch Lateinamerika über ein Jahrhundert lang eine große Bedeutung für die revolutionäre Linke in Westeuropa. Die Klassenkämpfe und Bewegungen dort gaben Anregungen für strategische, politische und praktische Fragen der radikalen Linken. Ende Januar 1966 benannte sich sogar die subversive Fraktion im SDS (u.a. Kunzelmann, Fritz Teufel und Dutschke) nach einem Kinofilm, der in Lateinamerika spielt. »Viva Maria« hatte sie völlig in seinen Bann gezogen und sollte sie nachhaltig begleiten. In der *Viva-Maria-Gruppe* sprachen Referenten aus der Dritten Welt über die Situation in ihren Ländern. Danach wurde diskutiert. »Der Film«, so Dieter Kunzelmann, »war für uns eine Bestätigung, dass wir in jeder Weise die Guerilla-Bewegung in den Ländern der Dritten Welt unterstützen müssen mit all unseren Möglichkeiten und Mitteln von den Metropolen aus« (Ulrich Enzensberger: »Die Jahre der Kommune 1«).

Reform oder Revolution, Staat oder Autonomie, Guerilla oder kommunistische Partei, Stadtteilbewegungen, Arbeiterselbstverwaltung... vieles wurde auf dem Kontinent erfunden, anderes ausprobiert, radikalisiert, erneuert – und auch so wieder zum Vorbild der westlichen (radikalen) Linken.

Seit der kubanischen Revolution 1959 und bis zum Tod Che Guevaras 1967 in Bolivien waren die Auseinandersetzungen geprägt von den ländlichen Guerillas. Seit Mitte der 1960er wurden die städtischen Guerillas, vor allem die Tupamaros in Uruguay, im Westen als revolutionäres Leuchtfeuer wahrgenommen.

Mit dem Militärputsch 1973 in Chile begann eine Phase von Militärdiktaturen fast auf dem ganzen Kontinent. Im September wurde nicht nur auf Allendes Regierungssitz geschossen, sondern auch auf die Fabriken der *Cordones Industriales* – vielleicht das Herz der chilenischen Klassenkämpfe und Selbstorganisierung im Jahrzehnt davor, Diktatur und Neoliberalismus folgten.

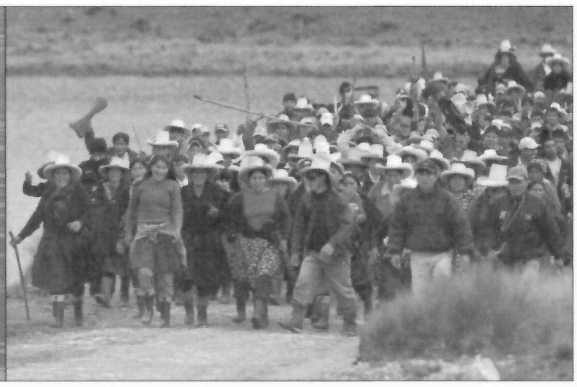
Bereits seit Mitte der 1960er waren in Brasilien und Bolivien Militärdiktaturen an der Macht, 1973 kam neben Chile Uruguay dazu, 1976 Argentinien... Die breiten und militanten Kämpfe der städtischen Arbeiterklassen wurden mit militärischer Gewalt unterdrückt; in den 1980er Jahren (»das verlorene Jahrzehnt«) pulverisierten Repression und neoliberale Politik die politischen und sozialen Strukturen dieser ArbeiterInnen. Im Ergebnis bringen die 1980/90er Jahre eine neue Form der gesellschaftlichen Ungleichheit, Privatisierung und Deindustrialisierung (Argentinien!), das Anwachsen der Städte und Favelas sowie informelle Arbeitsmärkte mit bis zu 50 Prozent der Arbeitskraft.

Der *Caracazo* 1989 in Venezuela war der Auftakt für breite Kämpfe, die der gesellschaftlichen Entwicklung wieder eine andere Richtung gaben. zehn Jahre später spiegelt sich dies in vielen Ländern in Regierungswechseln wider: Zuweilen spülten die Kämpfe direkt »Mitte-links-Regierungen« an die Macht, anderswo erfolgte ein Übergang mittels Wahlen: Venezuela 1998, Chile 2000, Brasilien 2002, Argentinien 2003, Uruguay 2004, Bolivien 2005, Ecuador 2006, Paraguay 2008 (2012 wieder aus dem Amt gedrängt).

Nach über zehn Jahren Erfahrungen mit den Mitte-links-Regierungen lässt sich zusammenfassen:

Sozial wurde die absolute Armut zurückgedrängt (statistisch drückt sich das in sinkendem Gini-Index aus), aber die Schere zwischen den niedrigsten und den höchsten Einkommen hat sich weiter geöffnet. Die Entstehung einer »neuen Mittelschicht« wie z.B. in Brasilien beruht hingegen meist auf dem Trick, Einkommen, die anderswo als Armutsgrenze gelten, zu »Mittelschichtseinkommen« zu erklären. Gerade in Argentinien und Brasilien fließen Sozial- und Wirtschaftspolitik in einer Mischung zusammen aus stagnierenden Arbeiter-/Industrielöhnen und Sozialreformen, Mindestlohnerhöhungen und Konsumentenkrediten.

Ökonomisch war das Jahrzehnt von hohen und beständig steigenden Weltmarktpreisen von Primär- und Agrargütern (»Superzyklus«) geprägt –



Fotos:
Streik von Bergarbeitern in Chile 2001; Protest gegen Bergbau in Peru

für viele Länder Lateinamerikas war dies, verbunden mit Exporten nach China, *die* Grundlage ihres Wirtschaftswachstums.[1]

Politisch stabilisierten die meisten Mitte-links-Regierungen die innenpolitische Lage und demobilisierten die Bewegungen, die sie an die Macht gebracht hatten.

Diese Konstellation gerät seit 2010 in die Zange: Die hohen Weltmarktpreise für Rohstoffe sinken stark, auf der anderen Seite entwickeln sich Klassenkämpfe und Bewegungen gegen dieses Modell des vergangenen Jahrzehnts.

Löcher in den Boden bohren

»Superzyklus und neuer Extraktivismus«

Nach der Jahrhundertwende waren die Preise für Rohstoffe/Agrargüter um bis zu 350 Prozent angestiegen, parallel dazu wuchs ihr Anteil an den Exporten vieler Länder Lateinamerikas deutlich. In Venezuela, Bolivien, Ecuador, Chile und Peru machen sie über 80 Prozent der Exporte und zwischen 10 und 20 Prozent vom BIP aus. In Brasilien, Argentinien, Kolumbien und Uruguay liegen die entsprechenden Anteile bei über 50 bzw. 10 Prozent. Nach Angaben der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) ist der Anteil der Primärprodukte an den lateinamerikanischen *Gesamtexporten* von 27 Prozent im Jahr 2000 auf über 60 Prozent 2011 gestiegen. Besonders zugenommen haben dabei agrarische Rohstoffe (z.B. Soja in Brasilien und Argentinien), seltene Erden und Metalle, aber auch klassische Bergbauprodukte. Brasilien und Argentinien sind seit 2005 zu »neuen Bergbau-Nationen« geworden. Das war der materielle Hintergrund für den relativ langen Aufschwung und die Sozialprogramme in vielen Ländern der Region.

Inzwischen ist auch der Ölpreis eingebrochen, und die Nachfrage aus China geht zurück. Das zieht doppelt nach unten.

Auf der anderen Seite hat der »neue Extraktivismus« mit Ausbau von Bergbaugebieten, enorm ausgeweiteten Anbauflächen für Genmais, Soja usw. nahezu überall Kämpfe nach sich gezogen: z.B. die Auseinandersetzungen um das Wasserkraftwerk Belo Monte am Amazonas/Brasilien, die Kämpfe um die neue »Megamineria«, d.h. großflächigen Tagebergbau in Argentinien, Peru, Mexiko und Kolumbien. Ende Mai 2015 protestierten die Arbeiter der Silberminen in Peru, weltweit drittgrößter Silberproduzent, gegen niedrige Löhne und miese Arbeitsbedingungen, die Regierung ließ schießen.[2]

2006 hatte Evo Morales in **Bolivien** die Verträge mit den internationalen Öl-/Gasmultis neu verhandelt. Jahrzehntelang waren etwa zwei Drittel der Profite bei den Firmen und ein Drittel im Land geblieben. Die neue Regierung drehte das Verhältnis in etwa um. Nur kurz drohten die drei wichtigsten Firmen, die spanische *Repsol*, die französische *Total* und *Petrobas* aus Brasilien, mit der Abwanderung. Danach sind die jährlichen Einnahmen aus dem Sektor von 673 Millionen US-Dollar (2005) auf 4,2 Milliarden US-Dollar (2012) geklettert. Bolivien versorgt vor allem die Nachbarländer mit Erdgas, jährlich gehen rund 30 Millionen Kubikmeter nach Brasilien und sieben Millionen nach Argentinien.

Im Oktober 2014 hat Morales deutlich die Wahlen gewonnen, zum ersten Mal auch im früheren Herzen der Rechtsopposition rund um Santa Cruz im östlichen Tiefland, dem Sitz der Agrarindustrie. Die Anbaufläche für Soja und andere Agrarexportgüter soll in den nächsten Jahren verdreifacht werden. Die Agrarunternehmer scheinen begriffen zu haben, dass sich das Lob der »Mutter Erde« und ihre gesteigerte Ausbeutung ganz gut miteinander vertragen. »Entwicklungsextraktivismus« nennt das Vizepräsident Álvaro García Linera. 2016 soll mit Unterstützung Koreas und Chinas die Produktion von Lithiumbatterien beginnen; die erste Lithiumfabrik soll neben dem *Cerro Rico* in Potosi stehen, dem Ort, an dem historisch die Ausbeutung des Silbers begann. Die Mineros sollen dann in der Batteriefabrik Arbeit finden.

[1] Zum »Superzyklus«, also den hohen Weltmarktpreisen bei den Primärgütern, siehe z.B. den HWWI Rohstoffpreisindex, http://hwwi-rohindex.de/
Zur Bedeutung des »Superzyklus« für die lateinamerikanischen Ökonomien siehe z.B.:
- Sebastian Matthes, *Eine quantitative Analyse des Extraktivismus in Lateinamerika*, 2012
- Brandt/Dietz, *Dialektik der Ausbeutung*, Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2013
- *Der Neue Extraktivismus*, FDCL Verlag, Berlin, 2012
- Sean Starres, *The Chimera of Global Convergence*, New Left Review 87, 2014

[2] Siehe hierzu IIa 371, Umweltkonflikte

Foto: ArbeiterInnen von Ford, VW und Mercedes demonstrieren in Brasilien

Derweil rumort es an der indigenen Basis, die Morales einst ins Amt brachte – als Einschnitt gilt die Auseinandersetzung um den Straßenbau in Tipnis seit 2011.[3]

Im Oktober 2014 trafen sich »Regierungsdissidenten« und Basisbewegungen auf einem Kongress »Lateinamerika von unten«. Kritisiert wurde die eigene Naivität gegenüber Staat und Regierung nach 2006, die zu kritiklose Einbindung in staatliche Projekte samt staatlicher Finanzierung – kollektive Strukturen müssten neu aufgebaut werden.

Neue Entwicklungen, neue Kämpfe

Auch in **Ecuador** kommt es seit 2010 zu Auseinandersetzungen zwischen der Regierung Correa und der CONAIE, der indigenen Organisation, die am »Linksruck« im Land maßgeblich beteiligt war. In den meisten Fällen geht es um Bergbau, Gas und Erdölprojekte – Ecuadors Haushalt hängt mit am deutlichsten von der Erdölförderung ab. Seit Mitte 2014 gibt es Auseinandersetzungen um ein neues Arbeitsgesetz, das unter anderem eine Erhöhung des Mindestlohns sowie eine Rente auch für alle Landarbeiter, Straßenverkäufer und andere im informellen Sektor Tätigen sowie für Hausfrauen, Hausangestellte und Künstler vorsieht. Das Gesetz soll mit einer Deckelung bestimmter Löhne im privaten und öffentlichen Sektor gegenfinanziert werden. Somit versucht die Regierung Correa die Klasse an zwei Fronten gegeneinander auszuspielen: erstens die ArbeiterInnen im öffentlichen Dienst und privaten Sektor gegen die »städtischen Armen«; zweitens stellte Correa die CONAIE-Kritik an den Bergbauprojekten als Gefahr für den »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« dar und versuchte damit einen Stadt-Land-Gegensatz aufzubauschen.

In **Venezuela** hat der Tod von Chavez ein politisches Vakuum hinterlassen. Mit dem Einbruch der Erdölpreise ist die Situation bis zum Zerreißen angespannt. Die Preise für Dinge des täglichen Lebens sind massiv gestiegen. Die immer wieder gehandelten Putsch-Gerüchte können stimmen, sie könnten aber auch Propaganda sein, um von der sozialen Misere abzulenken. Das Wechselkurssystem, das Kapitalausfuhren und Währungsspekulation verhindern sollte, hat zu einem Dollar-Schwarzmarkt geführt, auf dem Ende 2014 der offizielle Kurs um ein Vielfaches überboten wird. So ist es z.B. für Importunternehmer lukrativer, mit den zugeteilten Devisendollars zu spekulieren, mit Gewinnmargen von über 2000 Prozent, als tatsächlich Waren zu importieren und mit der erlaubten Gewinnmarge von 30 Prozent zu verkaufen. Staatliche Verwaltung und Regierungskreise mischen bei diesen Geschäften mit, das behauptet nicht nur die Opposition. Die Korruption droht aus den »sozialistischen misiones« Waren- und Währungsumschlagplätze zu machen.[4]

Bereits 2001 hatten in **Chile** SchülerInnen im *mochilazo* (Rucksäcke der Oberschüler) gegen die Zustände im Bildungssektor revoltiert. Der *Aufstand der Pinguine* (nach den Schuluniformen) 2006 weitete sich zu breiten gesellschaftlichen Kämpfen aus, die noch übertroffen wurden von den Kämpfen der Studierenden 2011/2012. Seit 2006 melden sich auch die chilenischen ArbeiterInnen zurück. 2007 gibt es Streiks im ökonomisch wichtigen Kupferbergbau sowie in der Forst- und Fischwirtschaft. Die Zersetzung der Arbeiterklasse nach 1973, insbesondere der »Plan laboral« und der »Código Laboral« von Ende der 1970er hatten zu Lohneinbrüchen und Desorganisierung geführt. Die Streiks seit 2006/07 sind zumeist wilde Streiks. 2009 haben zum Beispiel 22000 ArbeiterInnen an legalen Streiks teilgenommen – und über eine Million an illegalen. 2011 war – zeitgleich zur Mobilisierung im Bildungssektor und den Kämpfen gegen Staudammprojekte – ein neuer Streikhöhepunkt. Zwischen 2011 und 2014 wurden immer wieder die Häfen durch Streiks stillgelegt. Im ersten Quartal 2014 hat es 48 Streiks gegeben, die Hälfte davon waren wilde Streiks.[5]

[3] Siehe hierzu den Bolivienartikel in der wildcat 93

[4] *Kampf mit den Marktkräften*, Jan Kühn, Internetportal amerika21

[5] Die Informationen nach *Las fisuras del neoliberalismo maduro chileno: Trabajo, "Democracia protegida" y conflictos de clases, Franck Gaudichaud, Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales* (CLACSO), *2015.*

Im Interview mit der WOZ sagte eine Beteiligte: Noch kommen und gehen die Kämpfe, es fehle eine übergreifende Organisierung der Kämpfe und Bewegungen, aber das dürfe keine neue Partei sein, denn »Wir sind eine Gesellschaft auf der Suche« (WOZ 36/2014).

In den beiden größten Ländern der Region, Argentinien und Brasilien, drückt sich die ökonomisch-soziale Krise inzwischen auch als politische Krise aus, die Regierungen beider Länder stehen unter Korruptionsverdacht und ihre knappen parlamentarischen Mehrheiten wanken.

In **Argentinien** wurden die ArbeiterInnen von Militärdiktatur und Neoliberalismus am blutigsten bekämpft – es war bis in die 1970er hinein ein industrialisiertes Land mit relativ guten Löhnen und einer starken Arbeiterklasse. Bis Ende der 1990er wurden 30 Prozent der Arbeitsplätze abgebaut – eine regelrechte Deindustrialisierung. Argentinien hat heute weltweit die höchste Konzentration an arbeitslosen IndustriearbeiterInnen. Seit Ende der 1990er kämpften diese als *Piqueteros*, zusammen mit ArbeiterInnen aus dem informellen Sektor und anderen Bereichen der städtischen Armut.

Nach dem Aufstand 2001 kam 2003 der »Links-/Neo-Peronist« Kirchner an die Macht. Die Stabilisierung der argentinischen Wirtschaft in den folgenden zehn Jahren hat nicht zu einer Verbesserung der Löhne und Lebensbedingungen der ArbeiterInnen geführt. Trotzdem haben es die Regierungen Kirchner geschafft, die Bewegungen des *Argentinazo* 2001 weitgehend unschädlich zu machen und die *Piqueteros* zu spalten und teilweise als ihre Schlägertruppe einzusetzen. Besetzte Betriebe gibt es weiterhin, aber als politische Bewegung sind sie ebenfalls unwirksam geworden. 1997 hatte sich mit der CTA ein neuer gewerkschaftlicher Dachverband gebildet, der sich auch offen gegenüber anderen sozialen Bewegungen zeigte. Aber auch dieser hat sich 2010 entlang der Stellung zur Regierung in zwei Verbände aufgeteilt.

Auch in Argentinien kommt das Regime heute von zwei Seiten aus unter Druck: Einerseits brechen die Einnahmen aus den Rohstoffexporten ein, andererseits schwächt die veränderte Klassenzusammensetzung die peronistischen Gewerkschaften. In den letzten Jahren konnten sich die Kämpfe gegen die alte und neue Gewerkschaftsbürokratie durchsetzen. 2014 gab es zwei Generalstreiks, die zwar von den inzwischen gespaltenen großen Gewerkschaftsdachverbänden organisiert waren, aber von den ArbeiterInnen benutzt wurden, um dem Gerede vom »gewonnenen Jahrzehnt« ihre Wut und die Realität ihrer Lebensbedingungen entgegenzuschleudern. Daneben kam es zu Kämpfen in verschiedenen Industriegebieten. In der *Zona Norte*, einem großen Industriebezirk in Buenos Aires, campierten ArbeiterInnen vor Fabriken und blockierten Autobahnen, um Entlassungen zu verhindern.[6]

Nach Fläche und Bevölkerung ist **Brasilien** der fünftgrößte Staat der Erde. Mit 192 Mio. Einwohnern spielt es in der Region eine besondere Rolle. Die Bevölkerung ist sehr jung (28,2% sind unter 15, 65,8% sind 15-64), 83,3 Prozent leben in Städten.

Auch hier ist die Ökonomie zwischen 2002 und 2009 immer abhängiger vom Agrobusiness und Minen-/Erdölsektor geworden – der Export von Rohstoffen stieg von 28 auf 41 Prozent am BIP. Im selben Zeitraum sank der Anteil der verarbeitenden Industrie um zehn Prozent. China wurde zum wichtigsten Handelspartner, 2011 stiegen allein die Importe billiger Konsumgüter von dort um 60 Prozent.

Die Sozialprogramme der Regierung haben die absolute Armut reduziert, die städtischen Armen sollen über Zugang zu sehr günstigen Krediten zu Konsumenten gemacht und mittels Sozialkohle und Repression ruhig gehalten werden.[7] Nach dem jahrzehntelang stark gewachsenen informellen Sektor zeigen die Statistiken nun einen Anstieg an »formaler Beschäftigung«, dahinter verbergen sich allerdings Leiharbeit, Auslagerung und befristete Verträge, besonders in den zentralen Bereichen der Industrie.

Bis 2010 wurde Brasilien noch als eine der »BRIC«-Lokomotiven für die Weltwirtschaft gehypet, 2012 kam das Wachstum ins Stottern, nun der fallende Ölpreis... Zwischen 2003 und 2006 lag der Anteil verarbeiteter Produkte (u.a. Elektro- und Chemieindustrie, Maschinen- und Fahrzeugbau) am BIP noch über 50 Prozent, 2012 war er auf 35 Prozent gesunken. 2014 ist die Industrieproduktion nochmals um mehr als fünf Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen, die Automobilproduktion gar um 25 Prozent, auch weil ihre Exporte nach Argentinien wegbrachen.

Im Herbst 2011 kam es zu einer Streikwelle in der Metallindustrie, die Forderungen reichten von Inflationsausgleich bis zu 9,5 Prozent mehr Lohn. Ebenfalls seit 2011 läuft eine Streikwelle auf den Großbaustellen der vielen Infrastrukturprojekte. Im Juni 2013 tobten die größten Straßenproteste seit zwei Jahrzehnten – mit einer gemischten Zusammensetzung: zunächst die städtische sogenannte *neue Mittelschicht*, Leute mit guter Ausbildung, aber schlechten Jobs, danach breitete sich die Bewegung auch in die Vorstädte/Favelas aus. Allerdings zeigten sich auch rechte Gruppierungen auf der Straße, und die parlamentarische Rechte versucht die Situation auszunutzen.

2014 folgte eine Streikwelle im Zuge der Fußballweltmeisterschaft, im September legte ein Streik

[6] Zu den neuen Kämpfen siehe IIa 382, Argentinien

[7] Siehe das Interview mit R. Zibechi in der IIa 376/2014: *... nicht unabhängig vom Alltag. Raúl Zibechi zu informeller Arbeit, Organisierung und Bewegungen*

Fotos:
streikende Bergarbeiter in Peru; Trefen von VW-Arbeitern in Brasilien

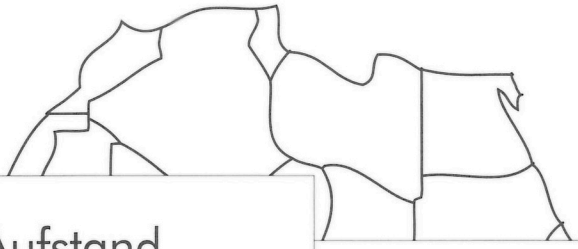
bei Foxconn Jundiaí, in der Nähe von São Paulo, die Produktion des iPhone 6 lahm. Seit Ende 2014 läuft eine Streikbewegung in der von Entlassungen bedrohten Autoindustrie; im Januar 2015 konnte ein Streik bei VW die Entlassung von 800 Arbeitern verhindern, im April 2015 wiederholte sich dies bei Mercedes Brasilia.

Golpe y negociar – erst zuschlagen, dann verhandeln

Die Mitte-links-Regierungen, die Neo-Populisten und die weiterhin »neoliberalen« Regierungen in Lateinamerika hantierten im letzten Jahrzehnt strukturell mit dem gleichen »Entwicklungsmodell«: Sie nutzten den »Superzyklus« zur Finanzierung von Sozialprogrammen und zur Anhebung der Mindestlöhne bei stagnierenden Industriearbeiterlöhnen. Bis 2008 konnten sie damit als Sachwalter der sozialen Bewegungen erscheinen; nach 2008 kommen die Bewegungen in die Defensive, die Zeit der leichten Umverteilung an ihre Grenzen, die ArbeiterInnen melden sich zurück. Die Kämpfe der letzten Jahre deuten eine dritte Phase an, sie treiben den lateinamerikanischen »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« über seine Grenzen und definieren den Staat wieder als Gegner. Die Mitte-links-Regierungen verlieren ihre Legitimation. In Bolivien, Ecuador, Brasilien, Argentinien, Venezuela drohen sie mit Rückkehr der Rechten. Das hat in einigen Fällen einen realen Kern, drückt aber insgesamt ihre Angst vor autonomen Entwicklungen von unten aus.

In der (europäischen) Linken hatten die Mitte-links-Regierungen die Staatsillusion wieder starkgemacht. Dabei war der auch von ihnen forcierte »Neue Extraktivismus« ein Wirtschaftsmodell, das mittels fortgesetzter ursprünglicher Akkumulation und der ganzen Palette der Ausbeutung Profite erwirtschaftete. Nun unterscheidet die westliche Linke zwischen »drei Entwicklungsmodellen«: ein fortgesetzt neoliberales Modell in Mexiko, Chile, Peru, Kolumbien und Paraguay, ein »populistisches Neo-Entwicklungsmodell« in Brasilien, Argentinien und Uruguay sowie ein »transitorisches Entwicklungsmodell« in Bolivien, Venezuela und Ecuador. Aber die Kämpfe seit 2010/11 machen keinen Unterschied zwischen Mitte-links- und »neoliberalen« Regierungen. Überall auf dem Kontinent fordern die Bewegungen auf den Straßen ebenso wie streikende ArbeiterInnen ihre Bedürfnisse ein – und können sich nicht selten auch durchsetzen. Dort, wo es möglich ist, benutzen sie dafür Gewerkschaften und Parteien, aber sie glauben nicht (mehr) an eine grundlegende Veränderung mittels des kapitalistischen Staat. Die Kämpfe haben sich allerdings noch nicht verallgemeinert, das hinterlässt oft ein politisches Vakuum. Im schlechtesten Fall versucht die politische Rechte, diese Räume zu füllen. Wie dieses Vakuum politisch und organisatorisch zu füllen sein könnte, wird sich in den Kämpfen selbst und in der Auseinandersetzung mit ihnen zeigen. Statt feinsinnige Debatten über Regierungsformen fortzuspinnen, sollte sich auch die europäische Linke (wieder) auf die Seite der Klasse und in solche Auseinandersetzungen stellen.

Jahrhundertelang haben sich auf dem Kontinent ähnliche Kampfbewegungen und kapitalistische Konterrevolutionen ausgebreitet – Kolonialismus, Land-/Stadtguerillas, starke Arbeiterbewegungen, neue soziale Bewegungen, Militärdiktaturen, populistische Regierungen... Bisher konnten die Herrschenden regionale Besonderheiten und Ungleichzeitigkeiten ausnutzen. Die breite Proletarisierung der letzten Jahrzehnte ebenso wie die Kämpfe und Bewegungen konnten über den ganzen Kontinent hinweg mittels des neuen/alten »Entwicklungsextraktivismus« eingebunden und gespalten werden. Die kapitalistische Entwicklung, die der Superzyklus bringen konnte, ist ausgeschöpft – nun entscheidet *die Entwicklung der Kämpfe* über die Zukunft. ■



Proletarisierung, Streikwelle, Aufstand

Der Aufstand in Tunesien Ende 2010 breitete sich rasant über die ganze Region aus und beflügelte auch soziale Kämpfe, etwa die der ägyptischen Arbeitsmigranten in den Golfstaaten. Gegen die unkontrollierte Migration rüstete die EU Frontex auf. Auch andere Staaten griffen militärisch ein, oft über Stellvertreter. Die Forcierung von Bürgerkriegen in der Region und die brutale Restauration der ägyptischen Militärdiktatur haben die Aufstände vorläufig erstickt.

Die im »Westen« stark wahrgenommene Frage der Religion ist sicherlich eine kulturelle *Prägung*, das konstituierende Moment in den Revolten von prekarisierter Mittelschicht und subproletarischen städtischen Armen waren aber die materiellen Bedingungen, ihr Rückgrat war vor allem in Tunesien und Ägypten die Vorgeschichte von Arbeiterkämpfen.

30 Jahre Ausnahmezustand

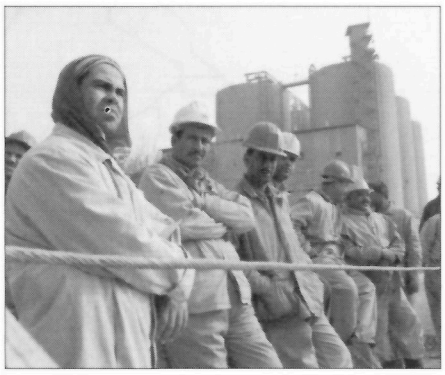
Seit 1981 versuchte die Regierung Mubarak im permanenten Ausnahmezustand das Land durch die Absenkung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu »modernisieren«. Mitte der 80er Jahre richtete sich der Angriff auf die bis dahin staatlichen Textil- und Stahlbetriebe. Den militanten Widerstand der Arbeiter gegen Privatisierungen und Liberalisierungen des Arbeitsrechts unterdrückte das Militär blutig. Trotzdem musste der Staat das Tempo und den Umfang der Privatisierungen zurücknehmen: Nach zwanzig Jahren war erst gut die Hälfte der öffentlichen Betriebe komplett privatisiert, die anderen verharrten in einem Status privatrechtlicher Firmen im öffentlichen Besitz. Nicht durch Massenentlassungen, sondern durch Frühverrentungen und einen Einstellungsstopp wurde zwischen 1985 und 2002 die Zahl der Beschäftigten von 1,3 Millionen auf nur noch 400 000 abgesenkt. Die Verschlechterungen des Arbeitsrechtes trafen vor allem die Jüngeren: Der Kündigungsschutz wurde bis zur Unkenntlichkeit aufgeweicht, einzelne Betriebsteile ausgelagert, prekäre Arbeitsverhältnisse wie Tagelohn und befristete Verträge eingeführt.

Den zweiten Stoß richtete die Regierung gegen die Kleinbauern. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre schaffte sie die Schutzklauseln für Kleinpächter ab und strich die Subventionen für die Landwirtschaft nach und nach zusammen. Auf den massiven Widerstand von Kleinbauern, etwa Straßenblockaden und Sabotage von Eisenbahngleisen, reagierten der Staat und die Landbesitzer mit brutalsten Mitteln: Abriegelung ganzer Dörfer, Kollektivbestrafungen u.a. Die so forcierte Proletarisierung der Bauern führte zur Abwanderung in die Kleinstädte der Provinz. Viele der verbliebenen Agrarproduzenten wurden zu direkten Zulieferern für die Lebensmittel- (oder Textil-)Industrie und für Großhändler.

Ägypten partizipierte am globalen kreditfinanzierten Boom der 00er Jahre, es wurde sogar als eines der »Next Eleven«-Schwellenländer gehandelt. Allerdings steigerte dieser Boom in Ägypten im Wesentlichen die Renteneinkommen: Der steigende Schiffsverkehr spülte enorme Transitgebühren für den Suezkanal in die Staatskasse; der Massentourismus am Roten Meer entfachte einen spekulativen Bauboom; zudem förderte der parallele Bauboom in den Golfstaaten und Libyen die Arbeitsemigration. In Ägypten selber florierten neben der Bau(stoff)industrie die exportorientierte Lebensmittelindustrie, Transport und Telekommunikation. Eine umfassende Industrialisierung fand jedoch nicht statt.

Welle von isolierten Streiks in den Boomjahren

Im Boom entwickelten sich neue Klassenkämpfe: Seit der Jahrtausendwende streikten vermehrt Landarbeiter; Kleinbauern verlegten sich auf die Blockade von Verkehrswegen. Die »städtischen Armen« agierten in steigendem Maße ähnlich. Die Proteste waren meist relativ klein, von außen betrachtet spontan, kurzlebig und zentriert um unmittelbare Alltagsfragen des Zugangs zu Gütern und Dienstleistungen – aber sie waren in diesen Jahren allgegenwärtig. Manchmal belagerten hunderte Patienten ein Krankenhaus, um eine bessere Versorgung durchzusetzen, manchmal stürmten Eltern eine Schule, um die desaströsen Verhältnisse im staatlichen Bildungssektor anzuprangern. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts streikten zunehmend auch Angestellte des öffentlichen Gesundheits- und Bildungssektors.



Auch in den Fabriken rebellierte ab der Jahrtausendwende eine neue Generation gegen ihre Arbeits- und Lebensbedingungen. Den Ausgangspunkt bildeten zunächst kleine Proteste in der Privatwirtschaft. Um ihre Beschränkung auf den Betrieb zu überwinden und die Öffentlichkeit zu mobilisieren, entwickelten sie die Aktionsform der *Sit-ins*.

2006 sprang der Funke auf die staatliche Textilindustrie über. Im Dezember 2006 protestierten die Arbeiterinnen des Textilkombinats in Mahalla. Auch hier ergriff nicht der traditionelle Kern der Belegschaft die Initiative, sondern Näherinnen. Diese am schlechtesten bezahlten Arbeiterinnen zogen durch die Hallen der Spinnerei und Weberei und zwangen die (männlichen) Maschinenführer und Facharbeiter, sich am Streik zu beteiligen.

Der 2006er-Streik in Mahalla war ein Wendepunkt in der neueren Arbeiterbewegung. In ihm äußerte sich die Wut über ständig verschlechterte Arbeitsbedingungen, wachsende Arbeitslosigkeit und Verarmung. Weil die Arbeiter ihren Kampf auf die Straße trugen und immer länger ausharrten, entwickelte sich Solidarität in anderen Betrieben. Zudem mobilisierte sich die *Community* in der praktischen Unterstützung der Streikenden. Manchmal versammelten sich tausende ArbeiterInnen tagelang vor dem Hauptquartier ihrer Firma oder dem Sitz der staatlichen Aufsichtsbehörde.

Siehe die Untersuchung einer Stahlwerksbesetzung in Helwan von Dina Makram-Ebeid: »Old People Are Not Revolutionaries!« Labor Struggles Between Precarity and Istiqrar in a Factory Occupation in Egypt. 25.01.2015 auf http://jadaliyya.com

Das Regime drohte wie immer mit Gewalt, suchte aber gleichzeitig Verhandlungslösungen durch die offizielle (Staats-)Gewerkschaft. In diesem Prozess entlegitimierten sich die Gewerkschaftsvertreter, immer öfter forderten die ArbeiterInnen die direkte Beteiligung an Verhandlungen bzw. ihre Kontrolle. Die Empörung über die offenkundige Korruption der Gewerkschaftsfunktionäre brachte auch die inneren Spaltungen der Klasse an die Oberfläche. Die Jüngeren mit befristeten Arbeitsverträgen stellten den von den Älteren in den Kämpfen der 80er Jahre erreichten *Status quo* in Frage, der sie benachteiligte und ihnen keine Perspektive mehr bot. Die Bindungskraft der Gewerkschaften bröckelte.

Organisatorische Ansätze entwickelten sich aus einer anderen Richtung. Seit etwa 2004 bemühten sich außerbetriebliche Oppositionsgruppen und NGOs – zunächst mit wenig Erfolg –, die Proteste zu koordinieren und zu organisieren. Als aber 2006/07 ausgehend von den Kämpfen in Mahalla eine Streikwelle über Privatfirmen, den Transportsektor (Eisenbahnen, Metro, Hafenarbeiter...), die Lebensmittelindustrie und die öffentliche Verwaltung hinwegging, der sich sogar berufsständische Gruppen wie Ärzte, Apotheker u.a. anschlossen, nahm auch die Bedeutung der NGOs zu. In den Staatsbetrieben wuchs der Druck, die Gewerkschaftskomitees zu demokratisieren; in bisher gewerkschaftsfreien Privatbetrieben und im Öffentlichen Dienst entstanden Komitees.

Im Kriseneinschnitt 2008/09 änderte sich das Kampfterrain: Die Zahl der an Streiks Beteiligten sank. Immer öfter agierten die ArbeiterInnen aus der Defensive und versuchten, durch die Präsenz im öffentlichen Raum drohende Betriebsschließungen zu verhindern. Dementsprechend verdoppelte sich die Zahl der TeilnehmerInnen an Protestkundgebungen, Demos und *Sit-ins* in diesem Zeitraum. Mitten hinein platzte am 6. April 2008 der Aufstand in Mahalla. In ihm deutete sich an, was für 2011 prägend sein sollte: ein Kampf gegen die wirtschaftlich verzweifelte Lage und gegen den autoritären Staat, an dem sich das städtische Subproletariat, die FabrikarbeiterInnen und die junge »Intelligenz« beteiligten.

Perspektivisch gerieten die Kämpfe *in ihrer bisherigen Form* aber in eine Sackgasse. Die Zerspliterung der Wirtschaft in kleine Einheiten mit wenigen Kernen von industrieller Arbeit inmitten informeller, an Handel, Tourismus, Kleinhandwerk gebundener Arbeit sowie einem großen Öffentlichen Dienst, der zunehmend ebenfalls in kleinen Betriebseinheiten organisiert war, ließ sich nur partiell in einzelnen Mobilisierungen und durch den Einsatz von NGOs oder Gewerkschaftsbürokratie überwinden. Nur selten gelang eine überregionale Koordinierung von Streiks und öffentlichen Protesten. Eines der wenigen Beispiele war im Herbst 2007 der Streik bei der *Real Estate Tax Authority*. Angeregt von einigen wenigen Funktionären der alten Staatsgewerkschaft in Giza, entwickelte sich

in kurzer Zeit in einer einmaligen Dynamik eine landesweite Bewegung von 50 000 Angestellten. Nach ihrem Erfolg und der darauf folgenden Gründung der ersten unabhängigen Gewerkschaft war allerdings Ruhe.

Dieses Beispiel verweist auf die begrenzte Rolle der entstehenden Funktionärsschicht und der NGOs. Ihre Bedeutung fußte auf ihrer (nicht beliebig wiederholbaren) Fähigkeit zur landesweiten Mobilisierung. Zudem fungierten sie als politische Interessensvertreter in nationalen und internationalen Institutionen.

Der Staat reagierte flexibel: Er unterdrückte jeden Versuch überregionaler Organisierung, erkannte aber die Funktionäre der unabhängigen Gewerkschaften schon vor 2011 *de facto* als VerhandlungspartnerInnen an. Das ging durchaus Hand in Hand mit physischen Angriffen auf einzelne Aktive; deren Situation blieb also unsicher. Eine *institutionelle* Anerkennung der unabhängigen Gewerkschaften gibt es bis heute nicht. Da sie kaum über betriebliche Strukturen verfügen, haben sie sich bis heute an strukturellen Verbesserungen, wie der Entfristung und Festeinstellung der vielen prekär Beschäftigten, die Zähne ausgebissen.

Die Streikwelle transformiert sich in einen Aufstand

Als sich nach drei Tagen Platzbesetzung landesweit die Massen in den Armenvierteln erhoben und die Polizei von den Straßen vertrieben, wurde »**Tahrir**« zum Massenaufstand. Die Erfahrung, die Bullen auf der Straße überwinden zu können, animierte dazu, auch die Macht in den Betrieben in Frage zu stellen. Der Versuch Mubaraks, durch eine Ausgangssperre und Schließung aller Betriebe den Aufstand auszuhungern, brachte die Arbeiter erst recht auf die Straße. In den Demos gegen das Regime radikalisierten sie sich. Nach der Wiedereröffnung der Betriebe Anfang Februar bedeutete eine enorme Streikwelle das endgültige Aus von Mubarak.

Die zwei Jahre nach Tahrir waren geprägt vom Versuch einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft. In einer widersprüchlichen Wechselbeziehung zwischen politischer Repräsentanz und eigenständigem Kampf um deren Kontrolle stand die Forderung nach Säuberung der Betriebe und der Verwaltung immer wieder im Zentrum der Streiks und der Mobilisierungen auf der Straße. Dabei wurden in einigen Kämpfen die betrieblichen Hierarchien generell infrage gestellt und versucht, die Arbeit über die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu bestimmen, am deutlichsten in den erbitterten Kämpfen in den öffentlichen Krankenhäusern. Trotz solcher zukunftsweisender Perspektiven mündeten die Proteste, da sie sich materiell nicht durchsetzen konnten, oft in der Gründung von Vertretungsinstitutionen, deren Status allerdings nach oben und nach unten wackelig blieb. Die frühe Beteiligung unabhängiger gewerkschaftlicher Funktionäre an »Tahrir« zielte auf einen Dialog mit den Herrschenden, gedeckt von einer verbreiteten reformistischen Hoffnung auf eine Verschiebung der institutionellen Machtverhältnisse.

Der Militärputsch im Juli 2013 beendete diese Hoffnungen. Die Regierung Mursi war nicht nur an den wiederkehrenden Revolten und Streiks gescheitert, die im Frühjahr 2013 einen neuen Höhepunkt hatten, sondern am Widerstand der herrschenden Klasse (einschließlich der internationalen Institutionen). Teile der unabhängigen Gewerkschaften glaubten, sich durch die Unterstützung der Putschregierung Freiräume verschaffen zu können. Aber bereits im Februar 2014 musste der ehemalige Vorsitzende ihres Dachverbands nach einer erneuten Welle von Streiks als Arbeitsminister des Militärs zurücktreten.

Pyramidenspiel

Das Militärregime geht äußerst brutal gegen die Opposition auf der Straße und in den Betrieben vor. Es kann damit Massendemonstrationen verhindern, nicht aber Streiks und die permanent aufflackernden kleinen Proteste an den Unis. Ein Nebeneffekt der Repression ist, dass sich die Klasse subjektiv neu zusammensetzt; tausende politische Aktivisten treffen in den Knästen auf Proleten, die wegen Schulden u.a. einsitzen; hunderte Studenten sind von den Unis geflogen und werden sich nun eine Arbeit suchen müssen. Tausende gehen aber auch in die Emigration – und nehmen ihre Erfahrungen mit.

Für seine Stabilisierung müsste das Regime eine sehr arme, aber bereits weitgehend proletarisierte Arbeiterklasse in einen industriellen Aufschwung einbeziehen. Auf die Schwierigkeiten, die das ägyptische Kapital damit hat, haben wir in früheren Beiträgen hingewiesen. Die Bewegungen der letzten Jahre haben weitgehende Erwartungen geweckt und autonome Organisationsformen entwickelt.

So wie das altägyptische Reich seinen Zentralstaat mit dem Pyramidenbau durchsetzte, versucht Ägypten heute erneut Anschluss an den gigantomanischen Immobilienboom der Golfstaaten zu finden. In einer enormen finanziellen Anstrengung wurde der Suezkanal erweitert und wird ein New Cairo mitten in die Wüste projektiert. Mag sein, dass das noch kurzzeitig funktioniert – mittelfristig dürfte der Zenit dieser Betonakkumulation vorüber sein. Die Revolten der Bauarbeiter am Golf zeigen das schon. ■

Habib Ayeb, Ray Bush: Small Farmer Uprisings and Rural Neglect in Egypt and Tunisia. In: Middle East Research and Information Project (MERIP) 272 http://www.merip.org

Dina Makram-Ebeid: Manufacturing Stability: Everyday Politics of Work in an Industrial Steel Town in Helwan, Egypt. Doktorarbeit an der London School of Economics, 2012

Mustafa Bassiouny, Omar Said: A new workers' movement. The strike wave of 2007. In: International Socialism, Issue 118, 31.03.2008

Mustafa Bassiouny, Anne Alexander: »Bread, Freedom, Social Justice: Workers and the Egyptian Revolution«. Zed Books Ltd, 2014

ArbeiterInnen gegen den ANC-Staat

Südafrika

Als 1994 mit dem ANC im zentralen Industriestaat Afrikas eine Befreiungsbewegung an die Macht kam, hatten viele große Hoffnungen. Doch der ANC setzte von Anfang an auf »neoliberale« Politik, die Besitzverhältnisse in den Kernindustrien blieben unangetastet. Seitdem wartet man auf den Bruch der Bewegungen und der Arbeiterklasse mit dem ANC. Er wurde schon oft vorhergesagt, hat sich aber noch immer nicht vollzogen. Obwohl die Politik des ANC nicht von Erfolg gekrönt war: Die Hoffnungen auf ausländische Investitionen erfüllten sich nicht, stattdessen floss viel Industriekapital ins Ausland ab. Die Produktion entwickelte sich kaum; der Bergbau schrumpfte. Diese Probleme führten wie an so vielen Orten zu einer Flucht in Finanzprodukte und Kreditwirtschaft, die 2010 etwa 20 Prozent des BIP ausmachten.

Mit der Wirtschaftskrise 2008 verschärften sich die Probleme: die Exporte, unter anderem von Autos, brachen ein; die Industrie hat mit steigenden Kosten etwa für Energie zu kämpfen; allein 2009 gingen eine Million Jobs verloren. Gleichzeitig wuchsen zwei proletarische Kampfbewegungen, die bereits vor der Krise entstanden waren:

- die wilden Streiks im Bergbau, vor allem im Platinbergbau (2008 bis 2012)
- die Proteste in den *Townships* um Zugang zu Strom, Wasser und Wohnraum (2005 bis heute).

Beide Bewegungen haben starke egalitäre Tendenzen und gaben sich eigene (mehr oder weniger stabile) Organisationen, die von Massenversammlungen getragen sind und ihre Forderungen und Strategien selbst bestimmen. Sie waren über lange Zeit sehr vorsichtig, keine neuen »starken Männer« zuzulassen, aber trotzdem eine handlungsfähige Leitung zu haben.

Um diese Kämpfe in den *Townships* und im Bergbau herum gab es geradezu ein Meer aus anderen Klassenkämpfen, die teilweise ineinander übergingen: wilde und gewerkschaftliche Streiks, Proteste, Demos, *Riots*. 2010 streikten 1,3 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst vier Wochen lang.

Der Staat reagierte immer gewalttätiger und repressiver, den Höhepunkt stellte das Massaker an den Bergleuten von Marikana 2012 dar. Danach wuchs die Kampfwelle noch einmal an, in vielen Bereichen gab es wilde Streiks, die sich explizit auf die Kämpfe der Bergarbeiter bezogen. Am wichtigsten war darunter vielleicht der Streik der Landarbeiter im Westkap, in dem unter anderem MigrantInnen aus Zimbabwe eine wichtige Rolle spielten, die Kampferfahrungen aus ihrer Heimat einbrachten. Während dieser Ausweitung waren die Streiks im Bergbau allgemeiner Bezugspunkt, und für einen kurzen Moment schien die Forderung nach 12500 Rand Lohn für jedermann zu einer allgemeinen Parole der verschiedenen Streik- und (*Community*-Protest-)Bewegungen zu werden. Der politische Bankrott des ANC und seines Gewerkschaftsverbandes war unübersehbar, selbstorganisierte Bewegungen bestimmten das Bild. Als aber die Bewegung abebbte, kam es zu einem Institutionalisierungsschub. Ausgerechnet im Bergbau, dem Zentrum der selbstorganisierten kraftvollen Streiks, wurde eine kleine Gewerkschaft zur neuen Mehrheitsgewerkschaft, und die Arbeiterkomitees aus dem vorigen Kampfzyklus wurden großteils aufgelöst. Der ANC-Gewerkschaftsverband *Cosatu* zerfiel, ein Teil davon wurde zum politischen Gegner des ANC mit eigenen parlamentarischen Ambitionen. Auch andere versuchten, vom Ansehensverlust des ANC unter den Arbeitern zu profitieren und neue Parteien zu gründen.

Nach einem kurzen Rückgang 2013 ging die Streikwelle weiter. 2014 war die Zahl der Streiks und Proteste sehr hoch, und diese Entwicklung setzt sich 2015 fort. Aber auch wenn es immer noch viele selbstorganisierte Kämpfe gibt und diese weiterhin militant und mit großer Beteiligung

der ArbeiterInnen geführt werden, dominieren seit 2013 die gewerkschaftlichen Streiks. Die wichtigen Streiks in der Autoindustrie, im Maschinenbau und im Bergbau waren fast komplett gewerkschaftlich.

In vielen Kämpfen der letzten zwei Jahre wurden Leiharbeit und ähnliche Beschäftigungsformen explizit angegangen: In den Streiks im Maschinenbau und der Autoindustrie war die Abschaffung der Leiharbeit eine Hauptforderung neben höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen. In vielen Fabriken kämpften Feste und LeiharbeiterInnen gemeinsam (vgl. *Wildcat* 97). Auch in den häufigen wilden Streiks auf dem Bau und den wilden Massenstreiks von Leiharbeitern und Befristeten bei der Post spielte das Thema eine große Rolle.

Ab Mitte April 2015 gab es eine große Auseinandersetzung auf der Baustelle des *Medupi*-Kraftwerks des staatlichen Energiekonzerns Eskom. Medupi ist der erste Kraftwerksneubau seit 20 Jahren. Seit Baubeginn 2007 wurde die Baustelle insgesammt 18 Monate bestreikt. Zurzeit arbeiten dort 18 000 Arbeiter für über 21 verschiedene Firmen. Der jüngste Kampf wurde durch die Entlassung von 1700 Arbeitern ausgelöst, die einen Tag lang für 10 000 Rand Prämie für die Fertigstellung eines Bauabschnitts gestreikt hatten. Weil sie gefeuert wurden, traten alle Arbeiter in Streik, und Eskom musste die Entlassungen zurücknehmen.

Die Arbeiter streikten aber weiter und forderten nun auch bessere Unterbringung, mehr Wohngeld und eine Arbeitsplatzgarantie über die Baustelle hinaus. Außerdem forderten sie, dass ausländische Schweißer durch gerade entlassene lokale Arbeiter ersetzt werden sollten. Auch wegen der Hilfe dieser auf eine erneute Anstellung wartenden Arbeiter konnten die Bauarbeiter wochenlang nennenswerten Streikbruch verhindern, etwa indem sie gemeinsam die Busse anzündeten, die zur Baustelle fahren. Der Streik war sehr mächtig, aber Eskom konnte ihm durch die Räumung der Wohnheime die Basis entziehen, so dass er abbröckelte.

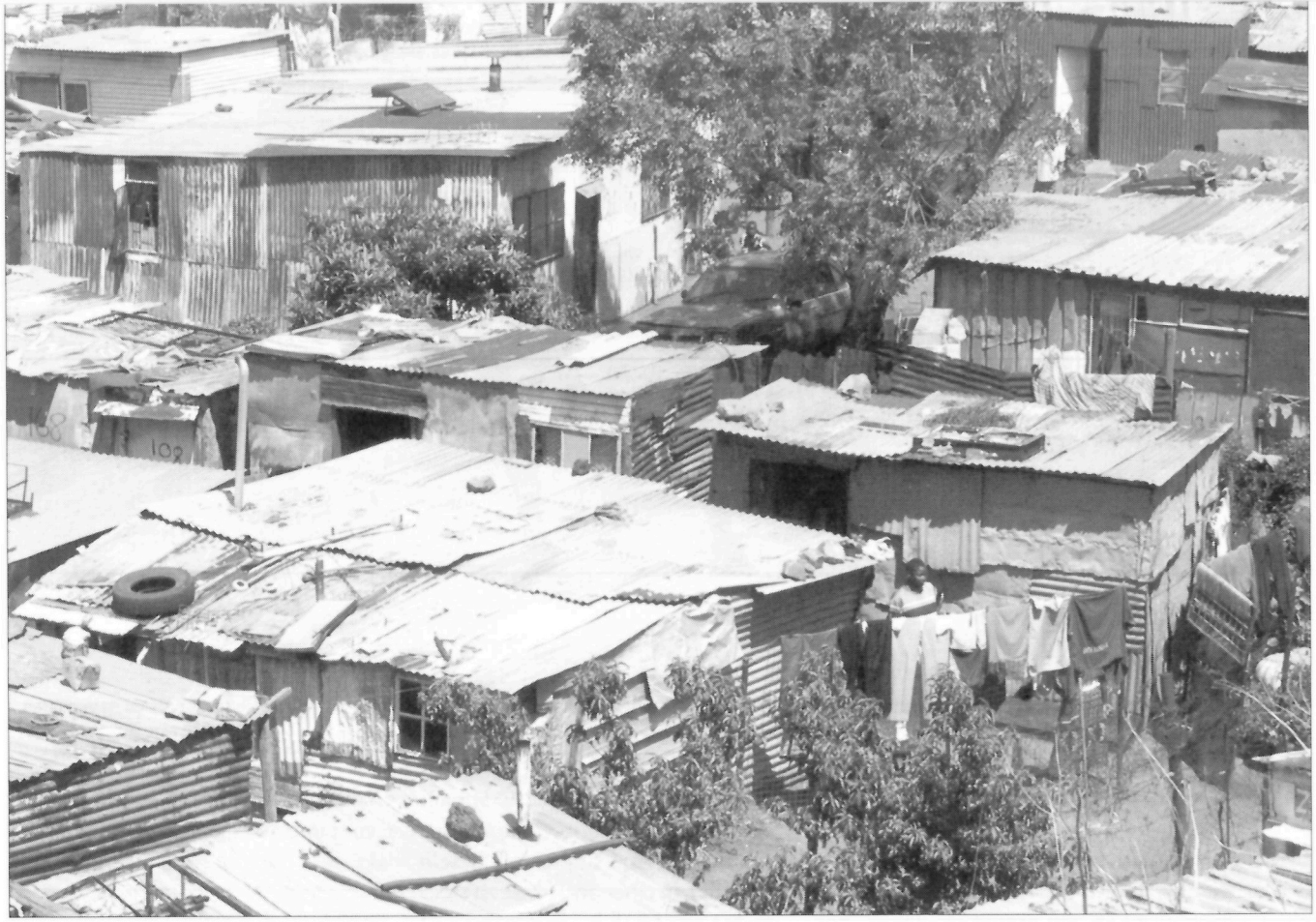
Auch die Proteste in den *Communities* haben nicht mehr dieselbe Aufbruchstimmung wie vor einigen Jahren. Es sind immer noch sehr viele, aber sie scheinen in einer Sackgasse zu stecken. Zwar musste der Staat auf ihren Druck hin die direkten und indirekten Subventionen erhöhen, aber sie haben kaum Wirkung nach außen. Auch hier sind die Basisorganisationen in einer Krise, und immer mehr Parteien und andere Organisationen versuchen sich einzumischen.

Ein großes Problem besteht darin, dass die Hauptkampfformen Blockade und *Riot* durch die zwangsläufigen Auseinandersetzungen mit der Polizei sehr gewalttätig sind, und die Plünderung umliegender Geschäfte oft mit zur Strategie gehört. Da diese Läden in den *Townships* meist migrantische Besitzer haben, vermischen sich die Kämpfe mit dem auch in den *Communities* verbreiteten Rassismus. Die Proteste sind so leicht als rassistisch anzugreifen. Ebenso können die Blockaden von Hauptverkehrsstraßen leicht als gegen pendelnde ArbeiterInnen gerichtet dargestellt werden.

Eine neue positive Entwicklung ist allerdings, dass gerade in den Metropolen diese Proteste regelmäßig mit den Streiks und Protesten von Taxi- und Busfahrern zusammenkommen: Anwohner und Fahrer unterstützen sich gegenseitig bei ihren *Riots*.

Insgesamt haben sich die Kämpfe in Südafrika in den letzten Jahren positiv entwickelt und sind getragen von Egalität und Solidarität. Immer wieder konnten sich die ArbeiterInnen durchsetzen und ihre Probleme offensiv aufgreifen. Probleme, mit denen wir auch hier konfrontiert sind: die Spaltung in Lohngruppen und zwischen Festen und Prekären. Diesbezüglich können wir von den Kämpfen in Südafrika lernen. Aber die gesellschaftlichen

Dieser Artikel ist in großen Teilen eine Zusammenfassung der Artikel in den *Wildcats* 94 bis 97. Zu Marikana und den Folgen ist »Thomas Piketty und das Massaker von Marikana« von Peter Alexander in der Peripherie Nr. 137 lesenswert.



Bedingungen in Südafrika sind extrem polarisiert, es gibt sehr viel Gewalt im Alltag und organisierte Kräfte, die an der Eskalationsschraube drehen. Im April kam es wieder zu einer großen Welle von Pogromen gegen Ausländer, den größten seit 2008. Die Opfer waren meist afrikanische Kleinunternehmer, Tausende wurden vertrieben, ihre Geschäfte geplündert. Vereinzelt wurden die Besitzer gelyncht. Offiziell war von sieben Toten die Rede, in Wahrheit dürften es deutlich mehr gewesen sein. Die Menschen werden dabei mit einer im Antiapartheidskampf der 80er Jahre gebräuchlichen äußerst brutalen Methode (»soweto necklace«) umgebracht.

Wie schon 2008 war auch diesmal den Pogromen die staatliche Aktion vorausgegangen: In der »Operation Hardstick« wurden hunderte somalische Geschäfte geschlossen und ihre Waren beschlagnahmt (oder unter den beteiligten Bullen aufgeteilt). Ende 2014 hat der ANC die Asylgesetzgebung verschärft; er hetzt gegen die Flüchtlinge, die nicht politisch verfolgt sind, sondern zum Arbeiten ins Land kommen und den »armen schwarzen Südafrikanern« die Arbeitsplätze wegnehmen. Diese Hetze trifft auf organisierte Strukturen in den Stadtvierteln, von Zulu-Nationalisten bis zu den »*Community Policing Forums*«, in denen sich »besorgte Bürger« mit der Polizei abstimmen. Diese Strukturen tragen die Pogrome – und die ANC-Regierung nutzt sie für Abschiebungen in großem Stil.

Die Ausweitung der Abschiebungen ist nur ein Aspekt der staatlichen Politik, auf Forderungen mit Repression zu reagieren. Die wachsenden Ansprüche können nicht mehr durch Ausweitung der Sozialausgaben befriedet werden, die Krise verschärft sich immer weiter: 2014 war die Arbeitslosigkeit auf dem höchsten Stand seit zwölf Jahren; eine Dürre wird 2015/2016 zu massiven Einbrüchen der Produktion von Grundnahrungsmitteln führen; Südafrika produziert nicht genug Strom, so dass immer wieder die Versorgung ganzer Stadtteile abgeschaltet werden muss, der staatliche Stromkonzern ist chronisch unterfinanziert…

In einer tief gespaltenen und krisengeschüttelten Gesellschaft versuchen organisierte und bewaffnete Kräfte, ihre Pfründe gegen die Mehrheit zu sichern und dabei (meist mithilfe des Rassismus) Teile der Klasse gegeneinander auszuspielen. Sich gegen diese Kräfte zu behaupten und ihnen das Interesse aller entgegenzusetzen, ist die wichtigste Herausforderung für die kämpfenden ArbeiterInnen. Sie haben schon viel erreicht und verhindert, dass der Staat und die Unternehmer die Kosten ihrer Krise auf die Arbeiterklasse abwälzen. Angesichts dieser Bilanz besteht die Möglichkeit, dass sie auch auf diese sehr große Herausforderung eine passende Antwort finden – so wie »Marikana« und die Bergarbeiter kurzzeitig zum allgemeinen Bezugspunkt geworden sind... ■

Buchbesprechung

Mexiko: Zwei Kriege gegen das Proletariat

Wie hängen Industrialisierung, Staat und Drogenökonomie zusammen? Wie kann die Autoindustrie massenhaft Kapital in ein Land stecken, das von Drogenkartellen beherrscht wird? In dem die Herrschenden ihre Machenschaften mit dem Verweis auf einen »*failed state*« legitimieren? In dem die Gewalt jedes vorstellbare Ausmaß übersteigt? Es gibt mehr Tote als in den Kriegen in Syrien, Irak, Libyen, Ukraine; nur fünf Prozent der Morde in Mexiko werden überhaupt *untersucht*!

Der US-Reporter John Gibler lebt seit 2006 in Mexiko. Er reist mit Journalisten quer durchs Land, redet mit Leuten, untersucht Tatorte, stellt Fragen.

Der Krieg *zwischen* den Drogenkartellen begann 2004; das Regierungsprogramm »*war on drugs*« zwei Jahre später. Letzteres steht in der Tradition der »dirty wars« der 70er Jahre mit der Bekämpfung von linken Guerilla-Gruppen und aufständischen Proleten.

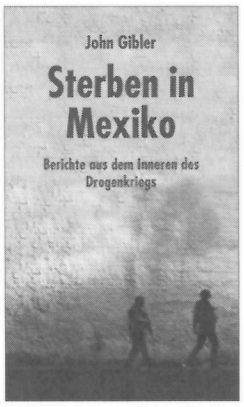
Die Kartelle sind konzernmäßig organisierte Unternehmen, die zum Staat geworden sind. Der reichste Mann der Erde ist Mexikaner, viele Milliardäre sind im »Transportgeschäft« tätig. Die Drogengelder sind neben den Öleinkünften und den »*remesas*« (Rücküberweisungen der MigrantInnen) die wichtigste Devisenquelle des Landes; in der Krise 2008 waren es die Drogengelder, die das weltweite Bankensystem mit Liquidität versorgten.

Selbstverständlich will der Staat nicht dieses mega-profitable Geschäft abstellen. Sein Krieg geht gegen sozialpolitische AktivistInnen, kämpferische ArbeiterInnen und investigative Journalisten, gegen Frauen, die ihre zugedachte Rolle verweigern und andere. Die Mordkommandos bestehen aus Soldaten, Polizisten und Häftlingen, die von den Gefängnisdirektoren über Nacht freigelassen werden. Für die Erzeugung einer Angststimmung suchen sie zwischendrin willkürlich Tanzlokale auf und schießen die Kids nieder. Wenn jemand öffentlich darum bittet, die Leichen nicht vor seinem Haus abzuladen, dann kommen die Killer und bringen den Bittsteller samt seiner Angehörigen um.

Gibler erklärt, wie moderne Fabrik und Bürgerkrieg zusammenpassen: Die Drogenkartelle tragen den blutigen Kampf um ihre »*plazas*«, Einflusszonen, in einiger Entfernung von den Fabriken aus, weil sie Funktionen wie Lager und Transport übernehmen. Tausende von Fracht-LKW, die die Waren aus den Betrieben in die USA bringen, können täglich problemlos mit ihren NAFTA-Schnellpässen die Grenze überqueren.

Aber trotz all dem geben die »normalen« Menschen in Mexiko nicht auf. Gibler erzählt von Aktionen gegen das scheinbar unbesiegbare Monster aus politisch gewollter Straflosigkeit und Morden im Minutentakt. Wo jedermann sagt, »Gerechtigkeit ist unmöglich, …«, machen einzelne Menschen zu ihrem Prinzip: »Dann werde ich weiter auf Gerechtigkeit bestehen und damit den Verantwortlichen das Leben schwer machen!«: Journalisten brechen das Schweigen, obwohl sie damit ihr Leben riskieren. Immer wieder organisieren Leute Demos gegen »Militarisierung und Gewalt« in den Hauptstädten des Mordens, wie z. B. in Ciudad Juárez.

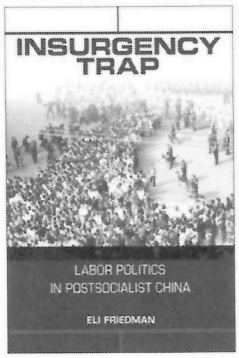
Auch wenn »Sterben in Mexiko« einer dieser elenden Titel ist, die auf dem Buchmarkt um Aufmerksamkeit heischen – das Buch gibt tiefe Einblicke in die sozio-ökonomische Realität Mexikos, bringt Zahlen zur globalen Drogenökonomie, zu ihren Produktions- und Logistikketten, ist flüssig geschrieben – und hat eine interessante Literaturliste zum Weiterlesen. ■



John Gibler: *Sterben in Mexiko, Berichte aus dem Inneren des Drogenkriegs.* Edition Tiamat, Berlin, 2012. 192 Seiten, 16,- Euro

Buchbesprechung

Schneller kämpfen



Eli Friedman; *Insurgency Trap – Labor Politics in Postsocialist China*; ILR Press; 24,95 Dollar

Mit »*Insurgency Trap*« veröffentlicht Eli Friedman seine bearbeitete Doktorarbeit über die Entwicklung der staatlichen Gewerkschaft ACFTU in China. Für sie hat er einige Jahre lang Feldforschung betrieben, was dadurch erleichtert wurde, dass seine Mutter als Gewerkschaftsaktivistin über viele Kontakte vor Ort verfügt. So konnte er mit vielen führenden Gewerkschaftern sprechen. Parallel dazu knüpfte er auf anderem Weg Kontakte zu ArbeiterInnen, etwa in den lokalen Poolhallen. Man merkt dem Buch die gute Kenntnis der Bedingungen vor Ort an. Friedman beschreibt in großer Detailfülle die Organisation und Entwicklung der chinesischen Staatsgewerkschaft, der Schwerpunkt seines Buchs hat sich aber auf die Kämpfe der ArbeiterInnen verschoben.

Friedman sieht im Allgemeinen die These von Beverly Silver bestätigt, »*where capital goes, conflict goes*«. Als Anhänger von Polanyi hat er allerdings einen ziemlich formelhaften Begriff von der Entwicklung der Arbeiterklasse, die seiner Meinung nach nur durch eine Gewerkschaft Macht entwickeln kann. Somit zieht sich durch das ganze Buch die Fragestellung, ob die ArbeiterInnen ihre Kämpfe institutionalisieren bzw. ob das Regime diese ins System integrieren kann.

Laut Friedman befinden sich beide in einer »Aufstandsfalle«, aus der zurzeit kein Ausweg sichtbar sei. Denn die ArbeiterInnen lehnen jede Institutionalisierung ab, und das Regime hat auf der anderen Seite eine riesige Angst vor der Organisierung der Arbeiterklasse und bekämpft deshalb jede autonome Regung innerhalb und außerhalb der staatlichen Organisationen mit großer Entschlossenheit. Es kann zwar einzelne Kämpfe befrieden oder unterdrücken, hat aber dem strukturellen Anwachsen der Macht der Arbeiterklasse nichts entgegenzusetzen. Weil sich in den Kämpfen keine sichtbaren Organisationen bilden, fehlt dem Staat ein Ansprechpartner.

Friedman erklärt diese Situation historisch: Nach der Revolution 1949 sah die KP in selbsttätigen Handlungen der ArbeiterInnen die größte Gefahr für sich. Die offizielle Gewerkschaft wurde deswegen mehrfach in ihren Möglichkeiten eingeschränkt, zuerst 1953, als die Gewerkschaft während einer Streikwelle dem Parteidiktat unterstellt wurde, zuletzt und massiv noch einmal nach 1989, als der Gewerkschaftsapparat komplett von der Basis getrennt wurde. Der Staat setzt die Gewerkschaftsführer ein, Gewerkschaftssekretär gilt als Karriere im Staatsdienst, entsprechend verhalten sie sich wie Beamte.

Dazu kommt die enge Verbundenheit der Gewerkschaft mit den Unternehmen: In Guangdong beispielsweise kamen 2009 mehr als 50 Prozent der Gewerkschaftsvertreter in Privatunternehmen aus dem jeweiligen Management.

Dieser Ausschluss der ArbeiterInnen führt zu immer größeren Legitimitätsproblemen für den Staat. Im Unterschied etwa zu Lateinamerika verlassen sich die chinesischen ArbeiterInnen nicht auf den Staat, sondern gehen ihre Probleme durch radikale autonome und nicht institutionalisierte Kämpfe an, oft in direkter Konfrontation mit Gewerkschaftsvertretern und lokalem Staat.

Die staatliche Gewerkschaft ist eine Realität, mit der sich kämpfende Arbeiter auseinandersetzen müssen, zumindest in den Groß- oder Facharbeiterfabriken, die Friedman untersucht hat. Trotz dieser starken Konflikte mit der staatlichen Gewerkschaft fand Friedman unter den ArbeiterInnen fast keine Tendenzen, die Gewerkschaft zu reformieren oder eigene Gewerkschaften aufzubauen. Perspektivisch sieht er darin ein großes Problem, denn die Arbeiter befänden sich in derselben Falle: Sie organisieren sich gar nicht bzw. nur »lokal« und »zellulär«, können deswegen zwar ab und zu mal einen Streik gewinnen, aber ihre Erfolge nicht langfristig gegen die Unternehmer durchsetzen.

Fotos: Streikende ArbeiterInnen essen gemeinsam. *Lide* Schuhfabrik in Guangzhou im April 2015

Deswegen müssen sie in Streiks immer versuchen, eine Medienöffentlichkeit herzustellen, damit sich provinzielle oder landesweite Parteikader einschalten und durch Intervention oder gesetzliche Eingriffe Verbesserungen durchsetzen (das geht von lokalen Interventionen bis zu Veränderungen beim Mindestlohn und in der Sozial-Gesetzgebung).

Der Hauptteil des Buchs besteht aus der Analyse von Fallbeispielen. Diese hat Friedman nicht aufgrund der Aktionen der ArbeiterInnen ausgesucht, sondern es sind allesamt Fälle, die in der Gewerkschaft als Beispiele einer positiven Entwicklung gelten. Und trotzdem sind sie informativ, zum Beispiel, wenn der Autor die Einführung regionaler Branchen-Tarifverträge in der Produktion von Brillengläsern und Strickwaren miteinander vergleicht; in beiden Fällen ging dabei der Wunsch nach dem Tarifvertrag von den Unternehmern aus.

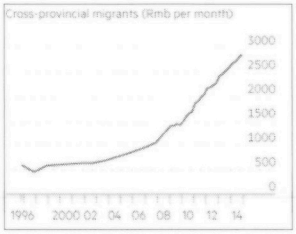
In der Brillenglasindustrie in Rui'an kämpften die vielen kleinen Unternehmer bei guter Konjunktur um die Facharbeiter vor Ort, was zu Abwerbekämpfen führte. Trotz jetzt existierenden Tarifvertrags besteht dieses Problem weiterhin.

Auch in der Strickmode-Industrie in Wenling gibt es viele kleine Unternehmen, die Auftragslage ist stark saisonal geprägt. Seit Anfang der 2000er Jahre gab es viele Arbeiterproteste und Streiks. Auch hier nutzten die ArbeiterInnen den Jobwechsel als Mittel, um Lohnerhöhungen zu erreichen. Im Unterschied zu Rui'an funktionierte aber der 2006 abgeschlossene Tarifvertrag als Mittel der Unternehmer, um die Fabriken zu befrieden.

Am interessantesten ist Friedmans letztes Beispiel, in dem er den Streik in einer Aufzugfabrik des Aufzugherstellers *Ascent* 2007 *vor der Krise* mit der Streikwelle in der Autoindustrie 2010 vergleicht. In beiden Fällen handelt es sich um Facharbeiterfabriken mit deutlichem Leiharbeiteranteil. Friedman arbeitet die sehr unterschiedlichen (Kampf-)Bedingungen der ArbeiterInnen heraus. Zum einen sind die Arbeitsbedingungen und Löhne in *Joint-Ventures* generell deutlich besser als in den Fabriken, die ausländischem Kapital direkt gehören (*Foreign-direct-investment*-Fabriken). Deswegen gab es weder beim Fahrstuhlproduzenten *Hitachi* noch in der Autofabrik *Guangzhou Honda* während der Streikwelle 2010 Kämpfe. Aber auch in den *Joint-Ventures* ist die Spaltung der Belegschaft stark, und während die Gewerkschaft sich zumindest etwas um die festangestellten Arbeiter kümmert, ignoriert sie Leiharbeiter und Praktikanten völlig.

> *»Create a big disturbance, get a big resolution, create a small disturbance, get a small resolution, create no disturbance, get no resolution.«*
> (Sprichwort unter chinesischen ArbeiterInnen)

Friedman sieht mehrere Phasen der Kämpfe. Es gab eine Arbeitergeneration, in der relative Ruhe herrschte. Seit 2002 stieg die Arbeitermilitanz dann konstant und immer schneller an. Einer der Gründe war die Unzufriedenheit der MigrantInnen darüber, dass sich ihre ökonomische Situation im Boom kaum verbesserte, teilweise sogar verschlechterte. In ihren Kämpfen mussten die ArbeiterInnen aber immer gleichzeitig gegen Staat und Kapital kämpfen, weil der Staat mit Repression auf Kämpfe reagierte. Dabei haben sie fast nie gewonnen.



Lohnentwicklung der WanderarbeiterInnen (Quelle ft.com)

Mit der Krise 2008/2009 nahmen die Kämpfe vor allem im Perlflussdelta massiv zu. Aus Angst vor einer unkontrollierbaren Revolte veränderte der Staat seine Position und reagierte seit 2010 weniger repressiv auf Kämpfe (wenn auch seine Bereitschaft, Repression einzusetzen, immer noch sehr hoch ist). Er ließ Streiks viel länger laufen als zuvor und war jetzt erstmals daran interessiert, die Konflikte zu lösen und den Konsum der ArbeiterInnen zu erhöhen. Dafür war er auch teilweise bereit, die Macht der lokalen Oligarchen zu brechen.

Für Friedman ist das ein wichtiger Unterschiede zwischen der Streikwelle in der Autoindustrie 2010, in deren Verlauf die ArbeiterInnen vorher ungekannte Lohnerhöhungen erkämpften, und dem Streik 2007 bei *Ascent*, den die Arbeiter als große Niederlage empfunden haben. Friedman betont, dass antijapanische Gefühle während der Streikwelle unter den ArbeiterInnen keine Rolle gespielt haben, obwohl es Versuche gab, die Auseinandersetzung so darzustellen.

Trotz dieser neuen offensiven Ausrichtung der Arbeiterkämpfe und den besseren Chancen blieben die Kämpfe selbst in den Streikwellen »zellulär«, es bildeten sich keine überregionalen Koordinationen, und die Argumentation der ArbeiterInnen blieb legalistisch. In Interviews argumentierten viele mit dem »eigentlich guten Gesetz«, das lediglich gegen »korrupte Beamte« durchgesetzt werden müsse.

Auch wenn deswegen die einzelnen Kämpfe unpolitisch erscheinen, sind sie in ihrer Gesamtheit trotz ihrer internen Begrenzungen eindeutig politisch. Ihre Wirkung wird noch dadurch verstärkt, dass sie im Großen und Ganzen unter strukturell einheitlichen Bedingungen entstehen. Dabei geht es nicht nur um die Lohnhöhe, sondern auch um die sonstigen Arbeitsbedingungen, nach Lohnforderungen tauchen Lebensbedingungen, Sozialversicherung und Gesundheitsversorgung am häufigsten in Forderungen auf.

Viele Fabriken werden mittlerweile von den Küstenregionen wegverlagert, die Mehrheit bleibt aber innerhalb von China. In diesen neuen Fabriken kommt es sehr viel schneller zu Kämpfen, da viele kampferfahrene WanderarbeiterInnen dem Kapital in die neuen Fabriken folgen, weil sie näher an zu Hause sind und sie leichter eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Dadurch können die ArbeiterInnen in diesen neuen Fabriken schneller kämpfen als zuvor.

Trotz dieser günstigen Aussichten für Arbeiterkämpfe stellt Friedman fest, dass die aufständischen ArbeiterInnen bisher ihre Schlüsselposition in den globalen Zulieferketten nicht ausnutzen. Sie organisieren sich nicht dauerhaft, eine überregionale politische Agenda fehlt – in anderen Ländern hat deren Entwicklung stets die Entstehung der Arbeiterbewegungen begleitet. Für ihn ist der Arbeiter-Aktivismus in China deshalb keine organisierte soziale Bewegung, sondern ein Aufstand mit wenigen bis keinen formalen politischen Forderungen. Die Regierung wird deswegen ihren in der Krise eingeschlagenen Kurs in nächster Zeit nicht ändern, sondern auf der einen Seite über Gesetze die wirtschaftliche Situation der Arbeiter leicht verbessern, auf der anderen aber weiter hart gegen jede Form von Organisation vorgehen.

Insgesamt ist das Buch trotz seiner politischen und methodischen Probleme spannend, weil es Schlaglichter auf die Kämpfe der chinesischen ArbeiterInnen wirft und mithilfe der These der »Aufstandsfalle« den Frontverlauf des chinesischen Klassenkampfs nachzeichnet. ■

»Nichts verdeutlicht die Popularität von Syrizas Alternativprogramm besser als die ›Tsipras-Tsipras‹-Gesänge am Wahlabend im Flüchtlingslager Amygdaleza«, schrieb die griechische Gruppe TPTG kurz nach der Wahl. Die »illegalen« Migranten, die im Sommer 2013 gegen ihre Haftbedingungen revoltiert hatten, hegten damals durchaus berechtigte Hoffnungen, dass sich ihre Situation unter einer Syriza-Regierung verbessern würde. Sie sind die Ersten, die massiv enttäuscht wurden, und revoltieren mittlerweile wieder. Bisher scheint sich nicht viel verändert zu haben in Griechenland, die Arbeiterklasse leidet weiterhin unter den Sparprogrammen, während sich der Staat trotzdem oder gerade deshalb die größte und bestausgerüstete Armee Europas leistet (relativ zur Bevölkerung). Daran wird Syriza nichts ändern, Griechenland wird auch weiterhin pro Jahr ca. vier Prozent aller weltweit gehandelten Waffen kaufen.
Um die Situation vor Ort zu verstehen, haben wir nach der Wahl Einschätzungen gesammelt: Ein griechischer Genosse hat einen Artikel zur aktuellen Lage geschrieben, und wir haben mit der Gruppe *Skya* ein Interview geführt.

Die Linke an der Regierung

Hoffnung auf parlamentarische Veränderungen

Syriza ist parallel zur Erschöpfung der Mobilisierungen auf der Straße stärker geworden. Die Kämpfe und Proteste seit Ausbruch der griechischen Krise haben weder eine längerfristige Perspektive unter den Aktiven geschaffen, noch stabile Kontakte zur Bevölkerung aufgebaut. Außerdem haben Fraktionen der außerparlamentarischen Linken schon länger auf eine Syriza-Regierung gesetzt und sich teilweise in den Syriza-Parteiapparat integriert. Ihr Wahlerfolg Ende Januar 2015 und die damit verbundenen parlamentarischen Hoffnungen haben die letzten Monate in Griechenland geprägt, auch Gespräche im Alltag drehen sich um Vorhaben der neuen Regierung und ihre Verhandlungen mit der EU. Alle warten ab, was die Regierung macht und wie die Verhandlungen laufen.

Angesichts der breiten gesellschaftlichen Unzufriedenheit mit den brutalen Sparmaßnahmen der vorigen Regierung war Syrizas Sieg nicht »groß« (36 Prozent der Stimmen, bei einer Wahlbeteiligung von 64 Prozent). Der Wahlausgang hat den Bewegungen auf der Straße fast keine Impulse gegeben, stattdessen setzen nun viele Hoffnungen in die »Planungsfähigkeit« linker Ökonomen oder auf eine Rückkehr zu den »goldenen« 80er Jahren. Obwohl die Leute keine hohen Erwartungen an Syriza hatten, überschätzten sie die Möglichkeiten der Regierung. Die ersten Wochen nach der Wahl waren von einem breiten Optimismus in der Bevölkerung geprägt. Dieser tritt nun in dem Maß in den Hintergrund, wie die Verhandlungen mit den Kreditgebern sich im Kreis drehen, ohne dass sich eine »Lösung« abzeichnet. Der Druck von IWF, EU und der BRD ist zu groß; andererseits steht die Regierung für nationale Einheit und will den sozialen Frieden aufrechterhalten. Der anfängliche Optimismus hat nichts angestoßen, die Bevölkerung ist passiv und demobilisiert im Vergleich zu den Protesten der letzten Jahre. Viele Menschen redeten von »einem neuen Klima in der Gesellschaft«, konnten aber eigentlich gar nicht sagen, was das praktisch bedeuten soll und wo es sich ausdrückt. Am Ende ist es die Hoffnung auf leichte Verbesserungen des Lebensstandards.

Es gibt keine keynesianische Zukunft...

»Eine umfassende Wirtschaftspolitik à la Keynes stand niemals auf der Agenda von Syzira«
(Galbraith)

Die in Uni, Staatsdiensten, Parteistrukturen oder Instituten agierenden linken Ökonomen Syrizas setzen mit ihren makro-ökonomischen Planungen auf Umschuldung und die Förderung von »innovativen Klein- und Mittelbetrieben«, um Arbeitsplätze zu schaffen. Im Zentrum aller ihrer Überlegungen steht das Wachstum der Wirtschaft. Im Wahlkampf hatte Syriza die Anhebung des gesetzlichen

Der Stillstand der Verhandlungen liegt vor allem an der harten Haltung der »Geldgeber«, die kaum von ihren anfänglichen Forderungen abgerückt sind. Die griechische Regierung hat dagegen immer wieder Zugeständnisse angeboten: höhere Mehrwertsteuer, Primärüberschuss im Haushalt... Eine der Kernforderungen der »Geldgeber« ist es, 800 Millionen bei den »Renten für Geringverdiener« zu sparen. Die griechische Regierung betont immer wieder, das sei eine ihrer »roten Linien«. Ob sie diese Linien halten kann und so zumindest etwas Stärke demonstriert, scheint fraglich. Wahrscheinlicher ist, dass ein »Kompromiss« gefunden wird, der die Probleme weiter in die Zukunft schiebt. Die Institutionen setzen darauf, dass die Regierung am Ende die Zwischenabkommen vom 20. Februar 2015 und die vorigen Memoranden einhalten muss.

Mindestlohns auf das Vorkrisen-Niveau von 750 Euro brutto versprochen. Die Ökonomen nehmen aber die »wilde« Seite des Arbeitsmarkts und den alltäglichen Druck der Unternehmer auf Arbeit kaum wahr. Den *realen* Mindestlohn definieren die inoffiziellen Arbeitsverhältnisse: Schwarzarbeit, unbestimmte Arbeitszeiten, unbezahlte Überstunden und monatelange Nichtauszahlung des Lohns, Arbeitsunfälle... Diese – bekannte und sichtbare – Arbeitsrealität setzt die Abwertung der Arbeiterklasse durch, finanziell, ideologisch, emotional. Solche Arbeitsverhältnisse wurden bereits vor dem Ausbruch der Krise etabliert, in den »goldenen« Jahren des griechischen Kapitalismus; sie waren das fruchtbare Terrain der heutigen Abwertung der Arbeit.
Griechische Unternehmer haben seit langem bewiesen, wie effektiv sie außerhalb des Arbeitsrechts die Arbeitskraft verwalten können: Entlassungsdrohungen bei hoher Arbeitslosenquote, Mafiaschläger gegen Arbeiterforderungen und alle anderen Arten von Erpressung...

Syriza sucht einen Ausweg aus der Krise durch soziale Befriedung im kapitalistischen Wachstum. Aber *reale* Lohnerhöhungen können nur von unten organisiert werden – als Kampfaktion gegen den Klassenfeind und *gegen* die nationale Einheit.

... aber viel Rhetorik ...

Syriza kann wenig verändern, denn sie haben nicht den politischen Willen zu einem radikalen Bruch mit der Troika und der Bourgeoisie. Und es gibt keine Bewegung auf den Straßen, die sie dazu zwingt. Die neue Regierung versucht sich als kämpferisch, nationalstolz und entschlossen darzustellen. Unmittelbar nach Amtsantritt kündigte sie an, nicht mehr mit der Troika (also deren einfachen Angestellten-Kontrolleuren) zu verhandeln, sondern mit jeder Institution direkt. Die PR-Abteilung verkaufte das als »Ende der Troika« und spricht seither nur noch von »den Institutionen« (IWF, Europäische Kommission, EZB). Real steht Syriza in der EU (noch) alleine da, keine andere Regierung will sie unterstützen und das politische Risiko des Bruchs mit den EU-Partnern eingehen. Auch deshalb müssen sie sich in den Verhandlungen beugen. Denn die Zahlungsfähigkeit des griechischen Staates ist so lange bedroht, wie die Verhandlungen mit der Eurogruppe ohne Ergebnis weitergehen.

Trotzdem bleibt ihre Rhetorik aggressiv, sie wollen den angestrebten Primärüberschuss reduzieren, Sozialleistungen und Investitionsprogramme ausweiten. Im Mai konnte die Regierung sowohl dem IWF knapp 700 Millionen Euro als auch die zwei Milliarden Euro an fälligen Löhnen und Renten zahlen. Um überhaupt zahlungsfähig zu bleiben, hat sie am 20. April per Notstands-Dekret, ohne Befragung des Parlaments, beschlossen, dass Kommunen, Regionalbehörden und andere staatliche Einrichtungen (z.B. Unis) der griechischen Zentralbank ihre Kassenbestände zur Verfügung stellen müssen; nur die Rentenkassen sind davon ausgenommen. Das ist eine innere Zwangskreditnahme, da offiziell jede Institution selbst ihre Gelder verwaltet. In der Opposition hat Syriza des Öfteren die vorige Regierung genau wegen solcher Notstandsdekrete als autoritär angegriffen, weil sie damit die Rolle des Parlaments untergrabe. Nun greifen viele Bürgermeister von *Pasok* oder der *Nea Dimokratia* Syriza mit ähnlichen Argumenten an.

... und eine keynesianische Vorgeschichte

Im Gegensatz zu den herrschenden Vorstellungen sind die Staatsschulden nicht die Ursache der griechischen Wirtschaftskrise, sondern die Folge einer langfristigen strukturellen Krise. Wenn Leute wie Schäuble das griechische Politik- und Wirtschafts-Modell, seine Politiker sowie die griechische unternehmerische Klasse insgesamt für gescheitert erklären, meinen sie das Scheitern einer kapitalistischen Umstrukturierung, um international konkurrenzfähig zu werden. Sie sagen damit aber nichts aus über den *politischen Erfolg* dieses Modells und seine *Notwendigkeit* in den 80er Jahren! Denn damals musste sowohl die institutionelle Linke integriert wie eine wilde, außerparlamentarische Jugend in der Phase nach der Diktatur (1967-1974) befriedet werden. Es gab lediglich eine Zeitverschiebung: Während in anderen europäischen Ländern bereits der neoliberale/thatcheristische Gegenangriff auf die Arbeiterklasse lief (z. B. Bergarbeiterstreik in England), wandte die erste *Pasok*-Regierung 1981-85 keynesianische Methoden an, gab es bedeutende Lohn- und Rentenerhöhungen im öffentlichen Dienst, einen automatischen Inflationsausgleich, früheren Renteneintritt für Mütter mit kleinen Kindern und gesetzliche Frauenrechte; die Gewerkschaften wurden als Sozialpartner anerkannt.

Allerdings löste dieses Modell nicht die strukturellen Probleme der griechischen Wirtschaft. Die steigenden Löhne gingen vor allem aufs Sparbuch und in den Immobilienmarkt, der private Wohnungsbau wurde zur Lokomotive der griechischen Wirtschaft. Durch die Korruption im öffentlichen Dienst – Gesundheitswesen, Finanzamt, Wohnungsbau – versickerten zudem viele Gelder. Massiv verstärkt wurden diese Probleme, wie andernorts im Jahrzehnt davor, durch die – vergeblichen – Versuche des griechischen Staats, die »Investitionsverweigerung« seitens der bürgerlichen Klasse auszugleichen. Seit 1973 litt die griechische Wirtschaft an Unter-Investition und De-Industrialisierung. Be-

53,64 Prozent der mehr als eine Million registrierten Arbeitslosen sind länger als zwölf Monate ohne Arbeit. Nur zehn Prozent davon erhalten Arbeitslosengeld, der Rest lebt von den Löhnen und Renten der Eltern oder Partner.
Vor kurzem hat die neue Regierung das Bild der Lebensbedingungen von Rentnern korrigiert, das ihre Vorgängerin zeichnete, um diese zu stigmatisieren: Demnach leben 44 Prozent der RentnerInnen unter der Armutsgrenze, 60 Prozent haben monatlich bis zu 700 Euro netto, jeder fünfte Rentner muss von weniger als 500 Euro leben.
Hier liegt auch ein Konfliktpunkt in den Verhandlu ngen mit der Troika: Die Regierung musste die Wiedereinführung der 13. Monatsrente für Rentner mit weniger als 700 Euro Rente auf frühestens Dezember 2016 verschieben. Außerdem verlangt die Troika die Erhöhung der Renteneintrittsgrenze auf 67 Jahre oder 20 statt 15 Versicherungsjahre.

stimmte Branchen wie Transportmittelbau, Textil-, Möbel-, Papierindustrie und Maschinenbau waren stark verschuldet. Viele dieser Industrien wurden deshalb Anfang der 80er Jahre verstaatlicht. Damit wurden auch Forderungen der Arbeiterkämpfe gegen Aussperrung und Entlassungen erfüllt (Verstaatlichung »unproduktiver« Industrien und Arbeiterbeteiligung im Betriebsrat). Letztlich liegen in dieser Melange die strukturellen und historischen Ursachen der griechischen Staatsverschuldung.

Schon die zweite *Pasok*-Regierung (1985-89) begann mit ersten Sparmaßnahmen. Parallel dazu versuchte man, eine neue unternehmerische Klasse zu fördern, Unternehmer im Bereich der Neuen Technologien, Lebensmittelindustrie, Presse oder Dienstleistungen, denen *Pasok* im Gegensatz zu den traditionellen Spekulanten »soziale Verantwortung« und eine andere unternehmerische Mentalität zuschrieb. Aber Ende der 80er/Anfang der 90er stand der griechische Kapitalismus kurz davor, sich dem IWF-Diktat unterwerfen zu müssen. Die EG schob den Bankrott durch das erste EG-Unterstützungspaket 1987-92 und das zweite Paket 1992-99 auf. Dazu stellten die Ausbeutung der migrantischen Arbeit und die Investitionen im Balkan/Osteuropa einen Ausweg für den griechischen Kapitalismus dar. Durch die unternehmerische Ausweitung im Balkan wurden auch die Netze und Strukturen des Mafiakapitalismus erweitert und verstärkt (dazu ausführlich in *Wildcat* 95). Das ist heute anders: Solange Griechenland im Euro ist, gibt es den Ausweg der Währungsabwertung nicht (allerdings drückt die EZB seit Monaten den Euro gewaltig nach unten!); auch die Kreditaufnahme ist schwieriger als damals (auch hier hat die EZB in den letzten Monaten teilweise für Abhilfe gesorgt), die internationale Konkurrenz schärfer, und die Exportbranchen Griechenlands dürfen nicht durch protektionistische Mittel unterstützt werden.

Syriza ist die Partei der Mittelklasse

Die neoliberalen Kräfte haben keinen Plan für eine Umstrukturierung der Produktion. Die letzten Regierungen Griechenlands haben nur die Schuldenauszahlung verwaltet. Langfristig können die Schulden aber nicht bedient werden ohne Wachstum. Und dazu kann es nicht kommen ohne Steigerung der Exporte – und ohne einen neuen Schuldenschnitt. Die linken Vorschläge zur Krisenlösung sind armselig und beschränken sich auf Lösungen innerhalb des institutionellen Rahmens (z. B. gesetzliche Reformen des Arbeitsmarkts). Die parlamentarische Linke (Syriza, KKE, ...) hat dabei keine wesentliche Meinungsverschiedenheit mit den politischen oder unternehmerischen Trägern der

Foto:
Migranten in Athen

Abwertungspolitik seit dem Ausbruch der Krise. Diese Linke ist seit den 80er Jahren eine legitimierte Säule der »neuen« griechischen Demokratie – und sie möchte keine breiten, unkontrollierten Basisbewegungen, die direkt gegen alltägliche Arbeitsbedingungen kämpfen.

Die reale Ausrichtung der Regierung wird immer deutlicher: Syriza will dem Krisenmanagement ein etwas menschlicheres Gesicht geben. Das am 19. April verabschiedete Gesetz zur »Bekämpfung der humanitären Krise« enthält u. a. staatliche Miet- und Essenszuschüsse sowie Gratisstrom (300 kWh pro Monat) für Leute mit niedrigem Jahreseinkommen; all diese Maßnahmen betreffen allerdings sehr wenige Leute und kosten deshalb wenig Geld.

Während sich Syriza im Wahlkampf gleichzeitig an die Unterschichten und die Mittelklasse gewendet hat, stehen nach der Wahl die Interessen der Mittelklasse im Vordergrund – womit die Troika im Wesentlichen kein Problem hat: Privatleuten und Unternehmern wird die Zahlung ihrer Schulden beim Staat in bis zu hundert Raten ermöglicht (dabei geht es um die Sozialversicherungsbeiträge der Unternehmer u.a.), Hauskredite können in mehr Raten abgezahlt werden.

Für die Unterschichten waren dagegen die folgenden Versprechen besonders wichtig: Erhöhung des Einkommenssteuerfreibetrags von 5000 auf 12 000 Euro im Jahr wie vor der Krise; Wiederanhebung des Mindestlohns; Beibehaltung des Pfändungsverbots für die Wohnung, in der man

lebt; Verbot der Stromabschaltung; großzügige Rückzahlungsfristen. Die Umsetzung vieler dieser Versprechen wurde in die ferne Zukunft verschoben. In den Verhandlungen mit der Euro-Gruppe schlug die Regierung sogar vor, die zukünftige allmähliche Erhöhung des Mindestlohns und die Wiederherstellung von Tarifverträgen an die Konkurrenzfähigkeit und Produktivität der griechischen Wirtschaft zu koppeln. Das ist eine neoliberale Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.

Syriza ist die *Linke der Mittelklasse* und wurde nach der Wahl zum rechten Flügel der Linken. Sie möchte das Kapital und den Staat retten, indem sie Produktivität und Konkurrenzfähigkeit erhöht. Diese Reformvorstellungen bringt sie in die Verhandlungen mit der Euro-Gruppe ein. Sie ignoriert die strukturellen Ausbeutungsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt und die Macht der kleinen und mittleren Unternehmer. Sie ermöglicht aber breiteren Teilen der Bevölkerung den Zugang zum Gesundheitswesen (ein Viertel hat keine Krankenversicherung) – was auch die inländische Pharmaindustrie unterstützt.

Foto:
Protest in einem Flüchtlingslager, 2014

Anfangs erklärte Syriza, sie wolle die Flüchtlingslager als geschlossene Einrichtungen sofort abschaffen. Nach nunmehr vier Monaten ist das immer noch nicht passiert, stattdessen wurden sie (um teils offene Einrichtungen) erweitert. Auch der Zaun am Evros-Fluss an der griechisch-türkischen Grenze steht noch. Im Februar brachen nach dem Tod zweier Flüchtlinge im Lager *Amygdalesa* (Athen) und dem Selbstmord eines weiteren in einer Polizeistation in Thessaloniki Revolten aus, Flüchtlinge traten in Hungerstreiks und es kam zu Konflikten mit den Bullen. Seitdem versucht die Regierung, mit weiteren Versprechen und Repression durchzukommen. Trotz gegenteiliger Ankündigungen dürfen die Flüchtlinge Griechenland nicht verlassen. Es bleibt auch für Flüchtlinge, die nicht in Lagern leben, ein riesiges Lager, wo sie keine Perspektive haben und von Unternehmern und Sklavenhändlernetzen ausgebeutet werden.

Wie bei anderen Staaten auch, versuchen einige Regierungsmitglieder, die Flüchtlinge als Verhandlungsmittel gegen die EU einzusetzen. Außenminister Kotzias sagte im März: »Wenn Griechenland finanziell zusammenbricht, wird Europa von Millionen Migranten und tausenden Dschihadisten überschwemmt.« Schon jetzt fließen in die Verwaltung der Flüchtlinge eine Menge EU-Gelder, von denen viele griechische Firmen und NGOs abhängig sind. 2013 waren es 83 Millionen Euro.

Die rechten Medien und Parteien mobilisieren gegen die neue Migrations- und Flüchtlingspolitik. Die »Ausländerkriminalität« verunsichere die Bürger usw.

Die Mittelklasse greift die Regierung an, weil die bisherigen Maßnahmen ihren Niedergang nicht stoppen. Tatsächlich wird ein Teil der Mittelschichten proletarisiert. Ein anderer Teil hingegen kann trotz Krise seine finanzielle Stärke und soziale Arroganz behaupten, weil er im staatlichen Klientelismus einerseits (u. a. durch Korruption und Seilschaften in den Parteien), in der Ausbeutung in der Schattenökonomie andererseits noch immer eine Perspektive findet – sogar für die nächste Generation. Und viele aus der Mittelklasse wählen die Partei, die ihren Zugang zu diesen Nischen der Krisenökonomie aufrechterhält. Der Versuch der vorigen Regierungen, die sogenannten »geschlossenen« Berufe zu öffnen, ist teilweise gescheitert, denn diese Berufe waren immer ein wichtiger Teil des traditionellen Klientelismus. Die Mittelschichten wählen diejenige Partei, die ihnen Steuersenkungen verspricht und die Illusion aufrechterhält, ein Wachstum der zerstörten und nicht konkurrenzfähigen Wirtschaft ohne radikale Maßnahmen sei möglich. Die Mittelklasse ist ein blockierender Faktor bei der Suche nach Auswegen aus der Krise. Der Euro ist für sie immer noch der sichere Hafen (beruflich, Import von Rohstoffen, Vermögenszustand, Bankeinlagen, Aufstiegshoffnungen, Karriere und Reise in die EU etc.). Keine Partei kann über einen »Grexit« diskutieren, ohne den Bruch mit den Mittelschichten zu riskieren. Ein möglicher »Grexit« ist die offene Flanke der Regierung.

Die Regierung beruft sich auf die nationale Einheit (die Koalition mit der Partei »Unabhängige Griechen« ist ein Zeichen dafür) und hofft auf einen Kompromiss mit den Kreditgebern. Derweil versucht sie mit geopolitischen Spielchen, wie der Kontaktaufnahme zu Russland, China und den USA, ihren Spielraum etwas zu vergrößern.

Aber der Kern der Krisenpolitik in Griechenland bleibt weiterhin die offizielle und inoffizielle Abwertung der Arbeit und der Reproduktion der Arbeiterklasse, das heißt die Verschärfung der Ausbeutung vor allem in den arbeitsintensiven Bereichen (Putzfrauen, KrankenpflegerInnen, LandarbeiterInnen, verbreitete Schwarzarbeit usw.) und die Ausweitung der Armut. Das wird auch unabhängig von der strategischen Entscheidung der griechischen Bourgeoisie zwischen Euro oder nationaler Währung weitergehen – es sei denn, die ArbeiterInnen beenden diesen Prozess mit ihren Kämpfen. Nur eine breite Bewegung von unten kann der Gesellschaft eine neue Richtung geben. Aktuell schiebt sich institutionalisierte Politik vor diese Fragen. Die Stärkung der Mafiastrukturen und die breite Entpolitisierung der Gesellschaft machen es uns zusätzlich schwer, politisch subversiv einzugreifen. ■

Interview:
Communities of struggles

Wir haben mit zwei Genossen von *Skya* gesprochen. Das Kollektiv besteht aus etwa 15 Mitgliedern aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen, Generationen und Erfahrungen. Sie treffen sich einmal die Woche öffentlich. Zweimal im Jahr veröffentlichen sie eine kleine Zeitung, die sie in der Bewegung verteilen.

Sie haben bei Auseinandersetzungen im eigenen Stadtviertel mitgemacht, beispielsweise dem Kampf gegen die Erhöhung der Busfahrpreise oder gegen die Erhebung einer Immobiliensteuer über die Stromrechnung. Daneben sind sie an Konflikten am Arbeitsplatz beteiligt, etwa in einem öffentlichen Krankenhaus bei Athen. Vor kurzem waren sie in zwei wichtige Auseinandersetzungen involviert, den Protest gegen den verkaufsoffenen Sonntag und den gegen das *Workfare*-Programm.

Ein anderes Beispiel ist der Konflikt der »illegalen« MigrantInnen mit der Polizei, die in der Nähe der Universität von Athen ohne Genehmigung Zeug verkaufen, meist gefälschte Waren. Zusammen mit den migrantischen ArbeiterInnen versuchte Skya, eine »Gemeinschaft der Kämpfenden« aufzubauen, damit sich die ArbeiterInnen gegen Polizeirazzien und die Beschlagnahme der Waren verteidigen können. Der Begriff »Gemeinschaft der Kämpfenden« wird in der griechischen antiautoritären Szene oft benutzt: »Wenn wir von ›Gemeinschaft der Kämpfenden‹ sprechen, meinen wir keine Versammlungen oder sozialen Zentren. Eine ›Gemeinschaft der Kämpfenden‹ besteht zum Beispiel aus den Leuten, die am selben Arbeitsplatz arbeiten und dort was zusammen machen wollen, egal ob sie politisch organisiert sind oder nicht.«

Wir sprachen über die neugewählte Syriza-Regierung:

»Verbal hat sich Syriza klar gegen die *Workfare*-Programme positioniert. Ob sie sie aber wirklich reformieren werden, ist noch eine offene Frage. Sie wollten die Beschäftigungszeit in einem solchen Programm von fünf auf neun Monate verlängern und den Lohn von 490 Euro im Monat auf 625 Euro erhöhen. Wenn wir richtig liegen, haben die *Workfare*-Programme eine wichtige Funktion für die Abwertung der Arbeit. Es ist offensichtlich, dass die Syriza-Regierung diese Programme erweitern und nicht abschaffen möchte. Natürlich wird es dabei leichte Veränderungen geben.«

Hat sich durch die Regierungsübernahme von Syriza etwas verändert, was einen wirklichen Einfluss auf das Leben der normalen Leute hat?

»Im Wahlprogramm von Syriza finden sich ein paar finanzpolitische und soziale Maßnahmen, die in Konflikt zu der vom Kapital aufgezwungenen Austeritätsstrategie stehen. Ein Beispiel dafür ist die Erhöhung des Mindestlohns um 23 Prozent. Jetzt haben sie erklärt, dass sie die Erhöhung auf 2016 verschieben und danach in kleineren Schritten durchführen wollen. Ein anderes Beispiel ist die Wiedereinführung der gerade abgeschafften 13. Monatsrente. Sie wird jetzt nur für die ärmsten Rentner eingeführt. Oder die Wiedereinstellung von 4-5000 ArbeiterInnen im öffentlichen Dienst und die Verlängerung des Rückzahlungszeitraums von privaten Immobilienkrediten an die Banken.

Diese Maßfnahmen werden zu realen Konflikten führen, nicht nur mit dem Großkapital, sondern auch innerhalb von Syriza, ihrem politischem Personal und ihren Wählern. Man darf nicht vergessen, dass viele kleine Unternehmer für Syriza gestimmt haben; das haben sie nicht gemacht, um ihre Lohnkosten zu erhöhen. Sie haben Syriza gewählt, um gegen sie gerichtete Reformen der vorigen Regierung und die höhere Steuerlast abzuschaffen.

Möglicherweise wird es auch politische Veränderungen geben. Beispielsweise die Abschaffung des Ausnahmezustands, der Hochsicherheitsgefängnisse, der Flüchtlingslager, der Illegalisierung von Streiks.

Sie haben versprochen, die Flüchtlingslager schrittweise zu öffnen und den Flüchtlingen zeitlich befristete Papiere zu geben, aber keine dauerhafte Anerkennung. Mit diesen Papieren können sie aber in die EU ausreisen, was viele wollen. Zusätzlich erhalten in Griechenland geborene Kinder die griechische Staatsbürgerschaft.

All diese Vorhaben sind mit dem wegen der Krise verhängten Ausnahmezustand und der allgemeinen europäischen Flüchtlingspolitik nicht vereinbar. Insofern sind sie interessant. Wir sollten nicht voreilig sein. Wir kritisieren Syriza nicht wegen dem, was sie verkünden, sondern wegen der Politik, die sie umsetzen. Ich gehe davon aus, dass Syriza vor allem so handeln wird, dass es nicht viel kostet, aber hohe symbolische Bedeutung hat.«

Was ist der Zusammenhang zwischen marxistischer Theorie und der Regierungspraxis?

»Syriza besteht aus verschiedenen Gruppen. Der Großteil sind typische linke Gruppen, eine merkwürdige Mischung aus Marxisten-Leninisten, Trotzkisten… Die größte davon ist Synaspismos. Der politische Kern von allen ist eine typisch sozialdemokratische Politik, also Nationalisierung der Banken und staatliche Investitionen, um den Konsum zu erhöhen. Einige sind Links-Nationalisten, andere sollen Internationalisten sein, aber niemand von ihnen hat gegen die Koalition mit den rechten Nationalisten der Unabhängigen Griechen (ANEL) protestiert.

Einige Kader von Syriza sind linke Intellektuelle, manche waren schon in der linken Bewegung nach der Militärjunta aktiv. Wegen der Geschichte von Synaspismos gab es in der Partei immer eine große Offenheit für Diskussionen über Ideologie und Praxis, anders als das beispielsweise in stalinistischen Parteien möglich ist. Die Diskussionen sind aber oft stark beeinflusst von einem akademischen Marxismus und der französische Ideologie, etwa Althusser. Es gibt aber natürlich auch Ausnahmen, die einen Klassenstandpunkt vertreten. Diese haben aber sehr wenig Einfluss in der Partei, was an der Klassenzusammensetzung von Syriza liegt und den sozialen Gruppen, die die Partei vertritt.«

Seht ihr ein Problem mit der Art, wie Syriza die nationalistische Karte spielt?

»Die nationalistische Karte wird sowohl von der Rechten als auch von der Linken gespielt. Das gilt besonders für die Jahre nach dem ersten Memorandum. Versteckt steht dahinter, dass irgendwer für den Fluch (die Schulden) verantwortlich sein muss, der auf uns gelegt wurde. Deshalb nutzt ein Teil der Linken dieses Thema (nicht nur Syriza, sondern auch kleinere Gruppen) in verschiedenen Formen. Die klarste davon ist die Forderung, dass Deutschland Reparationen für die Katastrophen zahlen soll, die die Nazis angerichtet haben. Diese Forderung war jahrzehntelang nicht beachtet worden, aber sie ist natürlich noch ein wunder Punkt, besonders für die älteren Generationen. Jetzt trägt diese Kampagne neben der Vehemenz, mit der Merkel auf einer Austeritätspolitik besteht, zum Wachstum des Antideutschtums bei.

Auf der anderen Seite hat die Rechte die nationalistische Karte schon lange vor der Krise gespielt. Am wichtigsten ist hier das Ausbrechen von kleinen Gruppen aus der *Nea Dimokratia*, die sich in einer kleinen Partei wiedergefunden haben, die stark euroskeptisch und offen antideutsch ist.

Was sind in der nächsten Zeit eure Hauptziele als Kollektiv?

»Die globale Krise ist (ebenso wie die griechische) keine Frage der politischen Verwaltung. In Wahrheit ist die Fähigkeit der Bosse, die lebendige Arbeit – also uns – auszubeuten, in der Krise. Deswegen setzen wir keine Hoffnung in Syrizas Politik. Für uns ist die Frage, ob sich die Möglichkeit von breiten Kämpfen für bessere Lebensbedingungen in den Betrieben und Stadtteilen ergibt. Eine Kernfrage ist, ob sich die antiautoritäre Bewegung mit ihren Kämpfen von Syriza integrieren lässt, also ob die Idee gewinnt, der linken Regierung die Lösung unserer Probleme anzuvertrauen – statt für unsere Interessen zu kämpfen. In der letzten Phase haben wir versucht, in Kämpfen eine »Gemeinschaft der Kämpfenden« zu entwickeln. Jetzt haben wir die Möglichkeit, diese wiederzubeleben und mit neuen Themen neu anzufangen. An meinem Arbeitsplatz, einem öffentlichen Krankenhaus, gab es z.B. einen gemeinsamen Kampf der Angestellten und Patienten gegen die staatliche Gesundheitspolitik. Wir haben eine Menge Probleme, und jetzt können wir diese wieder aufs Tapet bringen. Dabei geht es nicht nur um die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse einzelner Gruppen, sondern auch darum, eine Bewegung gegen den Staat und das Kapital zu entfalten, die die Krise verstärkt. Wir müssen die Bürde der Schulden von unseren Schultern auf die der Bosse abwälzen. Die Frage der jetzigen Zeit ist, wer für die Krise zahlen muss: wir oder die Bosse?« ■

In der BRD erleben wir zum ersten Mal seit den 70er Jahren eine massenhafte Zuwanderung von Menschen, die in vielerlei Hinsicht aus dem hiesigen institutionellen Rahmen herausfallen, zum Beispiel arbeits-, sozial- und aufenthaltsrechtlich. Die letzte große Migrationswelle in den 1990er Jahren aus Russland fand unter anderen Bedingungen statt: Die »Russlanddeutschen« waren rechtlich von Anfang an gleichgestellt. Sie sind in den ersten Jahren vornehmlich in die traditionellen Facharbeiterbetriebe gegangen. Heute gibt es eine Rückkehr von »Massenarbeit«, die zuallererst von Migranten geleistet wird. In dieser Konstellation liegt politisch viel Potenzial. Die sich seit einigen Jahren in fast allen größeren deutschen Städten vollziehende Selbstorganisierung von Flüchtlingen ist zweifellos eine *Bewegung*, während die bislang vereinzelten Kämpfe von Arbeitsmigranten noch nicht dazu geworden sind. Die Linke muss diesem Rhythmus folgen; aus dem Interview mit einem Genossen, der in der *Willkommensinitiative* in einer norddeutschen Mittelstadt engagiert ist, wird dies deutlich.

Interview:
Erfahrungen aus einer Willkommensinitiative

Welche unterschiedlichen Strömungen in der politischen Unterstützung von Flüchtlingen in R. gibt es?

Momentan gibt es an praktischer Unterstützung für Flüchtlinge nur die *Willkommensinitiative*. Wahrscheinlich wäre anfangs niemand gekommen, wenn nicht der DGB und Leute aus dem Sozialbereich eingeladen hätten. Insofern ist die *Willkommensinitiative* eher mit Sozialarbeit vergleichbar, der sich die Antifa von Anfang an verweigert hat. Daneben gibt es Gruppen aus der linken subkulturellen Szene: eben die Antifa, eine VoKü *»Solidarität mit MigrantInnen«* oder das *»Netzwerk gegen Rechts«*. Besonders Letzteres ist relativ wichtig für die politische Hintergrundunterstützung, da es einige anerkannte Vertreter aus der Stadt und den Sozialverbänden organisiert.

Also eine institutionelle/zivilgesellschaftliche Szene, die Infrastruktur bereitstellt und in Institutionen unterstützend tätig ist, während eine andere auf einer praktischen alltäglichen Ebene Unterstützungsarbeit leistet?

Ja. Die *Willkommensinitiative* ist im örtlichen linken Infocafé entstanden. Die Antifa mobilisierte gegen eine Unterschriftenliste gegen ein neues Flüchtlingsheim, analog zu den 90er Jahren und zu den Protesten im Jahr 2013 in Berlin-Hellersdorf. Gleichzeitig war spürbar, dass es hier im Ort keine breite Ablehnung von Flüchtlingen gab. Vielen Anwohnern war die Unterschriftenliste peinlich und sie haben Unterschriften *für* die Unterkunft gesammelt.

Die Antifa unterstützt uns und ist vielleicht sogar froh, dass es die *Willkommensinitiative* gibt. Sie kümmert sich um andere Arbeitsfelder, wie etwa die Auseinandersetzung mit Nazistrukturen und AfD-Demonstrationen. In dem Sinne sichern sie die »Willkommenskultur« ab.

Die *Willkommensinitiative* macht sieben verschiedene Projekte, die Unterstützung im praktischen Rahmen bieten und die Möglichkeit, Flüchtlinge kennenzulernen: eine »Teestunde«, einen »interkulturellen Garten« und einen »Kleider-Treff«. Daneben gibt es politischere Bereiche: die »No Border Akademie« ist der »Silent University Hamburg« ähnlich, in der akademische Bildung zwischen Flüchtlingen und Deutschen organisiert wird. Viele Flüchtlinge sind Lehrer, Hochschullehrer, Akademiker. Am politischsten würde ich die Gruppe »Beratung und Begleitung« einschätzen, in der es um die Beratung im Asyl-Verfahren geht.

Dann gibt es noch die Gruppe *»Bleibe-Option«*, in der Sitzblockaden organisiert werden.

Es geht uns darum, Leute einzusammeln, die sich positiv äußern und eine solidarische Unterstützung der Flüchtlinge leisten wollen. Die Zusammensetzung der UnterstützerInnen ist vielfältig, weil man sich nicht gleich mit dem Slogan »Deutschland ist scheiße!« identifizieren muss. Der im Übrigen die Flüchtlinge auch verwirrt!

Welche Leute engagieren sich in der Willkommens-Initiative in R.?

Zwei Drittel Studierende und ein Drittel »nicht mehr Arbeitende«, also Rentner und Pensionierte, ein paar Arbeitslose.

Haben die Leute aus den verschiedenen Gruppen einen politischen Grundkonsens? Gibt es eine politische Auseinandersetzung zur Migration im Allgemeinen? Zur Arbeitsmigration? Zur Armutsmigration? Zu Bürgerkriegsflüchtlingen? Zu politischem Asyl? Sehen sie einen Zusammenhang in all diesen verschiedenen Migrationsbewegungen?

Es gibt einen Konsens, dass hier alle Flüchtlinge freundlich aufgenommen werden und auch hierbleiben sollen. Es wird nicht unterschieden zwischen Flüchtlingen aus Serbien – sogenannten »Wirtschaftsflüchtlingen« – und Flüchtlingen aus Syrien. Im Gegenteil: Es ist manchmal so, dass die Debatte um sogenannte »sichere Drittstaaten« für Empörung sorgt. Wenn man die Leute persönlich kennenlernt, erfährt man auch etwas über die Bedingungen, unter denen sie gelebt haben, z. B. in den Slums von Belgrad.

In R. ist es nicht so, dass Roma abgelehnt werden. Ich weiß aber aus einem anderen Landkreis, dass dort eine Spaltung der Unterstützer-Szene stattgefunden hat. Roma werden nicht unterstützt, syrische Flüchtlinge gerne. Der gleiche Tenor wie in den Zeitungen und der kommunalen Politik: Es gibt die gut ausgebildeten Leute, die schutzbedürftig sind. Und es gibt die – eigentlich nicht schutzbedürftigen – »Wirtschaftsflüchtlinge«, die den anderen den Platz und das Geld wegnehmen.

Verstärkter Wille zur politischen öffentlichen Auseinandersetzung setzt dann ein, wenn Abschiebungen drohen. Davor eigentlich nicht. Unser Fokus liegt auf dem Flüchtlingsheim. Eine politische Auseinandersetzung findet bezüglich der konkreten Lebensbedingungen statt: schlechte Unterkünfte, kaum Deutschkurse, keine Arbeitserlaubnis, kein Schulbesuch für über 16-Jährige. Generell die Langeweile, der die Leute ausgesetzt sind.

Sind durch die Unterstützung von und Kontakte mit Flüchtlingen politische Auseinandersetzungen angestoßen worden, die über das unmittelbare Feld der humanitären Unterstützung hinausgehen?

Nein, so direkt nicht ... Die Proteste von Flüchtlingen selber fingen schon vor den Kriegen in Nordafrika an und sind einfach mehr in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. In Verbindung mit der Wirtschaftskrise hat sich die Situation der Flüchtlinge in den anderen europäischen Ländern noch einmal sehr verschlechtert und dafür gesorgt, dass die »Lampedusa-Flüchtlinge« sagen: »Italien ist absolut nicht unser Land«.

Die Gruppe »Lampedusa in Hamburg« war auch nicht linksradikal. Die habe ich eigentlich als genauso bürgerlich wahrgenommen wie unsere *Willkommensinitiative*. Da waren Leute von der Kirche, aus der Theater-Szene. Auf den Demos waren auch Linke, aber ein viel größerer Teil »normal bürgerlich«.

Wie würdest du die soziale Zusammensetzung der Asylsuchenden in deiner Stadt beschreiben? Wo kommen die Leute her? Wie sind sie hierhergekommen? Aus welchen sozialen Schichten kommen sie? Gibt es Konflikte unter ihnen?

Das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) und das Land Niedersachsen verteilen die Flüchtlinge unterschiedlich. Bei uns kommen die größten Gruppen aus Syrien, Afghanistan, Algerien und Tschetschenien. Politische Konflikte gibt es zwischen verschiedenen syrischen Gruppen – unter anderem über die *Freie Syrische Armee* und kurdische Organisationen.
Algerier sind als Arbeitsmigranten nicht so gut angesehen. Sie sehen ihre Zukunft nicht in Deutschland, sondern kommen um zu arbeiten. Für sie ist es eigentlich klar, dass sie nach Algerien abgeschoben werden. Sie sind ein bisschen von den deutschen Unterstützern isoliert, weil sie kein Interesse haben, Deutsch zu lernen. Sie holen sich möglichst schnell Schwarzarbeit und bleiben, solange es gut läuft. Menschen aus Syrien und Afghanistan wollen dagegen für die nächsten paar Jahre in Deutschland bleiben bzw. sehen ihre Zukunft hier.

Folgen daraus soziale Konflikte unter den Flüchtlingen? Zwischen z. B. SyrerInnen aus der Oberschicht / oberen Mittelschicht und Roma aus Serbien?

In den Unterkünften ist es sehr eng und anstrengend zusammenzuleben. Die Gruppen aus dem Iran, Syrien, Afghanistan usw. haben alle einen nationalen Stolz und blicken auf andere – Roma, Afrikaner... – herab. Da die Leute aus Afrika oft ebenfalls studiert haben, zeigen sich hier eher rassistische oder nationalistische Mentalitäten. Besonders die älteren Leute aus Afrika sind oft Lehrer.

Gibt es Gemeinsamkeiten zwischen Flüchtlingen und Unterstützern?

Oberschicht trifft Oberschicht. Zumindest bei den Studierenden und bei den Syrern gibt es ähnliche Verhaltensmuster, ähnliche Werte und »Ausbildungs-Settings«.

Der Umgang mit Flüchtlingen aus Syrien fällt vielen leichter, weil das sehr oft gut ausgebildete Leute aus der syrischen Oberschicht sind. Einige hatten in Syrien große Häuser, Firmen und Betriebe. Die treten selbstbewusst auf und beschweren sich z. B. über die deutsche Verwaltung. Sie pflegen an dieser Stelle ähnliche Verhaltensweisen wie die deutsche Unterstützerszene. Dem syrischen Arzt macht das richtig was aus, der ist wirklich richtig angepisst.

Ist vielleicht ein bisschen allgemein gesprochen, aber ich habe manchmal den Eindruck, dass es eben oft als besondere Frechheit gesehen wird, wenn ein syrischer Arzt jetzt auch noch so schlecht untergebracht wird. Ein Rom aus Belgrad dagegen beschwert sich erstmal nicht; im Vergleich zu den Zuständen in der Heimat ist das Flüchtlingsheim gut. Viele lassen sich untersuchen, gehen zum Arzt – was sie in Serbien nicht können. Sie können Sperrmüll sammeln oder mit ähnlichen Tätigkeiten etwas Geld verdienen und an ihre Familie schicken. Für die Syrer dagegen ist es ein krasser Abstieg.

Hast du eine Idee, wie man z. B. den Umstand auflösen kann, dass sich die unterstützende Linke bzw. die Unterstützer-Szene nicht mit dem materiellen Elend hier in Deutschland auseinandersetzt? Oder an welchem Punkt man so eine Auseinandersetzung forcieren könnte?

Ich habe da tatsächlich keine Ideen.

Es gibt Solidarität mit Flüchtlingen, aber z. B. nicht mit den deutschen Armen. Manchmal finden die Unterstützer es eine Frechheit, wie die Flüchtlinge im Landkreis leben. Dabei sind sie zum Teil besser untergebracht als Leute in bestimmten Sozialwohnungsgebieten. Dort müssten die UnterstützerInnen mal hingehen, aber da waren sie in ihrem ganzen Leben noch nie. Und da weiß ich im Moment auch nicht, wie das aufzulösen ist. In den Projekten versuche ich, die Spaltung in Flüchtlinge und Deutsche zu verhindern. Die Unterstützung soll sich an alle richten, die sie brauchen.

Manche Flüchtlinge sind materiell gesehen bzw. von der Ausbildung her oft gar nicht so schlecht aufgestellt, verglichen mit den Wachleuten vor der Unterkunft, die ergänzend Arbeitslosengeld II bekommen. In der Unterstützer-Szene sind dagegen auch keine Arbeiter. Es geht hier nicht um die tatsächliche soziale Frage. Es geht um eine moralische Geschichte, die auch berechtigt ist. Die *Willkommensinitiative* ist wichtiger als einige VoKüs im Infocafe... wo es um nichts geht, außer dass man miteinander kocht. Und hier geht es wenigstens ein bisschen darum, dass es eine Schweinerei ist, wenn Leute im Mittelmeer ertrinken.

Wichtig ist, dass die Unterstützer erleben, dass die Stadtverwaltung nicht Menschenrechte im Auge hat, sondern ökonomische Interessen verfolgt. Am Anfang war die ganze Gruppe noch relativ unkritisch. Mittlerweile haben die Leute selbst die Erfahrung gemacht, wie die Stadtverwaltung funktioniert. Dass die Leute scheiße behandelt werden.

Im *Netzwerk gegen Rechts* wurde neulich das erste Mal der große Zusammenhang Migration, Arbeitskraft, Bezahlung von Arbeitskraft diskutiert. Bei der *Willkommensinitiative* geht das nicht. Da ist kein Raum, um über Positionen zu diskutieren, sich auseinanderzusetzen, sich eine Intervention zu überlegen… ■

Leserbrief

Widerstand gegen Abschiebungen in Alberschwende

In der 3000-Seelen-Gemeinde Alberschwende im Bregenzerwald hat sich Anfang dieses Jahres eine Gruppe von GemeindebürgerInnen mit acht syrischen Flüchtlingen solidarisiert, von denen fünf von der Abschiebung in ihre »Erstaufnahmeländer« Ungarn bzw. Italien bedroht sind. Den Ausschlag dafür gab der Kontakt der konservativen Bürgermeisterin und ihrer Familie mit den Flüchtlingen, die durch Gespräche mit ihnen auf die menschenverachtenden Zustände im Asylwesen Europas aufmerksam gemacht wurden – sowohl was die humanitäre Situation in Ländern wie Ungarn, Italien, aber auch Rumänien, Bulgarien usw. betrifft, ebenso aber auch hinsichtlich der kafkaesken und abseits jeder Rechtsstaatlichkeit ablaufenden Verfahren in Österreich selbst. Diese Informationen machten schnell die Runde im Bekanntenkreis der Bürgermeisterin, ohne langes Zögern schlossen sich Menschen zusammen, um den Syrern Hilfe zu leisten: in Form von einer Telefonkette zur Verhinderung einer Abschiebung (die bei Übergabe von negativen Bescheiden auch schon mehrmals ausgelöst wurde und die Polizei auf den zivilen Widerstand im Dorf aufmerksam machte), täglicher Übernachtung von StaatsbürgerInnen im Asylheim, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, rechtlicher Information (um Unwissenheit oder Desinteresse der betreuenden Institutionen wie Caritas, RechtsberaterInnen etc. auszugleichen), Schaffung des Begriffs »Gemeindeasyl« in Anlehnung ans Kirchenasyl usw. Die Gruppe nennt sich mittlerweile »Wir sind Asyl«. Sie deklarierte sich von Anfang an als parteifrei und verstand sich als Ausdruck des Willens der Alberschwender Bevölkerung. Der durchgängige Zuspruch innerhalb und außerhalb der Gemeinde seitens aller Interessierten und seitens der Medien ließ auf breite Unterstützung der Initiative hoffen.

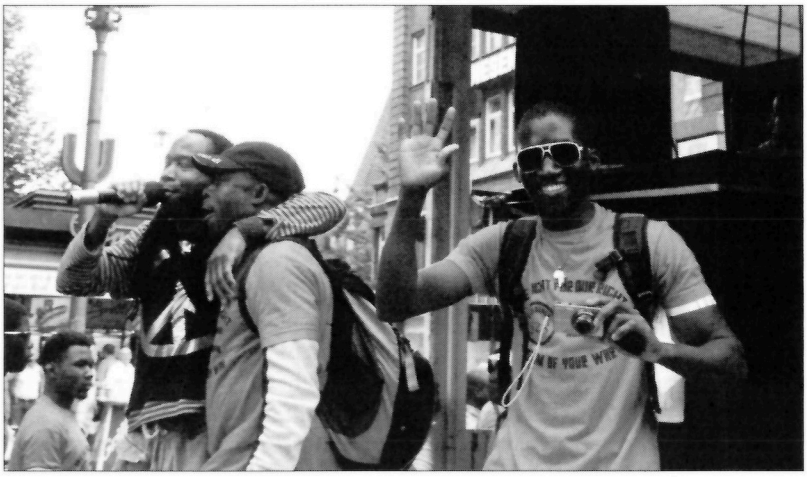
Parallel dazu und unabhängig davon solidarisieren sich in mehreren anderen Gemeinden Vorarlbergs BürgerInnen mit Flüchtlingen. Diese verschiedenen Initiativen sind bereits dabei, sich zu vernetzen und versuchen, gemeinsam aufzutreten.

Wer ist da im Widerstand?

Die UnterstützerInnen der Initiative sind großteils Kleinunternehmer, Handwerker, SozialarbeiterInnen, der Gemeindepfarrer sowie der Kirchenorganist, LehrerInnen, eine Fitnesstrainerin, KünstlerInnen, … kurzum: eine stark dörflich und kleinbürgerlich geprägte Gruppe. Sind Unselbständige dabei, so meist besser Ausgebildete in gut bezahlten oder kreativen Jobs, oder Familienmütter in Teilzeit. »Mittelschicht«!! Und die Motive? Ein von der Gruppe verfasstes »Manifest« stellt klar, dass der zentrale Beweggrund keine allgemeine Kritik am Staat ist, sondern ganz im Gegenteil die *Enttäuschung* über den österreichischen »Rechtsstaat« und die unmenschliche Behandlung von Menschen auf der Flucht. Das Charmante daran: Allen ist klar, dass sich das *gegen den Staat richtet*.

Wer will von sowas nichts wissen?

Erstens der Staat; aber das war allen klar. Zweitens die »Rechten«. An Ostern äußerte sich erstmals der Teil der Dorfbevölkerung, der bisher zu alldem geschwiegen hatte, aber von Asylanten und von sich Solidarisierenden nichts wissen will. Die Soli-Plakate, die am Ostersonntag an Hausfassaden aufgehängt worden waren – »Wir sind Asyl« und »Gemeindeasyl« –, wurden in der Nacht auf Ostermontag von Betrunkenen heruntergerissen. Dabei gab's auch Angriffe aufs Asylheim selbst, wo's zu einer Schlägerei mit Leuten von »Wir sind Asyl« kam.



Polizeieinsatz, Strafanzeigen, später Versöhnungsgespräche und Mediation... Wer waren diese Angreifer? Typen, die uns als »Dreckslinke« und »Drecksjuden« beschimpfen, uns bedrohen und sich mit uns prügeln, vor einem Asylheim Angst verbreiten und sich nach so einer Aktion (ernsthaft!) wundern, warum in den Medien von »Rechtsradikalen« die Rede ist. Keine »Nazis« - aber sehr unreflektierte Dorfbewohner mit starkem Hang zu rechten »Argumenten«. Sind aber nicht einzelne Irre – massenhaft Leute *in der ganzen Talschaft* haben sich mit diesen Vandalen solidarisiert. Betrachtet man den Haufen, der sowas gut findet, findet man auch hier viele kleine und mittlere Unternehmer aus Alberschwende; daneben aber massenweise ArbeiterInnen.

Das Ganze hat was Bedrohliches in die Situation gebracht und das Engagement kurzzeitig gelähmt. Mittlerweile hat sich das beruhigt, weitere Leute innerhalb und außerhalb des Bregenzerwaldes haben sich mit »Wir sind Asyl« solidarisiert. Die Gruppe kämpft wieder aktiv und hofft auf ein Ausbleiben einer Abschiebung – bereitet sich aber aktiv darauf vor, sich Polizisten in den Weg zu stellen, sie riskieren was.

Klassen

Kleinbürger, Familienmamas und katholische Pfarrer, die für Flüchtlinge was riskieren; Arbeiter, die rechte Aktionen bringen und unter Flüchtlingen Angst verbreiten.

Hinter den Aktionen beider Grüppchen steckt irgendwo – etwas versteckt, aber unzweifelhaft – die *Krise*. Philanthropische Neigungen sind das Eine, die sind bei kleinbürgerlichen Mittelschichten nichts Absonderliches; »Uns geht's nicht schlecht«, Armen muss man helfen. Die andere, weniger bewusste Facette ist aber der *Abstieg* der Mittelschichten, denn *so gut* geht's uns auch nicht mehr! *Alle* spüren, dass irgendwo im Land was schiefläuft, dass es zu viele *wirklich* Reiche gibt, dass die Arbeitenden verarscht werden. Dieser Unmut äußert sich mitunter im Widerstand gegen die Staatsgewalt dort, wo sie die ärmsten Schweine trifft.

Rechte Parolen und Aktionen hingegen finden Anklang in Mittel- und Unterschichten, und somit auch massiv in der *Arbeiterklasse*, weil *handfeste Verlustängste instrumentalisiert* werden.

Innerhalb von »Wir sind Asyl« gibt es eine kleine, nicht aufdringliche Gruppe von Leuten, einige davon Fabrikarbeiter, die den ganzen Konflikt (im Stillen) mit der Klassenfrage in Verbindung zu bringen versucht. Einer davon bin ich. Ich war in der Osternacht bei der besagten Keilerei dabei, ich war in deren Augen der »Dreckslinke«. Einer der für mich spannendsten Momente in der ganzen Geschichte war ein anschließendes Wirtshausgespräch mit den Pöbeln. Meine Ansage, dass meine Unterstützung von syrischen Flüchtlingen *nicht* bedeutet, dass mir »Österreicher« egal sind, war für die zumindest irgendwie was Neues.

Die Angriffe gegen die Initiative sind zwar klar rechte, gefährliche und stupide Attacken auf Kriegsflüchtlinge und deren Sympathisanten, auf die man vorbereitet sein muss – aber es sind *Angriffe*, und sie sind befeuert von Verlustängsten, hinter denen die *Krise* steckt. Dass *irgendwas* scheiße läuft im Land, verstehen auch die, die solche Attacken selber ausüben oder sie gut finden.

J. Salbadji

Leserbrief

zu den »wilden« Streiks bei der Papenburger Meyer-Werft im März 2014

Im Beitrag über die Berliner »Mall of Shame« in der *Wildcat* 97 geht ihr am Schluss kurz auf die wilden Streiks bei der Meyer-Werft in Papenburg ein. Ich komme gebürtig aus der Ecke und habe den Streik ein wenig verfolgt. Ich möchte daher ein paar von mir gesammelte Infos zu dem wilden Streik bei der Meyer-Werft mit auf den Weg geben, denn in dieser Intensität und mit dem Erfolg hat es m.E. seit 1973 keinen migrantisch geprägten spontanen Ausstand mehr gegeben – vor allem macht der Schluss eures Beitrags den Eindruck, die rumänischen Kollegen (von Kolleginnen habe ich noch nichts gehört) hätten für mehr statt für weniger Arbeitszwang gekämpft.

Nach dem Hausbrand im Juli 2012 wurden die rumänischen Arbeiter dezentral im ganzen Emsland untergebracht, dadurch u.a. auch in der Nebenstraße in dem Dorf, in dem ich aufgewachsen bin. Bis dato wurden die Arbeiter in Papenburg in einem verlassenen Hotel eingepfercht. Dazu gehörte auch, dass der Swimming Pool des Hotels mit Brettern bedeckt wurde, um Matratzen darauf zu legen. Bei dem Hausbrand sind diese Bretter eingestürzt und zwei Arbeiter verbrannt, weil sie nicht mehr aus dem Pool gekommen sind. Die dezentrale Unterbringung lief dann so ähnlich, wie man es z.B. aus den Maquildoras an der US-amerikanisch-mexikanischen Grenze vielleicht kennt (nur dass die Arbeiterinnen dort allesamt in Slums oder Ghettos am Stadtrand leben): Ein Firmenbus der Meyer-Werft fährt durch das Emsland und sammelt von Dorf zu Dorf die Arbeiter ein. Ich hatte allerdings nie direkten Kontakt, habe aber ein wenig recherchiert, die Lokalberichterstattung gesammelt und mit Nachbarn geredet.

Das Spannende an diesem Streik ist, dass m.W. erstmals nach der 1973er-Welle so eine hohe Zahl migrantischer und prekär Beschäftigter gestreikt hat – es müssen etwa 150 bis 200 gewesen sein. Als Werkvertragler waren sie vielleicht sogar die Ersten, zumindest mit einer so großen Zahl. Wobei es wohl ziemlich klar ist, dass das nicht nur Eigeninitiative war, sondern die IG Metall im Rahmen ihrer Kampagne gegen Werkverträge die rumänischen Kollegen unterstützt hat. Die Arbeiter haben ihre Forderungen ja letztlich auch mit Hilfe des Betriebsrats durchbekommen.

Zwei wesentliche Punkte: M.W. haben die Arbeiter nicht für direkte Verträge gestreikt und die auch nicht bekommen. Und zweitens haben sie auch nicht für mehr Überstunden gestreikt. Der Streik richtete sich gegen den direkten »Arbeitgeber«, die »Dirks Group« aus Emden. Bei dieser »Dirks Group« haben die Arbeiter dann eine Änderung von rumänischen Arbeitsverträgen (nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz) auf deutsche Verträge erreicht – individuell, sie konnten sich also nach dem 7. März 2014 aussuchen, ob sie nach deutschem oder nach rumänischem Recht beschäftigt wurden. Es ging dabei vor allem um die bis dato offenbar fehlende Krankenversicherung (der Firmensprecher der Dirks Group behauptet allerdings, es seien immer alle krankenversichert gewesen). Mit der Möglichkeit, deutsche Arbeitsverträge zu bekommen, erhielten die rumänischen Arbeiter zukünftig auch Urlaubsgeld (so der NDR, ich vermute aber, hier ist einfach der bezahlte Urlaub gemeint) und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Zwischenzeitlich hatte sich die Meyer-Werft von der Dirks Group getrennt und vermutlich einen anderen »Dienstleister« beauftragt, arbeitet aber wohl mittlerweile wieder mit der Dirks Group zusammen.

Der Punkt mit den Überstunden war wie folgt: Nach dem Hausbrand haben die Meyer-Werft, die Stadt Papenburg, das Land Niedersachsen, die IG Metall und der Betriebsrat eine »Taskforce« gebildet. Die hat u.a. rausgefunden, dass die rumänischen Arbeiter teilweise Dreifachschichten fuhren, also 22 bis 24 Stunden am Stück arbeiteten. Soweit ich dort gehört habe, wollten die meisten dort Arbeitenden zurück nach Rumänien, d.h. in kürzester Zeit viel Geld verdienen, daher diese Schichten. Das wurde durch die »Taskforce« unterbunden. Stattdessen gab es ein Arbeitszeitkonto: Überstunden wurden also nicht mehr ausbezahlt, sondern mit den nächsten Monaten verrechnet. Die »Task Force« hat eine Sozialcharta erstellt und daraus hervorgegangen ist ein Haustarifvertrag, der – offenbar als einziger in Deutschland – den Umgang mit Werkverträgen regelt. Die Lokalmedien und -politik verkaufen das als »Papenburger Modell«.

Vor allem gegen das Arbeitszeitkonto haben die Werkverträgler gestreikt, sie wollten die direkte Auszahlung ihrer Überstunden – und auch das haben sie erreicht. Also nicht für mehr Überstunden,

Foto: Rumänische Werkvertägler streiken auf der Meyer Werft in Papenburg

sondern für die direkte Auszahlung derselben. Prinzipiell ging es aber eben schon darum, die nicht mehr machbaren Dreifachschichten finanziell wieder rauszukriegen. Die Werkverträgler hätten auch für mehr Arbeit gestreikt, wenn sie diese bezahlt bekommen hätten.

Mittlerweile stehen die Häuser in den Dörfern wieder leer. Denn mit den deutschen Verträgen kamen deutsche Sozial- und Rentenabgaben, auf dem Papier hatten die rumänischen Arbeiter letztlich nun doch weniger Geld – deswegen haben sie am 21. März ein zweites Mal die Arbeit niedergelegt. Offensichtlich ist die Mehrheit von ihnen mittlerweile nach Rumänien zurückgekehrt.

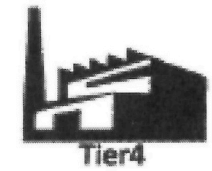
Ganz interessant fand ich, dass diese ganzen Ereignisse offensichtlich den alteingesessenen »ländlichen Rassismus« sehr deutlich beeinflusst haben: Reste davon waren zwar noch vorhanden und waren auch in Gesprächen feststellbar: »Haben will die hier keiner.« Typisch waren auf den Dörfern z.B. Frauen, die abends Angst hatten, an den Häusern vorüberzugehen, weil sie es einfach nicht kennen, dass Männer *vor* den Häusern sitzen und Bier trinken statt drinnen oder im Hintergarten. Aber durch den Brand hatten die Arbeiter einen hohen „Mitleidsbonus" und vor allem: Die ländliche Ökonomie profitierte von ihnen, nämlich durch die Mieten, die die Meyer-Werft bezahlte für Häuser, die eh leer standen, bzw. in einem konkreten Fall für eine schlecht laufende Kneipe, die dann zumachte, um die Räume zu vermieten (mittlerweile ist diese Kneipe in eine Pension für Arbeiter auf Montage umgewandelt).

Offensichtlich mehren sich Kämpfe dieser Art gerade deutlich und es wird spannend, wenn sich das ausweitet. Neben den von euch in der wildcat 97 genannten Beispielen (Birkenfeld) gehört dazu etwa der Kampf für die Auszahlung der Löhne bei der Gärtnerei Grenzland 2010 in Rhede am Niederrhein (einige fest Angestellte haben ihre Löhne mit den ca. 20 PolInnen geteilt und auch deren Arbeitszeitprotokolle bestätigt, es gab also eine recht spannende direkte Solidarität), die Proteste bei Fine Food in Emsdetten bei Münster, fast gleichzeitig mit den Ereignissen bei der Meyer-Werft (die führten dazu, dass sich junge Antifas vom Dorf jetzt auch mal mit Klasse und Klassenzusammensetzung beschäftigen und VeganerInnen sich mit Arbeitern in der Fleischindustrie solidarisierten), der aktuelle Lohnkampf von 14 Bauarbeitern des Studentenwohnheims »Campo Novo« in Freiburg, der dem Fall »Mall of Shame« sehr ähnelt, oder der Hungerstreik auf einer Frankfurter Baustelle. In dem Dörfchen Essen bei Cloppenburg (Oldenburger Münsterland) haben im März 2015 ca. 50 polnische Werkarbeiter(Innen?) für höhere Löhne gestreikt – das sind nur einige aktuelle Beispiele. Ich bin mir sicher, dass man noch zahlreiche weitere finden würde. Fast alle diese Kämpfe finden auf zwei Ebenen statt: vor den Gerichten und mit öffentlichen Protesten, oft von linken Strukturen ganz verschiedener Art (von SPD bis Antifa) unterstützt. Sie scheitern meistens daran, dass sie abbrechen, weil sie langwierig sind. In nahezu allen Fällen gewinnen die ArbeiterInnen gerichtlich bzw. schon durch einfache gerichtliche Mahnverfahren wenigstens teilweise, sind dann aber mangels Geld zurück in ihre Herkunftsstaaten und meistens nicht mehr auffindbar – oder werden trotz gewonnener Prozesse nicht oder zu gering bezahlt.

Trotzdem haben diese Kämpfe in den meisten Fällen etwas gebracht: Und sei es nur die Erfahrung, sich nicht nochmal so verarschen zu lassen und diese Erfahrung auch weiterzugeben. Die Netzwerke migrantischer ArbeiterInnen funktionieren hier durchaus: Grenzland etwa würde es schwierig haben, noch ArbeiterInnen aus Polen zu finden, wenn die Firma noch existieren würde.

Letztlich möchte ich nochmal den Vergleich mit den Streiks von 1973 bemühen: Wenn diese auch aus migrantischer Autonomie entstanden sind, so hat die Linke doch stark zu ihrer Verbreitung beigetragen, indem sie bei diesen Kämpfen dabei war und sie (oft eben auch mehrsprachig) dokumentiert und kommentiert hat. Die Linke hat zumindest mit dafür gesorgt, dass die Streiks eine gewisse Öffentlichkeit bekamen und daher die Option, dass man auch so handeln kann, bekannt wurde. Daran mangelt es heute: 200 Werkverträgler streiken einen Tag und setzen ihre Forderungen quasi sofort durch. Das ist sensationell, stand aber fast nur in der Lokalpresse.

Teodor Webin



»Federn können brechen, Geschäftsmodelle ebenfalls«

Warum die Autoindustrie keine zuverlässigen Autos mehr bauen kann

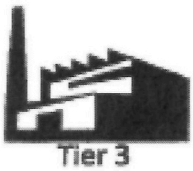
Die Rückrufe sind auf Rekordhöhen, die Autokonzerne müssen mehr Wagen zurückrufen als sie in einem Jahr neu verkaufen, Menschen sterben wegen defekten Teilen. Meist wird der Gleichteile-Strategie die Schuld gegeben, etwa im Fall der defekten Airbags von *Takata*, die in Millionen Autos verschiedener Marken und Konzerne eingebaut wurden (BMW, Chrysler, Ford, GM, Honda, Nissan, Mazda, Mitsubishi, Subaru, Toyota, u. a.). Aber schon rein mathematisch lässt sich zeigen, dass damit die *Ursache* nicht zu erklären ist – noch dazu könnte man bei weniger Teilen diese ja besser prüfen.

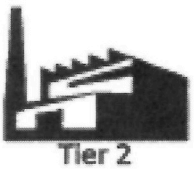
Schon in den 20er und 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte GM die Idee, in immer kürzeren Abständen neue Automodelle auf den Markt zu bringen, um damit den Absatz zu steigern. 30 Jahre später fing Toyota an, in den Produktionsprozess der Zulieferer einzugreifen und deren Arbeitsabläufe zu synchronisieren und aufeinander abzustimmen. Damit sollten die Lagerzeit verkürzt und Puffer abgebaut werden – vor allem aber wollte man mit weniger Arbeitern auskommen. Bis in die 70er Jahre hinein bauten die japanischen Autobauer mit solchen Methoden keine Autos, mit denen sie den europäischen oder US-amerikanischen Multis Konkurrenz machen konnten. Als aber die Unternehmer nach den Massenarbeiterkämpfen in den großen Autofabriken nach Methoden suchten, um den Arbeitsprozess stärker zu zerlegen, um die großen Arbeiterkonzentrationen mehr aufgliedern zu können, schlug die Stunde des *Just in time*, des *Management by stress*, des *Toyotismus* – drei Namen für dieselbe Sache.

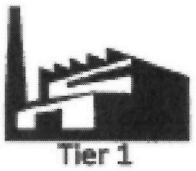
Um das Arbeiterkollektiv zu zerschlagen, wurde die »Fertigungstiefe« gesenkt und immer weitere Produktionsschritte ausgelagert. Das erhöhte den logistischen Aufwand und die Anzahl der IT-Schnittstellen. Gegenüber der Konkurrenz versuchte man sich nicht mehr durch Innovation zu behaupten, sondern durch immer brutaleren Lohndruck auf die Arbeiter und Preisdruck auf die Zulieferer. Bis heute kriegen die staatlich hochgezüchteten chinesischen Autofirmen kein vernünftiges Auto hin, weil sie das Kostensenkungsmodell der Japaner kopieren und die ArbeiterInnen ganz ähnlich wie im Westen aufspalten (Leiharbeit, Befristete, Feste samt komplizierter Auslagerungsstrukturen). Denn schon in den 90er Jahren wusste man, dass dieses Geschäftsmodell auf Kosten des Gebrauchswerts geht. Qualitätsprobleme aufgrund von Kostensenkung heißen seither »López-Effekt«, nach dem als harter Sanierer bekannten Automanager José Ignacio López, der erst GM und dann Volkswagen auf Sparkurs trimmte.

Auslagerung an Zulieferer, Kostensenkungsstrategien und Globalisierung gingen seit den 90er Jahren Hand in Hand. Heute liegt der Wertschöpfungsanteil der Zulieferer bereits bei rund 75 Prozent, und VW produziert beispielsweise weltweit in mehr als hundert Werken, Toyota auf fünf Kontinenten. Bekannt sind die großen und globalen Zulieferer »erster Ordnung«, wie Bosch, Mahle, Magna, usw. Hier gab es in den letzten Jahren einen starken Konzentrationsprozess; weniger bekannt sind die kleinen Zulieferer etwa »vierter Stufe« (die z. B. Roheisen produzieren) oder »fünfter Stufe« (die z. B. einzelne Alu-Teile in einem ausgelagerten Zwischenschritt eloxieren), von denen es nach wie vor eine unüberschaubare Masse gibt und die oft nur eine einzelne Fabrik betreiben. VW, Daimler und BMW z. B. kaufen das Brems*system* von 30 Zulieferern erster Stufe, diese beziehen das *Teil* »Bremse« von 150 Firmen zweiter Stufe, die wiederum kaufen eine Brems*scheibe* aus einem Pool von 1000 Firmen dritter Stufe, usw. Diesen Zusammenhang aus lokaler Produktion und globaler Montage haben die Autokapitalisten nicht im Griff. In diesem zerteilten Raum-Zeit-Gefüge entstehen Fehler.

Gleichzeitig mit dem Toyotismus kam der Wahn der verschiedenen ISO-Normen auf; ihr klassenpolitischer Kern besteht darin, dass die Arbeit jedes Arbeiters überwacht und reproduzierbar werden soll. Aber die Autoindustrie ist das beste Beispiel dafür, dass ISO-Normen wenig mit »Qualität« zu tun haben. Sie hat das branchenübergreifend strengste und umfangreichste Qualitätssystem. ISO9001 und TS16949 finden in jeder Fabrik, die (für) Autos produziert, gesetzlich verpflichtend Anwendung. Daneben haben die Automultis weitere Hierachieebenen eingezogen, um den Arbeitsprozess zu kontrollieren. Diese Hierachieebenen feuern zusätzliche Störfeuer, z. B. aus den Büros, wo jeder gegen jeden arbeitet und niemand mit den ArbeiterInnen redet. Die eingespielteste Koopera-







tion könnte da nichts mehr rausreißen. Aber wo gibt es die noch? Der Bezug zueinander verschwindet, wenn z. B. Werkvertrags-Staplerfahrer und Leih-Montagearbeiter nur noch über IT-Schnittstellen kommunizieren. Der eine weiß nicht, was der andere außerhalb des offiziellen, genormten ISO-Raums *wirklich* macht.

Die Sparprogramme der Konzerne treffen auch die Büros und die unteren Führungskräfte. Sie werden in Gleitzeit gesteckt, ihnen werden mehr Verantwortungsbereiche übertragen, was andere Führungskräfte längerfristig überflüssig macht. Ihre Hoffnung auf Karriere wird vom halbgaren Versprechen abgelöst, im Betrieb bleiben zu können. Warum – und vor allem: *wie*? – sollten sie auftretende Probleme lösen? Lieber vertuschen sie es so lang wie möglich und schieben dann alles auf die ArbeiterInnen – denen sie vorher mit ihren Sparprogrammen schlechteres Werkzeug und weniger Materialverbrauch aufgezwungen haben.

Überakkumuliert

Die Autoindustrie ist die einzige Branche, die überhaupt noch nennenswert in (neue) Fabriken investiert, steht aber gleichzeitig an der Spitze der Unternehmen, die große Summen bar aufhäufen (soviel Kohle wirft das Geschäftsmodell ab!). VW bunkert aktuell 30 Milliarden Euro, Daimler 18 und BMW 16 Milliarden. Die Kapazitäten sind in den letzten Jahren weiter gewachsen, obwohl bereits 2009 jede vierte Autofabrik in Europa als überflüssig galt. Damals schien eine »Marktbereinigung« wie in den USA bevorzustehen, wo ein Drittel der Kapazitäten abgebaut worden war. 2015 sind in der EU über 200 Auto-, Motor- und Lastwagenfabriken in Betrieb; in Europa, wenn man Russland und die Türkei dazu zählt, knapp 300. Seit 2009 wurden sechs Autofabriken in der EU geschlossen (Opel Antwerpen, PSA Aulnay, Ford Genk, Ford Southampton und das Presswerk in Dagenham, Opel Bochum) – in Serbien, Bulgarien und Rumänien wurden je eine neu eröffnet. Statistisch geht die Beschäftigung in der europäischen Autoindustrie leicht zurück, wobei allerdings immer mehr industrielle Arbeit in die Kategorie »Dienstleistung« verschoben wird. Die Produktion hat sich bei etwa 16 Mio. Fahrzeugen konsolidiert. Dramatisch und nachhaltig eingebrochen ist die Produktion von Nutzfahrzeugen, hier steht nach der Schließung der Ford Transit-Fabrik in Southampton der Abbau von Arbeitsplätzen an, wie etwa bei Daimlers Sprinter-Produktion in Düsseldorf und Ludwigsfelde, sowie bei MAN in München und Österreich.

Global gingen seit 2008 jedes Jahr mehr neue Autofabriken in Betrieb als geschlossen wurden (z. B. drei in den US-Südstaaten, vier in Mexiko, unzählige in China...). 2014 wurden so viele Fahrzeuge wie noch nie produziert – 15 Mio. PKW und zwei Mio. Nutzfahrzeuge *mehr als vor der Krise* 2007, insgesamt 90 Mio. Fahrzeuge. Deren Absatz kann nur durch Eigenzulassungen, kreditfinanzierte Käufe und durch allerlei »Tricks«, etwa dass Autovermieter ihre Flotten schneller erneuern, aufrechterhalten werden. Die deutsche sogenannte *Premium*-Autoindustrie produziert in einer Nische und konnte ihre Autos zu hohen Preisen an die Weltbourgeoisie verkaufen.

Aber warum werden immer mehr Autofabriken gebaut, wo es doch schon zu viele gibt? Die Manager reden vom »Kostendruck«, dem sie mit den »bewährten Skaleneffekten« entgegen treten wollen. Diese entstünden, wenn man möglichst viele Autos mit möglichst vielen gleichen Teilen in möglichst vielen Modellzyklen hintereinander produziert. Dazu müssten sie weiter wachsen; und Wachstum lasse sich auf den »gesättigten Automärkten« nur noch durch die Verdrängung von Konkurrenten erzielen – am besten über den Preis, also wird an den Teilen gespart, wo immer es geht und wo es der Kunde erst einmal nicht sieht oder spürt.

VW hat 2006 knapp 5,7 Millionen Fahrzeuge produziert, acht Jahre später 10 Millionen; BMW plant, die Zahl der Fahrzeuge pro Plattform bis zum Jahr 2019 zu verdoppeln; VW will die Zahl der Fahrzeuge pro Baukastensystem sogar verdreifachen. »Wachsen auf Teufel komm raus«, weil die Märkte gesättigt sind!

Im Frühjahr 2014 kommentierte die *Wirtschaftswoche* eine große Rückrufaktion von Toyota, weil ein Zulieferer zu schwache Federn verbaut hatte, mit dem drohenden Satz: »Federn können leicht brechen, wenn sie zu schwach dimensioniert sind. Geschäftsmodelle, die allein vom Rotstift diktiert werden, ebenfalls.« Die Kämpfe der ArbeiterInnen im Zeitalter der Globalisierung drehten sich darum, ob sie gebraucht werden, um »Qualität« zu produzieren. *Dagegen* hat sich das Management weitgehend durchgesetzt – aber den globalen Produktionsprozess kriegen sie auf absehbare Zeit nicht in den Griff. ■

Buchbesprechung

Wessen Stellvertreter ist der Kalif?

Loretta Napoleoni:
Die Rückkehr des Kalifats;
Der Islamische Staat und die Neuordnung des Nahen Ostens
Aus dem Englischen von Peter Stäuber,
Rotpunktverlag Zürich 2015
160 Seiten;18,90 Euro

Im September 2014 haben die USA Luftangriffe »gegen Stellungen des Islamischen Staats« gestartet. Auf Loretta Napoleoni sind wir aufmerksam geworden, weil sie sich in einem Interview in der ARD gegen diese Bombardierungen aussprach; denn diese würden vor allem die im IS-Gebiet lebenden Zivilisten treffen. Über diese Menschen erfährt man in ihrem Buch dann aber nix; die Argumente der Autorin sind eher geopolitischer Art. Sie formuliert zum Einstieg: »Das Vordringen des IS zwingt uns, einen Moment lang innezuhalten und unsere bisherige Politik zu überdenken« (27) und fasst am Ende als Resümee zusammen: »Eine Intervention des Westens (wird) die Destabilisierung der Region nicht abwenden.« (133) »Ein offener Krieg ... würde ... den Nahen Osten komplett destabilisieren, und zudem wären die langfristigen Erfolgsaussichten dürftig.« (73)

Gleichwohl erfährt man nichts über die geopolitische Perspektive der USA, die das »Kalifat« als Option gegen Assad und die schiitischen Regierungen in Irak und Iran benutzen. Im Entstehen eines »salafistischen Kalifats im Osten Syriens« hatten die USA 2012 die »strategische Chance« gesehen, einen »Regimewechsel« in Syrien zu bewerkstelligen und die »Expansion« des Iran einzudämmen (so in einem Dokument des militärischen Nachrichtendienstes des Pentagon (DIA) aus dem Jahr 2012).

Der Autorin geht es um Politikberatung, nicht um Analyse. Das Buch ist schön gemacht, hat ein Glossar mit den wichtigsten Begriffen usw., aber inhaltlich handelt es sich lediglich um einen aufgeblasenen Aufsatz.

Napoleoni schildert die Geschichte des IS als dramatischen Aufstieg: 2009 wurde al-Baghdadi aus Camp Bucca entlassen, im Juni 2014 rief er sich zum Kalifen über ein Gebiet aus, das größer als Großbritannien ist. Dazu trugen vor allem anderen die »spektakuläre(n) Fortschritte 2012 und 2013 in Syrien« bei. Keine bewaffnete Gruppe habe seit dem Zweiten Weltkrieg ein Territorium vergleichbarer Größe erobert. Und noch keine bewaffnete Organisation vermochte erfolgreich den Übergang von einem Protostaat zu einem richtigen Staat zu meistern. Aber genau das könnte dem IS gelingen. Er könnte einen Staat aufbauen, »groß und stark genug und von ausreichender strategischer Bedeutung, um weltweit Aufmerksamkeit zu erregen. Tatsächlich hat der IS bereits mehr Nationen für seine Sache mobilisiert, als seine Gegner aus dem Kreis der G-20-Staaten bislang für seine Bekämpfung gewinnen konnten.« (73) »Der IS kann das Dilemma des Terrorismus lösen, wenn ihm der Übergang zur Staatenbildung gelingt.« (S. 74 f.) Das ist kurz zusammengefasst die Botschaft des Buchs. Seine Autorin ist vom IS leider sehr beeindruckt; das erklärt ihr chaotisches Hin-und-her-Hüpfen zwischen Bewunderung und pflichtschuldiger Verurteilung.

»Die Ökonomie des Terrors«

Napoleoni wird im Klappentext als »Terrorismusexpertin« angepriesen. Von solchen Leuten kann man nicht all zu viel erwarten. Allerdings hebt der Text auf der zweiten Klappe hervor, dass die Absolventin der LSE als »Expertin für die ökonomischen Grundlagen des Terrorismus« gelte, immerhin hat sie 2004 das Buch »*Die Ökonomie des Terrors. Auf den Spuren der Dollars hinter dem Terrorismus*« veröffentlicht. Insofern hätte ich mir tatsächlich mehr erwartet. Über die Ökonomie des IS-Staates erfährt man in dem Buch so gut wie nichts – wohl aber etwas über seine Finanzierung von außen. Dass die PLO sich einst ganz ähnlich große finanzielle Ressourcen an Land gezogen hat, dient Napoleoni als Beleg, »um die absurde Behauptung von Terrorexperten zu entkräften, sie hätten den Aufstieg des IS ... nicht vorhersehen können«. (41) »Als sich al-Baghdadi 2010 auf die Suche nach Geldgebern machte, standen Kuwait, Katar und Saudi-Arabien Schlange und gaben dem IS in der Folge Zugang zu westlicher Militärausrüstung – ein Luxus, der Arafat verwehrt geblieben war.« (44)

Der IS wisse, »dass der Stellvertreterkrieg in Syrien und im Irak sich für (diese) Geldgeber als Bumerang erweisen und sie schwächen wird.« (50) Hier scheint mir der Hauptmangel des Buches zu liegen: Napoleoni zeigt einerseits sehr gut die Bumerang-Effekte der verschiedenen Stellvertreterkriege auf, und sie erklärt, wie der IS unter dem Sanktionsregime gegen den Irak groß geworden ist: In einem Jahrzehnt ist »die Nation mit dem höchsten Bildungsniveau im arabischen Raum zu einem Land verkommen, in dem die Frauen überhaupt nicht arbeiten dürfen« (S. 125) – sie will den IS selber aber andererseits quasi als autonome Kampfansage an all diese Stellvertreterlogiken verstanden wissen.

»Genozid als Taktik«

Der IS sei nur vor dem historischen Hintergrund des westlichen Kolonialismus zu verstehen. Er annulliere die im Sykes-Pikot-Abkommen von 1916 gezogenen Grenzen. Den definitiven Schub habe er durch den Militärputsch in Ägypten bekommen, weil dieser zeigte, dass es für Muslime keinen friedlichen Weg gibt.

Taktisch gesehen habe der IS von al-Zarqawi gelernt. Die USA hatten den bis dahin unbedeutenden al-Zarqawi zum Superterroristen aufgebaut, um die Invasion des Irak zu rechtfertigen – in Wirklichkeit hatten sie ihm dadurch Soldaten und Finanzquellen zugetrieben. Diesen »al-Zarqawi-Moment« habe der IS durchschaut und ihn einfach kopiert. Zweitens habe er von al-Zarqawi gelernt, sowohl Terror als auch Religion taktisch einzusetzen.

»Der vom IS entfesselte Glaubenskrieg (hat) weniger mit der radikalen Doktrin des Salafismus zu tun, sondern mit dem Genozid als Taktik, um den Widerstand unter Kontrolle zu bringen – eine Strategie, die al-Zarqawi 2003 ausarbeitete, kurz nachdem die Koalitionskräfte im Irak einmarschiert waren.« (108) Al-Zarqawi selbst habe Religion als Machtmittel eingesetzt: »In seiner ausführlichen Korrespondenz mit Osama bin Laden 2003 bis 2005 erklärte al-Zarqawi, dass die *Fitna* gegen die Schiiten nur eine Taktik sei, um die Entstehung einer säkularen Einheitsfront gegen die Koalitionskräfte zu verhindern, von der die Dschihadisten ausgeschlossen wären.« (113)

Als der IS nach Syrien ging, um dort eine territoriale Basis zu errichten, hat er von Anfang an sich als weit stärkere Kraft dargestellt, als er es zu der Zeit tatsächlich war. »Eine technisch ausgefeilte Propagandamaschinerie verbreitete via soziale Medien falsche Nachrichten von ihrer außerordentlichen Stärke. Die Taktik erwies sich als entscheidend für Rekrutierung, Geldbeschaffung und militärische Ausbildungsprogramme. Tatsächlich zog die Organisation bereits 2011 erfahrene Kämpfer aus Bosnien und Tschetschenien an, Leute mit hervorragenden militärischen Fähigkeiten, die nicht interessiert waren, sich irgendeiner anderen Dschihadisten-Miliz in Syrien anzuschließen. Das Blendwerk ihrer Propaganda vermochte alle zum Narren zu halten und die harsche Realität zu verschleiern, dass der IS im Irak Ende 2010 vor dem Zusammenbruch stand und die Verlagerung nach Syrien die einzige, minimale Überlebenschance bot.« (82)

Rom

In der Geschichte des römischen Imperiums sieht Napoleoni Belege, dass »der Übergang von einem Protostaat zu einem richtigen Staat erfolgreich gemeistert« werden kann. Die Gründer von Rom haben aus einem Heerlager einen Staat gemacht, genau wie beim IS spielte die Mythologie dabei eine wichtige Rolle: »Nach römischer Mythologie stammen die Gründer Roms direkt von den Überlebenden Trojas ab. Romulus und Remus werden als die Nachfahren des Prinzen Äneas und seines Sohns Ascanius dargestellt.« (S. 171) Und genauso wie Rom keine »einfache Kopie« von Troja, sondern dessen »moderne Inkarnation« war, »wird das Islamische Kalifat laut den Versprechungen al-Baghdadis nicht einfach eine Nachbildung sein, sondern eine eigene Identität besitzen, die unserer modernen Zeit entspricht.« (ebenda)

Interessant ist vielleicht noch, dass Brudermord (Romulus tötete Remus) und Frauenraub (die Römer luden die benachbarten Sabiner zur Einweihung ihrer Stadt ein und raubten während der Feier deren heiratsfähige Mädchen) konstitutiv in dieser Mythologie sind. »Genau wie Rom Frauen benötigte, um sein Wachstum fortzusetzen und die Stadt auszubauen, ist das heutige Kalifat auf Frauen angewiesen, um als Gesellschaft zu wachsen«, schreibt Napoleoni. (S. 71)

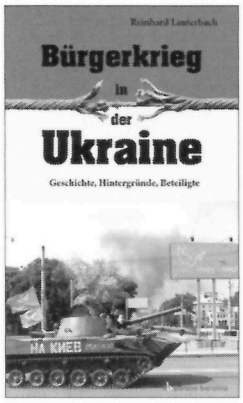
Fitna, Spaltung, ist im Islam der schlimmste Vorwurf, der gemacht werden kann; im Koran steht: *Fitna* ist schlimmer als töten.

Derweil setzen die USA ihre Angriffe auf den IS fort – offensichtlich taktisch strukturiert. Laut der Erfolgsliste des Pentagon haben sie bis zum 23. April 77 Panzer und über 1700 Gebäude zerstört und über 8500 IS-Kämpfer getötet. Das kann man glauben oder nicht, über zivile Opfer schweigt sich das Pentagon sowieso aus.

Währenddessen tötet Saudi-Arabien mit der auch von den USA logistisch unterstützten Bombardierung dicht bevölkerter Gebiete im Jemen viele Menschen (bis Mitte Mai bereits mindestens 1849)... und der IS erobert Ende Mai Palmyra und Ramadi. ■

Buchbesprechung

Vom »swing state« zum »failed state«



Reinhard Lauterbach: *Bürgerkrieg in der Ukraine. Geschichte, Hintergründe, Beteiligte*; Edition Berolina, Berlin, 2014 | 160 Seiten | 9,99 Euro

Lauterbach setzt sich in seinem Buch mit dem ukrainischen Nationalismus auseinander. Er wirft einen nüchternen Blick auf die »Interessen der beiden Seiten« und beschreibt den Wechsel der Ukraine aus dem russischen in den europäisch-amerikanischen Einflussbereich. Seine Recherche endet im Oktober 2014.

Religion als Basis des Nationalismus

Mit dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie 1918 erhoben Polen und Ukrainer (»Ruthenen«) Anspruch auf das »Königreich Galizien und Lodomerien«. Beide Bevölkerungsgruppen waren in der Region ungefähr gleich stark vertreten. Ein Unterschied zwischen ihnen war die Religion: Polen waren in erster Linie römisch-katholisch und Ruthenen orthodox. Um den Einfluss Russlands zu verringern, waren im Zuge der Kirchenunion 1596 Orthodoxe als »Unierte« (Angeschlossene) in die römisch-katholische »Republik beider Völker« integriert worden. In weiterer Folge verflochten sich politische und kirchliche Komponenten. Deshalb stammte auch ein überdurchschnittlich hoher Anteil der ersten Generation ukrainischer Nationalisten aus den griechisch-katholischen Pfarrhäusern. Zusätzlich förderten die österreichischen Behörden ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Entstehung des ruthenischen bzw. ukrainischen Nationalismus. Es entstanden Vereine, Pfadfinderorganisationen, Genossenschaften und Bibliotheken. Das personelle Rückgrat der ukrainisch-nationalistischen Organisationen waren ukrainische Studenten.

Im Gegensatz dazu war die Ostukraine ethnisch durchmischt und bot nationaler Agitation einen schlechten Nährboden. Ein Indiz dafür ist das Fehlen ukrainisch-nationalistischer Töne während der Streikbewegung im Donbass 1905/06.

Zwischen Förderung und Verfolgung

In der »Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik« (USSR) wurden die nationalen Eigenheiten der lokalen Bevölkerung gefördert. Lauterbach hält die Bezeichnung der zuvor südrussischen Regionen als »ukrainisch« für einen Versuch der Bolschewiki, der »Ukrainischen Volksrepublik« staatsrechtlich etwas entgegenzusetzen.

Zusätzlich führte die sowjetische Industrialisierungspolitik einen Schwerpunktwechsel in der Ukraine durch. So wurde sie von einem traditionell landwirtschaftlich geprägten Land zu einem Industriestandort. Vor allem im Donbass (Kohleabbaugebiet) gab es ein enormes Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung unterschiedlichster ethnischer Gruppen.

Der Zweite Weltkrieg hinterließ große Zerstörung in der Ukraine. Zwischen fünf und sieben Millionen Menschen verloren in dieser Zeit ihr Leben. Und durch die Taktik der »verbrannten Erde« wurden rund 80 Prozent der Industrieanlagen zerstört.

Ukrainische Sprache und Literatur wurde dann bis in die späten 1960er Jahre gefördert. Danach kam es in der Spätphase der Sowjetukraine zu einem Politikwechsel. Russisch – vor allem in Städten, im Süden und Osten – wurde zur überwiegenden Sprache. Ukrainischsprachige Künstler und Autoren, die gegen die faktische Vorherrschaft des Russischen protestierten, wurden verfolgt und eingeknastet.

Swing Swing Swing

Die 1991 erlangte Unabhängigkeit der Ukraine offenbarte dem Land seine Strukturprobleme: die Dominanz der Schwerindustrie und deren hoher Energiebedarf, welcher laut dem Autor die Abhängigkeit von russischen Gas- und Ölimporten bis heute zementiert.

Für Lauterbach ist die Enttäuschung der Bevölkerung über die wirtschaftlichen Folgen der Unabhängigkeit der Grund, warum Leonid Kutschma die Präsidentenwahlen 1994 gewann. Letzterer gilt als *»Erfinder einer Politik des Lavierens der Ukraine zwischen Moskau, Washington und Brüssel […]. Diese Politik sah so aus, dass jedes Jahr im Herbst, bevor die aktuellen Gaslieferverträge mit Russland unterzeichnet werden mussten, aus Kiew über die Reintegration des postsowjetischen Raumes nachgedacht und im Frühjahr, wenn die Heizsaison vorbei war, die europäische Berufung der Ukraine beschworen wurde«* (S. 70). Die Ukraine wurde so als Verhandlungsmasse benutzt, um von jeder Seite die maximalen Zugeständnisse zu bekommen – billiges Gas von Russland und großzügige Kredite vom Westen. Janukowytsch setzte diese Politik fort und wurde durch die Entscheidung über das Assoziierungsabkommen zerrieben.

Scharfschützenmorde in Kiew: http://www.heise.de/tp/artikel/43/43590/1.html

»Die Ukrainische Volksrepublik wurde nach den Ereignissen der Februarrevolution 1917 aus den ukrainischen Gebieten gegründet, die bis dahin zum Russischen Reich gehört hatten. […] Der bürgerliche Zentralrat unter Vorsitz Mychajlo S. Hruschewskyjs hatte am 25. Januar 1918 […] in Kiew die Unabhängigkeit der Ukraine (Ukrainische Nationalrepublik) ausgerufen.« https://de.wikipedia.org/wiki/Ukrainische_Volksrepublik

Wie hängen die »Orangene Revolution« und der »Euromaidan« zusammen?

Lauterbach entwickelt seine Überlegungen in Bezug auf den polnischstämmigen US-Politikberater Zbigniew Brzeziński (»*The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*«). Letzterer ist der Meinung, dass Russland ohne die Ukraine nie wieder zum Imperium werden könne. Diese besondere Bedeutung macht er an drei Faktoren fest: 1) eine relativ große und gut ausgebildete Bevölkerung, 2) ein wichtiges industrielles Potential (russischer Zulieferer im Rüstungs- und Raumfahrtssektor) und 3) die relative kulturelle Nähe zwischen UkrainerInnen und RussInnen.

Behält man das strategische Interesse der USA an einer Schwächung von Russland im Hinterkopf, »erscheint die Duldung der Radikalisierung des Maidan bis hin zur Aufstellung paramilitärischer Einheiten seitens der USA und der EU als folgerichtig« (S. 81).

Die »Orangene Revolution« war nicht zuletzt daran gescheitert, dass die Protagonisten durch geschicktes Lavieren zwischen den beiden Großmächten einer Lösung der innenpolitisch unhaltbaren Widersprüche aus dem Weg gegangen waren. Ein Ergebnis des »Euromaidan« war die Polarisierung der Innenpolitik zwischen den AnhängerInnen der beiden politischen Hauptoptionen – und zwar auf Leben und Tod. Die Schaukelpolitik als »swing state« war zu Ende.

Was passierte in der Ostukraine?

Die Erschließung der Tagebaue des Kusbass in Sibirien in den 1950er Jahren und anderer Lagerstätten hatte eine strategische Schwächung der Bergleute im Donbass zur Folge. Im Sommer 1989 schlossen sie sich einem Streik sibirischer Bergarbeiter an. Neben höheren Löhnen und besserer Versorgung wurde auch die Souveränität der Ukraine gefordert. Dies taten sie in der Hoffnung, als einzige Kohleproduzenten in einer selbstständigen Ukraine gegenüber Angriffen durch die Regierung sicher zu sein. Bereits in den 1990er Jahren protestierten allerdings die Bergleute gegen den Umstand, dass sich ihre Lage in der unabhängigen Ukraine nicht verbessert hatte. Womöglich lässt sich daraus das anfängliche Desinteresse der OstukrainerInnen am »Euromaidan« erklären. Selbst Janukowytsch konnte die Menschen nur gegen Bezahlung für die »Anti-Maidan«-Proteste motivieren. Erst nach seiner Flucht brachen auch im Osten die Machtstrukturen zusammen. Das anfängliche Kalkül der Donezker Oligarchen – an vorderster Front Rinat Achmetow – den »Anti-Maidan« als politisches Gegengewicht zu den an die Macht gekommenen Oligarchen zu dulden, scheiterte an der beginnenden Eigendynamik des »Anti-Maidan« und der Entschlossenheit der neuen Machthaber, die alten Konkurrenten aus dem Rennen zu werfen.

Es scheiterte aber auch der »große« Aufstand für ein »Neurussland«. Lauterbach führt hierzu zwei Gründe an: 1) Nach dem Verlust der Krim versuchte die Regierung in Kiew mit allen Mitteln, die Kontrolle über die Ostukraine zurückzubekommen. Dazu ernannte sie einige Oligarchen zu Gouverneuren und gab ihnen freie Hand, die Aufstände mit ihren Mitteln zu bekämpfen. Und 2) ein Konflikt der Generationen: Die jüngere Generation im Donbass ist in der unabhängigen Ukraine aufgewachsen und sozialisiert, wohingegen die Angehörigen der Volkswehr die noch in der Sowjetunion Aufgewachsenen repräsentieren.

Wie weiter nach dem »regime change«?

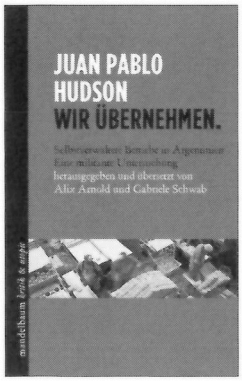
Eine Aufnahme des Landes in die Europäische Union wird so schnell nicht passieren. Wirtschaftlich ist die Ukraine durch den Bürgerkrieg stark mitgenommen. Anfang Oktober 2014 waren ca. 80 Prozent der Bergwerke im Donbass stillgelegt. Auch der mit hoher Wertschöpfung verbundene Export – Luft- und Raumfahrt, Militär, Maschinenbau – nach Russland ist fast zum Erliegen gekommen. Und der IWF nimmt die Bevölkerung mit seinen »Strukturreformen« weiter in die Mangel. Dagegen hat der Konflikt zumindest für die NATO-Strategen etwas erreicht: Hielten bis vor 2014 nie mehr als 20 Prozent der Bevölkerung einen Beitritt zum westlichen Bündnis für eine Option, sind es mittlerweile etwa 50 Prozent. Da auf der einen Seite die NATO keine Staaten mit offenen Grenzkonflikten aufnimmt und auf der anderen die Mitgliedsstaaten ein Veto-Recht haben, strebt Kiew faktisch den Status eines »non-NATO ally« der USA nach dem Vorbild Israels an.

Am Schluss positioniert sich Lauterbach mit der These, dass das momentane militärische Patt dazu führen wird, dass der Donbass als Schauplatz eines »Krieges niedriger Intensität« und eines »eingefrorenen Konfliktes« langfristig destabilisiert bleiben und zusammen mit den Wirtschaftssanktionen gegen Russland einen Hebel für einen »regime change« in Moskau darstellen wird. ■

S. Reinhard Lauterbach: Objekt der Begierde. junge welt, 15.1.2015

Buchbesprechung

Selbstverwaltung: revolutionärer Werkzeugkasten oder Überlebensstrategie?



Juan Pablo Hudson: *Wir übernehmen. Selbstverwaltete Betriebe in Argentinien – eine militante Untersuchung*; übersetzt und herausgegeben von Alix Arnold und Gabriele Schwab. Mandelbaum Verlag, 16.90 Euro.

»Wir übernehmen« beginnt mit der Schilderung einer im September 2005 vom Autor gemeinsam mit Delegierten (meist Vorsitzenden) verschiedener selbstverwalteter Betriebe aus Argentinien unternommenen Reise nach Caracas. Dort fand unter der Schirmherrschaft des venezolanischen Präsidenten das *Encuentro Latinoamericano de Empresas Recuperadas por los Trabajadores* statt, die erste lateinamerikanischen Konferenz (übernommener) selbstverwalteter Betriebe. Es trafen sich 400 Vertreter von 235 Betrieben, sympathisierende Gewerkschaftsvertreter sowie Regierungsvertreter aus Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Haiti, Mexico, Peru, und Uruguay. Es schließt mit dem Ringen der Kooperativen-Vorsitzenden um den Abschluss von Lieferverträgen mit Firmen aus Venezuela und Uruguay.

Das Schlusskapitel kreist um die widersprüchlichen Prozesse innerhalb der Projekte. Obwohl sie angetreten waren, Arbeitsteilung und Hierarchisierung zu überwinden, haben sich im Laufe der Zeit eben solche Tendenzen wieder eingeschlichen. Hudson merkt an, dass die »*Schwierigkeiten, einen höheren Grad kollektiver Beteiligung zu erreichen*«, auf eine »*vielschichtige und komplexe Erfahrung mit Horizontalität und Autonomie*« hinweisen. Diese »*Erfahrung ist weit entfernt von der oberflächlichen Sichtweise, dass Horizontalität und Autonomie einfach nur ein Punkt wären, an dem man irgendwann angekommen ist. Durch die Betriebsübernahmen ist es zweifellos gelungen, eine Reihe grundlegender Fragen zu den konkreten und materiellen Herausforderungen für die Arbeiterselbstverwaltung in diesem neuen Jahrhundert aufzuwerfen.*«

Dazwischen entwirft er ein breites Panorama, in dem seine persönliche Schwierigkeit, als Akademiker Zugang zu den ArbeiterInnen der Betriebe zu bekommen, einen Schwerpunkt bildet. Der Autor ist Sozialwissenschaftler: Stipendiat des staatlichen Institutes für Wissenschaftsförderung CONICET; Mitglied selbstorganisierter Projektinitiativen an der Uni Rosario und einer akademischen Kooperative. Er arbeitet an der Schnittstelle zwischen Arbeitern und Staat, wird vom Staat für die Beratung und Unterstützung der Kooperativen, für Feldforschung bezahlt und bezieht darin sein politisches Engagement ein. Mit dem Begriff der »Militanten Untersuchung« meint er eben dieses Verhältnis. Sein diffus durchschimmerndes politisches Ziel ist die Mobilisierung der Beschäftigten im Betrieb, die Verknüpfung der Kooperativen untereinander, um den genossenschaftlichen »Sektor« zu stärken, die Mobilisierung der wohlgesonnenen Kräfte im Staatsapparat, um so partiell dem Druck des Marktes ausweichen zu können.

Das Anliegen seines Buches ist eine Bestandsaufnahme der Erfahrungen zehn Jahre nach der betrieblichen Besetzungs-/ Übernahmewelle ab 2001. Er wählt einen kleinen Ausschnitt aus den 20 000 Kooperativen in Argentinien (von denen weniger als die Hälfte Arbeiterkooperativen sind; der Rest sind bspw. Konsum- oder Baugenossenschaften oder Versicherungen): Die etwas mehr als 300 Betriebe, die angesichts der Insolvenz / Schließung von ihren Besitzern aufgegeben wurden und in einem teils langwierigen Prozess von ihren früheren Besitzern auf Kooperativen übereignet worden sind. Nach der Repression der ersten zwei Jahre hat die peronistische Regierung Kirchner 2003 ein Gesetz zur Legalisierung solcher Kooperativen erlassen und sie durch verschiedene Institutionen unterstützt (u.a. diejenigen, in denen Hudson aktiv ist). Ihre volkswirtschaftliche Bedeutung ist eher gering, denn sie beschäftigen nur 12.000 von 18 Millionen Erwerbstätigen. Hudson hat auch die wenigen Betriebe ausgeklammert, die seinerzeit unter dem Einfluss militanter Gewerkschaftsstrukturen auf die Integration des Betriebes in eine Form der Staatswirtschaft setzten (»Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle«), prominentestes Beispiel ist die Keramikfabrik *Zanon*.

Der zweifellos interessanteste Teil des Buches ist der, in dem er die Auseinandersetzungen zwischen den langjährigen Kooperativenmitgliedern und jüngeren Arbeitern schildert. Für ihn ist es vor allem ein kultureller Generationenkonflikt zwischen fordistisch geprägten Arbeitern mit einem ausgeprägten Arbeitsethos und einer »Generation prekär«, die der Perspektive der Selbstverwaltung nichts abgewinnen können, da sie ihr Leben nicht für Jahrzehnte in einer Fabrikhalle eingesperrt sehen wollen. Der Reiz des Buches besteht vielleicht darin, dass der Autor in erster Linie auf dieser kulturalistischen Ebene bleibt. Verwirrende Sprünge zwischen seinen alten Notizen von 2002, eigenen Gedanken und Ausschnitten aus Interviews mit

Beteiligten (die nicht vorgestellt werden) lassen jeweils nur langsam erschließen, wer gerade spricht. Damit provoziert Hudson auch im positiven Sinn. Das entstehende Puzzle ist durchaus sympathisch – ein lebendiges Bild, in dem StudentInnen mit ArbeiterInnen gemeinsame Workshops machen, Künstlerinnen und Arbeiter zusammen eine Fabrikhalle nutzen usw. Ihr gemeinsames Verhältnis zu den staatlichen Institutionen und der kapitalistischen Außenwelt ist vielleicht manchmal ein schwieriges, aber kein feindliches. Dieses weitgehend unkritische Verhältnis zum Staat lässt sich aus den beschränkten realen Möglichkeiten Argentiniens (und evtl. den starken peronistischen Traditionen) am Anfang der 2000er Jahre herleiten. Aber was könnten die übernommenen und selbstverwalteten Betriebe zu einer Kampfform für den »*Werkzeugkasten der Arbeiterklasse*« machen, wie es die Übersetzerin Alix Arnold im Nachwort formuliert? Für die Beantwortung dieser Frage muss man über die subjektive Auswahl Hudsons hinausgehen und die von ihm dargestellten Erfahrungen in einen größeren Zusammenhang stellen.

Weder Betriebsbesetzungen noch Kooperativen waren 2001 neu in Argentinien. In den 70er Jahren waren Betriebsbesetzungen wie Streiks nicht seltene gewerkschaftliches Druckmittel in betrieblichen Auseinandersetzungen. Auch Kooperativen gab es schon lange. Im Zuge des neoliberalen Drucks der 90er Jahre wandelte sich zwischen 1985 und 2002 allerdings die Struktur des Kooperativenwesens deutlich: Die Zahl der Kooperativen vervierfachte sich von etwa 4000 auf über 16000, während die Zahl der Mitglieder um ein Drittel zurückging, von ca. elf auf unter sieben Mio. Gleichzeitig nahm der Anteil der betrieblichen Kooperativen bis 2002 von 25 auf über 40 Prozent zu. Dahinter steckte u.a. das Aufkommen von sog. *falschen Kooperativen*, d.h. solchen, die nur im juristischen Sinne als Kooperativen anerkannt sind, tatsächlich jedoch informelle normale Unternehmen sind.

Im Aufstand 2001 fanden sich in einer veränderten wirtschaftlichen und politischen (Krisen-)Lage beide Traditionslinien in Betriebsbesetzungen mit kooperativer Selbstverwaltung wieder. Sie waren in der großen Mehrheit nicht von sozialistischen Träumen getragen, sondern eine Notlösungen von Arbeitern, deren Chefs die Betriebe einfach dichtgemacht hatten. Dennoch entwickelten sie (in unterschiedlichem Ausmaß) den »spontanen« Impuls, alles besser zu machen, etwa, die strikte Teilung zwischen Hand- und Kopfarbeit zu überwinden, Lohnungleichheit abzuschaffen und die Leitung zu kollektivieren.

Ein Privileg der Kooperativen, die die Übernahme der von den alten Besitzern aufgegebenen Produktionsmittel durch Besetzung (und später Kauf) anstrebten, war das nicht. Ebensowenig wie die Schwierigkeiten, die Ideale im harten kapitalistischen Wettbewerb in Konkurrenz zu anderen Betrieben und deren Arbeitern durchzuhalten. Beides trifft auch auf solche neugegründeten Kooperativen zu, wie sie bspw. Marie Trigona in der *Monthly Review* beschrieben hat. Sie bezieht sie sich auf die Organisierungsversuche von illegalisierten bolivianischen Näherinnen in Buenos Aires im Jahre 2006, deren Stadtteilversammlungen zunächst zur Gründung der *Gewerkschaft der Näher und Näherinnen* (*Union de Trabajadores Costureros* - UTC) führte und schließlich in der Gründung einer Kooperative mündete, um so den Bedingungen der Sweatshops in der Bekleidungsindustrie zu entgehen.

All diese Betriebe arbeiten unter sehr prekären Bedingungen. Hudson zufolge sind die Löhne der allermeisten von ihm untersuchten Kooperativen auf Niveau des Mindestlohns; sie übernehmen in vielen Fällen Lohnfertigung für Großunternehmen. An den Lohnsteigerungen in vielen Betrieben während des Aufschwungs Mitte der 00er Jahre konnten sie nicht teilhaben.

Wie setzen sich die Beschäftigten der Kooperativen in Beziehung zu anderen Arbeitern und Klassenkämpfen? Wenn betriebliche Selbstverwaltung als Werkzeug des Klassenkampfes begriffen wird, kommt man um diese Frage nicht herum. Hudson stellt sie leider nicht, und es bleibt unklar, ob das an seiner Perspektive oder an den von ihm untersuchten Kooperativen liegt. Wenn er die Außenbeziehungen der Betriebe diskutiert, geht es ausschließlich um Dinge wie ihre institutionelle Einbindung, ihren Zugang zu Krediten und Probleme der Vermarktung.

Zanon und die *Union de Trabajadores Costureros* (UTC) in Buenos Aires sind dagegen Beispiele für Versuche der Verbindung von Kooperativbetrieben mit weitergehenden Fragen des Klassenkampfs. Bei *Zanon* haben Aktive in den letzten Jahren versucht, auch Streiks und Betriebsübernahmen in anderen Betrieben zu unterstützen und die politische Führung zu übernehmen. Die UTC und die angeschlossene Kooperative stellt die Legalisierung von migrantischen Arbeiterinnen in den Fokus ihrer politischen Mobilisierungen.

»Wir übernehmen« ist kein Beitrag zu einer solche politischen Diskussion. Dennoch ist die Darstellung der inneren Konflikte in normalen, »nicht politischen« und somit wahrscheinlich für die Situation in Argentinien repräsentativen Kooperativen für alle interessant, die sich mit dem stummen »Zwang des Marktes« in der Selbstverwaltung beschäftigen. ■

Marcello Vieta und Andres Ruggeri: *Worker-Recovered Enterprises as Workers' Cooperatives: The Conjunctures, Challenges, and Innovations of Self-Management in Argentina.* Im Internet zu finden unter www.academia.edu

Marie Trigona: *Workers' Power in Argentina: Reinventing Working Culture.* In: Monthly Review 03/2007.

Delirium im Donbass*

Arbeiter sollten keine Bündnisse eingehen!

*Donbass: Geographische Bezeichnung für das Gebiet, das durch den Fluss Donez entwässert wird. Donbass ist die Kurzform von Donezkyj bassejn (ukrainisch) oder russisch Donezki bassein. Der westliche Teil gehört zur Ukraine, der östliche Teil zu Russland.

1977 starb in Torez bei Donezk der legendäre Bergmann Alexej Stachanow vereinsamt in Depression und Alkoholsucht. 1935 hatte er als Hauer in einem Bergwerk des Donbass das staatliche Soll um das Mehrfache übererfüllt. Stalin machte ihn zum Namensgeber der Stachanow-Kampagne und zum Abteilungsleiter für Sozialistischen Wettbewerb im Ministerium für Kohleindustrie. Nach seinem Tod wurde die Stadt Kadijiwka im Oblast Luhansk in »Stachanow« umbenannt.

Sein persönliche Absturz mag als Sinnbild für die jahrzehntelange Agonie des ukrainischen Bergbaus, dem wirtschaftlichen Herz der Ukraine, gelten. Seit den 50er Jahren und nach der Erschließung großer Tagebaue in Sibirien investierte die Zentralregierung in Moskau kaum noch in die aufwendig zu betreibenden Bergwerke des Donbass. Einen offensiven Strukturwandel und die Schließung der vernachlässigten Zechen riskierte sie allerdings nicht. Aus dieser strategischen Schwäche gingen die Bergarbeiter in der Wendezeit ein »fatales Bündnis« mit Gewerkschaften, Roten Baronen und westukrainischen Nationalisten ein. Im Sommer 1989 traten in der ganzen Sowjetunion hunderttausende Bergarbeiter in den Streik. Sie forderten Lohnerhöhungen und eine bessere Versorgung – und in der Ukraine die staatliche Unabhängigkeit. Damit hofften sie, der zentralen Planungsbehörde in Moskau zu entkommen und in einer selbstständigen Ukraine ihre Forderungen besser durchsetzen zu können. Es gab in der Bewegung unterschiedliche Vorstellungen, in welcher Form das geschehen könnte: Hoffnungen auf eine Arbeiterkontrolle über die Betriebe; mit der privaten Vermarktung des Überschusses kombinierte Staatswirtschaft, bis hin zur kompletten Privatisierung, um an internationale Kredite und Know how zu gelangen. In der Konsequenz wurden die Kämpfe der Bergleute im Donbass zum »Schwungrad zweier Interessen, mit denen sie nichts zu tun hatten: dem Ethnonationalismus der galizischen Intelligenz und dem Protokapitalismus ihrer Betriebsdirektoren.« (Rainhard Lauterbach)

Die Arbeiter zeigen ihre Kraft
Der Spiegel, 24.07.1989

Reinhard Lauterbach: Bürgerkrieg in der Ukraine (siehe die Besprechung in diesem Heft)

Aus dieser Falle sind die Bergarbeiter in den folgenden 20 Jahren nicht mehr rausgekommen; ihre Streiks und Proteste führten nach der Unabhängigkeit regelmäßig dazu, dass Gelder der Kiewer Regierung an die Kombinatsleiter flossen. Die sackten den größten Teil selber ein und reichten an die Arbeiter nur soviel weiter, dass diese nicht verhungerten. Es entstand eine autoritäre und mafiöse Klientelwirtschaft, zu der auch die KPU gehörte. Das erklärt zum Teil den enormen Hass auf ihre Vertreter und die Verachtung der agilen Mittelschichten gegen die »Sowoks« – gegen die sie in der Ostukraine mit den Freiwilligenbataillonen zu Felde ziehen.

»Sowok« leitet sich einerseits aus dem russischen Wort für »Kehrschaufel« ab und lehnt sich andererseits an den Begriff »Homo Sovieticus«, einer Wortschöpfung des russischen Dissidenten Alexander Sinowjew aus den 70er Jahren, an. Es ist ein Schimpfwort für eine opportunistische, passive und die Verantwortung scheuende Sowjetmentalität, die heute den alten industriellen Arbeiterschichten zugeschrieben wird.

Die Eskalation dieser gesellschaftlichen Auseinandersetzungen hin zum Krieg ist ohne die Zuspitzung des geopolitischen Konflikts zwischen den USA, der EU und Russland nicht zu erklären. Unsere Einschätzung aus der Wildcat 97, dass die Arbeiter die Eskalation zum Bürgerkrieg verhindern können und dass es sich vorrangig um einen von außen geführten Krieg handelt, müssen wir aber leider etwas revidieren.

Die Seuche des (linken) Nationalismus

Der Maidan war zwar von oben kontrolliert, hatte aber unbestritten eine Eigendynamik auf der Straße. Der Aufbruch vieler Menschen aus politischem Autoritarismus, Klientelismus, Korruption bestand für die bürgerliche »Zivilgesellschaft« in der praktischen Selbstorganisation auf dem Platz. Für den subproletarischen Teil des Maidan war es die gewaltsame Konfrontation mit der Polizei und den Vertretern der Institutionen. Die Arbeiter dagegen haben sich »als Arbeiter« weder am Maidan, noch am Anti-Maidan beteiligt.

zu »Avtonomia Opir«: Alexander Volodarsky: The Ukrainian left torn between Maidan and Anti-Maidan (Original vom 10.7.2014) in: Political Information on Ukraine on 27 October 2014 www.internationalviewpoint.org

Der anti-bürgerliche Impuls hat auch das nationalistische Lager erfasst und die Partei Swoboda in der Versenkung verschwinden lassen; der »sozialrevolutionäre« Teil ihrer Basis findet sich heute in der Avtonomia Opir, dem Autonomen Widerstand, dort sind ebenso Leute aus der anarchistischen Subkultur, einem Milieu, das Machno und Bandera nebeneinander stellt – den einen als Symbol für die bäuerlichen anarchistischen Traditionen in der Ukraine, den anderen als Symbol des nationalen Unabhängigkeitskampfs.

Dem Rechten Sektor, der Speerspitze der militanten Straßenfaschisten, erging es teilweise ähnlich: Obwohl die Führung versuchte, sich von antisemitischen und rassistischen Tendenzen abzugrenzen und einen Kulturkampf hochzuhalten, ging der Rechte Sektor mit seiner Parteigründung baden.

Auch in den verschiedenen Freiwilligenverbänden arbeiten – bis auf einige wenige Ausnahmen wie dem AZOV-Batailllon – offen Rechte, Liberale und Linke verschiedener Couleur zusammen.

Für die erschreckend breite Hegemonie des Nationalismus in der ukrainischen Gesellschaft gibt es Gründe: Die urbanen Mittelschichten waren eine tragende Säule des Maidan, dann des Kriegs und organisieren heute die Freiwilligenverbände. Sie haben das materielle Interesse, sich durch den Krieg eine politische Dividende vom »Westen« zu erkämpfen – und den sozialpolitischen »Ballast« der russischsprachigen Ostukraine abzustoßen.

Die subproletarischen Militanten auf der Straße waren die zweite Säule des Maidan und stellen heute das Fußvolk der Kampfverbände. Auch sie spekulieren auf eine politische Dividende, wenn auch nur in Form sozialer Absicherung für Kämpfer und ihre Familien, oder der Berücksichtigung bei der Neuverteilung von Stellen.

Die anarchistische Linke der Ukraine steckt mit einem Bein im akademischen und kulturell westlich orientierten Milieu, mit dem anderen in der Ultra-Szene. Versuche, diese identitäre Subkultur in Richtung Klasse zu überwinden, sind marginal geblieben. Wenig überraschend, dass sich viele in der Eskalation auf dem Maidan vom nationalistischen Virus anstecken ließen. Umso leichter, als heute weniger ein rassischer, denn ein kultureller und identitärer Nationalismus hegemonial ist, zu dem bäuerlich-anarchistische Traditionen als Chiffre für »Selbstorganisation« und »Unabhängigkeit« durchaus kompatibel sind.

Die Funktionäre der Unabhängigen Gewerkschaften standen seit Beginn auf der Seite des Maidan. Sie sind aus den Streikkomitees der Wendezeit '89 heraus entstanden, wurden aber auch massiv vom Solidarity-Center der AFL als »Keimzelle demokratischer Institutionen« gepusht. Das erklärt ihren Spagat zwischen durchaus kämpferischer Tätigkeit in den Betrieben und einer politischen Verortung von Spitzenfunktionären bei Julia Timoschenkos nationalistischer und neoliberaler Vaterlandspartei. Sie tragen den Krieg bis heute mit.

Hinter dem »linken Nationalismus« steht dreierlei:

• Ideologisch sieht man sich im Kampf gegen russisches Großmachtstreben, russischen Zentralismus und russische Staatsfixiertheit. Damit dockt man an den hegemonialen Nationalismus an.

• Man überschätzt die eigene Stärke und unterschätzt die Abhängigkeit von den eigenen Oligarchen und der militärischen Unterstützung durch die NATO. Die Haltung, erst »Moskau« zu besiegen und sich dann den »eigenen Oligarchen« zu widmen, ist fatal und hat den Bürgerkrieg erst möglich gemacht.

• Strategisch schätzt man den geopolitischen Konflikt falsch ein. Es ist nicht vorrangig Russland, das einen imperialen Krieg führt und ein Interesse an einer Zerstörung der Ukraine hat, sondern die USA benutzen die Ukraine als Pfand. Die imperialistische Konkurrenz geht nicht um Rohstoffe, sondern darum, ob russische oder US-amerikanische Anleihen platzen. Am 20. Mai hat die Regierung in Kiew ein Gesetz verabschiedet, wonach sie die Rückzahlung fälliger Schulden verweigern will, wenn die Gläubiger sich »gewissenlos« verhalten. Das zielt auf die umfangreichen russischen Kredite, die noch der Janukowitsch-Regierung gewährt worden waren. Die vielen Vertreter amerikanischer Banken in der ukrainischen Regierung versuchen, ihre Arbeitgeber zu retten. Parallelen zur Auseinandersetzung mit der griechischen Syriza-Regierung (nur unter umgekehrten Vorzeichen) sind unübersehbar.

Auch in der Ost-Ukraine hat das (zu) späte und zögerliche Auftreten von Arbeitern am Anfang des Anti-Maidan ihren Gegnern die Initiative überlassen: Dem alten Staats- und Sicherheitsapparat, den Oligarchen wie Achmetov und russisch-nationalistischen Straßenmilitanten. Insofern bildet der Osten in Vielem das Spiegelbild des Westens: ideologisch eine Melange von russischem Nationalismus, Sowjetnostalgie und Traditionen »freier Kosaken«. Es gibt weder einen gemeinsamen Plan, noch ein gemeinsames Kommando unter Führung Moskaus. Gerade die Bergbauregion von Luhansk wird von einer Vielzahl von lokalen Brigaden kontrolliert, von denen einige mehr dörfliche und lokale Verteidigungseinheiten sind, andere von einer Vereinigung aller Gebiete der Don-Kosaken träumen.

Materiell artikuliert sich dahinter das Interesse einer tendenziell älteren Arbeiterschicht, die angesichts ihrer Schwäche für einen Sozialstaat kämpft, anstatt gegen dessen korrupte Funktionärsschicht. Ihr einziger (vermeintlicher) Rückhalt ist Russland.

The same procedure as... in the 90's?

Die Konstellation in der Ukraine ist anders als die im Osteuropa der 1990er Jahre. Damals gingen sich bspw. auf dem Balkan die mittlere Ebene der Staatsverwaltung und der Staatsbetriebe gegenseitig an die Gurgel beim Kampf um Positionen in einem neuen Nationalstaat und neuen Privatbetrieben. Dem so entfachten Krieg konnten sich die Arbeiter auf Dauer nicht entziehen. Für viele blieb nur die Emigration.

Damals verhinderte das Eintreten der russischsprachigen Donezker Bergarbeiter für die Unabhängigkeit von Russland eine ähnliche Eskalation in der Ukraine. Der Krieg heute ist die Fortsetzung der ungelösten Konflikte von damals – unter anderen Bedingungen:

a) die Privatisierung wurde in den Mafia-Kämpfen der 90er Jahre durchgesetzt; auch die formal noch staatseigenen Betriebe sind de facto in den Händen einiger Oligarchen, und damit der Staatsverwaltung entzogen; die Frage nach Staats- oder Privateigentum stellt sich nicht mehr.

b) die weltweite Krise ist heute wesentlich schärfer – die Hoffnung auf einen »betriebswirtschaftlichen Durchstart« wird wohl nur noch eine sehr kleine Schicht in den verfallenden und nahezu bankrotten Betrieben haben.

Dementsprechend ist die kriegführende Schicht relativ dünn und ihre Bindungskraft schwach. Sie kann weder Freiheit noch Wohlstand versprechen. Den Bruch im Bündnis verarmter Arbeitsloser, »agiler Mittelschichten« und der herrschenden Oligarchen kann sie nur solange vermeiden, wie sie die geopolitische Konfrontation gegen Russland aufrecht erhalten und eskalieren kann. Ganz ähnlich die Konstellation in den baltischen Staaten und einigen Gebieten an der Südwestgrenze Russlands (Transnistrien): Seit etwa 100 Jahren sind dort viele Menschen aus anderen Gebieten Russlands als Industriearbeiter zugewandert. Wie in der Ukraine wird der Konflikt um ihre Zukunft als »ethnischer« oder Kulturkampf zwischen Russen auf der einen und Esten, Litauern etc. auf der andere Seite gefördert und von der NATO angeheizt. Deren militärische Strategie in Osteuropa – sowohl auf dem Baltikum wie in Polen – setzt auf halbstaatliche Verbände.

Krieg dem Krieg!

Noch immer ist der Krieg die Sache einer Minderheit; fast die Hälfte der Einwohner des Donbass sind geflohen, auch und gerade viele junge wehrfähige Männer. In der Westukraine gelingt es teilweise nur mit Mühe, gerade mal ein Fünftel der Einberufungen zur Armee umzusetzen. Aber nur in den an die Kriegszone angrenzenden Gebieten hat sich eine Antikriegsbewegung formieren können, die die Militärmaschinerie aktiv stoppen will. Anfangs versuchten ganze Dörfer, sich friedlich den vorrückenden Armeeeinheiten entgegenzustellen. Nachdem sie von der Nationalgarde terrorisiert und der Krieg eskaliert worden war, wurden aus dem Untergrund Anschläge auf die militärische Infrastruktur und Rekrutierungsbüros verübt.

Individuelle Verweigerung und Desertion im Westen hat oft mit dem Zwang zu tun, zum Geldverdienen ins Ausland zu gehen, aber auch mit Angst vor dem Krieg und Wut darüber, dass die Reichen sich mit Schmiergeldern vor der Einberufung drücken können und die staatlichen Behörden sich nicht um die eigenen Soldaten kümmern. Das geht in vielen Fällen aber durchaus Hand in Hand damit, Material für die kämpfende Truppe zu sammeln, von Verbandsmaterial bis Munition.

Bislang sind die Proteste von Anfang Dezember 2015 gegen die völlige Einstellung aller Rentenzahlungen und sonstiger Sozialleistungen in Donezk und Luhansk ohne Widerhall in der Westukraine geblieben. Nur einige linke Gruppen organisieren bspw. Kampagnen gegen Heizkostenerhöhungen, hohe ÖPNV-Preise u.ä.

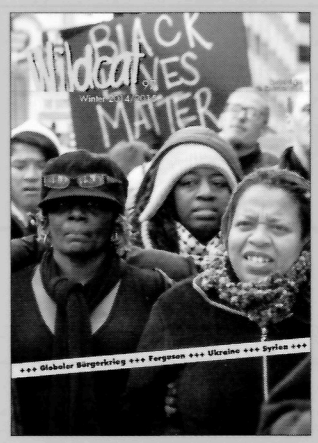
Im April gab es in der Westukraine eine Welle von Protesten gegen die Sparpolitik im Öffentlichen Dienst und in den Staatsbetrieben: Bergleute aus dem von Kürzungen besonders stark betroffenen Kohlerevier in Wolhynien an der polnischen Grenze und von Entlassung bedrohte Lehrer und Krankenschwestern. Auch Angestellte der Flugzeugwerke Antonov forderten in Demonstrationen die Zahlung von ausstehenden acht Monatslöhnen.

Am 22. April demonstrierten 5000 Bergleute aus dem Donbass in Kiew und forderten ihre Löhne nach. Den Hintergrund für die Streiks im Bergbau bildete die Ansage der Regierung, einen Fonds aufzulegen, der in potenziell lukrative Bergwerke investieren soll. Das Geld soll explizit nicht zur Nachzahlung ausstehender Löhne und Abfindungen verwendet werden, schon gar nicht in den durch den Krieg stillstehenden Bergwerken.

Möglicherweise können die Proteste gegen die Sparpolitik und die Kämpfe der Bergarbeiter die Kriegsfronten überwinden. Da alle Seiten versuchen, die sozialen Konflikte auszunutzen und in politische Frontstellungen zu kanalisieren, kann dies nur von unten geschehen. ■

Wildcat

Back Issues.



Wildcat 97 (Winter 2014/2015)

Ferguson: Bewegung gegen Bullenmorde

Bodentruppen gesucht – Der globale Bürgerkrieg

Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan

Drei Tage Volksaufstand in Turin – Krise der selbständigen Arbeit in Italien

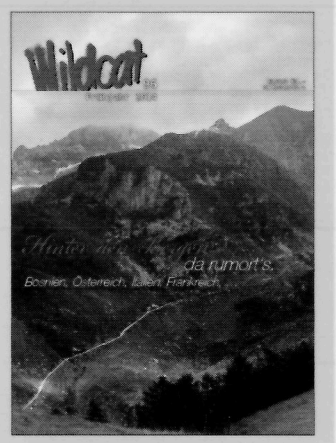
Südafrika: »Economy can go to hell«

Bangladesch: Streiks der Textilarbeiterinnen

Indien: Kapitalistische Entwicklung und Egalitarismus

China: Streik der Schuharbeiterinnen

Grüne Visionen oder Fracking-Blase



Wildcat 96 (Frühjahr 2014)

NSU: Beihilfe im Amt

NSA: Public/Private Surveillance Partnership

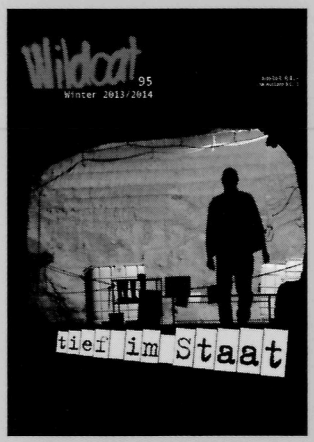
Ukraine – Die Bewegung vom Majdan

Panorama der Krise

- Italien
- Frankreich
- Österreich
- Bosnien
- Indien

Boom, Bust und Kämpfe in den »Schwellenländern«

Bewegung und Beruf: Linke im Dilemma



Wildcat 95 (Winter 2013/2014)

Platzbesetzungen – eine globale Bewegung?

Tiefer Staat:

- Faschos in Griechenland
- Ägypten nach dem Putsch
- NSA leck geschlagen

Autoindustrie – Kämpfe und Spaltung

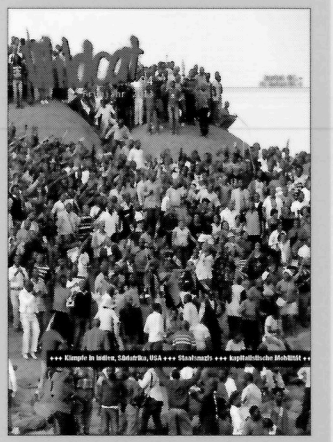
Südafrika – Marikana ein Jahr danach

Streik und Streikunterstützung bei Neupack

Streik und Betriebsschließung bei Norgren

Aufruhr in der Bretagne

Green New Deal



Wildcat 94 (Frühjahr 2013)

Slowenien: Das Ende der Transformation

Südafrika: Hier gibt es keine Parteien, nur Arbeiter!

Griechenland: Kämpfe in der Krise

Blick auf eine vergewaltigende Gesellschaft

BRD/NSU: Es dürfen keine Geheimnisse bekannt werden, die das Handeln des Staates beeinträchtigen

Umschlagpunkte: Kämpfe gegen die kapitalistische Mobilität

USA: Blaumann und Blaufrau

Buchbesprechnungen: Wallerstein, Bayat, P.M.

Wildcat 93 (Herbst 2012)

Der NSU und der Staat

Auto Slaves: Die Krise der Auto-Gesellschaft

Der deutsche Sonderboom am Ende

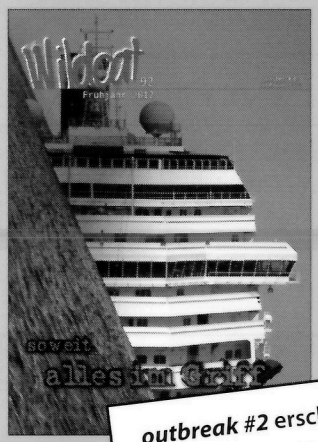
Bergarbeiterstreik in Spanien

Alles Lüge! Bolivien, Frühjahr 2012

Mursis Zeitbombe – Ägypten nach den Wahlen

Neues aus der weißen Fabrik

Beilage:
Materialien gegen die Individualisierung – Betriebserfahrungen von den 70er Jahren bis heute



Wildcat 92 (Frühjahr 2012)

Heimatschutz: Unsere Staatsnazis

Ägypten: Schritt für Schritt

MigrantInnen: Kämpfe in den Golfstaaten

Krise in Eurpa – Rückkehr des Klassenkampfs

Griechenland: Fortgesetzte Angriffe, Riots, Streiks

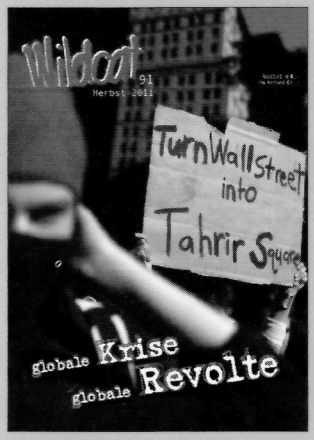
China: Das war das Jahr des Hasen

Indien: Kampf bei Maruti Suzuki

Commons-Debatte

Kasachstan: Früh… …er Steppe

…gen



Wildcat 91 (Herbst 2011)

Krise: Private Laster, öffentliche Tugenden

Eurokrise, Eurobonds, Kampf um die Schulden

Griechland: Einheit und Spaltung

USA: Hungerstreik in US-Knästen

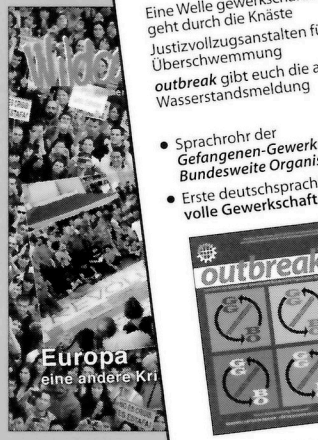
Indien: Kampf bei Maruti Suzuki

Iran: Streik der Petrochemiearbeiter gegen das Leiharbeitssystem

Italien: Selbstorganisierter Streik der Tagelöhner

Occupy! (Frankfurt, Oakland, Israel)

Texte zur Situation in Ägypten, Spanien, England



…2011)

…esen zur Krise

…pleite

…arpolitik

…Nichts zu verleihen

…wurde alles real

…t die EU?

…isierung – Wie

…gehört das Land?

outbreak #2 erscheint Mitte April!

Eine Welle gewerkschaftlicher Selbstorganisierung geht durch die Knäste

Justizvollzugsanstalten fürchten eine Überschwemmung

outbreak gibt euch die aktuelle Wasserstandsmeldung

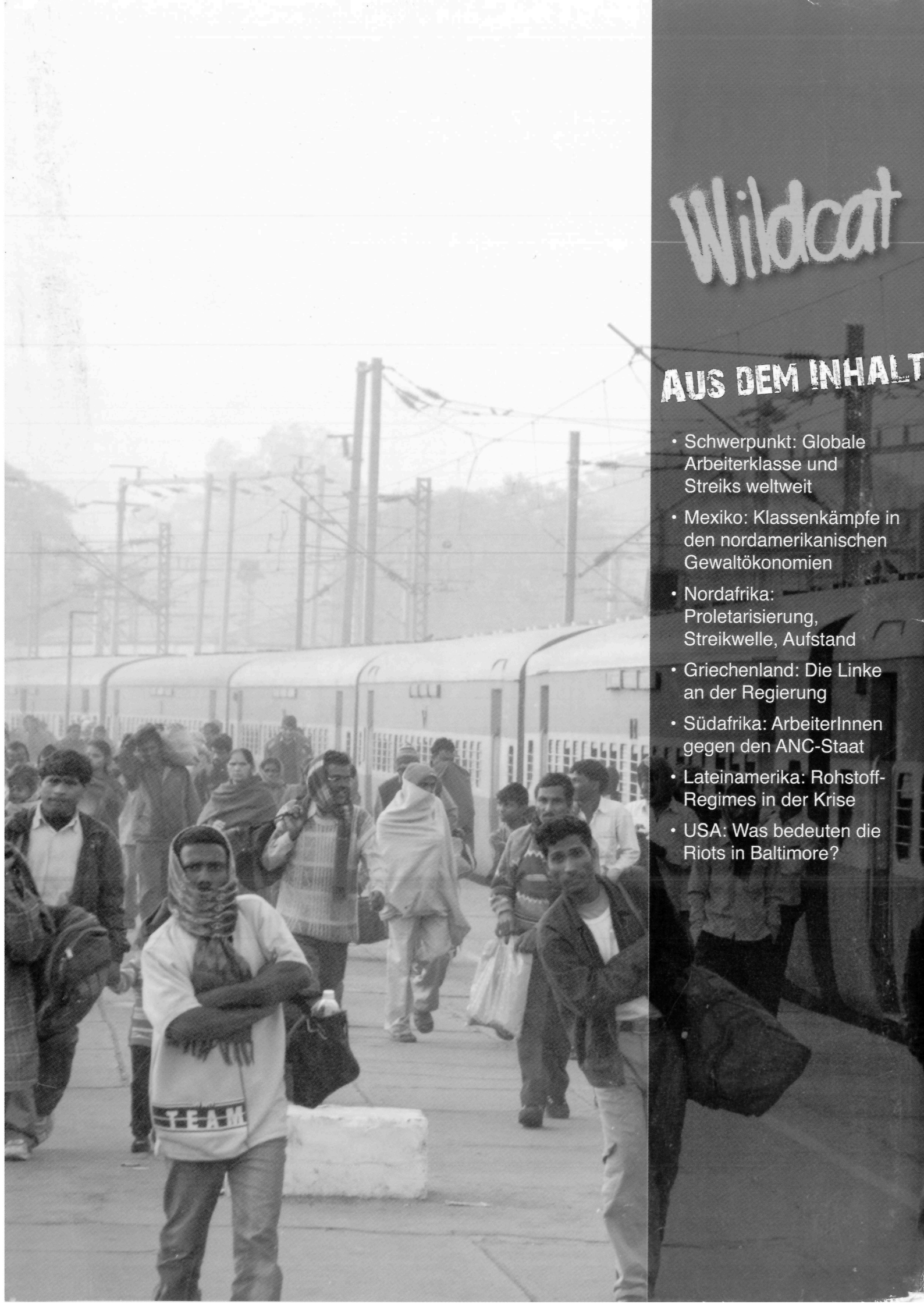
outbreak

- Sprachrohr der ***Gefangenen-Gewerkschaft/ Bundesweite Organisation*** (GG/BO)
- Erste deutschsprachige Zeitschrift für **volle Gewerkschaftsfreiheit im Knast**

Einzelheft: 3,- €
in gut sortierten Buch- & Zeitschriftenläden
Jahresabo (3 Ausgaben):
15,- € (Standard)
30,- € (Soli-Abo)

outbreak
c/o Haus der Demokratie
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

outbreak@gefangenengewerkschaft.de



Wildcat

Aus dem Inhalt

- Schwerpunkt: Globale Arbeiterklasse und Streiks weltweit
- Mexiko: Klassenkämpfe in den nordamerikanischen Gewaltökonomien
- Nordafrika: Proletarisierung, Streikwelle, Aufstand
- Griechenland: Die Linke an der Regierung
- Südafrika: ArbeiterInnen gegen den ANC-Staat
- Lateinamerika: Rohstoff-Regimes in der Krise
- USA: Was bedeuten die Riots in Baltimore?